Impressum:

HERAUSGEBER:
SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
ISSN: 0722-8988.
Postzeitungsdienstnr.:E 9860 F

V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Das **Redaktionskollektiv** besteht derzeit aus 6 Menschen aus Köln, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart und Grafenau.

Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt wird auf **100% Altpapier.**

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Inhalt Nr.48 (1/94)

"Die Rebellion der Gehenkten"

(B. Traven)



Aufstand in Chiapas

Text und Photos von Herby Sachs

Basta ya, Basta - genug jetzt! - damit beginnt das Manifest der Rebellion in Chiapas/Mexiko.

Das am alten, im Kolonialstil erbauten Rathaus in San Chrístobal de las Casas, angeschlagene Stück Papier spricht eine eigene und deutliche Sprache: Wir stehen auf im Kampf um Arbeit, Land und Nahrung, im Kampf gegen Rassismus und fünfhundertjährige Kolonisation.

Ich traue meinen Augen nicht, als ich nach durchfeierter Silvesternacht am 1. Januar früh morgens die Plaza Mayor in San Chrístobal betrete. Mehr als vierhundert bewaffnete Frauen und Männer der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) haben in den frühen Morgenstunden die Stadt und den "Palacio Municipal" besetzt. Mein mexikanischer Freund staunt ebenfalls nicht schlecht. Doch er findet schnell die Sprache wieder. *"Erst die Stille, jetzt der Sturm. Endlich platzt die Bombe. Die Friedhofsruhe war unerträglich."* Schon im Sommer erzählte er mir von Unruhen in Chiapas, willkürlichen Verhaftungen, Morden an Campesinos - einem Krieg zwischen Großgrundbesitz und Landlosen.

Nur wenige Menschen bevölkern zu dieser Stunde die Innenstadt von San Chrístobal. Der sonst rege Autoverkehr kann die Plaza nicht umfahren, da die Straßen von allen Seiten mit Büromöbeln aus dem Rathaus blockiert und von bewaffneten Guerilleros bewacht werden. Vor dem Rathaus liegen Papierberge verstreut. Akten, die die Zapatistas aus den oberen Stockwerken geworfen haben. Darunter läßt sich bestimmt so manches im Geheimen angefertigte Schreiben finden, das dem Vorwurf der Korruption nichts entgegensetzen kann. Einige Anwesende stöbern denn auch intensiv im Papiermüll. Vielleicht hoffen sie über sich angefertigte Berichte oder Pläne zur Modernisierung der Stadt zu finden.

An die alten Säulen des Kolonialbaus gelehnt, stehen die Zapatistas, in ihrer Mehrheit Nachfahren der Maya-Völker, und bewachen einen unter den Arkaden angehäuften Berg von Medikamenten. Die in einer Farmacia entwendeten Arzneimittel verteilen sie später unter sich. Die Medien reden in den folgenden Tagen von Plünderung. Doch die teuren Medikamente sollen zum Erhalt ihrer Gesundheit dienen. Eine gezielte und notwendige Maßnahme, um sich auf die zu erwartenden Kämpfe vorzubereiten und sich gegen die Krankheiten der Region zu schützen.

Der Kampfruf aus der mexikanischen Revolution "Viva Zapata" nach "Freiheit und Land" scheint erneut Wirklichkeit zu werden. Die EZLN knüpft mit ihrer Befreiungsbewegung ganz offensichtlich an die bäuerlichen Protestformen der Revolution an. Die Befreiungsbewegung von Emiliano Zapata führte einen ausgesprochen populistischen und antirassistischen Befreiungskampf, dem sich von Anfang an viele Indígenas anschlossen. Sie kämpfen damals wie heute um Freiheit, ihre Kultur und menschliche Würde ebenso wie um Land, ums nackte Überleben.

Einer der Guerillakommandanten, Marcos, verkündet die Besetzung weiterer Orte

wie Ocosingo, Las Margaritas, Altamirano und Chanal. Er berichtet von Verteilungen erbeuteter Lebensmittel, Gefangenenbefreiungen aus den örtlichen Gefängnissen und den in Gemeindehäusern versteckten Waffen. Später gibt er die Gefangennahme eines ehemaligen Gouverneurs des Chiapas bekannt. Teils sprachlos, teils bis über alle Maßen erregt, hören anwesende Bürger aus San Chrístobal die Verlautbarungen der Guerilla. Während Marcos den inzwischen aufgetauchten Pressevertretern Rede und Antwort steht, machen es sich die anderen Guerilleros im Rathaus bequemer. Sie diskutieren mit den Umstehenden, andere liegen auf dem Boden, benutzen ihre Rucksäcke als Kopfstütze und dämmern vor sich hin. Auf der Rückseite des Rathauses nehmen Guerilleras ihre Mahlzeit zu sich und amüsieren sich mit einem männlichen Compañero über dessen schief sitzende, das eine Auge fast verdeckende Sturmhaube.

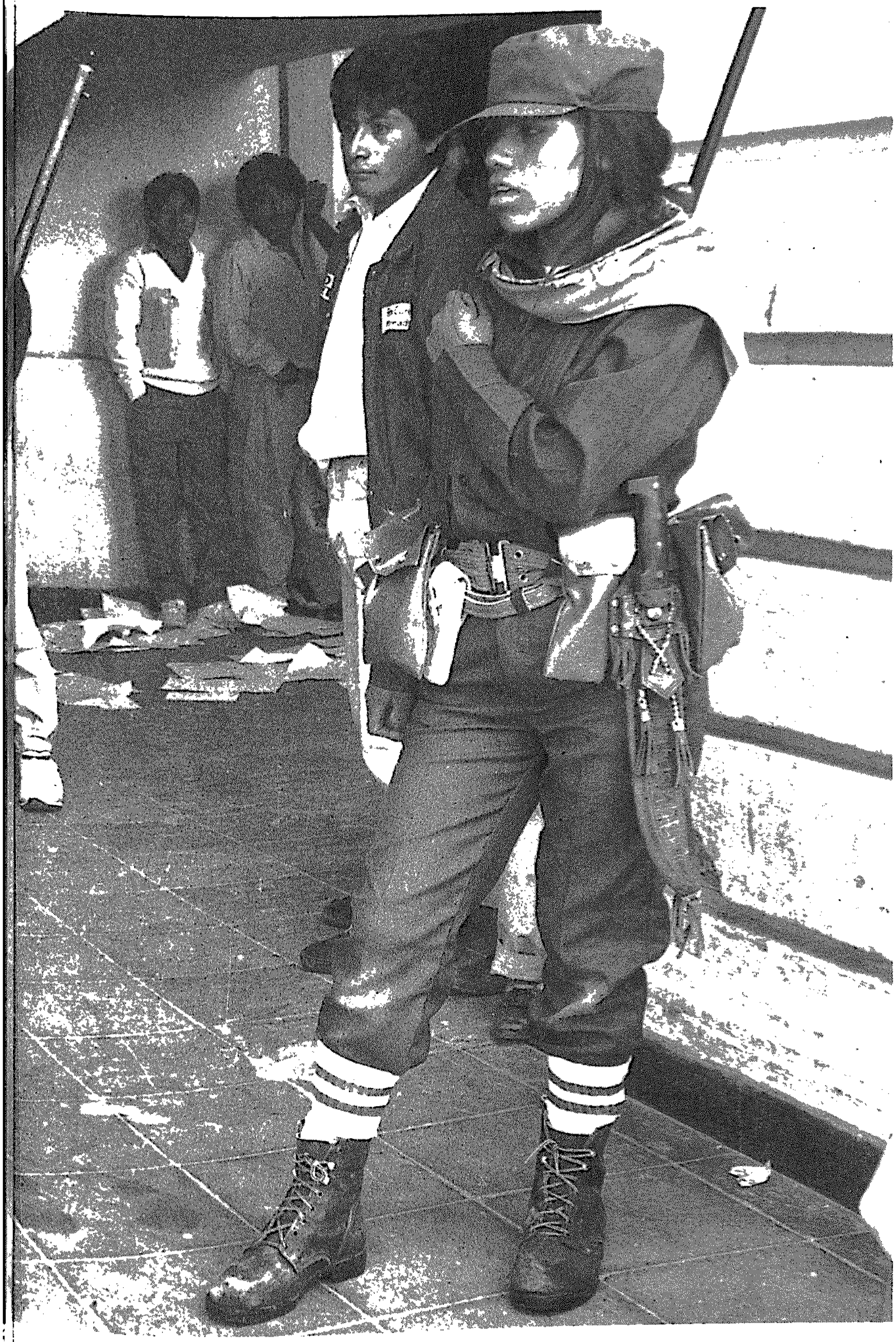
Wenige der Guerilleros besitzen Maschinenpistolen. Die meisten sind mit einfachen Gewehren, Macheten und Holzstöcken bewaffnet. Sie alle tragen einfache Uniformen, blaue Hose, neue Hemden, Gummi- oder schwere Stiefel. Mit dem rot gemusterten Halstuch der mexikanischen Campesinos sind entweder ihre Gesichter maskiert oder ihr Hals geschmückt. Ein weit sichtbares Wahrzeichen – und Erkennungsmerkmal.

Zwischen ihnen bewegt sich interessiert und ohne Scheu ein schaulustiges Publikum aus Touristen und Einheimischen. Doch eine richtige Volksfeststimmung kommt nicht auf. Während der Mittagszeit tauchen zum ersten Mal Militärflugzeuge am Himmel San Chrístobals auf. Sie ziehen in großer Höhe einige Schleifen und verschwinden zwischen den umliegenden Bergzügen. Die Guerilleros beobachten aufmerksam das Treiben der in der Sonne blinkenden Flugzeuge. Manche wechseln besorgte Blicke.



Für den Nachmittag kündigt Kommandant Marcos eine öffentliche Versammlung an. Um ihn ranken sich in den folgenden Tagen viele Mythen. Als einer der wenigen Ladinos unter einer großen Mehrheit von Indígenas steht er für den angeblich vom Ausland gesteuerten Aufstand. Für viele MexikanerInnen scheint ein Indianeraufstand, eine politisch-soziale und bewaffnete Rebellion der ewig Marginalisierten undenkbar. Die entsprechende Antwort auf diese Vorwürfe fand vor einigen Tagen Wilfried F. Schoeller in der Frankfurter Rundschau: *"Die Indianer und Mestizen in diesem unglaublich schönen Land Chiapas haben allen Grund, die Gewehre in die Hand zu nehmen. Es ist unerheblich, ob dabei auch Auswärtige, Phantome mit grünen Augen und vier Sprachen auf der Zunge mitreden, ... die Bauern von Chiapas haben jedes Recht zu schießen: soziale Verteidigung ist ein Naturrecht. Und wer von Menschenrechten spricht, kann die Revolte nicht verurteilen."* (FR vom 12.Jan. 1994)

Der Aufstand der Indígenas kommt nicht so überraschend, wie Presse und Regierung von Anfang an behaupten. Spätestens nach den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen landlosen Campesinos und Großgrundbesitzern um Ocosingo im letzten Frühjahr ist bekannt, daß Guerilleros verborgen im unwegsamen Hochland operieren. Landlose, ihres ehemaligen Gemeinschaftslandes beraubt, wehren sich schon seit Jahren gegen die Privatisierung des Bodens. Mit Demonstrationen, Landbesetzungen und anderen Aktionen wehren sich die Campesinos dagegen. Doch nichts passiert. Der neoliberale Präsident änderte vor zwei Jahren die Verfassung und schaffte eine wichtige Errungenschaft der Revolution, das Recht auf gemeinsam bebaubaren Boden, ab. Fazit: Die Landrechte der Kleinbauern bleiben unbestätigt, das Abhängigkeitsverhältnis zum Großgrundbesitz vergrößert sich und die ehemals auf Subsistenzwirtschaft beruhende Produktionsweise, die Selbstversorgung, wird immer weiter zurückgedrängt. Die Regierung versucht schon seit Jahrzehnten die Modernisierung der Landwirtschaft mit Hilfe der Agroindustrie durchzusetzen, um Chiapas in die nationale Produktion einzugliedern. Spätestens seit den siebziger Jahren forciert der Staat die Umorien-



tierung in der Landwirtschaft des Chiapas. Sie wird mit IWF Geldern finanziert. (s. Veronika Bennholdt-Thomsen in "Frauen die letzte Kolonie")

Selbst der CIA hatte Monate zuvor die Regierung vor geheimen Guerillagruppen in Chiapas gewarnt. Seit mehr als fünf Jahren findet in Chiapas eine von der USA mitfinanzierte Militarisierung statt, die sich scheinbar gegen den Drogenhandel besonders aber gegen Flüchtlinge aus Mittel- und Südamerika richtet. Mexiko soll eine stabile Pufferzone zur USA hin bilden. US-Präsident Clinton schickt schon am zweiten Tag des Aufstands mehrere Beobachter nach Chiapas. Der Schreck der Regierenden scheint entsprechend tief zu sitzen, denn niemals seit der mexikanischen Revolution vor mehr als siebzig Jahren ist eine Guerillabewegung in Mexiko so massiv aufgetreten. Doch die politisch-sozialen und ökonomischen Konflikte sind bekannt. Alles andere ist Heuchelei, um zu retten was zu retten ist. Besonders bangt die Regierung um ihre neoliberale Politik und um die Herrschaft, der seit den zwanziger Jahren regierenden PRI. Und natürlich nicht minder um das gerade in Kraft getretene Freihandelsabkommen.

Viele Campesinos schließen sich in den ersten Tagen der zapatistischen Befreiungsarmee an. Vermutlich gibt es inzwischen mehr als zweitausend Aufständische. Während der gut organisierten Besetzung der Stadt werden nicht nur die Einfall- und Ausfallstraßen mit quergestellten Bussen und Bäumen blockiert, sondern auch das vor dem Stadtkern gelegene Polizei-und Justizgebäude gestürmt und die dort residierende Bundespolizei entwaffnet.

In den Räumen kokeln Aktenberge vor sich hin: Die Guerilla verbrennt ganz gezielt das Archiv mit Anklagen gegen die Bevölkerung. Einige Feuerwehrleute versuchen das munter vor sich hinglimmende Feuer zu löschen. Am Eingangsportal verstreut, liegen von der Guerilla hinterlassene Farbfotos gefolterter und getöteter Campesinos. Parolen sind an die Wände gemalt: Weg mit den paramilitärischen Todesschwadronen!

Jedes Jahr werden in Chiapas Dutzende von Bäuerinnen und Bauern von den bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer von ihrem Land vertrieben und ermordet - von Mördern, die bis heute unbehelligt ihren Besitz und Reichtum vergrößern. In seiner Rede am Nachmittag erklärt Kommandant Marcos nicht nur Regierung und Militär den Krieg, sondern auch den Großgrund- und Plantagenbesitzern, die vor keinem gewaltsamen Mittel zurückschrecken, um die politische und ökonomische Macht in ihren Händen zu behalten.

Seit der Kolonialzeit hat sich im Süden Mexikos die Agraroligarchie gehalten. Die Landfrage ist eine der Ursachen für die seit Jahren wiederkehrenden Unruhen im scheinbar armen Bundesstaat Chiapas. Aber Tatsache ist, daß die ca. 3.5 Millionen Einwohner sich bestens selbst ernähren könnten. Chiapas hat den Boden für eine ausreichende Maisproduktion, doch die Familien können sich selbst nicht mehr versorgen. Der Mais geht in andere Landesteile oder ins Ausland. Mehr als 70% der Kinder sind unterernährt. Wenige Ganaderos besitzen große Rinderherden. Die unersättliche Gier der MacDonalds nach ständig wachsender Fleischproduktion zerstört fruchtbares Land. Die Vergrößerung der Viehherden zieht die ökologische Zerstörung und weitere Vertreibung von Bauernfamilien nach sich. Nicht zuletzt gibt es in Chiapas große Kaffeefincas, deren Besitzer oftmals deutscher Herkunft sind. Sie benötigen zur Erntezeit billige Arbeitskräfte und beschäftigen viele Landlose kurzzeitig, um sie später wieder in unfruchtbare Hochland - oder auch Regenwaldregionen zu entlassen. Besonders die Mayagemeinden sind davon betroffen. Die ehemals vielgerühmte mexikanische Agrarreform hatte sie schon früher mit den mageren und steinigen Böden des Hochlandes abgespeist.

Und nicht zuletzt beginnt der Aufstand an dem Tag des Inkrafttretens des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zwischen USA, Kanada und

Mexiko, das den ungehinderten und freien Warenaustausch zwischen diesen Ländern vorsieht. Die Zapatistas sprechen vom Todesurteil für die indigene Bevölkerung. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß die internationalen Konzerne sich goldene Nasen verdienen und alle ihre friedlichen Bemühungen, sich Gehör für die Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen zu verschaffen, dem Modernisierungsprozeß zum Opfer gefallen sind. Und so endet ihr Aufruf an das mexikanische Volk mit den Sätzen: *"Wir, aufrechte Frauen und Männer, sind uns darüber im klaren, daß der von uns erklärte Krieg das letzte, aber gerechte Mittel ist. Seit vielen Jahren begehen die Diktatoren einen unerklärten Völkermord an uns. Deswegen rufen wir Euch auf, unseren Kampf um Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildungsmöglichkeiten, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie zu unterstützen. Bevor diese Grundforderungen unseres Volkes nicht erfüllt sind und eine freie und demokratische Regierung gebildet ist, werden wir unseren Kampf nicht aufgeben."*

Die Zapatistas erhalten viel Beifall auf der Plaza Mayor in San Christobal de las Casas an diesem Neujahrsnachmittag, einen Tag bevor das Militär eingreift und die Bilder von Hinrichtungen, von Bombardements und von fadenscheinigen Erklärungen durch die Welt flimmern.



»Haben Sie Verbindungen zu der Theologie der Befreiung?« *Marcos: »Nein. Wir befreien uns selbst. Ohne Theologie.« (Lacht wieder).*

Chiapas – *An die mexikanischen Zeitungen*

Meine Damen und Herren!

Bei uns läuft alles gut. In diesen Dokumenten wiederholen wir unsere Bereitschaft zum Dialog, um eine gerechtere Konfliktlösung zu finden. Andererseits läßt uns dieser ganze militärische Aufwand ziemlich kalt, mit dem die Regierung versucht, die riesige Kloake aus Ungerechtigkeit und Korruption wieder zuzustopfen, die wir aufgedeckt haben. Der Frieden, den einige jetzt fordern, hat für uns immer Krieg bedeutet. Es scheint so, als fühlten die großen Herren über Ländereien, Handel, Industrie und Kapital sich belästigt, weil die Indios heutzutage zum Sterben in die Städte gehen und dabei die Straßen beflecken, die vorher nur von weggeworfenen Verpackungen von Importprodukten verdreckt waren. Die Herren zögen es vor, wenn die Indios weiterhin in den Bergen sterben würden, fernab vom guten Gewissen und vom Tourismus.

Das wird nicht so bleiben: Man kann nicht das Wohlbefinden einer Minderheit auf den Entbehrungen der Mehrheit aufbauen. Jetzt werden sie unser Schicksal teilen müssen, im Guten wie im Schlechten. Vorher hatten sie Möglichkeit, ihren Blick zu wenden und etwas gegen das gigantische historische Unrecht zu tun, das die Nation gegenüber ihren Ureinwohnern beging. Sie sahen diese jedoch lediglich als anthropologische Objekte, touristische Kuriosität und Teile eines »Jurassic Park«, (schreibt man das so?) der glücklicherweise mit dem Abschluß des NAFTA verschwinden mußte, welcher für sie lediglich ein wertloser Totenschein war, denn in den Bergen läßt sich der Tod nicht mehr zählen.

Die Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, ihre tausende Soldaten schüchtern uns nicht ein. Genau die Ungerechtigkeit, die uns ohne ausgebaute Straßen, Wege und elementare Dienstleistungen ließ, wendet sich jetzt gegen sie. Wir brauchen keine Landstraßen, da wir uns immer auf Urwaldpfaden und kleinen Wegen fortbewegt



haben: Nicht einmal alle Soldaten der Bundesarmee würden ausreichen, um äll diese Wege dicht zu machen, auf denen früher unser Elend wandelte, und auf denen jetzt unsere Rebellion ihren Lauf nimmt.

Auch die Lügen von Presse und Fernsehen treffen uns nicht. Haben die vielleicht den realen Prozentsatz von Analphabeten, den es im Staat Chiapas gibt, vergessen? Wieviele Wohnungen in dieser Region haben kein elektrisches Licht und von daher auch keinen Fernseher?

Auch falls die Nation sich von neuem durch diese Lügen einlullen läßt, wird mindestens einer von uns übrigbleiben und bereit sein, sie von neuem aufzuwecken. Die »Geheimen Revolutionären Indígena-Komitees« sind unzerstörbar. Sie müßten uns alle, absolut alle, eliminieren, um uns auf militärischem Weg aufzuhalten. Und immer bliebe ihnen der Zweifel, ob nicht doch einer hier übriggeblieben ist, um das Ganze von vorn zu beginnen.

Subcomandante Marcos

Unruhen und Revolten in Chiapas gibt es schon seit Jahren

Ein Beispiel aus dem Frühjahr 1993

Eine Schlagzeile in der Zeitung "Tiempo" aus San Chrístobal heißt: *"Die Suche nach Guerilleros in der Selva von Ocosigo wird fortgesetzt"*. Oder der Aufmacher im "Proceso": *"Infanterie, Panzer, Helikopter und Fallschirmjäger in den Kämpfen von Ocosingo"*. Nicht anders in der La Jornada, die titelt: *"Militäroperation in Chiapas."*

Grund dieser Titelzeilen in vielen mexikanischen Zeitschriften ist jedoch nicht die Besetzung verschiedener Orte in Chiapas durch die EZLN seit dem 1.Januar, sondern Nachrichten aus dem letzten Jahr - genauer, aus den letzten Mai- und ersten Junitagen 1993.

Während meiner letzten Reise in die guatemaltekischen Flüchtlingslager entlang der mex./guatemaltekischen Grenze im Sommer letzten Jahres höre ich von verschiedenen Seiten über Streiks, bewaffnete Auseinandersetzungen, Landkonflikte, Morde und Folterungen. Es soll paramilitärische Gruppen als Handlanger der Großgrundbesitzer in der Region um Ocosingo geben. Ein mexikanischer Freund in San Chrístobal versucht mir den Konflikt zu erklären.

Bei Streiks von landlosen Campesinos, organisiert von unabhängigen Gewerkschaften, gibt es schon seit einiger Zeit Provokationen der Großgrundbesitzer und ihrer Pistoleros. In den Indígena-Gemeinden existieren massive Proteste gegen die Abschaffung des §27 der mexikanischen Verfassung, der die Nivellierung des Gemeindelandes vorsieht. Sie protestieren gegen ihre Vertreibung aus Gebieten, die sich der Großgrundbesitz allmählich einverleibt und kämpfen um die Bestätigung alter Landtitel, die ihnen seit Jahren versprochen werden.

Was er damals nicht erzählt, weil er selber nicht daran glaubt, ist die Existenz einer Guerilla in Chiapas. Er vermutet die übliche Propaganda von Militär und Regierung, um gegen die Unruhen in Ocosingo militärisch vorgehen zu können. Seit der Militarisierung des Chiapas, die vor ca. fünf Jahren begann, überschlägt sich die Regierung in fadenscheinigen Begründungen für die Legitimation einer starken Militärpräsenz. Die Palette der Behauptungen reicht von Aktivitäten der südamerikanischen Drogenmafia, Übergriffen der Guerilla und des Militärs aus Guatemala bis zu massiven Flüchtlingsströmen.

Was steckt nun hinter den Schlagzeilen, die im letzten Jahr in Mexiko Aufmerksamkeit erregten? Das SDN "Sekretariat der Nationalen Verteidigung" redet in einem offiziellen Papier von einer Gruppe von Individuen unbekannter Zahl, die mutmaßlich illegale Aktivitäten durchführt. Die Vorfälle seien in unbewohnten Gebieten des Municipios von Ocosingo passiert. Die Armee habe 10 Gefangene gemacht, acht von ihnen seien Tzeltales und zwei Guatemalteken. Sie führen Waffen bei sich. Später wird behauptet, daß die Aueinandersetzungen im Ejido "Patatè Viejo" stattgefunden haben. Zeugen aus der Bevölkerung, Bauernführer und Zivilbehörden reden von einer blutigen militärischen Operation und der Verschleppung mutmaßlicher Guerilleros, die doch nur unschuldige Indígenas seien. Sie sagen weiter, daß die Soldaten in den Ejidos der Selva ein Klima des Terrors provozieren.

Tatsache ist: Dschungelgebiete wurden mit Helikoptern bombardiert, mehr als 2000 Soldaten haben die Operation durchgeführt, in Ocosingo und Altamirano wurden die Ortseingänge von den Militärs abgesperrt und jedes Fahrzeug nach Waffen durchsucht. Ein Campesino der Bauernvereinigung (Arics) erzählt: *"Sie trieben die gesamte Bevölkerung auf dem Basketballfeld zusammen, registrierten die Häuser und wählten dann willkürlich die acht verhafteten Indígenas aus, denen sie jetzt vorwerfen, Militärangehörige getötet und verletzt zu haben. Wir wissen, daß es sich hier um totale Gewalt und Ungerechtigkeit gegen uns handelt; als ob wir mit unserer Armut nicht schon genug Probleme hätten."*



Am 26.Mai gab es – laut dem Bürgermeister von Altamirano – eine Auseinandersetzung von großer Dimension zwischen Militärs und Guerilla. Er berichtet, daß in den Ansiedlungen von Altamirano etwa 300 Guerilleros operieren und in Ocosingo Ausbildungslager von ihnen entdeckt worden sind. Ein anonymes Mitglied des 24. Regiments der motorisierten Kavallerie mit Sitz in Comitan sagt dazu in einem Interview: *"Es ist bekannt, daß in Altamirano und Ocosingo sechs Ausbildungscamps der Guerilleros entdeckt wurden und daß bei Schießereien ebensoviele Soldaten wie mutmaßliche Subversive verletzt und getötet wurden "*

Die verfolgten Guerilleros haben sich in einer Höhle versteckt. Mehr als 2000 Soldaten mit Spezialfahrzeugen und Panzern sind auf der Suche nach ihnen. Ein großes Militärcamp ist an der Ölquelle "Nazareth" mitten in der Selva Lacondona errichtet worden.

Es gab massive Proteste der Studentenschaft der Universität von San Chrístobal, Hungerstreiks von Indígenas und Demonstrationen in einigen Ortschaften.

Der Militäraktion vorangegangen sind eine Vielzahl von Briefen der Viehzüchter und Grundbesitzer des Chiapas, die sich als "Opfer" der langjährigen Auseinandersetzungen in Chiapas verstehen. Sie fordern die Militärs auf, "zum Schutze der friedliebenden Bevölkerung" einzugreifen. Ihr Sündenbock für alles schlechte ist der Bischof von San Chrístobal de las Casas, Samuel Ruiz, sie bezeichnen ihn als einen "verschimmelten alten Roten" und weisen darauf hin, daß sie seit Jahren vom Nuntius des Vatikans in Mexiko seine Absetzung fordern. In einem anderen Brief an den Präsidenten schreiben sie:

"Herr Präsident, ich grüße Sie im Namen der Vereinigung zur Integration der Frau und bitte um Ihre Intervention für unsere Gemeinde und den Ort Altamirano. Wir fühlen uns von gewalttätigen, organisierten Bauern bedroht, die uns von unserem Besitz vertreiben wollen, weil sie sich seit fünfhundert Jahren als die wahren Besitzer des Landes verstehen. (...)".

Ein Campesino sagt dazu:

"Es gibt einige Schwerreiche und tausende verarmte Bauern. Die reichen Viehzüchter des Chiapas haben einen Preis auf den Kopf des Bischof Samuel Ruiz ausgesetzt. Sie überschütten ihn mit ungerechten Pöbeleien. Sie denunzieren die Bauernorganisationen und haben Gespräche von ihnen aufgezeichnet, die sie in Flugblättern verteilen, auf denen sie ihnen unterstellen, Mitglieder der Guerilla zu sein. Deshalb begrüßen sie die Antiguerilla-Manöver der letzten Tage. Es geht eben um 360 000 Hektar Land."

In den oben erwähnten Zeitschriften werden auch Sätze aus einem "Communicado Guerillero" zitiert, das aus dem Jahre 1991 stammt. Die Guerilla spricht vom "Verrat an der Revolution von 1910-1917". Sie fordern Gerechtigkeit und eine fortschrittliche politische Partei. Und *"dem menschenfeindlichen mexikanischen Heer und den Großgrundbesitzern sei Widerstand entgegenzusetzen, damit die Armut unter der Diktatur durch den Aufbau des Sozialismus ersetzt werden könne"*.

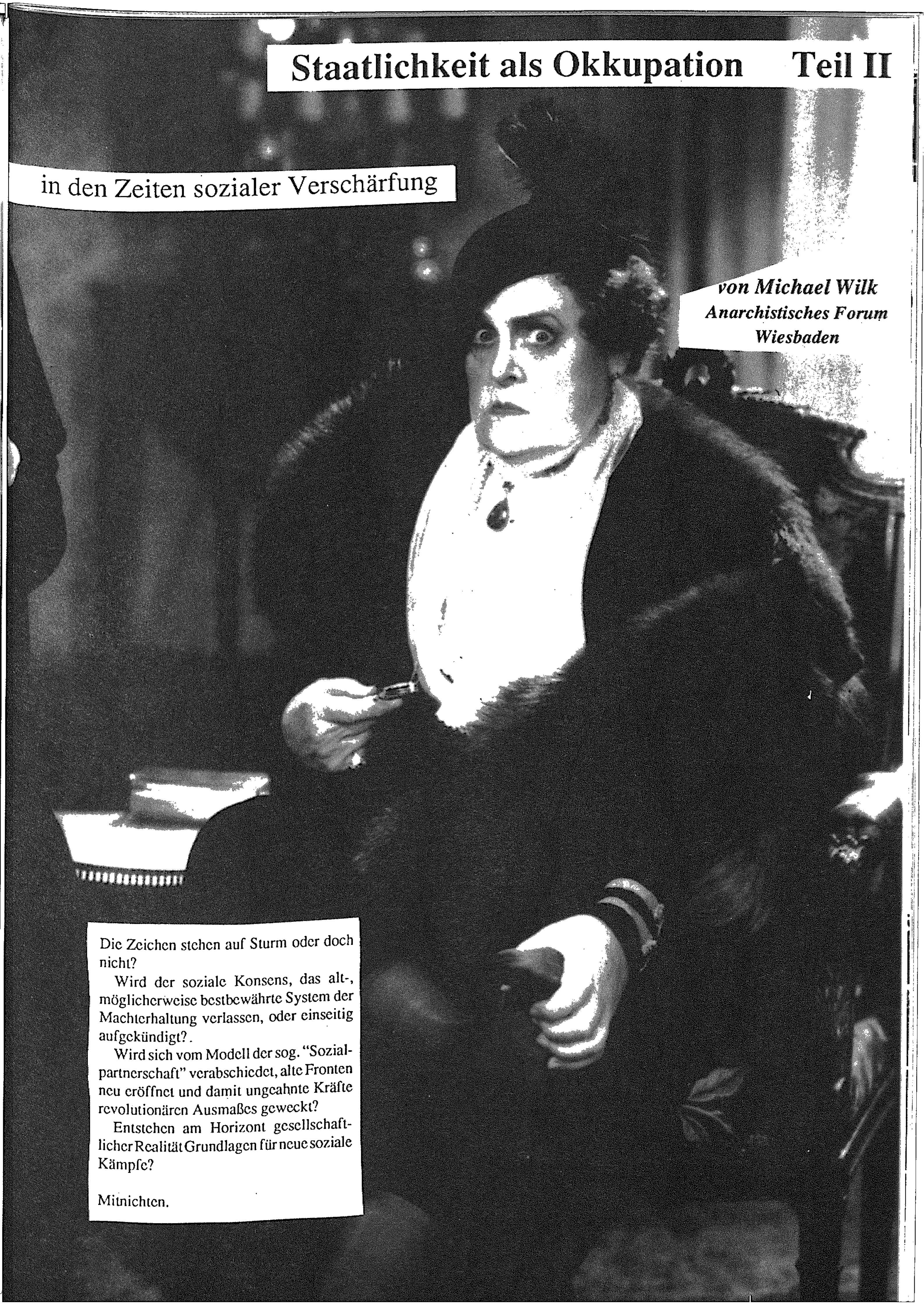
Alle Organisationen, die von den Viehzüchtern als subversiv unterwandert angeklagt wurden, gaben gegenüber der Presse zu verstehen, daß die Guerilla zwar existiere, sie aber nichts damit zu tun hätten. Sie werde von den Mächtigen lediglich als Vorwand zur Brutalität und massivem militärischem Eingreifen mißbraucht.

Die Informationen und Zitate stammen aus den Zeitschriften "Proceso" vom 7. Juni 1993, "Tiempo" vom 1. Juni 1993, der "La Jornada" vom 31.Mai 1993 und verschiedenen Erzählungen.

Staatlichkeit als Okkupation Teil II

in den Zeiten sozialer Verschärfung

von Michael Wilk
Anarchistisches Forum Wiesbaden



Die Zeichen stehen auf Sturm oder doch nicht?

Wird der soziale Konsens, das alt-, möglicherweise bestbewährte System der Machterhaltung verlassen, oder einseitig aufgekündigt?.

Wird sich vom Modell der sog. "Sozialpartnerschaft" verabschiedet, alte Fronten neu eröffnet und damit ungeahnte Kräfte revolutionären Ausmaßes geweckt?

Entstehen am Horizont gesellschaftlicher Realität Grundlagen für neue soziale Kämpfe?

Mitnichten.

I

Zweifellos hat sich die Schere zwischen der nach außen hin immer wieder auch von der Kapitalseite apostrophierten "gemeinsamen Interessenslage" und der sozialökonomischen Realität großer Teile der Bevölkerung weiter geöffnet.

Die nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" noch weiter verschärften Verteilungskämpfe um Ressourcen und Absatzmärkte waren nur ein Teil der Ursache, die zur Forcierung der Modernisierung in Sachen kapitalistischer Verwertung führte. Gesättigte Absatzmärkte und die im Weltmarktniveau vergleichsweise teuren Produkte der Festung Europa, Billiglohnländer direkt vor dem Festungsgraben, und die verfeinerten Vernutzungsmechanismen menschlicher Arbeitskraft, vor allem des Konkurrenten Japan, zwingen das europäische Kapital unter deutscher Führung zur schonungslosen Umstrukturierung.
Waren vorher, in einem den Inneren Frieden weitgehend garantierenden System der "sozialen Marktwirtschaft", Ausbeutung auf vergleichsweise niedrigem Niveau bei hoher Konsumfähigkeit und eine hohe Profitrate (durch harte Vernutzung im Ausland) noch miteinander vereinbar - ja gewollt, so ist unter den beschriebenen Veränderungen die Grundlage des status quo (die stabile Profitrate) in Gefahr. Da veränderte Spielregeln im sozialökonomischen Gefüge einer Schmälerung der Profitrate zweifellos vorgezogen werden, ist die Konsequenz des Kapitals sowohl ein anderer Umgang im Außenverhältnis (z.B. mit Gewerkschaften: Kündigung der Metalltarifverträge Ost), als auch der nun mit Hochdruck betriebene (vor Jahren eingeleitete) innere Umbau der Konzerne selbst.

Mittels EDV-gesteuerter Straffung der Arbeitsorganisation, Synchronisierung von Produktion und Distribution, perfekt aufeinander abgestimmter Strukturen, läßt sich Arbeit auf weniger, dafür höchst produktiv arbeitende Menschen verdichten.

Diese, quasi Microprozessor-adaptierte, Umstrukturierung gesamter Forschungs-, Produktions- und Verkaufskomplexe ist wesentlichster Faktor in der Schaffung neuer Verwertungsmechanismen.

Die parallel betriebene Konzentration des Kapitals auf gewinnbringende Kernbereiche der Warenproduktion bei gleichzeitiger Abgabe der weniger profitablen Teilbereiche an Zulieferfirmen unter Knebelbedingungen (Lopez spezial) führt zur Weitergabe des Rationalisierungsdrucks bis in alle ökonomischen Verästelungen.

Der Doppelprozeß computergesteuerter verdichteter Arbeitsausnutzung und gleichzeitiger "Läuterung" der Betriebsstruktur von "teurer" Arbeitskraft erscheint nicht nur als systemimmanente Ursache der sog. "Krise", sondern auch noch (kapitalistisch konsequent) als deren Lösungsmodell. Die Flucht nach vorn' - sichtbar im Einsatz kapitalintensiver Hochtechnologie und der gleichzeitigen Entlassung tausender, teilweise hochqualifizierter, "Arbeitskräfte", wird so nach altbekanntem Muster - unternehmensstabilisierend bei gleichzeitiger Erhöhung des sozialen Drucks - umgesetzt.

Die in Zahlenkolonnen komprimierten Einzelschicksale der "einzusparenden" Menschen (IBM 6.000, BASF 4.000, Daimler-Benz 51.000, VW 30.000) werden addiert und komplettiert, und erscheinen (z.B. von Prognos) hochgerechnet mit ca. 6,5 Millionen für 1995 auf den Wirtschaftsseiten.

Nicht nur die hohe Zahl, sondern auch die Zusammensetzung der Arbeitslosen (extrem hoher Anteil von FacharbeiterInnen), unterscheidet diese krisenhafte strukturelle Veränderung von zyklischen vorangegangen Krisen. Arbeitslosigkeit im Rahmen einer der Nachkriegsrezessionen der BRD bedeutete zwar ebenfalls die Vergrößerung der industriellen Reservearmee, aber der/die Betroffene konnte sich Hoffnung machen, bald wieder am kapitalistischen Verwertungsprozeß teilnehmen zu dürfen. Galt es doch auch die Legende von der Vollbeschäftigung in der "sozialen Marktwirtschaft" in der Konkurrenz mit der "sozialistischen Planwirtschaft" aufrechtzuerhalten. Zwar sollte dieser Faktor nicht überschätzt werden, aber eben auch der Anspruch der sozialen Absicherung unter besagtem Konkurrenzdruck hat sich als Wirkmoment von der Bildfläche verabschiedet. Folgerichtig spricht auch keiner der Wirtschaftspropheten mehr vom Ziel der Vollbeschäftigung, sondern vom hohen Niveau der Dauerarbeitslosikeit.

Die klassischen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, berufliche Weiterqualifizierung (wohin sollte sich der MBB-Flugzeugbauer noch weiterbilden?), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld sind unter den gegenwärtigen Bedingungen ausgereizt und verschlingen enorme Summen. Milliardendefizite der Bundesanstalt für Arbeit stehen für die pekuniäre Überlastung als arbeitsmarktpolitischer Puffer zwischen vollbezahlter Arbeit und Sozialhilfe.

Die zusammengestrichenen Leistungen der Arbeitsämter wirken im Verbund mit den einschneidenden Kürzungen im Sozialbereich ganz im Sinne des sog. *Abstandsgebots*. An diesem Begriff zeigt sich die Tendenz des Wandels im Krisenmangement: sorgte staatlich apparative Fürsorge vormals für eine Abfederung des von Arbeitslosigkeit "bedrohten" Menschen und forcierte dessen baldige Rückkehr in den Arbeitsprozeß, so steht der Begriff Abstandsgebot nicht nur für einschneidende Sparmaßnahmen, sondern vor allem auch für den gewollten dauerhaften materiellen (sozialen) Abstand zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Bedrohung fürderhin im Falle der Entlassung tatsächlich "tiefer abzustürzen", wird zum disziplinierenden Element in allen Auseinandersetzungen zum Thema Beschäftigungspolitik.

Trotzdem wäre es ein Irrtum, anzunehmen, die Tendenz zu schärferer Gangart am Thema Sozialpolitik käme einem endgültigen Abschied vom Sozialstaat gleich. Hunger und Obdachlosigkeit werden, auch wenn es hier zunehmende Fallzahlen gibt, nicht zum Massenphänomen der BRD werden. Dies zu behaupten, wäre mehr als zynisch gegenüber den echten Hungerregionen dieser Erde.

Es handelt sich nicht um die Wiedereinführung des Manchesterkapitalismus, sondern um die staatlich apparative Anpassung im Sinne eines Sozialmanagements - abgestimmt auf die neuen verschärften ökonomischen Verwertungsmechanismen.

Wie weitgehend hier neue Wege beschritten werden könnten, zeigen die Diskussionen um Negativsteuer und zweiten Arbeitsmarkt. Diese, bis in SPD- und Gewerkschaftskreise kontrovers (nicht ablehnend) diskutierten Maßnahmen, kämen tatsächlich einer fundamentalen Veränderung gegenwärtiger Arbeitsmarktstrukturen gleich.

Die Möglichkeit, von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe als Lohnersatzleistung auf die Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen umzusteigen, um damit neben Vollerwerb und staatlicher "Stütze" den zweiten, staatlich subventionierten Arbeitsmarkt zu schaffen, zeigt die mögliche Tendenz staatlicher Regulativmaßnahmen.

Abstandsgebot und Ausdünnung der "sozialen Hängematte" verminderten so nicht nur staatliche Ausgaben, sondern zwängen Arbeitssuchende in eine Ebene staatlich-subventionierter Billiglohnarbeit. Eine in vielerlei Hinsicht "reizvolle" Perspektive wäre geschaffen: Der Absturz auf eine niedrige, jedoch immer noch voll zu finanzierende Ebene in Unproduktivität ("Faulenzerleben") könnte vermieden werden, Arbeitskräfte blieben produktiv auf dem Markt und dies mit niedrigsten Lohnkosten (da subventioniert) und last not least - die alt hergebrachte, nicht mehr zeitgemäße, eindimensionale Tarifstruktur wäre endgültig ausgehebelt.

Weshalb zur Zeit noch wenig große Schritte in die Richtung staatlich subventionierter Billigarbeit umgesetzt werden, beruht weniger auf dem Widerstand der Betroffenen, als vielmehr auf der Frage

der Finanzierbarkeit des Modells. Im Kleinen praktizierte Projekte teil- und vollfinanzierter Tätigkeit (vor allem auf Ex-DDR-Gebiet) stehen für die Tendenz psycho-sozialer Frustverminderung in staatlicher Regie - gilt es doch Enttäuschung, Angst und eventuelle Aggression in staatlich-ökonomisch verwertbaren Grenzen zu halten.

Es zeichnet sich die Hauptlinie ab (von der Lobby einiger fordistischer Hardliner einmal abgesehen), daß auch fürderhin staatlich-soziale Regulation, im Wechselspiel mit verschärfter ökonomischer Vernutzung, das Ziel verfolgt, Menschen nicht völlig abstürzen zu lassen, sondern mittels moderner Mechanismen für das Gesamtsystem verwertbar zu halten.

Nach wie vor gilt die Maxime der Einbeziehung in Machtzirkulationen, nicht die der Ausgrenzung.

II

Die Strategie staatlich-apparativer Krisenbewältigung, die mit neuen regulierenden Mechanismen versucht, verschärfte ökonomische Vernutzung des Menschen sozialstrukturell umzusetzen, und trotzdem das Gesamtgefüge (eben den sozialen Konsens) zu erhalten sucht, ist nicht denkbar ohne die zweite Wirkebene der Staatlichkeit als psychologische Massenstruktur.

Die jahrzehntelange Einbeziehung in Funktionsgeflechte der Macht, nicht die Beherrschung, sondern die Durchdringung, des sozialen Körpers mit Machtstrukturen hat sich bewährt und zeigt jetzt ihre Wirkung.

Der auf gemeinsamen Wertvorstellungen basierende und auf der Einbindung ins "Gemeinsame Ganze" beruhende, seit Jahren erfolgreich praktizierte, Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit wird durch die verschärften Verwertungsbedingungen auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Die durch einseitige Aufkündigung des Kapitals aufreißenden Bruchlinien in diesem Kooperationsgeflecht werden jedoch nur im Ausnahmefall auf Protest stoßen - im Gegenteil, oft genug dienen Akte der freiwilligen Unterwerfung auch dazu, aufbrechende Widersprüche sofort zu kitten.

Gutes (schlechtes) Beispiel für Verflechtung in Machtstrukturen und die Schwierigkeit, sich wieder davon abzugrenzen, ist die Politik des DGB, dessen weitgehend auf Lohn und Arbeitszeit reduzierte Inhalte an die im Arbeitsverhältnis stehende FacharbeiterInnenklientel gekoppelt ist.

Nachdem die letzte Hürde des minimalistischen Programms gegen Massenarbeitslosigkeit - die 35 Stunden- Woche bei vollem Lohnausgleich - von Arbeitgeberseite auf 38,5 Stunden zurechtkompromittiert wurde, zeigte sich der starre bürokratische Gewerkschaftsapparat vom kapitalistischen Rationalisierungsdruck zunehmend überfordert.

Der Doppelprozeß von Massenaustritten (ca. 20.000 verlassen monatlich die IG Metall, vor allem ostdeutsche Austritte) sowie die durch Flexibilisierungsmodelle veränderte Tarifstruktur lassen große Arbeitskämpfe zur absoluten Ausnahme werden.



Folgerichtig, unter dem Gesichtspunkt "bewährter" Gewerkschaftspolitik, daß nur Beschäftigte zur Klientel zählen und nicht Arbeitslose, wird gemäß dem Motto "rette sich, wer kann", die Flucht nach vorn angetreten und klassische (deshalb nicht gute) Tarifpolitik zugunsten von Einzelbetriebsabschlüssen, freiwillig reduziert.

Macht- und Finanzverlust erzeugen weniger Kampfesmut als vielmehr jenen Druck, der Gewerkschaftsfunktionäre zu Erfüllungsgehilfen betrieblicher Sanierungsprogramme werden läßt. Streichung des 13.Monatsgehalts und des Urlaubsgelds, Reduzierung der Arbeitszeit bei hohem Lohnverlust, werden auf dem Hintergrund drohender Entlassung (bei greifendem Abstandsgebot) mit dem placet der Funktionäre durchgesetzt.

Diese Akte freiwilliger Unterwerfung fallen nicht ausschließlich unter die Verantwortung der Gewerkschaften. Sie sind Ergebnis jenes Prozesses jahrzehntelanger Machtzirkulation, der "Unterworfene" einbezieht und gemeinsame Interessensebenen schafft, und den die Psychostrategen der Arbeitgeberverbände mit ihrer Kampagne - "Säge nicht am Ast, auf dem wir alle sitzen" auf den Punkt bringen.

Der Zynismus derer von Dönhoff, Esser, Lambsdorff und all jener, die als Elite an der Spitze der Einkommensskala stehend zur allgemeinen Enthaltsamkeit auffordern, kann bestenfalls als perfid erkannt, und verbal (Bonze, Arschloch) - aber kaum mit Widerstand beantwortet werden.

III

Die Entstehung eines breiten Protestes gegen die Feststellung der Mächtigen - "Wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt" – scheitert an der massenpsychologischen Potenz der Identifizierung mit dem Machtsystem und der Angst vor Verlust der Privilegien deutscher Befindlichkeit.

Die dabei den Integrationsmechanismen zugrunde liegenden Wirkmomente erfolgten zwar zu Zeiten hohen Konsumniveaus vor allem auch auf der Ebene materieller Ersatzbefriedigung, prägten aber dabei psycho-soziale Verhaltensmuster, die sich nun als mentales Regulativ bewähren, und jetzt auch in Zeiten reduzierten Wohlstands als extrem stabil erweisen. Der freiwillige Rückzug in "von oben" geforderte "Askese und Verzicht" fällt deshalb, obwohl mit eingeschränkter Konsummöglichkeit verbunden, sehr viel leichter als die Infragestellung der zugrundeliegenden Herr-

schaftsstruktur.

Staatlichkeit, die den Menschen über die Einbindung in den sozialen Mainstream Halt, Sicherheit und soziale Gemeinsamkeit schafft, - erzeugt im Umkehrschluß Angst und Unsicherheit, nicht nur bei denen, die bedroht sind, des psychosozialen Korsetts Mainstream verlustig zu gehen.

Die Bedrohlichkeit, Normen des Sozialgefüges nicht mehr erfüllen zu können (jenes Gebildes, auf das man/frau doch ein Leben lang eingeschworen war), erzeugt neben dieser Angst auch Abwehrreaktionen auf diejenigen, die vordergründig den sozialen Konsens stören. Fremde, Sozialhilfeempfangende, Obdachlose und Behinderte werden zum elementarisierten Symbol dessen, was selbst am meisten gefürchtet wird: Verlust der Einbindung und des Gefühls, zum gesellschaftlichen Kern zu gehören, sowie ausgegrenzt zu sein.

Lebenslange Entmündigung durch Einbindung ins Machtsystem schafft so jenes anti-emanzipative Haltungsmuster, das auf bedrohliche Situationen nicht nur mit Überanpassung und vorauseilendem Gehorsam, sondern auch mit Aggressionen gegen Minderheiten reagiert.

Die Angst vor Deklassierung erzeugt jene reaktionäre Wut, die auf Grund der Identifizierung mit den Mächtigen nicht gegen diese gerichtet werden kann, und die sich umgelenkt an den am Rande des gesellschaftlichen Mainstreams Stehenden austobt.

Die teilweise medienpolitisch unterstützte Aggressionsverbiegung (Bedrohungslegende "Asylantenflut") erfährt in Verbindung mit völkisch-nationaler Überhöhung eine der wesentlichsten Ursachen des Klimawechsels der BRD.

Die in Zeiten hoher ökonomischer Prosperität gerne zur Schau gestellte scheinbare Liberalität und herablassende Toleranz gegenüber Minderheiten wich unter dem Druck sozialer Verschärfung der Rückbesinnung auf den alten Wert des "Deutschseins".

Nicht nur für vom sozialen Abstieg Bedrohte, sondern auch für bereits "Deklassierte", bietet sich - den deutschen Paß vorausgesetzt - die Möglichkeit, Ängste und Gefühle der Unsicherheit durch den Rückzug ins Nationale zu kompensieren.

Mörderische rassistische Aktivität von Neonazis ist, in diesem Sinne, nur die über das Ziel hinausschießende Umsetzung eines von staatlichen politischen Katalysatoren (Kohl und Konsorten) durchaus geförderten Prozesses, der über Ebenen völkischer Aufwertung automatisch "undeutsche" Menschen degradiert und entwertet. Solingen und Mölln sind so eher "unangenehme Ausrutscher" auf einem grundsätzlich gewollten Marsch in Richtung eines neuen deutschen Selbstbewußtseins. Mordende Faschisten werden konsequenterweise von Regierungsseite als die "nichtguten Deutschen" bezeichnet, schädigen sie doch das "deutsche Ansehen" in der Welt und geben eine bittere Würze im aufgekochten Brei deutscher Befindlichkeit.

IV

Staatliches Disziplinierungsmanagement, das in einer tatsächlichen oder scheinbaren Krise das Nationale betont, knüpft an das massenpsychologische Phänomen "des Rückzugs auf bekannte Werte" an. Der auf soziale Verunsicherung und Angst erfolgende regressive Reflex vieler Menschen wird im Sinne eines sozialpolitischen Autoregulativs genutzt.

Die soft-hierarchische, flächig horizontale Anordnung von Machtstrukturen reproduziert in ihrer modernen Form der Sozialisation zwar nicht den autoritätssüchtigen Typus Mensch klassischer, streng vertikal organisierter Gesellschaft, - hinterläßt jedoch durch die Eingebundenheit und Unbeweglichkeit des Individuums einen Abhängigkeitscharakter, der Menschen auf jede Gefährdung ihrer "umsorgten" Position mit Angst reagieren läßt.

Psycho-soziale Schocker, wie z. B. Verlust von Einbindung und Sicherheit bis hin zum Verlust der Funktion und Wertigkeit - die ebenso emanzipative Schritte zur Entwicklung einer souveränen Position sein könnten - werden angstbesetzt, zur jener oft beschriebenen (Fromm, Reich) Furcht vor Freiheit, die wie eine mentale Fessel zum konformen Verhalten zwingt.

Die Flucht in die fiktive Sicherheit "alter Strukturen" mit dem Ritual freiwilliger Ein- und Unterordnung bietet sich als regressives Verhaltensmuster in genau den Situationen an, die Ausgangspunkt "anderer" Denk- und Handelsebenen sein könnten. Die Erwartung, verschärfte soziale Bedingungen oder gar zusammenbrechende Staatssysteme (Ostblock), würden automatisch zum geeigneten Nährboden für emanzipative Schritte, wird enttäuscht werden, solange die Forderung nach Freiheit zur angstbesetzten Überforderung wird.

Die These, die Linke (was immer das auch sein mag) hätte in der Vergangenheit versäumt, dem latenten Bedürfnis nach nationaler Identität gerecht zu werden, stellt sich unter den genannten Mechanismen als dümmlich-reaktionäre Kapitulation vor den Verhältnissen dar. Die Popularität des Nationalen bis in die Reihen der "Intelektuellen Kaste" (Spiegel) sowie das attestierte "Bedürfnis nach heimatlicher Identifikation" (Daniel Cohn Bendit) sind ebenso wie die zunehmende Anerkennung supranationaler "friedensstiftender Institutionen" (UNO) - Ausdruck eines zunehmenden, gefährlichen Zurückweichens ehemals liberaler Mediatoren - die die Not zur Tugend und den forcierten Wertewandel der BRD zum integralen Bestandteil ihres reduzierten Weltbildes machen.

Im Gegenteil, nicht die Vernachlässigung des Nationalen war der Fehler, sondern das Steckenbleiben auf einem emanzipativen Weg, der Nonkonformität trainiert und, auch über die Grenzen der Verwertbarkeit für das System, praktiziert. Zu entwickeln wäre eine, wenn schon nicht angstfreie, so doch selbstbewußt kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Befindlichkeit innerhalb der Machtzirkulation, die Schritte der Unberechenbarkeit ermöglicht, die nicht nur Sand im Getriebe der Maschinerie, sondern tragfähige Struktur gegen den regressiven Reflex sein könnte.

Die sich daraus ergebende Forderung an libertäres Verhalten bedingt nicht nur die klare Absage an die psycho-soziale Krücke des Nationalen (die erst "Undeutschen" und dann uns auf die Köpfe geschlagen würde), sondern ebenso die Distanz zu den ideologischen Brechstangen diverser "linker Genossen", die die soziale Verschärfung zur Rekonstruktion autoritärer Parteien zu nutzen suchen.

Materielle Verelendung und verschärfte Vernutzung zu neuen Ausgangspunkten sozialer Bewegungen bestimmen zu wollen macht Sinn - aber nur, wenn auch die immateriellen, mentalen Ebenen der Machtstruktur, die wir nur allzu leicht in unserer Widerstandskultur zu reproduzieren geneigt sind, zum Gegenstand der Auseinandersetzung werden.



Artikelserie zur »Drogenpolitik«, Teil 1

"I. Wir stellen fest:
1. Der Versuch der Eliminierung des Drogenangebots und des Drogenkonsums aus unserem Kulturkreis ist gescheitert. Die Nachfrage nach Drogen hält trotz aller Aufklärungsbemühungen bis heute an und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir auch in Zukunft mit Drogen und DrogenbenutzerInnen werden leben müssen."

1.Conference European Cities at the Centre of illegal trade in drugs, 22.11.90 in Frankfurt.

Rank Xerox: it's just a copy

Hätte Willy Brandt nebst den vier Unterzeichnerinnen aus den europäischen "Drogen"-Metropolen Frankfurt, Zürich, Amsterdam und Hamburg diese sogenannte "Frankfurt-Resolution" ebenfalls unterschrieben, wäre da wohl denn auch der Satz "Man hat sich bemüht" zu lesen.

Aber irgendwie sind sie nicht wegzukriegen von da, wo sie für viele nicht hingehören, die "DrogenbenutzerInnen".

I. Wir stellen fest:

Daß der oben genannte Terminus "Droge" einen gesellschaftspolitisch-ökonomisch determinierten Begriff der "häßlichen" Droge beschreibt, welcher als Symbol sowohl für die benutzt wird, die um des Profits willen über Leichen gehen, "unserem Kulturkreis" nicht zugehören, die DealerInnen nämlich, als auch für völlig heruntergekommene, verlauste Elendsgestalten, die sich in dunklen Ecken der Bahnhofs- und Rotlichtviertel des Großstadtmolochs herumschleppen. Diese doppelte Verwendung spricht schon Bände über die seit Jahrzehnten benutzte Worthülse von "Drogenpolitik".

Es ist mittlerweile eine banale Erkenntnis, daß der Unterschied zwischen "good drugs" (= Alkohol, Nikotin,Koffein,etc.) und "bad drugs" (= Heroin, Kokain) quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Gruppierungen – gleich welcher Coleur, und erst recht auch bei Linken und Linksradikalen – gemacht wird. Gerade in dieser Szene scheint sogar die Übernahme der von Staat und Medien transportierten Bilder mit all ihren Klischees und Widerwärtigkeiten bestens zu funk-



tionieren. Während KonsumentInnen von Alkohol oder Cannabis in diesen Kreisen noch durchaus als "politikfähig" und "glaubwürdig" gelten, sieht es da bei KonsumentInnen sogenannter "harter" Drogen beträchtlich anders aus. Vorstellungen von unzuverlässigen, nicht vertrauenswürdigen und von den "GesetzeshüterInnen" leicht erpressbaren "Süchtigen" hauen größtenteils in die Kerbe, die von staatswegen, unter anderem durch das BtMG, vorgegeben wird. Dadurch, daß Drogen wie Heroin, Kokain, LSD de jure illegal sind und auch äußerst repressiv Verstöße gegen die herrschenden Gesetze geahndet werden, werden innerhalb der linken Szene Ängste vor zusätzlichen polizeilichen Maßnahmen geschürt, was letztendlich zu einer Entsolidarisierung mit den von repressiver Drogenpolitik Betroffenen führt, und gleichzeitig eine gewisse Hierarchisierung in der eigenen politisch-gesellschaftlichen Werteskala erzeugt.

Beispielhaft für einen solchen Mechanismus ist ein Flugblatt, daß im Frühjahr '91 vom KOZ (= Café/Kneipe im StudentInnenhaus) an der Frankfurter Uni aufgetaucht ist: *"Wer hier dealt oder drückt, fliegt sofort raus! Auch wer meint, hier zugedrückt ankommen zu können, braucht auf keinen längeren Verbleib mehr zu hoffen!"* Es ist unvorstellbar, daß ein alkoholisierter Mensch mit ähnlichen Konsequenzen zu rechnen hätte.

Die Funktionsweise, die hier mit Sicherheit nicht gänzlich unbeabsichtigt abläuft, ist folgende: wir haben zwar beide Repressionen vom Staat zu befürchten und sind solchen auch beide letztendlich ausgesetzt. Doch wir sind von unseren Ansprüchen her *political correctlier* und grenzen Euch deswegen aus. Völlig aus den Augen verloren werden hier die Zusammenhänge der verschiedenen Repressionsmechanismen bzw. -formen, die sowohl gegen linke/linksradikale Kreise als auch gegen KonsumentInnen von Drogen, die per Gesetz illegalisiert worden sind, vom Staat eingesetzt werden.

Deshalb sei daran erinnert: daß die im Jahre 1977 (Deutscher Herbst) noch auf massiven öffentlichen Druck hin von einer SPD/FDP-Regierungskoalition abgelehnte Kronzeugenregelung für politisch motivierte TäterInnen, fünf Jahre später per Novellierung des BtMG dann doch quasi als entwicklungsfähiges Modellprojekt im Gesetz festgeschrieben wurde. Klar war damals auch, daß es nur noch eine Frage der Zeit sein würde, daß diese "Kronzeugenregelung" auch in politischen Prozessen angewendet werden wird. So kam es auch wie es kommen sollte mit dem Prozeß gegen vermeintliche Mitglieder der PKK, der seit nunmehr sechs Jahren inszeniert wird. Jeder gesetzlichen Grundlage in diesem Zusammenhang entbehrend, wurde hier die "Kronzeugenregelung" angewendet. Nach langjähriger Erprobung an Klein- und KleinstdealerInnen und AnhängerInnen von Befreiungsbewegungen wurde sie nachträglich auch gesetzlich verankert.

Ein weiteres Zusammenspiel von repressiver Drogenpolitik und allgemeiner politischer Repression, das kaum Beachtung finden mag, ist das des Knastsystems. Es gilt einen Zusammenhang herzustellen zwischen den überfüllten Knästen in Bezug auf die Anzahl der dort eingesperrten DrogengebraucherInnen und den Neubauplänen von "humaneren" JVAs wie beispielsweise in Weiterstadt. Daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Leuten, die sich eben nicht vom Staat vorschreiben lassen wollen, welche Drogen sie gefälligst zu konsumieren haben, in Knästen einsitzt, weil sie eben vom Staat als "Illegale" deklariert worden sind, bietet wiederum die Argumentationsgrundlage für den Aus- und Neubau weiterer Knäste, die sicherlich nicht nur für "Junkies" gedacht sind. Durch die Medien werden dann, wie bei den Knastaufständen 1990 in "Santa Fu", Preungesheim, Tegel, Moabit etc., Bilder für die TV- Bevölkerung gezeichnet, daß unsere Gesellschaft nicht einmal in den Knästen mehr geschützt ist, was den Konsens einer Legitimierung für den Bau weiterer "Wegschließ-Anlagen" schafft. Kein Wort, kein Bild natürlich darüber, welche Menschen aus welchen Gründen weggeschlossen sind. Die Herstellung von "Sicherheitsbedürfnis" als Ziel der "Obersten Heeresleitung". *"Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden"*, heißt es im Strafvollzugsgesetz von 1977.

Für DrogengebraucherInnen "illegaler, harter" Drogen ist dies längst bittere Realität geworden.

Auf der anderen Seite diskutieren wir, wie dies 1981/82 und 1987/88 in der Kreuzberger Hausbesetzer-Szene der Fall war, uns die Köpfe heiß. Anlaß war das Sinken der Heroinpreise und das vermehrte Auftauchen von Junkies in der Szene dort, und inwiefern der Staat durch "Einschleußen" von illegalen Drogen eine Zersetzung der Szene, eine Art von "Aufstandsbekämpfung" herbeiführen wollte. Auch hier wird wieder deutlich ersichtlich, wie sehr "die Szene" der drogenpolitischen Suggestion verfallen ist, der Suggestion nämlich von "good & ugly drugs", wie schon oben beschrieben. HausbesetzerInnen und DrogengebraucherInnen – sprich KonsumentInnen "harter" Drogen – sind beide immer noch als "out-groups" zu bezeichnen, vom Staat in die "Illegalität" gedrückt. Doch ignoriert wird meist, daß das BtMG wie das StGB Gesetze sind, die politisch angewandt werden sollen. Trotz dieser Parallelität werden jedoch die Mechanismen des "Radfahrerprinzips" umgesetzt, indem Drogenabhängige bzw. -KonsumentInnen auch in linken Kreisen als willfährige, willenlose Masse degradiert werden.

So paßt es dann auch, wenn "Heroindealer: Verpißt Euch!" vor manchem Anti-fa-Café, JUZ, besetzten Haus oder autonomen Zentrum zu lesen steht. Was ein Dealer ist, weiß man auch ohne es zu wissen. Man muß keinen kennen, um zu wissen, daß sie sich in Diskotheken und auf Schulhöfen herumtreiben. Man muß keinen gesprochen haben, um zu wissen, daß sie unsere Kinder mit LSD-Klebebildchen anturnen und mit Gratisproben anfixen. Man muß nur bis zum Hals in der Kloake der täglichen Medienscheiße stecken, um zu wissen, daß Dealer schlimmer sind als Prostituierte, NS-Verbrecher, Spekulanten und Saddam Hussein zusammen. Dealer gehen für Geld über Leichen. Dealer sind Mörder. Dealer sind Kinderschänder. Dealer sind nicht nur out. Sie sind megaout.

Die moralischen Grenzen verlaufen heute, nicht nur wie in den Jahren des Nazismus zwischen "good people" und Juden, Homosexuellen usw., oder, wie in den Dekaden danach, zwischen den ordentlichen Bürgern und den Kommunisten und Terroristen; sie verlaufen auch entlang jener akuten Front, die der "war on drugs" markiert. (S.Scheerer in *diskus 11/91*). Nicht nur, daß moralische mit semantischen Grenzen gleichgesetzt werden durch den undifferenzierten Gebrauch des Begriffs "Dealer", sondern auch dadurch – bewußt oder unbewußt – in den "Just say NO-", "Keine Macht den Drogen"-Chor eingestimmt wird. Ob auf der einen Seite Carlos Lehder, Philipp Morris, Bayer oder Hoechst oder auf der anderen derjenige Mensch, der gezwungen ist, zumindest teilweise, durch Klein- und Kleinstdealerei sich über Wasser zu halten – es scheint keine Rolle zu spielen: *"Wir sind political correctlier!"*

möfpf

Die Rolle von Krankheiten im Ausbau von Disziplinierung und sozialer Kontrolle

Lepra Syphilis Pest AIDS

von Louis Lerouge

In diesem Artikel soll es nicht um die Ansteckungsgefahr oder -wege gehen, auch nicht darum, wie frau/man sich vor bestimmten Ansteckungskrankheiten schützen kann. Nicht darum, welche Medikamente oder Therapien helfen könnten, und auch nicht, wie die Situation der Erkrankten ist. Es geht nicht darum, woher die Krankheit kommt, es sollen auch keine neuen Verschwörungstheorien entwickelt werden.

Es geht um die Rolle, die Ansteckungskrankheiten wie AIDS beim Ausbau von Herrschaft und sozialer Kontrolle haben können bzw. gehabt haben. Dabei hat der Rückgriff auf Lepra, Syphilis und Pest nur insofern Relevanz, als z.B. die Pest im Mittelalter eine Rolle im Disziplinierungsprozeß durch die Herrschenden spielt, wie sie AIDS spielen kann, aber hoffentlich nicht spielen wird. Dadurch, daß die (katholische) Kirche Ansteckungskrankheiten schon immer gerne als »Teufelswerk« gebrandmarkt hat, können Parallelen zwischen Lepra, Syphilis, Pest und AIDS aufgezeigt werden, ohne dabei die Krankheiten und Erkrankten in eine medizinische und gesellschaftliche Kontinuität setzen zu wollen.

Lepra und Syphilis

Die Lepra kennen wir schon aus dem Altertum (Ägypten, Indien, China). Sie verbreitete sich durch Schmierinfektion, zeigte verschiedene Ausprägungen und war bis zur Endeckung des Penicillins unheilbar. Die Lepra machte es der Gesellschaft leicht, denn Ausgrenzung und Nichtberühren der Kranken reichte als Schutz aus. Die Kranken wurden völlig aus der Gesellschaft ausgesondert, indem frau/man ihnen anfangs eigene Dörfer gab und später z.B. in Deutschland und Frankreich große »Leprosorien« eingerichtet wurden. Es gab sogar eigene Friedhöfe für die Verstorbenen.

Die Leprakranken waren Aussätzige, Ausgegrenzte aus der Gesellschaft der »Gesunden«. »Der Leprakranke wird verworfen, ausgeschlossen, verbannt: ausgesetzt; draußen läßt man ihn in seiner Masse verkommen, die zu differenzieren sich nicht lohnt.« (Foucault 1977, 254f) Dies war aber nur so, weil der einzelne Mensch noch keine Bedeutung für die Macht besaß. Der Mensch als Arbeitskraft stand noch nicht im Mittelpunkt der herrschenden Ordnung.

Trotz der totalen Ausgrenzung war die Lepra kein absolut negatives Stigma. Dies hatte vor allem zwei Ursachen: Zum einen waren alle gleichermaßen von der Lepra betroffen, egal, ob reich oder arm, zum Anderen hatte laut Bibel doch Jesus selbst einen Aussätzigen (Leprakranken) gewählt, um an ihm ein Heilwunder zu vollbringen. »Aussatz galt denn auch vornehmlich als Prüfung: Er gab den Kranken Gelegenheit, die religiösen Tugenden der Unterwerfung unter Gottes Willen und der Geduld im Leiden zu üben, ihrer Umwelt die Möglichkeit, durch gute Taten christliche Gesinnung und Nächstenliebe zu beweisen.« (Bleibtreu-Ehrenberg 1986, 48)

Die Geschlechtskrankheit Syphilis verbreitete sich ab 1500 nach und nach in allen europäischen Ländern. Während bei der Lepra der genaue Ansteckungsweg noch unbekannt war, lag dies bei der Syphillis anders. Die Ansteckung findet durch den Sexualverkehr mit Erkrankten statt. »Die lange Erfahrung mit der Lepra hatte gezeigt, daß Isolation ein zwar trauriges Mittel der Gegenwehr war, doch das einzige, das augenscheinlich wirklich half. Dabei traf die nötige Absonderung das ganze Individuum. Bei der neuen Krankheit schien es anfangs zu genügen, wenn man nur einen Teil der befallenen Person isoliert: ihre Sexualität.« (Bleibtreu-Ehrenberg 1986, 48f)

Zu Beginn der Ausbreitung der neuen Krankheit hatte diese noch kein soziales Stigma, denn die Syphilis hat mit der Lepra eins gemeinsam: sie macht keinen Unterschied zwischen Hoch und Nieder, Mann und Frau, ChristInnen und »HeidInnen«. Auch unterstand der Geschlechtsverkehr noch nicht den strengen moralischen Zwängen, wie sie sich später entwickelten. Denn dadurch, daß es den höheren Schichten gelang, die Krankheit unsichtbar zu machen, wurde die Syphilis zu einem sozialen Stigma der unteren Klassen. Die Reichen konnten die Erkrankten isolieren und verstecken, sie dadurch aus dem öffentlichen Leben entfernen. Bei den unteren Schichten mußte jedeR für ihren/seinen Unterhalt und den der Familien arbeiten. Die Erkrankten konnten sich nicht aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

Die Syphilis veränderte erheblich die

zwischenmenschlichen Beziehungen, besonders im Sexualverhalten von Frauen und Männern untereinander. Die Freudenhäuser galten im 13. Jahrhundert noch als »ehrlich« und waren in das Zunftwesen intregriert. Nun wurden diese Häuser entweder geschlossen oder blieben fortan übel verleumdet. Ebenso erging es den öffentlichen Badestuben, deren Bestand in den größeren Städten nun schlagartig zurückging, wenn diese nicht sogar ganz verschwanden. Die Badestuben waren vorher »fester Bestandteil der städtischen Kultur und in der Regel als Dampfbad angelegt. Sie sollen wegen Geselligkeit und Kurzweil eine große Rolle in dem gesellschaftlichen Leben gespielt haben und standen bei Handwerkern und Kleinbürgern in hohem Ansehen.« (Stöbe 1990, 118) Diese Entwicklung führte zu einer zunehmenden Privatisierung und »Verhaustierung« der körperlichen Hygiene.

Alle diese Maßnahmen sollten unkontrollierten Sex mit Personen verhindern, von denen nicht eindeutig feststand, ob sie an Syphilis erkrankt waren. Das gemeinsame Bad galt von nun an als unrein.

»Man beginnt um die Zeit auch, mehr auf die Keuschheit junger Mädchen zu achten, da sie jetzt begehrtere Bräute sind als solche, die schon Liebhaber gehabt haben: die reine, keusche Jungfrau war mit hoher Wahrscheinlichkeit von der neuen Krankheit frei. Vordem pflegte man oft erst zu heiraten, sobald das erste Kind unterwegs war. Denn wie anders hätte man merken können, ob die Braut nicht eventuell unfruchtbar war? Überlegungen der Art traten jetzt zugunsten der Gesundheitsvorsorge zurück.« (Bleibtreu-Ehrenberg 1986, 46)

Es fällt auf, daß, obwohl die spanischen Eroberer - also Männer - die Krankheit von ihren Raubzügen in Südamerika mit nach Europa gebracht hatten, die sich dann über ganz Europa ausgebreitet hat, die Syphilis in Europa dazu benutzt wurde, die patriarchale Macht der Männer über die Frauen auszuweiten: In Freudenhäusern, Badehäusern etc. werden die »sündigen« Frauen für die Verbreitung verantwortlich gemacht. Auch außerhalb dieser Institutionen wird das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen weiter eingeschränkt. Dazu kommt, daß dies auch die Zeit war, in der die Kirche ihre Sexualmoral und ihre Bevölkerungspolitik durchsetzen wollte. Durch die Auslöschung des Wissens der Verhütung, das Verbot der Abtreibung, die erbitterte Verfolgung von Kindsmörderinnen erreichte die Kirche dieses Ziel.

Die Syphilis half dabei, die patriarchale Macht und Kontrolle über die Frauen auszubauen.

Die Pest - der schwarze Tod

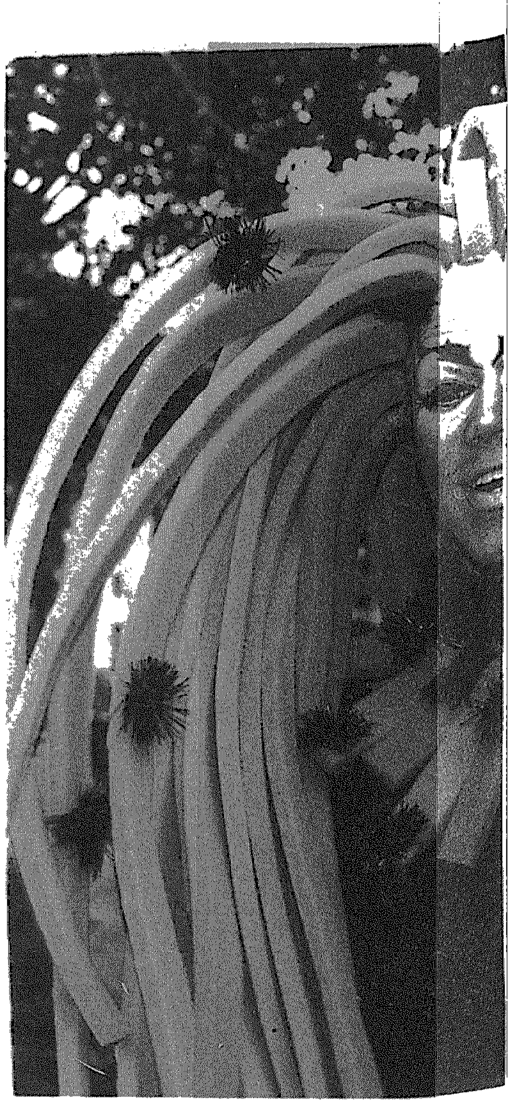
Auch mit der Pest betrieb die Kirche wieder ihr Spiel. »Im Jahre 1348 erklärte der Papst in einer Bulle, Gott habe die Menschheit mit der Pest-Seuche geschlagen. Viele Menschen glaubten, der Zorn Gottes sei über die sündige Welt gekommen. Umkehr und Buße wurden gepredigt. Man suchte Schuldige für das 'Große Sterben' und fand sie vor allem in den Juden, die sich gegen das Christentum verschworen und Brunnen vergiftet hätten.« (Singhartinger 1987, 62) Die Jüdinnen und Juden wurden im 13. Jahrhundert dazu gezwungen, einen runden Flicken aus gelben Filz als Abzeichen zu tragen. Später wurden auch MohammendanerInnen und Prostituierte dazu verpflichtet.

Die medizinische Fakultät von Paris stellte im Auftrag des Papstes - ebenfalls 1348 - fest, daß »eine Dreierkonstellation aus Saturn, Jupiter und Mars, die am 20. März 1345 in einem 40-Grad-Winkel zu Aquarius getreten sei« (Tuchmann 1980, 106), für die Pest verantwortlich war. Diese Begründung der Pariser Gelehrten wurde dann die offizielle Begründung für die Seuche.

In manchen Gegenden wurden die medizinischen Maßnahmen bald schon mit staatlichem Zwang durchgesetzt. In Florenz enstanden im 15. und 16. Jahrhundert die ersten Gesundheitsbehörden. »In Deutschland war das merkantilistische/kameralistische Denken bezüglich Gesundheit und Krankheit eng verknüpft mit der Idee der Polizei. Der Begriff Polizei ist in dieser Zeit weiter als unser heutiger Polzeibegriff. Unter Polizeiwissenschaft hatte man sich damals die gesamte Theorie und Praxis der öffentlichen Verwaltung vorzustellen.« (Singhartinger 1987, 63).

Die Pest kann nicht wie die Lepra oder die Syphilis »bekämpft« werden, sondern bedingt andere Mechanismen. »Anstelle einer massiven und zweiteilenden Grenzziehung zwischen den einen und den anderen verlangt die Pest nach vielfältigen Trennungen, nach inidividualisierenden Aufteilungen, nach einer in die Tiefe gehenden Organisation der Überwachungen und der Kontrollen, nach einer Intensivierung und Verzweigung der Macht« (Foucault 1977, 254) Es werden viele Gesetze und Verordnungen erlassen, um die Pest in den Griff zu bekommen. Nach einem Reglement aus dem Ende des 17. Jahrhunderts müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

»(...) ein rigoroses Parzellieren des Raumes: Schließung der Stadt und des dazugehörigen Territoriums; Verbot des Verlassens unter Androhung des Todes; Tötung aller herumlaufenden Tiere; Aufteilung der Stadt in verschiedene Viertel... Jede Straße wird unter die Autorität eines Syndikus gestellt, der sie überwacht; würde er sie verlassen, verlöre er sein Leben.« (Foucault 1977, 251) über alles wurde Buch geführt: »Die Pestkranken (...) werden sorgfältig erfaßt und individuell differenziert - von einer Macht, die sich vervielfältigt, sich gliedert und verzweigt.« (Foucault 1977, 255) Es wurde einfach alles registriert, wer und was sie/er mit der Pest zu tun hatte. Welches Alter, welches Geschlecht?



Während auf Lepra die Antwort Ausgrenzung hieß und noch heute vielerorts heißt, war die Antwort auf die Pest: Ordnung und Überwachung. »Die Verbannung der Lepra und die Bannung der Pest - das sind nicht dieselben politischen Träume. Einmal ist es der Traum von einer reinen Gemeinschaft, das andere Mal der Traum von der disziplinierten Gesellschaft. Es handelt sich um zwei Methoden, Macht über die Menschen auszuüben, ihre Beziehungen zu kontrollieren und ihre gefährlichen Vermischungen zu entflechten. Die verpestete Stadt, die von Hierarchie und Überwachung, von Blick und Schrift ganz durchdrungen ist, die Stadt, die im allgemeinen Funktionieren eine besondere Macht über alle indi-

viduellen Körper erstarrt - diese Stadt ist die Utopie der vollkommen regierten Stadt/ Gesellschaft. Die Pest (...) ist die Probe auf die ideale Ausübung der Disziplinierungsmacht.« (Foucault 1977, 255)

Über die Jahrhunderte hinweg hat sich eine allmähliche Annäherung der so unterschiedlichen und scheinbar so unvereinbaren Umgangsmethoden mit Pest und Lepra vollzogen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wird die Vermischung der Erfahrungen mit Pest und Lepra exzessiv forciert.

Die Herrschaftssicherung läuft heute über Ausgrenzung und Isolation mit Zuckerbrot und Peitsche. Aus der Durchmischung all dieser Disziplinierungstechniken entsteht eine komplizierte und differenzierte Form der Herrschaftssicherung. Ein kompliziertes Geflecht aus Ausgrenzung und Differenzierung ermöglicht eine fast unsichtbare Form der Unterdrückung und Überwachung. Die Ausdifferenzierung in Strafanstalten, Psychiatrien und Heime - unterschiedlichster Art - ermöglichen eine Verschleierung der wahren Funktion dieser Isolierungsanstalten. Es geht um die Erhaltung von Macht über den Körper und den Geist der Menschen, um so die Arbeitskraft der noch nicht Betroffenen besser ausbeuten zu können. Die Macht zieht die Grenzen zwischen »Krank« und »Gesund«, zwischen »Kriminell«, »Asozial« und »Normal«. Die Mechanismen, die im Kampf gegen die Pest angewendet worden sind, wurden von nun an in alle gesellschaftlichen Bereiche hineingetragen. Die Registrierung von ALLEM und JEDER/M ist nur ein Ausdruck davon.

Foto: Mathilde Kohl, Transparent



Zur Ideologie des abweichenden Verhaltens

Die Macht hat mittlerweile den Körper des Menschen und das Kollektiv Bevölkerung entdeckt. Die Macht will ihre Herrschaft über den Körper der/des Einzelnen und der gesamten Bevölkerung ausweiten. Sie will disziplinieren, kontrollieren und isolieren. Dazu ist es notwendig, eine Norm für das SEIN der Menschen festzulegen, jede Abweichung muß korrigiert oder aber aus der Bevölkerung herausgerissen werden. Dazu werden verschiedene Institutionen benötigt: Knäste, Psychiatrien, Altersheime, Waisenheime, Erziehungsheime, Heime für Behinderte etc..

In diese Institutionen (auch totale Institutionen - nach Goffman - genannt) kommen die Menschen, die von der herrschenden Norm abweichen. »Bei uns wird der Abweichende, der sich an der Grenze der Norm befindet oder sie durchbrochen hat, entweder von der medizinischen oder von der juristischen Ideologie eingefangen, die ihn erfolgreich zu unterdrücken, zu analysieren und zu kontrollieren unternimmt. Die hierin enthaltene Prämisse, es handele sich um 'anomale' Personen, rechtfertigt es, sie in die Obhut medizinischer und strafrechtlicher Instanzen zu geben, ohne daß durch die Abweichung - verstanden als konkrete Verneinung relativer Werte, die als absolut und unabänderlich postuliert und definiert wurden, - die Gültigkeit der Norm und ihrer Abgrenzung in Frage gestellt würden.« (Basaglia 1972, 13f) Wer nicht der jeweiligen herrschenden Norm entspricht und sich so verhält, wie sie es verlangt, ist »krank« und/oder »kriminell«. Sie/er muß wieder auf Linie, d.h. auf die herrschende Norm gebracht oder aber eine Zeitlang oder für immer ausgegrenzt werden.

»Das Irrenhaus, das Gefängnis, die Schule, all die Institutionen, die für die Kontrolle abweichenden Verhaltens zuständig sind, entsprechen der Repression, wie sie unser sozioökomischer Entwicklungsstand hervorbracht hat.« (Basaglia 1972, 16) Die Stufe, auf der sich das Kapital befindet, bestimmt die Art der Norm und somit die Art der Abweichung und selbstverständlich den Umgang damit.

Eine Durchmischung von politischer, juristischer und medizinischer Abweichung ist nicht selten. Der Geist des italienischen Arztes, »Anarchismusforschers« und Begründers der Kriminalbiologie Cesare Lombroso (1836-1909) ist heute noch lebendig. Danach gilt es, die »Gesunden« vor »Halbverrückten« und »revolutionären Fanatikern«, vor »Revolutionären«, »politischen Überzeugungstätern« und vor »Anarchisten«, um nur einige seiner Definitionen zu nennen, zu schützen. »Diese Definitionen sind unmißverständlich: die medizinische Ideologie läßt ein politisch-moralisches Urteil zu, das den wissenschaftlichen Definitionen einen Klassencharakter verleiht, der sich unverhüllt offenbart. In Wirklichkeit sind die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden, die niemanden dulden, der ihre Regeln nicht respektiert.« (Basaglia 1972, 22)

Heute hat sich die Kriminalbiologie vor allem in den USA etabliert. Die Ursache für Gewalt und Kriminalität wird heute nicht mehr in den äußeren Umständen gesucht, sondern in den Erbanlagen der Menschen. »In den USA ist die Kriminalbiologie in den letzten Jahren wieder zu

neuen Ehren gekommen. Im Gefolge zahlreicher sozialwissenschaftlicher, aber auch mediziner Forschungsprogramme zur Erfassung und Bewältigung von 'Risikogruppen' wurde dort in den sechziger und siebziger Jahren die Idee der Prävention zu einem zentralen Ansatzpunkt von neuen Sozialtechnologien. Insbesondere wurde versucht, Zusammenhänge zwischen aktuellen Verhaltensauffälligkeiten und künftigen Rechts- und Regelverstößen zu ermitteln.« (Weß 1993, 54) Wenn nicht die gesellschaftlichen Umstände für Gewalt und Kriminalität verantwortlich sind, müssen sie auch nicht geändert werden. Interessant ist auch, daß die US-amerikanischen WissenschaftlerInnen die kriminellen Erbanlagen vor allem bei der »schwarzen« Bevölkerung der USA entdeckt haben.

Heute gibt es AIDS

Welche tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen AIDS mit sich bringen wird, kann heute noch nicht gesagt werden.

Was macht die Faszination von AIDS für die verschiedensten Gruppen und auch für die Medien aus? Zum einen liegt diese darin, »daß das Erregervirus beim Sexualverkehr übertragen werden kann und zu einem großen Teil auch auf diesen Weg übertragen wird. Das erzeugt Ängste bei vielen Menschen, die sich nicht auf einen Sexualpartner festgelegt haben. AIDS eröffnet die Möglichkeit, über Sexualität zu reden und zu schreiben, die nach Foucault in modernen Gesellschaften nur scheinbar tabuisiert ist - in Wirkleichkeit wird unablässig von Sex gesprochen, aber gleichzeitig versucht, ihn als 'das Geheimnis' geltend zu machen.« (Singhartinger 1987, 51)

Zum anderen ist AIDS in den westlichen Ländern zuerst bei Homosexuellen entdeckt worden, und dadurch ist für viele Menschen eine assoziative Verbindung von Homosexualität und AIDS entstanden. Die Krankheit, die wir heute AIDS nennen, wurde anfangs als »GAY-Related-Immune-Deficiency« bezeichnet.

Mit der Krankheit AIDS versuchen heute schon verschiedene gesellschaftliche Kräfte ihr eigenes politisches Spiel zu treiben.

Da wären zum einen die reaktionärsten Teile der katholische Kirche oder andere (pseudo-)christliche Gemeinschaften bzw. Sekten, die AIDS als »Teufelswerk« verdammen und die »unchristlichen« Lebensweisen als Hauptursache sehen, nämlich Homosexualität oder Sexualität außerhalb der Ehe. Teile der Kirche sehen in AIDS wieder eine Chance, ihre Bevölkerungspolitik und Sexualmoral erneut durchzusetzen, wie sie es schon im Mittelalter u.a. mit der Verfolgung und Ermordung der »weisen« Frauen versucht haben.

Wer die Macht über die Sexualität besitzt, hat die Macht über den Körper des einzelnen Individuums sowie über das Kollektiv Bevölkerung. Vor allem seit dem Mittelalter versucht die Kirche, diese Macht über Menschen zu erlangen, dazu zählt die Durchsetzung ihrer Sexualmoral sowie ihre Positionen zur Bevölkerungspolitik, also die Verneinung der individuellen Geburtenkontrolle der Frauen bzw. der Familien selber. Die Macht über die Sexualität sichert auch die Macht der Männer über die Frauen ab. Deshalb schlägt die Kirche auch nicht Kondome, sondern die Einhaltung ihrer Vorstellungen von Sexualität zum Schutz vor AIDS vor. Die Sexualität dient als Machtfaktor über den Menschen - und besonders über die Frau - zur Sicherung der Reproduktion von Arbeitskräften fürs Kapital.

Aber da gibt es auch noch andere konservative und faschistoide Gruppierungen, denen die Homosexuellen schon immer ein Dorn im Auge waren, und die Zwangstest's für ALLE, Tätowierungen von HIV-positiven bzw. deren Internierung fordern.

Einer dieser Vereine ist der am 28.9.'85 in Frankfurt am Main gegründete »Verein zur AIDS-Verhütung«, in dem nur ÄrztInnen Mitglied werden können. Dieser Verein ist eine Vorfeldorganisation des faschistoiden »Bundes gegen Anpassung« (BgA), der im Jahr 1985 noch »Marxistische Reichistische Initiative« (MRI) hieß. Der »Gründer und Führer« ist Fritz Erik Hoevels, er gab auch die Anregung für die Gründung des »Vereins zur AIDS-Verhütung«. Vier Wochen nach der Gründung wurde dieser Verein als »steuerbefreite Körperschaft« von den Frankfurter Behörden ins Vereinsregister aufgenommen.

Der BgA selbst ist nicht nur autoritär strukturiert, sondern seine Postionen können als rassistisch, sexistisch und faschistoid bezeichnet werden. Wie für viele Gruppen, die die »freie Sexualität« propagieren, gehören Feministinnen und Homosexuelle zu besonderen Angriffszielen des BgA. In AIDS sieht der BgA eine Chance gegen Homosexualität - vor allem gegen Schwule - aktiv zu werden und Homosexuelle weiter zu stigmatisieren.

Das Ziel des »Vereins zur AIDS-Verhütung« ist laut Satzung »die Verhinderung der Ausbreitung der AIDS-Seuche bzw. ihre Ausrottung« Der Verein hat einen »Anti-AIDS-Ausweis«, der nur gültig mit

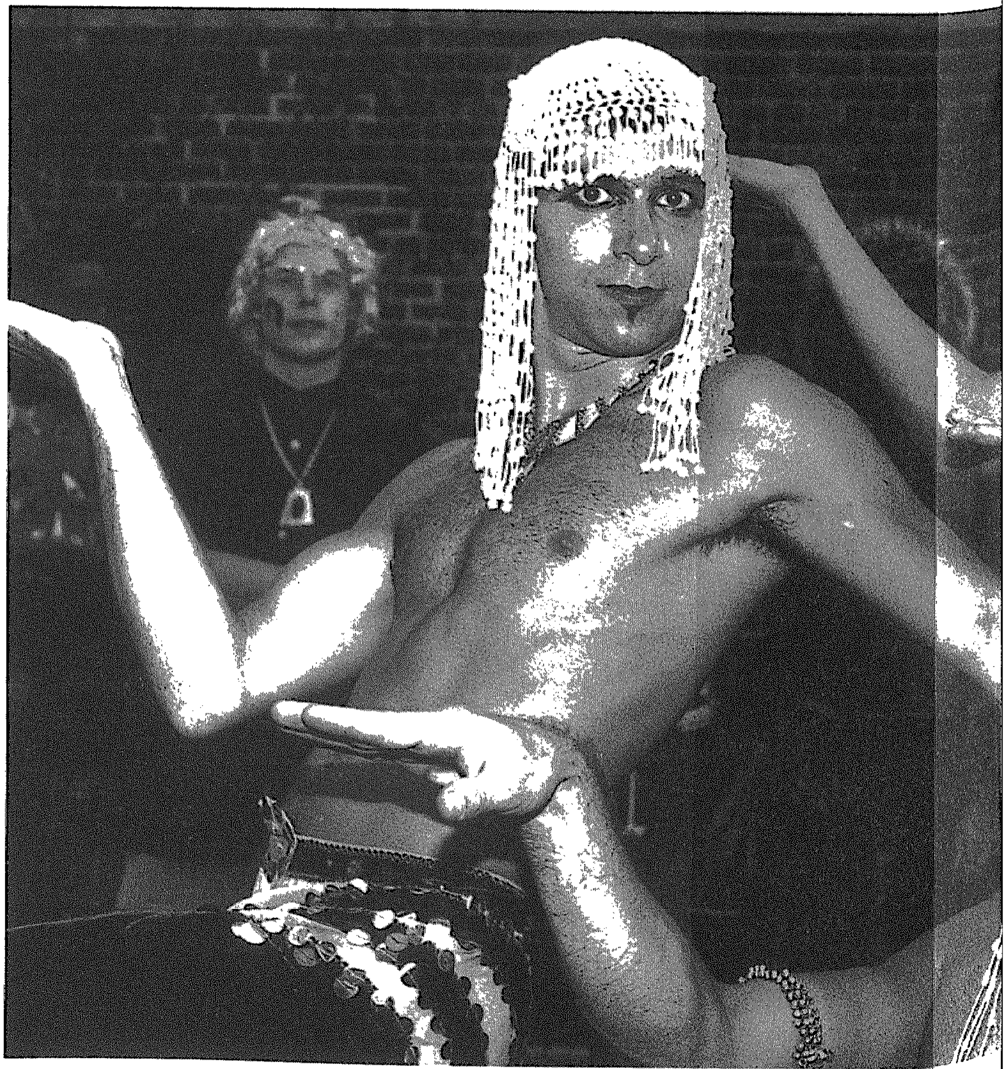
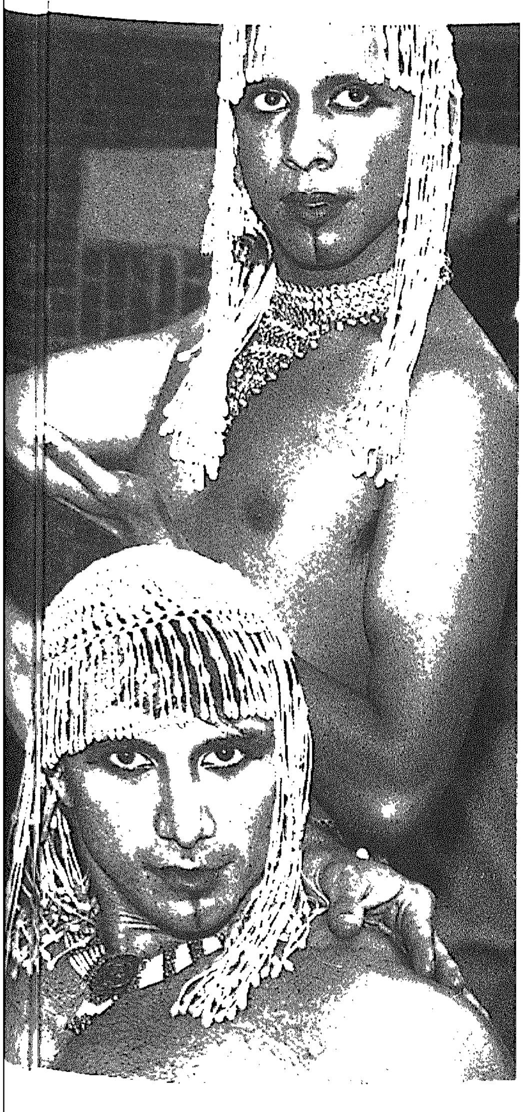


Foto: Mathilde Kohl, Transparent

einem Paßphoto ist, propagiert. Den InhaberInnen dieses Ausweises wird bescheinigt, daß bei zwei, im Dreimonatsabstand erfolgten, Tests keine Antikörper nachgewiesen wurden. Die/der InhaberIn ist verpflichtet, keinerlei Intimkontakte mit Personen einzugehen, die nicht im Besitz des gleichen Ausweises sind. Der Verein fordert eine umfassende Reihenuntersuchung sämtlicher Bundesbürger und die lückenlose Kontrolle der aus dem Ausland einreisenden Personen, sowie vor allem die Tätowierung der von der Krankheit Betroffenen. Die Tätowierung sollte sich an nur beim Geschlechtsverkehr notwendig sichtbarer Stelle befinden, als Symbol



schlug Hoevels ein Pluszeichen oder ein »P« vor. Die »Gesundheitspolitk« des Vereins kann als faschistisch bezeichnet werden, sogar das Landgericht in Nürnberg schloß sich dieser Meinung an (AZ 505441/86).

AIDS und Rassismus

Doch auch die herrschende Praxis richtet sich mehr gegen die Erkrankten als gegen die Krankheit. In einem Erlaß von 21.4.87 hatte der damalige Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) dem Bundesgrenzschutz die Möglichkeit gegeben, AusländerInnen bei Verdacht auf AIDS die Einreise in die BRD zu verweigern. In einem Rundschreiben des Grenzschutzamtes Aachen an alle Grenzschutzämter, an die Hauptzollämter und an »die Lage- und Einsatzzentrale im Hause« vom 21. April heißt es:

»Der Bundesminister des Inneren hat nunmehr entschieden, daß die Anwesenheit von Ausländern, die an AIDS erkrankt oder die, ohne bereits erkrankt zu sein, Träger von AIDS-Viren sind, im Hinblick auf das Übertragungsrisiko erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.(...)

Für die Zurückweisung ist nicht der Nachweis erforderlich, daß der Ausländer tatsächlich auch an AIDS erkrankt ist oder Träger der AIDS-Viren ist. Es genügt insoweit auch ein entsprechender begründeter Verdacht.« (FR 12.5.87)

Neben Schwulen, FixerInnen und Prostituierten wird eine neue »Risikogruppe« entdeckt: die/der AusländerIn. Doch Risiko für wen? Gefährden erkrankte AusländerInnen die BRD? Können sie nicht verantwortungsvoll mit ihrer Erkrankung umgehen? Oder soll hier die deutsche »Volksgesundheit« geschützt werden? Auf jeden Fall wird hier eine weitere Gruppe von Menschen mit dem Stigma »AIDS« belegt, ungeachtet davon, ob diese auch daran erkrankt sind oder nicht.

Die Logik der Rechten: »Die Ausländer nehmen uns nicht nur unsere Arbeitsplätze, Wohnungen und Frauen weg, nein, sie wollen auch unser Volk mit AIDS verseuchen.«

Der Erlaß des Innenministers macht nur Sinn, wenn er als Erlaß gegen AusländerInnen - als Bestandteil der Hetze - betrachtet wird. Gegen die Krankheit AIDS ist er mehr als sinnlos, einfach überflüssig.

Mit Gesetzen gegen AIDS?

Nicht nur bei diesem Erlaß von Zimmermann ist erkennbar, daß die meisten Gesetze, die im Zusammenhang mit AIDS erlassen werden, sich zumeist gegen die Erkrankten und/oder die vermeintlichen »Risikogruppen« richten, und nicht gegen die Krankheit selber.

Auch wird unter dem Vorwand AIDS versucht, umstrittende Strafgesetze beizubehalten. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion zu einer Gesetzesinitiative der GRÜNEN zur Änderung des Sexualstrafrechtes im Bundestag. Es ging dabei um eine rechtliche Gleichstellung von Heterosexualität und Homosexualität (Abschaffung des § 175 StGB). In dieser Diskussion sagt der Abgeordnete Eylmann von der CDU/CSU in der Bundestagssitzung am 12.12.1985:

»Nun zu den Homosexuellen! Ich meine, was die Freigabe der 14- bis 17-jährigen Jungen für den homosexuellen Zugriff angeht, so zeigt sich die Immoralität dieser Gesetzesinitiative zusätzlich noch darin, daß sie zu einem Zeitpunkt vorgelegt wird, wo wir uns alle Gedanken darüber machen, wie wir die Ausbreitung von AIDS verhindern können.« (zitiert in Singhartinger 1987, 113)

Hier geht es nicht um einen »Kampf« gegen AIDS, sondern um eine Stigmatisierung und Herabsetzung einer sozialen Gruppe, die den Herrschenden nicht in den Kram paßt. Homosexuelle leisten halt keinen Beitrag zur Reproduktion von ArbeitssklavInnen.

Mit Gesetzen wird frau/man nichts gegen die Verbreitung von AIDS ausrichten können, denn, wie erkannte schon Peter Kropotkin: »alle Gesetze erweisen nur ihre Nutzlosigkeit und Schädlichkeit gegenüber ihren vorgeblichen Zwecken!« (Kropotkin 1981, 18)

Die Gesetze sind vorgeblich zum Schutz der Gesellschaft gemacht worden. Sie sollen Eigentum und Menschen schützen. Doch wir wissen, daß diese Gesetze nur dazu da sind, die Macht der Herrschenden zu sichern, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gesetzlich abzusichern. So wie es mit den Eigentumsgesetzen ist, ist es auch mit den Gesetzen gegen AIDS, sie dienen einem anderen Zweck, z.B. der Stigmatisierung von bestimmten sozialen Gruppen. Die Spaltung der Bevölkerung ist Bestandteil der Herrschaftssicherung.

BluterInnen sind die Guten

An dem sogenannten »AIDS-Skandal«, der im Oktober und November '93 die Medien und die Menschen beschäftigte, wird die Wirkung einer Stigmatisierung deutlich. Hier an dieser Stelle, sollten uns nicht die Ursachen des Skandals interessieren, denn diese sind alltäglich. Das Kapital riskiert aus Profitinteressen die Gesundheit und das Leben anderer, und dies wird von PolitikerInnen und BeamtInnen staatlicher Institutionen gedeckt.

Mit AIDS wurden bestimmte soziale Gruppen negativ stigmatisiert, um sie an den Rand der Gesellschaft zu drängen und die soziale Kontrolle über sie auszubauen. Einige Schwule glauben zwar, daß AIDS die Akzeptanz von Schwulen erhöht habe, weil nun öfters über Schwule in den Medien berichtet wird, und dadurch die Existenz von Homosexualiät größeren Teilen der

Bevölkerung immer mehr ins Bewußtsein gebracht wird, aber ich sehe diese Wirkung noch nicht. Durch die Stigmatisierung soll der Kampf um eine gesellschaftliche Akzeptanz und gegen die ständige Diskriminierung und Ausgrenzung erschwert werden. Die Angst der Menschen vor Ansteckung wird hier ausgenutzt.

Es gibt aber Menschen, die von AIDS betroffen sind, die nicht diesem negativen Stigma unterworfen werden sollen. Dabei handelt es sich um BluterInnen und Menschen, die durch Bluttransfusionen oder Blutgerinnungsmittel bei Operationen mit dem AIDS-Virus infiziert wurden. Diese müssen nun als die Guten und unschuldigen Opfer dargestellt werden, während die anderen wegen ihres Lebenswandels an ihrer Erkrankung selbst schuld sind. Deswegen fordern einige PolitkerInnen und »ExpertInnen« eine gesetzliche Sonderregelung für die Menschen, die durch Bluttransfusionen und Blutgerinnungsmittel infiziert worden sind. Die Versicherungen, der Staat und die Pharma-Industrien sollen Geld für diese »Opfer« bereitstellen. An eine Regelung, die allen hilft, die AIDS haben, wird nicht gedacht, und sie ist auch nicht gewollt. Wen interessieren denn schon infizierte Obdachlose, Junkies, Gefangene, Prostituierte. Sie werden erst dann zum öffentlichen Problem, wenn sie Blut spenden.

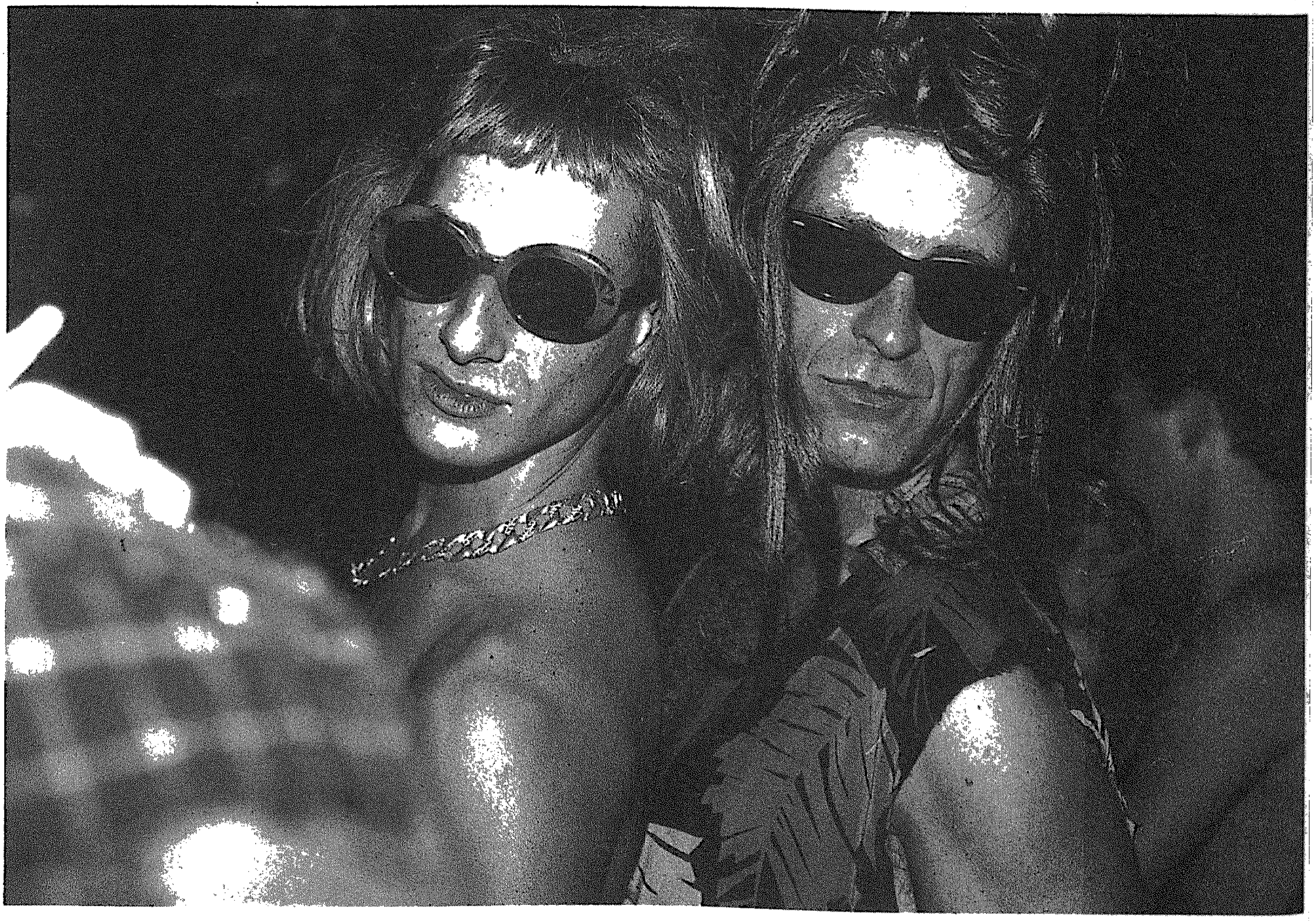


Foto: Mathilde Kohl, Transparent

Krankheit und Anarchie

Die Herrschenden benutzen seit Jahrhunderten Krankheiten, um zu spalten und zu selektieren. Ansteckungskrankheiten werden benutzt, um die Herrschaft und Kontrolle über die/den EinzelneN und bestimmte soziale Gruppen auszubauen und zu festigen.

Aus anarchistischer Sicht reicht es nicht, Widerstand gegen Gesetze, Erlasse und Maßnahmen der Herrschenden, die sich gegen AIDS-Infizierte und Erkrankte wenden, zu leisten, sondern wir müssen einen libertären/anarchistischen Umgang mit Krankheiten wie AIDS entwickeln, den es meiner Meinung nach noch nicht gibt.

AIDS darf kein Mittel der sozialen Stigmatisierung mehr sein. Nur so kann AIDS als gesellschaftliches Problem, das uns alle angeht, erkannt werden. Das ständige Zusammenbringen von AIDS mit bestimmten sozialen Gruppen birgt auch die Gefahr in sich, daß sich Menschen, die keiner dieser sozialen Gruppen angehören, schwer tun, offen mit ihrer Infizierung umzugehen. Gerade Frauen, die weder Fixerinnen noch Prostituierte sind, tun sich schwer, mit AIDS an die Öffentlichkeit (FreundInnen, Familie, NachbarInnen, ArbeitskollegInnen etc.) zu treten.

Die Grundlage eines anarchistischen Umganges sollte die Selbstverantwortung der/des Einzelnen gegen über sich selbst und der/dem Anderen sein. Diese Selbstverantwortung ist aber nicht mit Selbstdisziplinierung zu verwechseln, also der freiwillige Annahme von Verhaltensweisen, wie sie die Herrschenden von uns verlangen!

Literaturhinweise:

Basaglia, Franco/Basaglia Ongaro, Franca: Die abweichende Mehrheit. Die Ideologie der totalen sozialen Kontrolle, Frankfurt/Main 1972

Bleibtreu-Ehrenberg, Gisela: Fragen Viren nach Moral? Unsere Schwierigkeiten mit Geschlechtskrankheiten. In: Dunde, Siegfried Rudolf (Hrsg.): AIDS - Was eine Krankheit verändert. Sexualität und Moral, der Einzelne und die Gesellschaft, Frankfurt/Main 1986

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/Main 1977

Kropotkin, Peter: Gesetz und Autorität, Berlin 1982

Singhartinger, Johann: AIDS als Anlaß - Kontrolle als Konzept. Entwicklungen am Beispiel Strafvollzug, München 1987

Stöbe, Silvia: Privatheit - Privater Raum? Über den Wandel vom psychischen zum räumlichen Rückzug und seine Auswirkungen auf die Grundrißgestaltung der Wohnung. Dissertation an der Gesamthochschule Kassel, Kassel 1990

Tuchmann, Barbara: Der ferne Spiegel. Das dramatische 14. Jahrhundert. Düsseldorf 1980

medien
oder barbarei

von Agentur BILWET

Immer öfter wird über »Medien oder Barbarei« gesprochen. Haben wir es hier mit einer Wahl zu tun, einer Alternative, einer Drohung, einem Schlachtruf, einer Umfrage, einem Luxusproblem dann wohl, einem Reklameslogan dafür, eine Meinung zu haben?

Wenn es um eine Wahl geht, müssen die Pros und Contras von beiden Möglichkeiten untersucht und begründet, dann die Meriten der medialen Barbarei und der Gebrauch von Medien durch Barbaren oder von Barbaren durch Medien herausgearbeitet werden, um schließlich eine fundierte und nuancierte Wahl zu treffen. Die Spezialisten sorgen für Argumente und Hintergrundanalysen und die breite gesellschaftliche Diskussion zieht daraus ihre Schlüsse.

Betrachten wir *Medien oder Barbarei* als Alternative, dann werden die Medien als das stärkste psychotherapeutische Mittel aufgefaßt, um die letzten nicht angeschlossenen Barbaren – vom Analphabeten bis zum Moslem – zu heilen, die durch das Ansehen von *Dallas* und *Twin Peaks* vom Ballast ihrer prämedialen Geschichte befreit und definitiv in die Zivilisation der Marktdemokratie aufgenommen werden.

Der Ankunft von Medien haftet immer der Schrecken an, daß ein militärisches Vorgehen oder eine humanitäre Hilfsaktion ansteht. Mehr und mehr Katastrophengebiete verweigern den Medien den Zugang, um das katastrophale Eintreffen der internationalen Hilfsdienste zu verhindern. Werden Kriegsschauplätze und Naturkatastrophen jedoch erschöpfend gecovert, schichtet sich die Information zu einer solchen Dichte, daß auch der wohlwollendste Bürger keine Konsequenzen mehr damit verbinden kann.

Medien haben weder eine zivilisierende Wirkung auf diejenigen, die sie ins Bild setzen, noch auf die Zuschauer zuhause. Wenn Barbaren Medien nicht als Komplexitätsmultiplikatoren betrachten, sondern als Archive voller Beweismaterial, packen sie die Medienfrage auf ihre eigene Art an, die darin besteht, so viele Medienträger wie möglich abzuschießen. Jeder tote Journalist ist ein Sieg im Medienkrieg.

Die Angst hinter der Frage nach »Medien oder Barbarei« ist, daß die Menschheit ohne Vermittlung ganz schnell entgleist und bestialische Triebe zeigt, wenn sie keine Bilder mehr bekommt, um sich abzulenken.

Einerseits halten die Medien die Meuten von der Straße fern, als Opium für das Volk, wobei ihnen ein lobenswerter Staat zu Diensten steht. Andererseits verderben die Medien das Volk und stiften zur Gewalt, zum Satanismus und Natur- und Kulturvernichtung an.

Die Beziehung zwischen Ursachen und Folge ist wieder einmal vollkommen abhanden gekommen, insofern, als das Bürgertum mit den wildesten Maßnahmen aufwartet, zum Beispiel Zensur, Subventionsstop, Verbannung in die frühen Morgenstunden, Selbstkontrolle, pädagogische Bewertung, Jugendschutzgesetze, Kodieren von Nacktbildern, ein beep über unzüchtige Wörter und andere Formen von Verhüllung schädlicher Daten.

Der moralischen Panik über anderer Leute Bewußtsein wird aller Raum gegeben, um die schnöden Pläne des Mitmenschen von Inzest, Betrug, Korruption, Drogenkonsum, von Serienmord bis Autodiebstahl, außerehelichem Sex, Nationalismus und rassistischen Bemerkungen zu vereiteln.

Den Medien wird zugetraut, daß sie aus dem Mitmenschen einen Barbaren oder ein sittliches Wesen machen können. Die bösen Medien müssen gut gemacht werden und die Frage ist, wieviele Kubikmeter Aufklärung dazu nötig sind.

Das Gebot der political correctness ist nicht, daß man selbst korrekt ist, sondern daß der andere korrigiert wird.

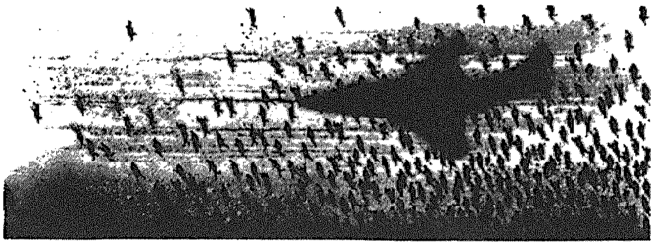
Aus dem Schlachtruf „Medien oder Barbarei« der antimedialen Bewegung spricht eine wahre 80er-Jahre-Mentalität, der Traum von der Vernichtung eines kommunikativen Weltreiches. Die Schrotthändler von Teleports und Mediaparks sind der Meinung, daß ein kleiner Schuß negativer Energie der Demokratie gut täte. Ihre Devise ist nunmehr durch die aufkommenden Medienökologen geknebelt und zur Gleichschaltung »Medien = Barbarei« umgeformt.

Alle Scheiße, die durch das Zusammenleben strömt, kommt aus den Medien hervor. Eine Emissionsreduktion des Informations-Smog soll zu einem sichtbaren Rückgang der multikulturellen Mißstände führen.

Man arbeitet von außen nach innen: Gewalt und Verbrechen seien Geisteskrankheiten, die durch eine richtige und ausgewogene Datennahrung gebändigt werden können. Information macht den Menschen brünstig und das mannigfaltige Frequentieren von Multimedia verursacht eine Aufreizung, die einen Ausweg Richtung Mitmensch sucht. Nur die Implantation von innerer Ruhe kann das verhindern.

Nudistische Daten tun das ohne Dekoration (so wie Design) und streben nach einer natürlichen Erscheinungsform in einer beschützten Umgebung. Datendiätler

wollen wieder mal an ihre höchst eigenen Kreationen kommen, ohne jedesmal von anderer Leute Tragödien und Ungetümen belästigt zu werden.

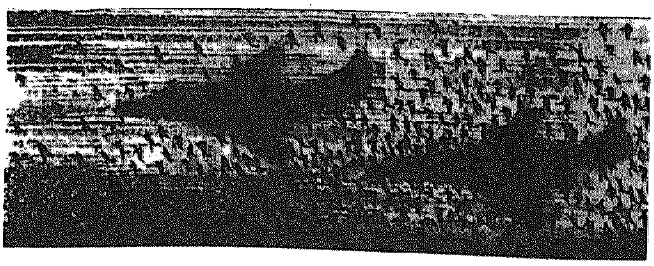


Richtig spannend wird die hier zentrale aktuelle Frage erst, wenn wir sie als Aufruf zur Entscheidung betrachten. Aber wo ist der Souverän? Ist es der Hauptredakteur? Oder sind das die Magnaten? Müssen wir auf die Weltregierung warten, welche über die drückende Frage beschließen kann, ob Rußland mehr Medien bekommen muß, oder ob wir uns für einen zweiten Kalten Krieg bewaffnen?

Die Folgen eines massenhaften Imports von Medien sind genauso unvorhersehbar, wie das Ausfallen der Medien. Alle denkbaren Machtfragen hängen in der Luft und haben keine Konsequenzen. Nur auf lokalem Niveau treffen wir noch self-made-Souveräne, die stolz auf ihre erworbene Kontrolle über die *remote controle (Fernbedienung)* sind.

Nur innerhalb der selbstdefinierten privaten Wirklichkeit fallen noch verhängnisvolle Nano-Entscheidungen. Die Entscheidung ist innerhalb dieses Reservats eine modische Geste, womit man sich die nötige Identät verschafft. Es ist das coming out des Entscheidungswillens.

Das Auskotzen des 20.Jahrhunderts ist schon ein gutes Stück weit unterwegs, auch wenn man noch etwas erwarten kann von diesem so aktiven Zeitalter. Es fragt sich, ob die Fluchtgeschwindigkeit, mit der wir das 20ste Jahrhundert verlassen können, erreicht wird, oder ob wir in der ewigen Wiederkehr des gleichen 20.Jahrhunderts landen.



Nachdem erst die Moraste trockengelegt sind, um Ackerland zu gewinnen, setzt man nun das Ackerland unter Wasser, um Neo-Moraste anzulegen. Laut Hans-Peter Duerr wurde vor mindestens zwanzigtausend Jahren der letzte Barbar zivilisiert. Jeder Horror und Genuß ist das Produkt von Firmenkultur und Fortschritt. Keine Rede mehr davon, daß etwas von außerhalb in die Kultur eindringen könnte. Die Angst und das Verlangen, daß die Zivilisation von innen heraus angetastet und ausgehöhlt werden kann, ist selbst ein kultureller Höhepunkt, der unter Zuhilfenahme von viel Technik dargestellt wird.

Es ist eine alte griechische Weisheit, daß die Tragödie ein wunderbares Theatergenre ist. Kein Dionysos ohne Apollo, kein Sarajevo ohne Dallas. Die Krise ist ein guter Geheimtip, muß es aber nicht sein. Die Frage ist nicht, ob die Barbaren an der Vordertür rütteln, sondern was wir mit all der Technik machen wollen, die uns zur Verfügung steht.

Sobald die Krise ernst genommen wird, blickt man nicht mehr durch und kann nichts tun, als sie zu verinnerlichen und das Ende der Ideologie, der Geschichte, der Feindbilder und den Tod des Subjekts doch noch persönlich zu erleben.

Füge das 20ste Jahrhundert in dein Medienarchiv ein und blättere es an einem freien Wochenende noch einmal durch. Die künstlich in ihren Standpunkten weiterlebenden Menschen werben für eine verpaßte Chance, die nie erwünscht war.

Die Welt *nach* den Medien ist nicht voller Barbaren, eher voller Geschäftsleute. Ihre Spekulationsgeschäfte sind die neue Herausforderung.



"medienarchiv" agentur BILWET

eine rezension

von ClaBauTer

Auch wenn das einstige Modewort "Subversion" nach heftiger Überstrapazierung heutzutage in linksradikalen und anarchistischen Kreisen seltener geworden ist, möchte ich es dennoch im Zusammenhang mit diesem Buch wieder ins Spiel bringen. BILWET's Medientheorie könnte durchaus subversiv sein. Noch einen Schritt weiter, dann wären sie damit ihrem Namen *Förderung der illegalen Wissenschaft* durchaus gerecht geworden.

Die Agentur BILWET hat sich 1983 in Amsterdam gegründet. Sie verfassen Manifeste und Essays, halten Vorträge, produzieren Radiosendungen und übersetzen Theorietexte ins Holländische.

Wie schon ihr erstes auf deutsch erschienenes Buch »Bewegungslehre« zeigte, beobachten sie soziale Bewegungen nicht von außen, sondern sie bewegen sich mittendrin.

Mit »Medienarchiv« versuchen die BIL-WETianer nicht lediglich die Medien zu kritisieren - sie stellen sie zur Schau. Etwa nach dem Motto: die Schmach noch schmachvoller machen, indem man sie publiziert.

Ihr Blick richtet sich *vom Schreiben in den Medien* über *Medien in der neuen Weltordnung*, von *normalen, aktuellen* und *alten* Medien über *okkulte Verkehrsschilder* bis hin zu Drogen und Medien. Sie unterscheiden zwischen *intelligenten, kollaborierenden, vagen* und *totalen* Medien. Der Sozialist, der Artist, die Ramboiden und ihre Medien, der Golfkrieg, eine Kinobesetzung...; viele Details werden betrachtet und in kurzen, einprägsamen Kapiteln dargestellt.

Eine historische Betrachtung (ab den 60ern) von Gegenmedien führt von *alternativen* über *autonome* bis zu den *souveränen* Medien. BILWET stellt die Entwicklung folgendermaßen dar: Die alternativen wollten und wollen Gegeninformationen liefern, die autonomen sind an die eigene Szene gerichtet und die souveränen brauchen kein Publikum - souveräne Medien wollen keine Aufklärung betreiben. Sie *"zerstören den Wirklichkeitseffekt der bürgerlichen Medien, indem sie hinreißend zeigen, daß Medien immer nur Geräusche produzieren."*

Eventuellen akademischen Ausschlachtungen machen sie es schwer, da ihre Sprache sehr metaphorisch ist, mit eigenen konstruierten Begriffen, mit viel Witz. Das birgt jedoch auch die Gefahr, vom Feuilleton als Modekritik aufgegriffen zu werden.

Es entsteht der Eindruck, als ob sie Moleküle für praktische Veränderungen liefern wollten, die nur noch auf Kettenreaktionen warten.

BILWET's Medientheorie ist ein ständiges Umherschweifen zwischen Theorien von Baudrillard, Virilio, McLuhan, Theweleit und anderen, oft gegensätzlichen, Theorien. Entsprechend heterogen sind die Schlußfolgerungen BILWET's, deren Essenz in etwa lauten könnte, daß die Medien keine spezielle Zielrichtung oder prinzipielle Tendenz haben, außer eventuell, dem Ende zuzugehen.



Die BILWETianer bewegen sich in den Cyberspace-Welten von William Gibson und Bruce Sterling bis hin zu Cameron's Terminator-Zukunftswelt. Auf ihrer Reise treffen sie UTOs (unbekannte Theorie Objekte) und *Aliens*. Der *Alien* steht für alles Verborgene, das die Medien noch nicht zu ihrem Objekt gemacht haben, oder vielleicht auch gar nie machen können. Trotzdem ist der *Alien* auch ein Teil der Medien, als Form der Entfremdung oder als Kehrseite der von den Medien entdeckten Objekte.

Mit ihren Keywords schließen BILWET die Türen eines neuen Theorielabyrinths auf. Es ist ein Unterfangen, das sich endlos fortsetzen läßt, da sie immer wieder auf neue UTO's stoßen. Im Gegensatz zu der reaktionären Herangehensweise einiger Medienökologen, die sie heftigst angreifen, geht es ihnen um das Überwinden der herrschenden Medien. *"Es ist eine Mentalität, die mit abstrakten Begriffen wie "Einsparung" und "Recycling" die konstruierte Mediensphäre als eine (zweite, dritte) Natur betrachtet"*.

Die Medienökologen wie z.B. H.J. Syberberg oder G.Steiner wollen die Medienlandschaft vom Müll bereinigen, um althergebrachte Werte zu beschwören.

BILWET versuchen die Medien zu relativieren. Ihre Herangehensweise stellen sie dar als Spiel, *"in der Hoffnung, daß die richtige Kombination von Diskursen die gewinnende Bedeutung liefert, und anschließend wird der Gewinn sofort wieder für neue Spekulationen eingesetzt."*

Doch leider setzen sie in der Analyse allzuoft ihr Prinzip Hoffnung ein. Sie verfallen häufig in eine Gewißheit, daß es mit den Medien wohl nicht mehr allzulange gehen könne und das Medienzeitalter kurz vor seiner Überwindung stünde. *"Das Management* (der Medien, Anm. ClaBauTer) *sitzt letztendlich immer auf Ruinen. Falls seine Gebilde überleben, weil kein Schwein mehr Interesse an ihnen zeigt,* wird es sie wohl selber abreißen."

Ist es nicht aber auch so, daß Desinteresse andererseits Abhängigkeiten und Machtverhältnisse verschleiert? Wenn Menschen die Medien weniger beachten, verschwindet auch eine kritische Betrachtung. Medien werden dann nicht mehr als etwas geschichtlich Entstandenes empfunden, sondern als etwas "Natürliches" oder "Normales". Dies führt jedoch eher zur Affirmation der Medien. Das zunehmende Desinteresse an den Medien bedeutet nicht automatisch *"die größte Bedrohung für die noch allgegenwärtigen Medien"*, wie BILWET das annimmt.

In ähnlicher Weise betrachten BILWET Reality TV: "... je näher uns die Medien an den Tod heranführen, kommt auch der Tod der Medien." Abstumpfung aufgrund von Reizüberflutung baut jedoch weder die Abhängigkeit der Menschen von den Medien ab, noch macht sie sie ihnen bewußt. Zu fragen wäre an dieser Stelle beispielsweise, weshalb in der fast totalen Medienwelt der USA die ablehnende Haltung der Bevölkerungsmehrheit zum Golfkrieg innerhalb weniger Wochen in

einen nationalen Kriegskonsens umgewandelt werden konnte. Wenn es, wie BILWET andeuten, keine Authentizität, kein entscheidendes Subjekt und somit auch keine Entfremdung im Marx'schen Sinne gibt ("alles ist Information, es gibt nur Tausch- und keinen Gebrauchswert," siehe Interview) gibt es auch kein *richtig* und *falsch* mehr bezüglich Information, und Zustimmung bzw. Ablehnung des Kriegseintritts werden zum Spiel individueller Haltungen. Es kommt in BILWET's Analyse eine Betrachtung über die Verwobenheit der Medienrealität mit anderen gesellschaftlichen Strukturen und Mechanismen zu kurz. Oder, um in ihrer Sprache zu bleiben: Es fehlen die Interfaces zu Kapital- und Machtanalysen. An entscheidenden Stellen schwanken BILWET zwischen Hedonismus und Subversion, zwischen postmoderner Beliebigkeit und engagierter Haltung des klassischen Aufklärers.

Wenig hoffnungsvoll geben sie sich in ihrer Betrachtung über revolutionäre Bewegungen und Medien. "Die Revolution brauchte zwanzig Jahre, um sich von "der Zukunft" in einen Konsumartikel mit beschränkter Haltbarkeit zu verwandeln." "Die Medien können denn auch nicht von einer kombinierten (oder auch nicht kombinierten) Offensive der sexuellen Disposition gestürzt werden: eine revolutionäre sexuelle Bewegung wird mühelos von den Medien geschlagen. Gleiches gilt für das Soziale." Jeder Widerstand wird aufgezeichnet, *"nicht um ihn im Keim zu ersticken, sondern um das Item-Potential (Nachrichtenwert) testen zu können." Für Bewegungen gilt: "Zum Thema werden ist tödlich."*

Für die BILWETianer gibt es nicht die definitive Strategie gegen die Medien. Wenn es darum geht, eine Medienkatastrophe herbeizuführen, graben sie auch schon mal den alten Bakunin aus. "Der Datennihilist richtet sich nach den Worten des politischen Anarchisten Bakunin:

»Die Lust zum Zerstören ist zugleich auch ein schöpferischer Trieb.«

Selbst der Weg durch die Institutionen ist auf einmal eine sinnvolle Strategie, nämlich in Form von Computerviren.

Vielleicht ging dieses Buch sogar selbst ein stückweit in die Institutionen, da in der taz vom 20. 10. 93 eine Rezension darüber auftauchte. Nils Weber freute sich darüber, daß das Buch mit "analytischer Brillianz, immer undogmatisch und ohne leidiges Moralin" geschrieben sei. Es bleibt nur zu hoffen, daß wenigstens BILWET's Zuversicht hier einmal zutrifft: *"Medientheorie ist fatal für die Medien."*

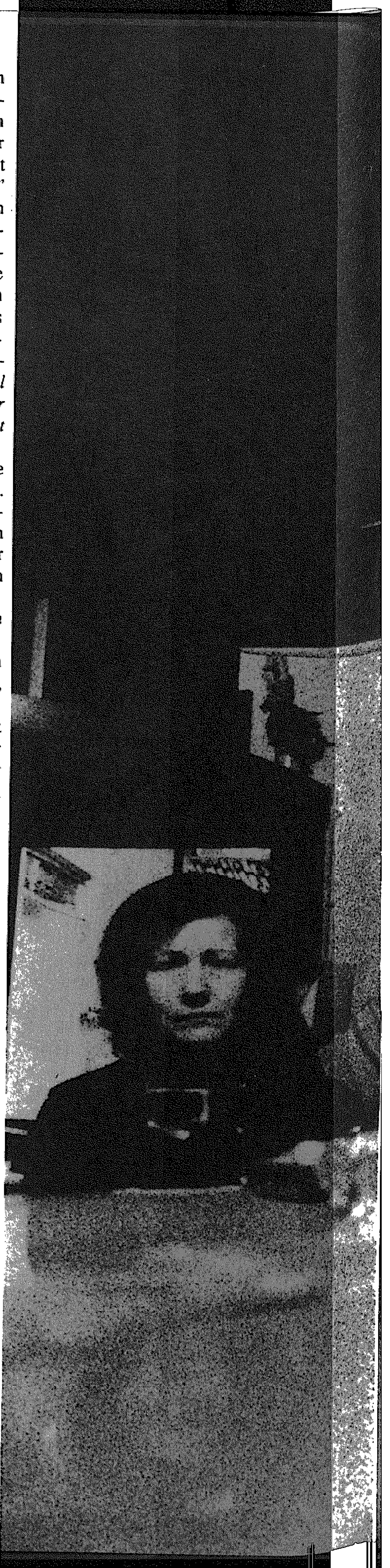
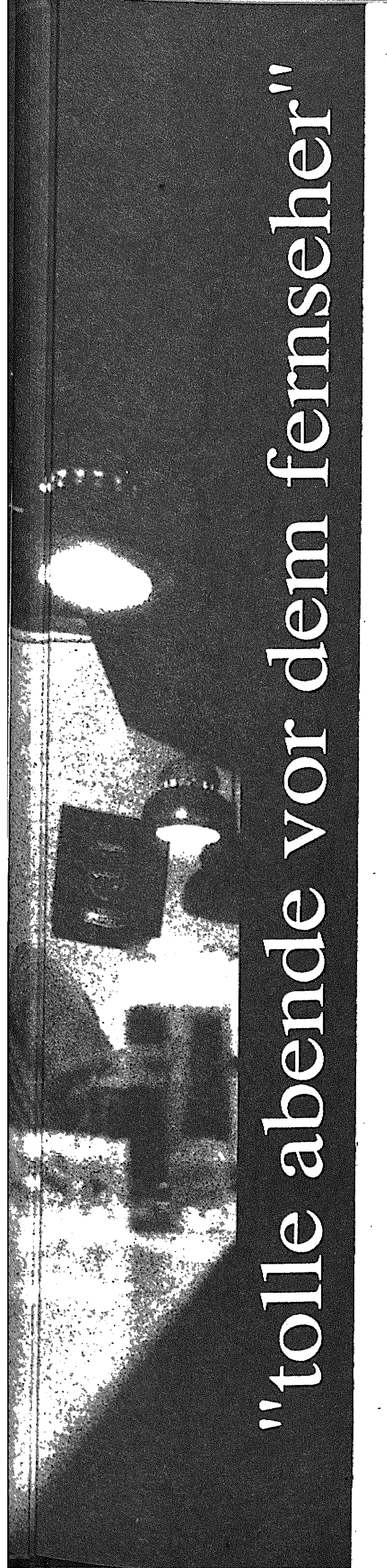


Foto: Herby Sachs /transparent

"tolle abende vor dem fernseher"



Ein Interview mit Arjen und Geert (Agentur BILWET) am Rande ihrer »Datendandy«-Tour, Februar 1994, geführt vom schwArzen aufbruch, Stuttgart

Die Aufhebung der Medien als des illusorischen Glücks des Kopfes ist die Forderung eines wirklichen Glücks, das den ganzen Menschen aufnimmt. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf. Die Kritik der Medien ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Medien sind.
(Karl Marx Terminator)

Nur ein Linker oder ein Tier kann von Kartoffeln leben. Der Mensch lebt grundsätzlich von der Publizität.
(Jean-Pierre Voyer, Einführung in die Wissenschaft der Publizität)

FRAGE: Ihr habt in Eurem Buch Medienarchiv Eure Herangehensweise als ein Spiel mit Diskursen beschrieben, in der Hoffnung, daß die richtige Kombination eine gewinnende Bedeutung hervorbringt. Nach welchen Kriterien wählt Ihr Eure Diskurse aus?

BILWET: Natürlich sind das beliebige. Es ist nicht nur die französische Theorie oder die Postmoderne, sondern das können genausogut Werbezettel, eine Fernsehsendung, Reiseeindrücke, Begegnungen sein, oder Anrufe, wenn wir gerade einen Text schreiben.
Wir lesen natürlich ziemlich viel Medientheorie, aber weil die Medien eigentlich überall sind, kann man sich daraus sein Material holen und dieses frei kombinieren. Wir schreiben viel zusammen, von Baudrillard, Flusser, Mc Luhan, englisches oder amerikanisches Zeug, Zeitschriften wie *Mondo 2000* oder *Wired* und wenn wir denken, dieses hätte etwas mit jenem zu tun, dann zitieren wir eigentlich immer falsch, denn das macht es immer viel klarer. Wenn man schreibt, soll man vor seinen Quellen keine Ehrfurcht haben; wenn man liest, soll man sehr genau sein, aber wenn man zitiert, kann man alles machen, z.B. in einem Satz Sachen zusammenbringen, die eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben, sei es Werbung mit Deleuze/ Guattari, *Schwarzer Faden* mit *Bildzeitung* oder einem Kinderbuch.
Wir beschränken uns eben nicht auf Klassiker der Philosophie, Politik oder Geschichte. Wenn wir es benutzen und unser Spiel damit machen können, dann tun wir das, und wenn sie etwas sagen, womit wir nichts anfangen können, dann lassen wir das eben. Es ist wirklich eine Benutzungsfrage. Wir sind Benutzer.

FRAGE: Ihr sprecht viel vom Datendandy, der sich in den Medien bewegt, wie der Fisch im Wasser ...

BILWET: Lästig, er ist schon eine provozierende Figur ...

FRAGE: Können wir davon ausgehen, daß Ihr die Welt der Medien für etwas anderes haltet als langweilig? Wir halten das durchaus für einen wichtigen Punkt, denn Langeweile ist bekanntlich immer konterrevolutionär (grins).

BILWET: Wir gehen von einer Dialektik zwischen Langeweile und Faszination aus, die für uns zusammen gehören. Die Faszination für bestimmte Bilder wechselt ab mit einer großen Langeweile. Aber ich würde die Langeweile auch nicht konterrevolutionär nennen, denn sie ist für uns auch ein großer Brunnen von Ideen. Je nachdem, ob ich dem Medienspektakel fasziniert zusehe, oder ob ich gelangweilt danebensitze, verändert sich die Bedeutung der Information. Die Langeweile besagt nichts, wenn man nichts damit macht, aber die Langeweile kann auch bedeuten, daß man anfängt zu träumen. Für uns ist es ähnlich wie mit den Drogen. Mit Drogen (nimmt einen kräftigen Zug, Anm.) sieht man die Sachen anders als normal, und die Frage ist, ob das einen produktiven Zusammenhang ergibt, oder ob es nichts bewirkt.

FRAGE: Das war eigentlich der 2.Teil unserer Frage, weil wir nie die Massenmedien selbst spannend finden, sondern nur ihre Zweckentfremdung oder ihre Entwendung für den eigenen Gebrauch, im Sinne einer geistigen oder praktischen Piraterie, die man mit ihnen betreibt; wogegen wir die Medien, wie sie sich uns präsentieren, nicht als spannend betrachten.

BILWET: Aber jeder macht doch eigentlich seinen eigenen Gebrauch von den Medien. Was ist der normale Gebrauch? Das muß man doch definieren. Es ist sehr schwer zu sagen, was die Leute selbst von den Medien halten oder was sie damit machen; ob sie dabei einschlafen, weglaufen oder sich über völlig andere Dinge unterhalten. Der herr-

schende Diskurs über die Medien stellt die Leute als blöd dar, die passiv sind, sich volldröhnen und degradiert werden zu Konsumenten, zu Warensubjekten. Und daran glauben wir einfach nicht. Aber Langeweile kann auch eine Art Panzer gegen das eigentlich terroristische Medienspektakel sein, und das finde ich schon ziemlich revolutionär.

FRAGE: Unsere Frage richtete sich auch nicht gegen die Langeweile als Waffe des Medienbenutzers, sondern gegen die von den Massenmedien, dem Journalismus und der traditionellen Linken erzeugte Langeweile. Die finden wir konterrevolutionär.

BILWET: Was Baudrillard schreibt, halten wir immer noch für einleuchtend, nämlich, daß die schweigende Mehrheit, die von den Medien gelangweilt ist, die Medienmacher dazu zwingt, immer langweiligere Programme zu machen. Das kann man doch als einen guten Trick oder eine Strategie ansehen. Ich bin immer ziemlich froh, wenn ich Langeweile habe, ich mag das gerne.

FRAGE: Ihr behauptet, daß es mit den Medien nicht mehr so lange gehen kann, als Faktoren benennt Ihr z.B. das Desinteresse der Menschen...

BILWET: ... und daß das Ganze stark fragmentiert wird, die Leute es sich zu eigen machen und sich nicht mehr so verhalten werden, wie man sie bisher gesehen hat, nämlich als blöde Kuh, die alles passiv annimmt. Wenn die Passivität weg ist, stürzt das ganze Gebäude ein, denn es ist darauf gebaut.

FRAGE: Habt Ihr da nicht ein etwas starres Bild von den Medien? Die Vorstellung vom Ende der Medien klingt ein wenig deterministisch. Wir denken, daß, so wie die Medien sich in den letzten 20 Jahren geändert haben, sie sich wohl auch weiterhin ändern werden. Es gibt unserer Meinung nach bei den großen privaten Medien die Tendenz, dem zu ähneln, was Ihr souveräne Medien nennt: Sich selber nicht mehr Ernst nehmen, das Medium selbst zu verarschen und die Leute quasi aufzufordern, die Glotze, ohne hinzuschauen, den ganzen Tag lang laufen zu lassen...

BILWET: Klar, so ist's!



Foto: Moritz Milch / AFZ

FRAGE: ... In der Presse war zu beobachten, daß Eure Thesen als eine Art Selbstentschuldigung benutzt werden, nach dem Motto: Das ganze ist nur ein großes Spiel, und wir sind darin die größten Mitspieler.

BILWET: Ja, das ist eigentlich die Tendenz der letzten 10 Jahre. 1980 dachten die Medienmacher wohl noch, daß sie noch etwas über die Wirklichkeit zu sagen hätten; es gab da draußen noch so eine Art "wirkliche Wirklichkeit", über die man die Leute informieren wollte. Wir haben in den letzten 10 Jahren endeckt, daß das überhaupt keine Effekte auf die Zuschauer hat, also auch keine Rückkopplung, vielleicht ein bißchen in der Politik in Form von Skandalen, allenfalls. Heute wissen die Medien, daß sie nur über die Medien berichten und eine ganz eigene Sphäre kreiert haben, eine Mediensphäre, die wie eine parallele Welt über dem Rest der Welt schwebt und nichts damit zu tun hat. Worüber sollten sie angesichts dieses Relativismus eigentlich noch berichten, als über ihr eigenes Funktionieren? Überall auf der Welt sitzen den ganzen Tag Leute mit den gleichen Informationen, genialen Analysen über die Weltpolitik, etc., und ändern tut sich nichts.Das kann man ein paar Jahre lang machen, aber dann denkt man, daß ist doch alles völlig blöd.
Um auf die Frage zurückzukommen, ob sich die Medien noch ändern werden: Ich glaube schon, daß die Vermarktungsstrategien völlig anders sein werden, und daß man sich das sehr bewußt machen soll, daß es diese klassischen, hierarchischen Massenmedien nicht mehr geben wird. Wenn man annimmt, daß das Ende der Medien schon ziemlich bald das Ende der klassischen Massenmedien bedeutet, ist die Frage, was man dann macht. Man kann z.B. bei den wachsenden Computernetzen selbst versuchen, Modelle einzubauen, z.B. anarchistische Modelle. Da Computernetze stark dezentral sind, kann man sich auch sehr subversive Modelle ausdenken. Ich denke, daß wir sehr viel von Computerhackern lernen können. Das sind meiner Ansicht nach Anarchisten mit sehr viel Macht, wenn man bedenkt, was die im Moment alles machen und entdecken und wozu sie in der Lage sind. Warum ich auch denke, daß es mit den Massenmedien zu Ende geht, ist, daß sie bei wachsendem Desinteresse ein neues System werden einführen müssen, wo diejenigen das Programm bezahlen, die es auch wirklich sehen wollen (Pay-TV, etc.), und nicht mehr nur auf der Fernbedienung herum-

zappen. Das wäre eine Art und Weise, wie man vielleicht in 10 Jahren das alte System ohne Werbung begrenzt weiterführen könnte.

FRAGE: Aber die Vermarktung der Freizeitindustrie z.B., hat doch auch nicht dazu geführt, daß sich die Leute davor zurückziehen, oder etwa kritischer damit umgehen. Im Gegenteil, dieser Markt ist doch stetig angestiegen.

BILWET: Es geht uns nicht darum, daß das eine besser ist als das andere, sondern, daß sich aus der Veränderung eine andere Machtanalyse ergibt. Es geht uns nicht mehr nur darum, die Massenmedien als einen Moloch zu sehen, der uns unterdrückt und nur dazu da ist, uns von oben zu manipulieren. Dieses hierarchische Modell wird jetzt durch die Hacker untergraben, und daran kann man sich selbst aktiv beteiligen.

FRAGE: Für uns schwingt in Eurem Buch Medienarchiv ein wenig mit, daß es nicht mehr so schlimm und daher nicht mehr so nötig sei, dieses Prinzip zu untergraben; so nach dem Motto: Die Medien werden verschwinden, und wir müssen uns überlegen, was danach kommt. Wir haben folgende These: Die Medien in ihrer bisherigen Form werden vielleicht verschwinden, aber die Kontrolle bleibt. Es ist auch die Frage, ob mit dieser Welt nach den Medien auch die Vorstellung verbunden ist, daß der Mythos bzw. das Prinzip des Spektakels und der Ware gemeinsam mit den Medien verschwinden wird? So kann man Euch nämlich durchaus auch interpretieren.

BILWET: Nein, es wird lediglich individualisiert. Es wird weniger verschwinden, sondern es kommt weniger von außen herein, sodaß der Spielraum größer wird, selber etwas damit anzufangen. Was nicht heißt, daß die Leute weniger Medienspektakel und dafür mehr seriöse Hintergrundinformation wählen werden. Man muß sich viel mehr über die Gesetzmäßigkeiten der Medien klarwerden; also, wie das ganze funktioniert. Die Chance ist da, daß das Bewußtsein, wie die Manipulationen verlaufen, zunehmen wird. Das wäre zu stärken.
Nun zu der Sache mit der Welt nach den Medien: Wir beschreiben natürlich nicht die Welt nach den Medien, denn wenn man, so wie wir alle, noch mitten im Medienuniversum drin ist, ist so etwas eigentlich unvorstellbar. Aber, was wir empfehlen, ist, den Niedergang der Medienwelt zu beschleunigen und dazu Taktiken zu entwickeln. Was danach kommt, weiß man nicht, das ist das Unvorstellbare, doch darauf sollte man sich einstellen. Keine Perspektive für eine bessere Welt, sondern eine Perspektive für eine Welt, die man nicht mehr kennt und die von unserer heutigen Sicht aus ganz unvorstellbar ist.
Gerade in dieser Zeit, wo sich viel verändert, gibt es Möglichkeiten, selbst einzugreifen. Wir glauben nicht, daß man auf der ökonomischen Meta-Ebene groß eingreifen kann, gleichzeitig ergeben sich aber aus Dezentralisierungstendenzen (Computernetze etc.) Möglichkeiten, schnell sehr zuverlässige Informationen z.B. über den Golfkrieg, den Krieg in Jugoslawien oder über den letzten Aufstand im Süden Mexikos zu bekommen. Die Leute, über die normalerweise in den Medien nicht berichtet wird, haben jetzt die Möglichkeit, z.B. über Internet (int. Computernetz, Anm.), ihre eigenen Nachrichten in die Welt zu schicken.

FRAGE: Aber unser Problem mit Euren Thesen war z.B. auch die Figur des Dandy, weil er an sich keine emanzipative Figur ist; der Dandy ist oft auch in der Rolle, mit dem Bestehenden spielerisch zu kooperieren und tatsächlich nicht darüber hinauszukommen. Wir hingegen suchen vielmehr die Möglichkeit, praktisch zu intervenieren und dabei seinen eigenen Spaß zu haben. In Eurem Buch klingt das stattdessen öfters nach einer Lust am Untergang, oder nach reinem Hedonismus.

BILWET: Ja, das stimmt, Amsterdam ist eine sehr hedonistische Stadt, und wir haben Spaß daran, Sachen auszuleben. Aber den Dandyismus muß man nicht als eine reale Figur oder Person sehen.



Die Theorie macht's möglich: Statt genußloser Verblödung wittert die taz nunmehr das Gegenteil

Wir sehen ihn vielmehr als eine unter vielen möglichen Verhaltensweisen im Umgang mit Information und Medien. Wir sehen das als etwas, das man gestalten kann, und zwar nicht als Identität, sondern als Softwareprogramm. Der wichtigste Aspekt, den die Figur des Dandy für uns hat, ist der, daß er sich mit der Ästhetik des Informationsangebotes befaßt. Die Sichtbarmachung und Handhabung großer Datenmengen ist letztlich immer eine Frage der Ästhetik.

FRAGE: Ist dieser Dandy, als Software gedacht, nun auch kompatibel für *taz* oder *SPIEGEL*? Ihr habt mit der *taz* kürzlich ein Interview über Fax geführt, wogegen Ihr 1988 euren Kedichem-Artikel ausdrücklich nur dem *Schwarzen Faden*, und nicht etwa *Pflasterstrand* oder *taz*, gegeben habt, denen Ihr damals einen vertrauenswürdigen Umgang mit Euren Informationen nicht zutrautet.

BILWET: Das war 1988 und bezog sich stark auf Geschichten aus der autonomen Szene, die nicht gerne in den Medien, auch nicht in den eigenen, auftauchen wollten, z.B. die Frage nach der Umgehensweise mit *Panik und Tod*. Warum sollte man dies *Spiegel* oder *taz* geben? Wir machen für BILWET eigentlich keine Pressearbeit, und wir sind auch nicht zur *taz* gegangen. Wir haben mit der *Taz* auch ein Spiel getrieben, und was wir da sagen, ist doch alles ziemlich komisch. Es ist zum Lachen. Es wundert uns, daß sie es überhaupt abgedruckt haben. Wenn es so eine Möglichkeit gibt, gibt es eigentlich keinen Grund, nicht sein eigenes Spiel damit zu machen; zu versuchen, in dieser Zeitung Sachen zu sagen, die eigentlich gar nicht in eine solche passen und über die alle kichern müssen. In Holland haben wir solche Möglichkeiten z.B. gar nicht. Warum es diese in Deutschland gibt, ist uns ehrlich gesagt rätselhaft. Wir glauben, es liegt daran, daß die Deutschen im Moment über die Medienfrage sehr verzweifelt sind. Es gibt eine sehr starke konservative Medienkritik, welche wir Medienökologie und Kulturpessimismus nennen. Sehr vieles wird an der Medienfrage aufgehängt, und alles, was sich mit dem Thema befaßt, wird gierig aufgesaugt.

FRAGE: Wie seht Ihr Euren Begriff der Medien im Verhältnis zu dem des Spektakels, wie ihn die Situationisten eingeführt haben? Dieser Begriff meint nämlich nicht ein Ganzes an Bildern, sondern ein durch Bilder vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Per-

sonen (Guy Debord). Das geht als Verhältnis über den Bereich der Medien hinaus und bedeutet auch, daß es nicht reicht, einen Teil dieses Verhältnisses, nämlich die Medien, zum Hauptfeind zu erklären und getrennt zu bekämpfen, wie es etwa die Antimedialen tun. Fallt Ihr mit Eurer Medientheorie nicht selbst auf diese Trennung im linken Denken herein und entmystifiziert ausschließlich die Medien, ohne das Verhältnis als Ganzes zu sehen?

BILWET: Es ist eigentlich die Frage, warum wir nicht *Die Gesellschaft des Spektakels* von Guy Debord benutzen. Warum es bei uns keine Struktur hinter den Bildern, einen Verweis oder eine Brückenvermittlung gibt,... ? Man kann einerseits sagen, das Spektakel enteignet uns unserer Erfahrungen, macht alles falsch usw., andererseits kann man auch selbst Spektakel machen, nicht nur, indem man große Aktionen macht und selbst in die Medien kommt, sondern indem man mit dem Medium selbst spielt. Z.B. kann man ganz tolle Abende vor dem Fernseher haben, indem man den Ton abstellt, eine Platte laufen läßt und mit der Fernbedienung von Kanal zu Kanal springt, mit dem Kriterium, immer nur sprechende Köpfe (talking heads) zu sehen.
Wenn man keine Lust hat, ein ernstes Buch zu lesen, gibt es durch die neuen Medien diese Freiheit. Wir sagen nicht, man soll das Spektakel abschaffen, um wieder ein wirkliches Leben zu führen, sondern man kann sein eigenes Spektakel machen. Aber das beantwortet ja noch nicht die Frage, ob hinter dem angebotenen Spektakel nicht eine gesellschaftliche Stuktur steht...

FRAGE: ... ein Verhältnis, das sich über Bilder vermittelt, wobei aber die Bilder auch über die mediale Ebene hinausgehen, sich bis in alle Alltagsgesten hinein fortsetzen. Das Prinzip der Ware, der Warenform, kann man unserer Meinung nach ebensowenig abkoppeln von der Frage der Massenmedien, Manipulation usw..

BILWET: Das geht eigentlich auf die Frage zurück, die es im Marxismus schon einmal gab. Es wurde damals zwischen Tausch- und Gebrauchswert unterschieden, so, wie man bei den Medien zwischen Information und Inhalt unterscheiden kann. Seit Baudrillard wissen wir, daß es diesen Gebrauchswert eigentlich überhaupt nicht gibt. Es gibt nur Tauschwert und es gibt nur Information. Daher fällt für uns die Frage, ob das alles ein Spektakel ist, das uns unterdrückt, weg.
Wir haben in unserem Buch versucht, zu beschreiben, daß dadurch ein wenig Freiheit entsteht, seine eigenen Sachen zu machen. Dieses Buch hat keine Theorie, die man erlernen oder mit der man sich die Welt erklären kann. Es sagt nicht, daß die Medien völlig repressiv sind und unsere wahren Erfahrungen klauen, sondern wir glauben, daß es Handlungsmöglichkeiten und Spielräume gibt, wenn man die Macht der Medien untergräbt bzw. durch eine fröhliche Haltung relativiert.
Sowohl aus dem linken, als auch aus dem wertkonservativen Lager werden die Medien als ein großer Moloch kritisiert, womit wir eigentlich nichts anfangen können. Für uns sind die Medien nicht irgendwo weit draußen, sie sind auch nicht nur ein Teil unseres Lebens, sondern es ist faktisch unmöglich, sich außerhalb dieses Systems aufzuhalten.

FRAGE: Vielleicht liegt ein Problem auch darin, daß Ihr den deutschen Diskurs zu diesem Thema nicht so kennt. Die taz, aber auch einige lifestyle-Zeitschriften, die sich nun positiv auf BILWET beziehen, scheinen Euer Buch als eine Chance zu sehen, ihre nach den plattesten Kriterien langweilige und opportunistische Produktion als besonders fortschrittlich und *hip* umzudeuten. Für uns bedeutet mediale Freiheit aber etwas anderes, als ein rebellisch aufgepeppter Konformismus.

BILWET: Das ist natürlich die Frage der Mode. Uns hat neulich jemand gesagt, daß die Kritik der Mode jetzt Mode ist. Für uns ist das zunächst mal ein touristisches Erlebnis, denn in Holland sind wir nicht in Mode; in Amsterdam kennt uns keiner. Sie nehmen uns dort genauso wenig wichtig, wie wir selbst. Ich würde sagen, daß diese Haltung, zu sagen, das ist gut oder das ist Scheiße, doch eigentlich noch aus der Zeit ist, wo es noch Gebrauchswerte oder Inhalte gab, aber das ist doch völlig vorbei. Wenn alles Information ist, macht es doch eigentlich keinen Unterschied, ob man *taz* oder *Bildzeitung* liest. Ich fand die Diskussion in Göttingen gut, weil die dort versuchen, Sachen, die sie selbst schreiben, einfach in der bürgerlichen Presse unterzubringen. Dann ist der Unterschied zwischen der *Interim* und dem *Göttinger Tagesanzeiger* nicht mehr allzu groß, wenn man es rein auf der Informationsebene betrachtet, wenn man den Informationsbegriff technisch und nicht ideologisch nimmt. Für uns ist, auf der Informationsebene, die *Interim* genauso wichtig wie eine normale Zeitung. Ein gutes Beispiel eines sehr kleinen Mediums mit enormer Wirkung ist das Video, das jetzt sehr viele Leute zu Hause haben. Wenn so etwas passiert wie mit Rodney King in L.A., dann kann das riesige Folgen haben, wenn es irgend ein Normalo mit seiner Kamera zufällig aufnimmt.
Wir glauben nicht, daß größere Kreise irgend etwas mit unseren Sachen anfangen können, und das interessiert uns auch nicht. Und wenn es doch so wäre, wäre es immer noch Sache der Leser, ob sie etwas daraus machen oder nicht. Letzten Endes können wir jedenfalls nicht vorherbestimmen, was für eine Wirkung dabei herauskommt.

Fußball im Blut

Die Fußball-Kultur - ein Probetraining für den Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie?

Serie in vier Folgen

Die folgende Artikelserie wurde am Beispiel des englischen Fußballs entwickelt; vieles davon ist übertragbar, wie (nicht nur) das in Hamburg abgesagte Fußballspiel BRD-England beweist.

Da die Deutschen immer perfekt sein wollen, haben sie für dieses Spiel nun die einzig würdige Kulisse gefunden. Am 20.April kann im Berliner Olympia-Stadion und davor mehr "gefeiert" werden als Führers Geburtstag. Fehlt nur noch der Fackelzug. Wir sind jedenfalls gespannt, wer Leni Riefenstahls Nachfolge antritt und das Spektakel medienwirksam in Szene setzt.

Doch rund um das Fußballspiel findet sehr viel mehr statt als rechte Randale und Geldmacherei. Es geht einerseits um gesellschaftlichen Rassismus und Sexismus, andererseits zeigt sich an der Reaktion der UEFA-Fußball-Gewaltigen, wie herrschaftliche Disziplinierung und Ausgrenzung funktioniert und die sozialen Funktionen des Spiels durch den Umbau der Stadien zu Sitzplatzarenen zerstört werden sollen. Für die meisten Fans sind Fußballspiele ein gesellschaftliches Ereignis, eine Chance FreundInnen zu treffen und dem Alltagsärger zu entfliehen. Der gemeinsame Freudenausbruch, wenn das eigene Team gewinnt, wiegt für viele von ihnen manche Entbehrung auf. Reduziert auf den Sitzplatznachbarn geht dieser Aspekt des Spiels verloren. Eine sich andeutende "sicherheitspolitische" Entwicklung, die im Widerspruch zu der feststellbaren lokalen Identifikationssehnsucht steht, die ihrerseits als Reflex auf die Massenmedien und die atomisierende Verwertungsgesellschaft gedeutet werden kann.

(SF-Red.)

Teil 1: Fußball und die extreme Rechte

von Richard Turner

Original bei Working Press, London 1990

übersetzt von Hagen & Olli

Rassistisches Skandieren läßt sich in den meisten, wenn nicht sogar in allen, Fußballstadien der Liga finden. Schwarze Spieler werden mit Affengeräuschen aus der Menge angepöbelt; gewöhnlich richtet sich dies nur gegen Spieler des gegnerischen Teams. Die Mehrheit der AnhängerInnen akzeptiert einen schwarzen Spieler im eige-



nen Team, weil der dann "einer der ihren" ist. Stockport County z.B. hatte einen sehr bekannten schwarzen Spieler, Oskar Williams, der so akzeptiert war, daß die weissen Rassisten von der "Popular Side" skandierten "Oskar is white". Um ihre Unterstützung für einen schwarzen Spieler zu rechtfertigen, wurde er zum Weißen gemacht.

Ich möchte behaupten, daß die britische Gesellschaft eine rassistische ist. Obwohl das rassistische Skandieren im Fußballstadion unüberhörbar und aggressiv ist, ist der vorhandene Rassismus bei vielen Fans eine Widerspiegelung von Rassismen, die außerhalb der Fußballstadien erwachsen sind. Dies soll die rassistische Skandiererei nicht rechtfertigen: Diesem Skandieren oder den Beschimpfungen wird im Stadion fast nie widersprochen, sodaß insbesondere junge Fans nichts Falsches im Benutzen von Bezeichnungen wie "Nigger", "Paki" etc. sehen, was wiederum zu einer Verachtung der Rechte von Schwarzen, AsiatInnen und ChinesInnen außerhalb des Fußballstadions führt und zu der erschreckenden "Qualität" von rassistisch motivierten Angriffen in unseren Communities beiträgt.

Fußballstadien sind bislang gewöhnlich weiße Enklaven, selbst in Gegenden, wo die Communities mehrheitlich von anderen Ethnien bewohnt sind. Einige Teams, wie Arsenal London, haben schwarze Fans, aber sie sind wenig zahlreich und fallen kaum auf. Es muß für einen schwarzen Fan schrecklich sein, auf hunderte wahnsinnige weiße Jugendliche zu schauen, die Sachen skandieren wie "Zigger, zigger, zigger, erschießt den Nigger" etc. Es ist eher verwunderlich, daß einige schwarze Fans scheinbar damit klar kommen.

Die Ironie des Ganzen ist, daß die schwarzen Spieler oft die talentiertesten eines Teams sind. Vermutlich hängt dies mit dem Rassismus der Clubs zusammen, die nur demjenigen schwarzen Spieler einen Vertrag geben, der wirklich übertalentiert ist. Eine weitere Ungereimtheit ist, daß viele von denen, die diese Sachen skandieren, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Pub schwarze FreundInnen haben.

Es gibt einige Anhänger, die auch schwarze Spieler des eigenen Teams nicht akzeptieren und an deren Stelle lieber einen weißen Spieler sehen würden. Ich habe solche Fans getroffen, ganz besonders bei den Chelsea-Fans. Sie erklärten, daß sie Tore, die ein schwarzer Chelsea-Spieler erzielt, nicht zählen.

Rassismus, in welcher Spielart auch immer er in einer Gesellschaft auftritt, wird von der Regierung niemals wirklich bekämpft, weil er die Massen spaltet und sie von Fragen nach wichtigeren Zusammenhängen als der Hautfarbe abhält. Dieser brodelnde Rassismus wird von den politisch extrem rechten Gruppen (wie der National Front oder der British National Party) aufgegriffen, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Der Einfluß von neofaschistischen Gruppen in der Fußballkultur ist von Club zu Club verschieden, aber es ist wichtig zu wissen, daß es sie gibt. Die NF erreichte den Höhepunkt ihrer Popularität Mitte der 70er als sie 17.000 Mitglieder zählte. Die Wahl von Maggy Thatcher klaute der NF vieles von ihrer Attraktivität. Spaltungen haben die Partei weiter geschwächt und 1990 löste sich jener Teil, der die "National Front News" herausgab, sogar selbst auf. Doch wenn auch die Politik der NF an ihrem Unvermögen gescheitert ist, so bleiben die populistischen nationalistischen Inhalte dennoch für viele desillusionierte junge Arbeiter attraktiv.

Eine Kombination aus Arbeitslosigkeit, abgebauten Jobs, befristeten ABM-Maßnahmen mit der Immigration und den chauvinistischen Tönen der Regierung, die den Falkland-Krieg durchzog, ließ ein Klima entstehen, daß der NF neu den Boden bereitete.

Eigentlich sind der Rassismus bei Fußballspielen und die politischen Absichten der NF zwei verschiedene Dinge, trotzdem ist es ihnen gelungen, einen gewissen Erfolg zu verbuchen. Ein Bindeglied wurde von der "Young National Front" geschaffen, die eine Zeitung "Bulldog" (Redakteur Joe Pearce hat bereits zwei Haftstrafen wegen rassistischer Propaganda verbüßt) herausbrachten. "Bulldog" hat das Ziel, den Frust der Fans in eine rassistische Grundhaltung umzuwandeln. Außerdem veröffentlichte "Bulldog" Ligatabellen von Fußballhools, um Verbindungen zwischen YNF und Hooligans zu fördern.

Faschistische Skinheads dagegen sind ein seltener Anblick in englischen Fußballstadien. Ich habe erlebt, wie Skinheads beim Fußball verspottet, beschimpft und physisch angegriffen wurden. Es muß zudem deutlich gemacht werden, daß die (ursprüngliche englische) Skinheadkultur an sich nicht rassistisch oder faschistisch ist. Die meisten sind nicht bei der NF aktiv und viele Skins sind sogar aktive Antifas.

Nicht alle Clubs haben aktive NF-Gruppen unter ihren Fans. Der Verkauf faschistischer Zeitungen beschränkt sich auf bestimmte Clubs. Der Verkauf wird meist von Kadern durchgeführt, die das Spiel nicht interessiert. Die Zahl der NF-Mitglieder wird oftmals überschätzt, aber ihre Bedeutung liegt mehr im Einfluß, den einige wenige ausüben können, ganz besonders, wenn sie mit rassistischem Skandieren anfangen, das von anderen Fans dann aufgegriffen wird. So gelingt auch weniger die Mitgliederwerbung für die Partei, dafür wird aber der Haß und die Radikalität, mit der die NF die IRA z.B. ablehnt, übernommen. Immerhin wird die jährliche Traditionsdemo der National Front oft von Fußballfans wie den Chelsea-Headhunters oder der Leeds Service Crew unterstützt. Auch die Kundgebungen der BNP in "Spannungs-Stadtteilen" werden meist von Fußballfans "gedeckt"; die BNP hat bei den Skins einen gewissen Rückhalt. Geht es darum, eine irisch-republikanische Demo anzugreifen, tun sich BNP, NF und Fußballfans zusammen.

Eine Anzahl von Clubs hat eine hohe Präsenz von Faschisten in ihren Fanreihen, die berüchtigsten sind Chelsea und Leeds, aber auch Clubs wie Blackburn, Portsmouth, Newcastle und Aston Villa gehören dazu. Trotzdem sind diese brutalen Rassisten in allen Stadien eine Minderheit und andere Fans haben (Ende der 80er) damit begonnen, sich gegen das Nazitum zu organisieren. Dies geschieht meist mit Hilfe lokaler Gewerkschaften oder von Antifa-Gruppen. Beispiele dafür sind etwa "Leeds United Against Racism and Fascism" oder Newcastles Kampagne "Georgies are black and white". Solche Kampagnen spielen eine wichtige Rolle und sind den Umständen entsprechend teilweise sehr mutig, z.B. wenn mensch zu



einer "Sieg Heil"-gröhlenden Fangruppe hingeht, um ihnen zu sagen, daß mensch nicht mit ihnen übereinstimme... Ich glaube, daß es tausende Leute gibt, die (berechtigte) Angst haben, für den von ihnen "verursachten Ärger" eines in die Fresse zu bekommen.

Offensichtlich sind sich die schwarzen Spieler über die Beleidigungen und die hochgehaltenen Bananenschalen bewußt. Luther Blisset erklärte im *Daily Mirror* (10.4.87): Normalerweise kommen die Beleidigungen von einigen Stehplätzen, aber bei einem Leeds-Spiel zeigte die gesamte Stehplatzkurve den Nazigruß und skandierte "Sieg Heil". Andy Gray sagte in *The Sun:* Elland Road (Leeds) ist der schlimmste Ort von allen... Ich konnte mit den Beschimpfungen wie "schwarzer Bastard" und anderen Sachen nicht umgehen."

Rechtsextreme und Nationalspiele

Die Rolle der NF beim Organisieren von Fußballgewalt läßt sich schwer bestimmen. Es gibt allerdings Beweise für Hools, die sich zum Kloppen verabreden, inwieweit die NF dahintersteckt, ist unklar. Anders ist es bei Nationalspielen. Es gibt eine Menge konkreter Beweise, daß rechtsextreme Gruppen die "Crews" organisieren. Antifa-Gruppen haben Beweise zusammengetragen, daß NF-Anhänger andere europäische rechtsradikale Fußballfans kontakten, auch ist NF-Propagandamaterial (Transparente und Literatur) bei Nationalspielen aufgetaucht, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam.

Die Antifa geht auch davon aus, daß die Auseinandersetzungen im Heysel-Stadion, die 1985 zu einer Katastrophe führten, von NF-Unterstützern angestiftet wurde. Es wurden dort NF- und BNP-Flugblätter auf dem Platz gefunden und auch einige der Liverpool-Transparente trugen faschistische Symbole, z.B. "Liverpool Edge Hill" mit einem Hakenkreuz. Auch gibt es Hinweise darauf, daß italienische Faschisten unter den Juventus-Fans noch weitermachten, nachdem die Wand bereits zusammengebrochen war.

Der Umstand aber, daß es Gruppen wie der NF gelang, den Frust auszunutzen, ist eine Anklage gegen das Versagen von Politik und Polizei, die das Problem des gesellschaftlichen Rassismus nicht wahrnehmen wollten, ist eine Anklage gegen die Clubs, die ihre Augen lange verschlossen und ist eine Anklage gegen die Linke, die es verpennte, dem Frust eine Richtung zu weisen und den "Prügelnden" realistische Alternativen für die Probleme, die die Regierung geschaffen hat, anzubieten.

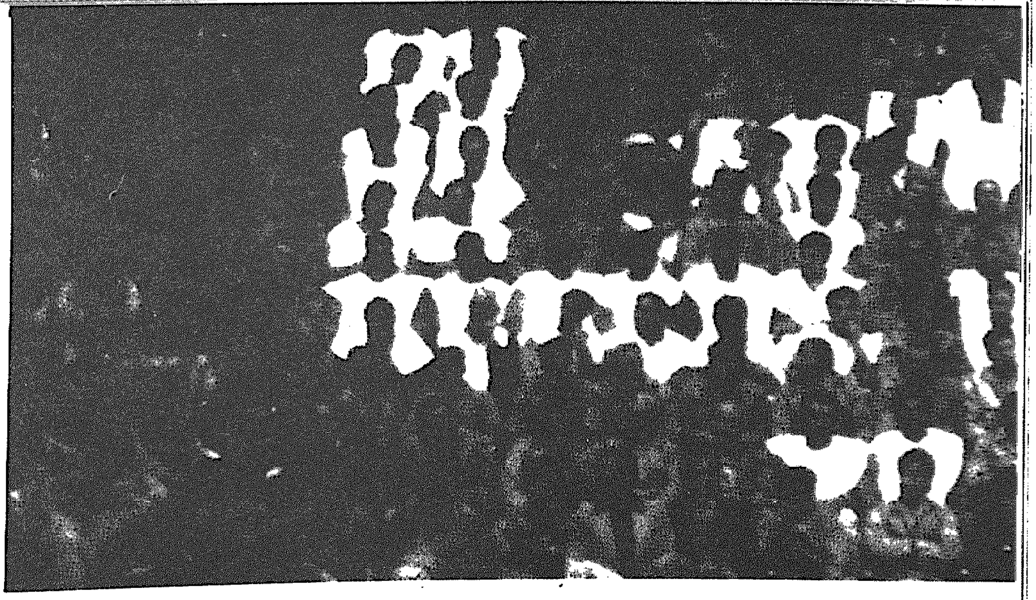
Geplante Beiträge:

Teil 2: Hooliganismus (in: SF-49)

Teil 3: Frauen und Fußball, Sexismus im Stadion (in: SF-50)

Teil 4: Die Fußballfans schlagen zurück (Anti-Nazi-Organisationen) (in: SF-51)

Masse und Mythos



Georges Sorels Beitrag zur Enge der politischen Landschaft

von Gregor Dill

Nachdem Emma Goldman das "bolschewistische Inferno", wie sie die junge Sowjetunion später nannte, im Winter 1921/22 über Riga, Reval und Stockholm fluchtartig verlassen hatte, ahnte sie, dass der Niedergang der russischen Oktoberrevolution in Verbindung stand mit jenen "massenpsychologischen Momenten", die die politische Kultur des 20. Jahrhunderts allmählich zu durchdringen begannen. Das Zeitalter der Massen war angebrochen.

Nicht die Kaltblütigkeit der revolutionären Führung in Moskau erschien Goldman neuartig. Es war die besondere Kraft eines um sich greifenden Untertanengeistes, der die Genossen erfasste. Sie musste mit ansehen, wie namhafte kritische Köpfe, vom Sog der Revolution angezogen, urplötzlich ihr Denken verloren, um, Marionetten gleich, zu willfährigen Handlangern des politischen Apparates zu mutieren. Bill Haywoods zum Beispiel, wichtiger Exponent der "Industrial Workers of the World" (IWW), einer grossen syndikalistischen Dachorganisation in den USA, stimmte auf dem Roten Gewerkschaftskongress von 1921 in Moskau, wo er die IWW vertrat, überraschend für die Auflösung seiner eigenen Gewerkschaft. "Big Bill", wie er genannt wurde, unterwarf sich dem Willen der Bolschewiki, welche damals für viele, oft wider besseres Wissen, als unfehlbar galten, In ihrer Autobiographie erklärte sich Emma Goldman, damals ebenfalls in Moskau anwesend, das Verhalten des us-amerikanischen Gewerkschaftsführers folgerndermassen: "Meiner Ansicht nach war dieser Verrat ... Bill Haywoods und der vielen anderen, die vor dem Heiligen Schrein des Kremls auf die Knie fielen, nicht so sehr ein individuelles Versagen als vielmehr eine Auswirkung des erschreckenden Aberglaubens an den bolschewistischen Mythos, der sie verführte - wie früher auch uns. Sowjetrussland war zum modernen Lourdes (katholischer Wallfahrtsort in Frankreich, g.d.) geworden. Blinde und Lahme, Taube und Stumme strömten dorthin, um die Wunderheilungen zu erleben." (Goldman, S.1049)

Die magnetischen Kräfte, welche Mythen auf Menschen ausüben, um manipulierbare Wesen aus ihnen zu machen, waren nicht nur für Lenin unverzichtbarer Bestandteil seiner politischen Konzeption. Auch demokratische oder faschistische Führer griffen, mit unterschiedlichem Erfolg, auf dieselben Strategien einer politischen Psychologie zurück. Raymond Poincaré, Frankreichs Staatschef während des I. Weltkriegs, Theodore Roosevelt, 26. Präsident der Vereinigten Staaten, Benito Mussolini, Lenin und auch Adolf Hitler verfügten zu Beginn des 20. Jahrhunderts über ein ähnliches Wissen hinsichtlich der psychologischen Beeinflußbarkeit und Führung von Menschenmassen. Die Tatsache, daß sie ihre machtpolitischen Theorien zum Teil von identischen Lehrbüchern abgeleitet haben, läßt die Gegensätzlichkeit der großen ideologischen Bewegungen unseres Jahrhunderts in einem neuen Licht erscheinen. Das politische Spektrum kennt gemeinsame Wurzeln. Die Suche nach ihnen führt zunächst in die Wissenschaftstheorie des 19. Jahrhunderts.

I. Vom Positivismus zum Konventionalismus

Samuel George Mortons Methoden zur Messung der menschlichen Intelligenz dokumentieren das wissenschaftliche Selbstverständnis des 19.Jahrhunderts. Mittels Senfkörnern und Bleischrot maß der us-amerikanische Schädelforscher das Volumen unzähliger Menschenschädel, um nachzuweisen, daß die "weißen" Köpfe denkfähiger wären als die "schwarzen". Nach dem Grundsatz, je größer der Schädel, desto intelligenter das Hirn, verfolgte er das Ziel, das soziale Gefälle zwischen den Nachkommen europäischer Siedler und afrikanischer Sklaven wissenschaftlich zu legitimieren. Sein Vertrauen in die physikalische Meßbarkeit sozialer Realität ging so weit, daß Morton schon mal schummelte, um zum gewünschten Ergebnis zu gelangen. Nachgewiesenermaßen drückte er, unbewußt, bei einem auffällig kleinen "weißen" Schädel die Senfkörner mit dem Daumen kräftig nach, während er einen bedrohlich großen "schwarzen" Schädel nur lose füllte und flüchtig schüttelte. (Gould/S.65)[1]

Mortons Meßreihen repräsentieren neben dunklem Rassismus auch die wissenschaftliche Fortschrittsgläubigkeit (Positivismus), welche das vergangene Jahrhundert prägte. Geistes- und Naturwissenschaften waren erfüllt von einem ungebrochenen Glauben an eine auf "exakt-wissenschaftlichen" Methoden basierende Erklärbarkeit aller Phänome, die die Welt zu bieten hatte. Die Wahrheit schlechthin wartete darauf, vom rationalen Denken enträtselt zu werden. Beflügelt von den technischen Errungenschaften der Industriellen Revolution verdrängten empirisch gewonnene, d.h. über die weltlichen fünf Sinne erfahrbare Erkenntisse die bis dahin geltenden, vielfach religiös motivierten Erklärungsmodelle. So mußte beispielsweise die Strandung der Arche Noah am Berge Ararat, zu Beginn des 19. Jahrhunderts innerhalb der allgemeinen Lehre von der Herkunft des Menschen noch fest verankert, spätestens mit dem Durchbruch von Darwins Evolutionstheorie seit Mitte der 50er Jahre positivistischen Erläuterungen weichen.[2]

Hervorgerufen durch die politische Krise der Dritten Republik (1870-1914), erlitt der Positivismus in Frankreich gegen Ende des Jahrhunderts einen schweren Rückschlag. Mit Ausnahme von insgesamt fünf Jahren, während welchen die Republik vorübergehend die politische Verantwortung übernommen hatte[3], war der Liberalismus in Frankreich seit seiner Entstehung

immer eine Oppositionsbewegung gewesen. Erst die Dritte Republik ermöglichte es der Bevölkerung, die bürgerlichen Ideale an der demokratischen Wirklichkeit zu messen. Jahrzehntelang gab die liberale Bewegung vor, als integre Kraft für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit einzustehen, und bestimmt haben viele ihrer Exponenten selber an diese Slogans geglaubt. Während der Dritten Republik jedoch entpuppten sie sich als Leerformel: Die Ehrenmänner erwiesen sich als geldgieriger Haufen, der sich an der Gesellschaft sattfraß. Skandale und Korruptionsaffären lösten einander ab und schufen ein Klima der Ernüchterung. Dubiose Geldgeschäfte, in welche die Regierung verwickelt war, führten beispielsweise 1892 zum Zusammenbruch der »Panamakanal-Gesellschaft« und brachten 400'000 kleine französische Sparer um ihr Vermögen. Die Vorschusslorbeeren, mit welchen das Parlament 1870 seinen Plenarsaal öffnete, welkten schnell dahin und fielen gegen Ende des Jahrhunderts als dürrer Blätterwald aufs Parkett einer tiefen politischen Krise.

Auch der Positivismus ist dabei erheblich in Mißkredit geraten. Denn während das Kaiserreich seinen absolutistischen Staat noch über den Gottesauftrag religiös legitimiert hatte, war es der Positivismus mit seinem bedingungslosen Bekenntnis zum rationalen Denken, der die Demokratie als vernünftigste aller möglichen Staatsformen bezeichnete und damit der Dritten Republik zu einer philosophischen Rechtfertigung verhalf. Die politische Krise des Fin de siècle trieb infolgedessen nicht nur den Verfassungsstaat, sondern auch sein wissenschaftstheoretisches Fundament, den Positivismus, an den Rand des Abgrunds. Eine grundsätzliche Neuorientierung in den Reihen der Wissenschaft war die Folge.

Angesichts der politischen Entwicklung wandten sich einige französische Intellektuelle von den positivistischen Grundsätzen ab. Der Glaube an die Existenz einer für immer gültigen, naturwissenschaftlich-präzisen politischen Ordnung war durch die Wirklichkeit kompromittiert. Die Kritik am Positivismus, der Konventionalismus, richtete sich zunächst auf das Erkenntnisziel. Ein wissenschaftliches Resultat könne nie zeitlose Gültigkeit haben, sondern dürfe lediglich im Sinne einer Abmachung (Konvention) vorübergehende Richtigkeit beanspruchen. Die Wahrheit als solche sei gar nicht erfassbar. Sie entziehe sich dem menschlichen Erkenntnisvermögen. Die Konventionalisten machten deutlich, daß die wissenschaftliche Tätigkeit ihren Selbstzweckcharakter verloren hatte. Der Schädelforscher Morton hatte zwar damals geschummelt, war sich seines Betrugs jedoch nicht bewußt und davon überzeugt gewesen, der Wahrheit auf der Spur zu sein, um ihr zu dienen. Die Konventionalisten hingegen verfolgten andere Ziele. Nicht die Suche nach der Weisheit letztem Grund motivierte ihr geistiges Schaffen, sondern die Ergründung des Jetzt um dessen Veränderung willen.

II. Georges Sorel

Die Suche nach einem Ausweg aus der nationalen Krise zieht sich durch die Schriften des Konventionalisten Georges Sorel. Der Ingenieur für Straßenbau und spätere Publizist war tief bestürzt über den Zustand Frankreichs, den Zerfall seiner "sozialen Autoritäten" und das Erlöschen der revolutionären und nationalen Ideale. Der Eindruck der Dekadenz beherrschte Sorel derart, daß sein gesamtes Werk als Gegenreaktion auf diesen Zustand aufgefaßt werden kann.

Seine Feindschaft gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus lenkte Sorels Aufmerksamkeit auf drei geisteswissenschaftliche Bereiche, die zur Jahrhundertwende eine innere Revolution erfuhren und die Konturen des Totalitarismus bereits erahnen ließen: Geschichtsphilosophie, Religionswissenschaft und Massenpsychologie.

In der Tradition der Aufklärung war die positivistische Wissenschaftstheorie einem linearen Geschichtbild verpflichtet. Ein Jahrhunderte währendes Ringen befreie die Menschen durch zunehmende Erkenntnis von ihrem barbarischen "Dämmerzustand" (Hermann Broch) und führe sie empor zum Lichte eines höheren Kulturlebens. Von diesem historischen Fortschrittsmodell wollte Georges Sorel nichts wissen. Er fühlte sich hingezogen zu einer völlig anderen Geschichtsauffassung, die auf den neapolitanischen Philosophen Giovanni Battista Vico (1668-1744) zurückgeht, und die Entwicklung der Kulturen als zyklische Prozesse beschreibt. Der Natur entsprechend durchlebe jede Gesellschaft ihre Phasen von Aufschwung, Blütezeit, Niedergang und Zersetzung. Die Geschichte schreite voran im Takte ewiger Rhythmen von Aufbau und Zerfall, Stärke und Dekadenz.

Die Lehre von der zyklischen Geschichtsentwicklung veranlaßte Sorel zu einem direkten Vergleich der aktuellen Situation Frankreichs mit früheren Zuständen seines Landes. Im ausgehenden 19.Jahrhundert, schrieb Sorel, würde die Republik regiert von einer politischen Führung, "die ebenso einfältig geworden ist wie der Adel des 18. Jahrhunderts" (zit.Faul/S.241). Genauso wie der Sturm auf die Bastille von 1789 dem Ancien Régime den Todesstoß versetzt habe, werde demnächst auch die Dritte Republik von einer "großen Katastrophe" heimgesucht werden, bevor, wie der Phönix aus der Asche, eine neue Epoche des Aufschwungs begänne.

Doch wie sollte ein solcher Neuanfang eingeleitet werden? Welche Mittel standen zur Verfügung, die bürgerliche Demokratie zu überwinden, um Frankreich zu seiner alten Stärke zurückzuführen? Beim Studium der Religionsgeschichte fand Georges Sorel eine Antwort.

Als Inbegriff des Irrationalen hatte der Positivismus den Glauben und die Religion verworfen. Es ergab keinen Sinn, das Mystische zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung zu machen, wo doch gerade die Religion, so nahm man an, den Weg zur wahren Erkenntnis erschwere. Mit Sorel waren die Konventionalisten anderer Meinung. Die Religion sei zwar zweifellos der Welt des Irrationalen zuzurechnen. Die Geschichte hätte jedoch gezeigt, daß der Glaube überall auf der Welt eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf das kulturelle und politische Leben ausübe und sehr wohl die rationalen Bereiche der Gesellschaft mitpräge.

Es wäre ein Fehler zu vermuten, Intellektuelle wie Sorel hätten dem rationalen Denken den Rücken gekehrt. Gerade als Ingenieur war sich Sorel darüber im klaren, welch bedeutende Errungenschaften die Menschheit der technisch-empirischen Wissenschaft zu verdanken hatte. Sorel war kein Irrationalist. Er schickte sich an, vermittels rationaler Methoden das Irrationale zu ergründen. Er glaubte zwar selber nicht an Gott, sehr wohl aber an die Macht des Glaubens.

Ein Zusammenhang zwischen der Dekadenz des Fin de siècle und dem rückläufigen Einfluß religiösen Glaubens, den das 19. Jahrhundert zu verzeichnen hatte, lag für Sorel auf der Hand. Daher interessierte es ihn zu wissen, welchen Beitrag religiöse Kräfte zur Erneuerung eines unheroisch gewordenen Frankreich leisten könnten. Über das Studium der Religionsgeschichte erwarb sich Sorel "eine Art von ungläubigem Wissen um die Macht des Glaubens" (Faul/S.246) und stellte fest, daß Religionen, allesamt gegründet und geistig angeführt von heldenhaften Persönlichkeiten, ihren Einfluß über Bilder geltend machten, die, obschon sie nicht der Realität entsprächen, eine ungeheure Wirkung auf die Menschen ausübten. Insbesondere die Geschichte des Christentums führte Sorel vor Augen, daß es Mythen waren, welche es den religiösen Führern erlaubten, einflußreiche Bewegungen ins Leben zu rufen. Auf die Menschen hätten "die in der Märtyrergeschichte angegebenen Einzelheiten einen so tiefen Eindruck hervorgerufen, daß sie sich im allgemeinen die Christen als Geächtete vorgestellt haben, deren Blut unablässig in Strömen floß", stellte Sorel fest. "Heutzutage glaubt niemand mehr, daß die Christen sich in unter-

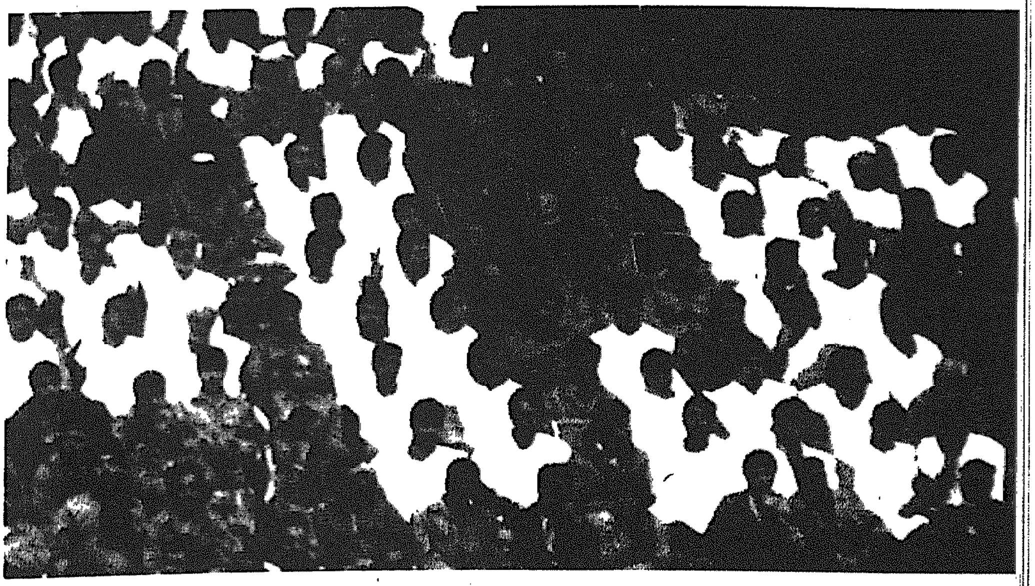
irdische Gänge flüchteten, um der Polizei zu entrinnen. (...) Es scheint auch, als müsse man ... die frühere Meinung hinsichtlich der großen Zahl der Märtyrer aufgeben." (Sorel/S.216f.) Die "gestaltende Kraft" einer jeden Religion fuße auf einem Mythos, faßte Sorel zusammen. Dessen Niedergang führe zum Zerfall des Glaubens.

Nachdem ihn seine Religionsstudien fürs erste zu einem Wiederbelebungsversuch der Katholischen Kirche veranlaßt hatten, war es die Begegnung mit dem Zeitgenossen Gustave Le Bon und dessen 1898 erschienenem Buch "La psychologie du socialisme", die Sorels Fühler in eine andere Richtung ausstrecken ließ. In einem Angriff gegen die Arbeiterbewegung, die damals von Jahr zu Jahr an politischem Boden gewann, umschrieb der gelernte Arzt und frühere Schädelforscher Le Bon den Sozialismus als religiöses Phänomen, welches die Trieb- und Traumwelt der menschlichen Natur anspricht. Le Bon stellte die sozialistischen Massenkundgebungen, die das Bild der Straße immer deutlicher mitzuprägen begannen, auf die gleiche Stufe mit religiösen Manifestationen. Äußerst fasziniert von diesem ungewöhnlichen Vergleich, nannte Sorel Le Bons Buch "die vollständigste Arbeit über den Sozialismus, welche in Frankreich erschienen ist" (zit.Nye/S.427) Aus der gewandten Feder eines Reaktionärs stammend, lag Sorel eine Schrift vor, die seine eigenen Erkenntnisse wiedergab. Es war Gustave Le Bon, der Sorel zu einem verfeinerten Verständnis der inneren Zusammenhänge verhalf, die zur Wirkung gelangen, wenn Massen mit Mythen konfrontiert werden, und ihm damit Einblick in eine Wissenschaft verschuf, die gerade erst im Begriffe war, sich zu etablieren: die Psychologie.

Ein eigenständiger Wissenschaftsbereich, der sich ausschliesßlich den Gefühlen und dem Unbewußten widmete, war aus der Sicht des Positivismus undenkbar. Zu sehr hatte dieser den Rationalismus nicht nur als wissenschaftliches Erkenntnismittel, sondern als einzig entscheidenden Faktor menschlicher Willensbildung überhaupt in den Vordergrund gestellt. 1881 behauptete Théodule Ribot, Begründer der französischen Psychologie, Wille und Taten der Menschen seien verwurzelt in den Tiefen ihrer unbewußten Triebe, und formulierte damit eine Antithese zur positivistischen Überschätzung der individuellen Vernunft. Ribot zog unverzüglich die Aufmerksamkeit jener Intellektuellen auf sich, deren politische Ambitionen im Dienste einer Wiederbelebung der totgeglaubten französischen Nation standen.

Aufbauend auf Ribots Individualpsychologie wurde diese 1895 von Gustave Le Bon um eine Psychologie der Massen erweitert. In seinem Büchlein "La psychologie des foules" gab Le Bon seinen Ekel zum Ausdruck, den er gegenüber den seitens des Staates unkontrollierbar gewordenen Massenkundgebungen empfand. Er wollte den Eliten der politisch instabilen Industriegesellschaft Frankreichs eine Anleitung an die Hand geben, wie sie über einen psychologisch geschulten Umgang mit Menschenmassen die Krise überwinden und den bürgerlichen Verfassungsstaat retten könnten.

Als Mitglied einer "psychologischen Masse", schrieb Le Bon, verlöre der Mensch buchstäblich seinen Verstand und trete in eine Art Trancezustand ein. Persönliches Verhalten weiche einer nivellierten "Massenseele", deren Ausdruck sich außerhalb individueller Kontrolle befände.



In der Masse gehe die einigende Kraft nicht von den Gliedern aus (wie in der Gemeinschaft), sondern sei das Ergebnis von Wirkung. Der Einsatz bestimmter Techniken befähige den "Führer", psychologische Massen entstehen zu lassen, um sie in seinem Sinne zu manipulieren. Wie der Hypnotiseur vor den Patienten trete der Führer vor die Masse und hätte sich einfacher Bilder und unmißverständlicher Behauptungen zu bedienen, die, in ständig wiederholter Form, direkt ins Unterbewußtsein der Menschen eindringen und, Glaubenssätzen ähnlich, den Rang von "kollektiven Wahrheiten" einnehmen würden: "Die Massen können nur in Bildern denken und lassen sich nur durch Bilder beeinflußen. Bloß diese schrecken oder verführen sie und werden zu Motiven ihres Handelns. (...) Daher werden die Massen stets durch die wunderbaren und legendären Seiten der Ereignisse am stärksten ergriffen. Bei der Analyse einer Zivilisation findet man, daß das Wunderbare und Sagenhafte in Wirklichkeit die ganze Stütze derselben ist. In der Geschichte hat der Schein allezeit eine grössere Rolle als die Wirklichkeit gespielt. Das Irreale hat stets den Vorrang vor dem Realen. (...) Alles, was die Phantasie der Massen erregt, stellt sich in der Form eines packenden und klaren Bildes dar, das allen Nebensinnes bar ist oder nur einige wunderbare oder geheimnisvolle Tatsachen im Gefolge hat: einen großen Sieg, ein großes Wunder, ein großes Verbrechen, eine große Hoffnung." (Le Bon1919/S.43f.)

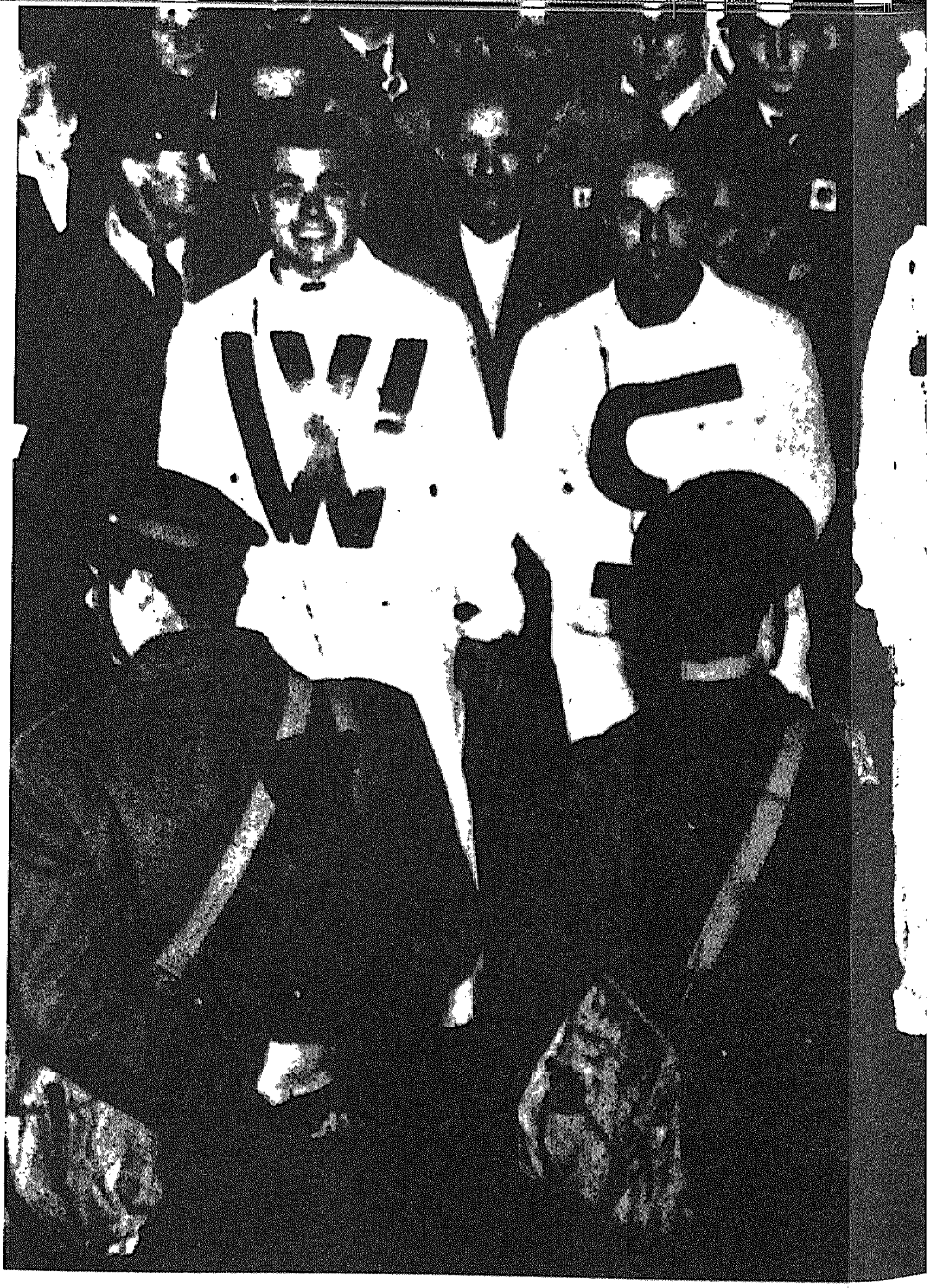
Die Idee der Massenpsychologie fand auf Anhieb ein gewaltiges Echo. "Sie hat einer ganzen Generation eine neue Art, die Menschen zu mobilisieren und zu leiten, eingegeben", schreibt der Historiker Serge Moscovici: "Das galt, über alle ideologischen Schattierungen und politischen Positionen hinweg, ohne Ausnahme für Rechte wie für Linke." (Moscovici1984/S.83f.,123) Auch Georges Sorel war von den Äußerungen seines Zeitgenossen tief beeindruckt. Zusammen mit seinem geschichtsphilosophischen Standpunkt und seinen religionswissenschaftlichen Kenntnissen wurde die Massenpsychologie zur Grundlage seiner für die politische Philosophie des 20.Jahrhunderts so bedeutsamen Mythos-Theorie.

III. Die Lehre vom Mythos

Noch in ihrem Erscheinungsjahr besprach Sorel "La psychologie des foules" im "Devenir social", einem allgemeinen marxistischen Journal, an dem er sich zu dieser Zeit als profilierter Mitarbeiter beteiligte. Gerade im Marxismus erkannte Sorel eine Möglichkeit, die Lehren der Massenpsychologie politisch umzusetzen, weshalb ihm viel daran gelegen war, sie in den Reihen der sozialistischen Intelligenz bekannt zu machen. Es waren nicht die rationalen Analysen, sondern die symbolischen Passagen sowie die etwas vereinfachte Darstellung des Klassenkampfes, die ihm an Marxens Schriften wertvoll erschienen. Sorel nannte den Marxismus "soziale Poesie" und sah in Marx

einen "Mythosmacher der höchsten Vollendung", der in gekonnt dramatischem Stil die Katastrophe einer großen sozialistischen Revolution heraufbeschwor. (Greil/S.79) Als sich die französischen Parteisozialisten, welchen er eine Zeit lang nahe stand, unter Jaurès anschickten, auf das Angebot einer beschränkten Regierungsbeteiligung einzugehen, entzog ihnen Sorel seine Sympathie. Den revolutionären Kurs verlassend und Teil der verhaßten Republik geworden, war für ihn der parlamentarische Sozialismus ebenfalls der Dekadenz verfallen.

Auf der Suche nach einer anderen Kraft, die Frankreich in ein neues Zeitalter führen sollte, traf Sorel auf die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, den Syndikalismus, für welchen er 1908 die "Refléxions sur la violence" schrieb. In seinem berühmtesten Buch, das in der deutschen Übersetzung den Titel "Über die Gewalt" trägt, nannte Sorel zwei Ereignisse, die einzig in der Lage wären, die Krise der französischen Nation zu überwinden: "Einen großen auswärtigen Krieg, der die Energien von neuem stählen könnte und jedenfalls ohne Zweifel Menschen an die Macht bringen würde, die den Willen haben zu regieren; oder eine starke Ausdehnung der proletarischen Gewalt, die den Bürgern die revolutionäre Wirklichkeit zeigen und ihnen die humanitären Plattheiten verleiden würde, mit denen Jaurès sie einschläfert." (zit.Faul/S.241) Sorel entschied sich für den zweiten Weg. Im Generalstreik wähnte er einen massenmobilisierenden Mythos verborgen, der in der Lage wäre, eine neue Ära einzuleiten. Der proletarische Massenaufstand sollte die Talsohle des Vicoschen Geschichtszyklus markieren und die Grande Nation in einen neuen Frühling führen.



Als treibender Geist einer Massenbewegung stellte sich Sorel in den Dienst eines aggressiven Antiintellektualismus und wehrte sich entschieden gegen alle Konzepte sozialistischer Utopien. Gemäß der Logik der Massenpsychologie Gustave Le Bons sei die Gesellschaft im Zustand des Generalstreiks "auf einem Schlachtfeld in zwei, und nur zwei, Lager geschieden. Keine philosophische Erklärung der in der Praxis beobachteten Tatsachen könnte so lebendige Einsichten zutage fördern wie das so einfache Bild, das die Ausrufung des Generalstreiks vor Augen stellt." (S.151f.) Ausdifferenzierte Programme einer nachrevolutionären Gesellschaft würden sich an den individuellen Verstand richten und blieben auf psychologische Massen nicht bloß ohne Einfluß, sondern bedrohten deren Einheit. Anders der Mythos. Er bemühe sich darum, "nichts in der Unentschiedenheit zu lassen", um die sozialistische Lehre "nicht in einem Strom verworrener Kommentare zu verwässern (...) Anstatt die Gegensätze abzuschwächen, wird man sie, um der syndikalistischen Orientierung zu folgen, herausheben müssen; man wird von den Gruppierungen, die gegeneinander kämpfen, eine so gefestigte Anschauung geben müssen wie nur möglich ..." (S.138)

Der soziale Mythos wendet sich ausschließlich an die Masse und ist darauf ausgerichtet, den potentiell kritischen Verstand ihrer Mitglieder auszuschalten: "Ein Mythos kann nicht widerlegt werden, da er im Grunde das gleiche ist wie die Überzeugung einer Gruppe." (S.42) Er würde "das Gewissen gänzlich beherrschen und bereits in Wirkung treten, ehe noch die Berechnungen der Reflexion Zeit gehabt haben, vor dem Geist zu erscheinen" (S.250) Der Mythos verfolge das Ziel, "die sozialistische Idee heldenhafter zu machen" (S.161), um "die großen Massen des Proletariats einheitlich in Bewegung zu versetzen" (S.139) Die Kritik der Vernunft wird bei Sorel der Logik der Massenmobilisierung geopfert: "Es kommt eben wenig darauf an, ob der Generalstreik eine teilweise Wirklichkeit oder lediglich ein Erzeugnis der Volksphantasie darstellt. (...) Die Ganzheit des Mythos ist allein von Bedeutung." (S.143f)

IV. Wirkungsfelder

Sorels Trennung zwischen einer manipulierenden Politavantgarde und geführten, subjektlosen Massen deutet auf eine politische Konzeption hin, die ihn nicht nur zum Wegbereiter des autoritären Sozialismus, sondern auch zum Vordenker der aufkeimenden faschistischen Bewegung werden ließ. Noch bevor die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Frankreichs 1910 anläßlich eines mßratenen Bergarbeiterstreiks erheblich an Bedeutung einbüßte, war sein Name bereits im Umfeld der rechtsextremen "Action française" aufgetaucht. Aus der Sicht einer Generation,



deren politische Wahrnehmung maßgeblich durch den Kalten Krieg geprägt worden ist, mag es sonderbar erscheinen, wenn ein sechzigjähriger Publizist von einem Tag auf den anderen das linkssozialistische Lager verläßt, um als Stratege der extremen Rechten vor neuer Leserschaft dieselben Ideen zu verbreiten. Doch Sorel blieb sich tatsächlich treu. Als Mitglied der »Action française«, die eine nationalistische Propaganda gegen Deutsche, Juden[4], Kirchenfeinde und Republikaner predigte, vertrat er die gleichen Grundsätze wie vormals als Theoretiker des revolutionären Syndikalismus: Konsequente Ablehnung des Rationalismus als gesellschaftsgestaltende Kraft und zielgerichtete Anwendung massenpsychologischer Momente zwecks Überwindung der Décadence. Erst mit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution fand Sorel erneut zum Sozialismus zurück. Am Ende seines Lebens, Sorel starb 1923, war er begeistert von Lenin und Mussolini zugleich und hinterließ eine Schriftensammlung, welche "sichtbar und verborgen Kraftlinien ausstrahlte, die sich brachen in der Ideologie und Praxis des Faschismus, des Bolschewismus und des Nationalsozialismus." (Barth/S.11)

Die Wirkung von Sorels Schriften auf die politischen Strömungen des beginnenden 20. Jahrhunderts ist noch unzureichend erforscht. Insbesondere was die Rolle der "Réflexions" bei der weiteren Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung betrifft, für die sie verfaßt wurden, ist der Literatur allenfalls Widersprüchliches zu entnehmen. Obschon Sorels Spuren bis hin zur Massenmobilisierungsästhetik der spanischen C.N.T. leicht auszumachen sind[5], wird mit dem Hinweis darauf, daß "kein halbes Dutzend militanter Arbeiter" (Barth/S.32) zu den "Réflexions sur la violence" gegriffen hätte, verkannt, wem Sorels Appelle galten. Denn nicht die Vielen waren angesprochen, sondern die Wenigen. Sorel versuchte nie, unmittelbar auf die Massen einzuwirken. Die "Refléxions" waren gedacht als Anleitung und wollten die Agitatoren lehren, wie massenwirksame Politik betrieben werden müsse. Daher darf die Anzahl verkaufter und gelesener Exemplare bei der Bewertung des Einflusses Sorelscher Schriften nie alleine ausschlaggebend bleiben. Viel zwingender stellt sich die Frage, ob den entscheidenden Köpfen der syndikalistischen Bewegung Sorel ein Begriff war. Und in diesem Punkt sind sich die Gelehrten einig: Es steht fest, daß Sorel, wenn auch nur in einem ganz bestimmten Personenkreis, im Gespräch war. Wer sich für den Sozialismus interessierte, mußte ihn kennen, "und sei es nur in indirekter, verkürzter Form" (Mohler/S.58)

Im Jahre 1918 schrieb das konservative "Journal de Genève", Lenin und Trotzki hätten während ihres Aufenthalts in der Schweiz die "Réflexions" "in aller Muße durchstudiert. Sie wenden nun dessen

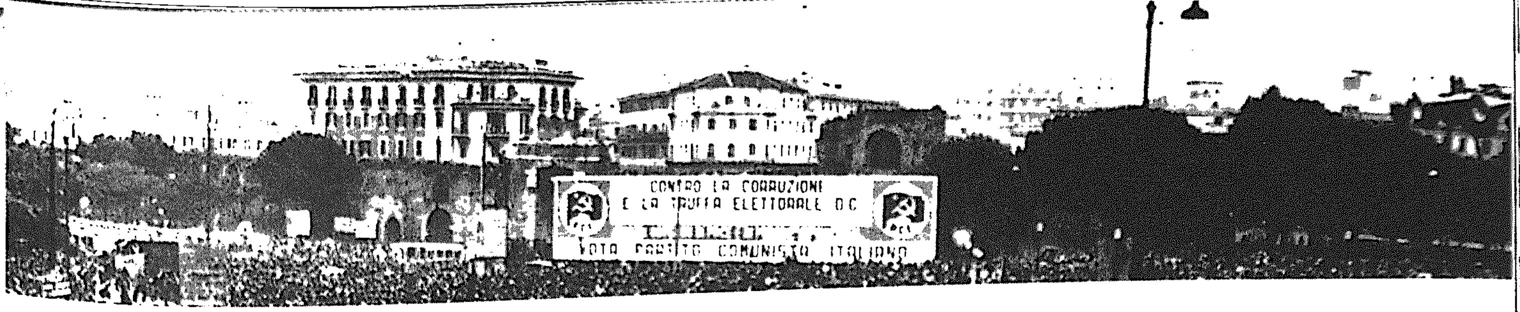
Grundsätze mit der furchtbarsten Logik an." (zit.Sorel/S.343) Ob Prof. Seippel, Verfasser des Artikels, recht hatte mit der Unterstellung einer derart dirketen Beeinflußung, bleibt offen. Denn immerhin ist bekannt, daß Lenin Sorel nicht gerade rühmte, als er ihn einen "notorischen Wirrkopf" (zit.Lichtheim/S.355) schimpfte, was allerdings nicht sehr viel heißen will, wenn man bedenkt, daß es für Lenin nicht sonderlich schmeichelhaft war, in der Öffentlichkeit mit einem Schriftsteller in Verbindung gebracht zu werden, der der rechtsextremen Bewegung nahestand. Fest steht, daß Sorels Ideen in den Kreisen russischer Revolutionäre bekannt waren und durchaus auf Interesse stiessen. In den Jahren 1907/1908 sind gleich drei Bücher Sorels in Moskau auf russisch erschienen, darunter die "Réflexions sur la violence". Und in den ersten Jahren der bolschewistischen Revolution gab es in Russland sorelianische Klubs, in denen seine Büste aufgestellt war und wo er gelesen wurde. (Barth/S.20f.)

Sorel selber äußerte sich zur Frage nach seinem Einfluß auf die russischen Revolutionsführer eher zurückhaltend: "Ich habe zwar keinerlei Grund anzunehmen, daß Lenin meinen Büchern Ideen entnommen hat; aber wenn das der Fall wäre, würde ich keinen geringen Stolz darüber empfinden, zur geistigen Bildung eines Mannes beigetragen zu haben, der mir gleichzeitig als der größte Theoretiker des Sozialismus seit Marx und als ein genialer an Peter den Grossen erinnernder Staatsmann erscheint." (Sorel/S.346) Einen "indirekten Einfluß" (zit.Barth/S.20) schloß Sorel indes nicht aus und gab sich gleichzeitig als begeisterter Anhänger des, russischen Revolutionsführers zu erkennen. Er merkte an, Lenin hätte sich als "wahrer Moskowite" (Sorel/S.349) erwiesen, als er "den Sozialismus in seinem Vaterlande" (S.346) eingeführt und Moskau, "das Rom des Proletariats" (S.354), zur neuen Hauptstadt gemacht hatte.

Im Gegensatz zu Lenin bekannte sich Benito Mussolini ganz unverblümt zu seinem fränzösischen Lehrmeister. "Was ich bin, verdanke ich Georges Sorel", behauptete der Duce in einer Rede. (zit. Barth/18) Und tatsächlich, es gibt keine historische Untersuchung über die geistige und politische Herkunft der faschistischen Ideologie und keine Geschichte des Faschismus in Italien, die den Ideen Sorels nicht breiten Einfluß einräumte. Schon 1914 gehörte Mussolini zu Sorels Lesern und Bewunderern. Zu dieser Zeit sah er in Sorel den wichtigsten Theoretiker der Revolution und vertrat damit eine Überzeugung, die er mit Persönlichkeiten teilte, die der heutigen Zeit keineswegs als Exponenten des Faschismus bekannt sind: Auch Pietro Nenni, Führer der Sozialistischen Partei, und der Rätekommunist Antonio Gramsci waren von Sorels Ideen sehr angetan. 1928 erschien in Rom eine Spätschrift Sorels, die von einem faschistischen Verlag herausgegeben wurde. Dessen Lektorat strich lediglich eine Stelle, in welcher sich Sorel positiv zu Lenin geäussert hatte. Zur gleichen Zeit schmorte der Kommunist Gramsci als politischer Gefangener in Mussolinis Kerker, was ihn allerdings nicht davon abhielt, jene Schrift nach dem Krieg wohlwollend zu zitieren! (Lichtheim/373f.)

Dem französischen Publizisten war Mussolini bereits 1912 aufgefallen. Sorels Erwartungen an ihn waren hoch: "Mussolini ist kein gewöhnlicher Sozialist. Glauben sie mir. Sie werden ihn vielleicht eines Tages an der Spitze eines heiligen Bataillons die italienische Fahne mit dem Säbel grüssen sehen. Er ist ein Italiener des 15. Jahrhunderts, ein Condottiere (Söldnerführer der Renaissance, g.d.). Man weiß es noch nicht, aber er ist der einzige Mann, der fähig ist, die Schwächen der Regierung zu überwinden." (zit.Barth/18) Was seinen Einfluß auf den Duce betrifft, zeigt sich Sorel auch hier bescheiden. Er behauptet, Mussolini hätte etwas entdeckt, was in seinen eigenen Schriften nicht enthalten sei: die Vereinigung der Idee des Nationalen mit der Idee des Sozialen. Allein in den »Réflexions« lassen sich jedoch genügend Anhaltspunkte finden, die belegen, daß es nicht Mussolinis sondern Sorels unheilvolle Erfindung war, Nationalismus und Sozialismus miteinander zu verknüpfen.[6]

Während bei Lenin und Mussolini eine bewußte Umsetzung der Lehre vom sozialen Mythos nicht von der Hand zu weisen sind, darf, was Adolf Hitler betriff, davon ausgegangen werden, daß der Parteiführer der NSDAP Sorel nie gelesen hatte. Eine deutsche Übersetzung der "Réflexions" lag erst seit 1928 vor, zu einer Zeit also, da die theoretischen Grundlagen der nationalsozialistischen Politik bereits entworfen waren ("Mein Kampf" erschien 1924). Trotzdem lassen sich zwei Verbindungen zwischen Sorel und Hitler herstellen. Die erste besteht in Sorels Beschäftigung mit der Frage, was im Falle eines Sturzes der Hohenzollern mit dem Deutschen Reich geschehen würde: "Wer ist der Mann, der Deutsche, der fähig sein wird, die verstreuten Stämme des alten germanischen Körpers zu sammeln?", wollte Sorel schon vor dem Ausbruch des I.Weltkriegs wissen. "Wenn jemals Deutschland, sofern es nicht mehr durch die autoritative Herrschaft zusammengehalten würde, der Unordnung anheimfällt, dann bedarf es, um es zur Ordnung zurückzuführen, eines Genies, der zehnmal mächtiger ist, als es anderswo nötig wäre." (zit. Barth/S.19) Als Hitler erst gerade volljährig wurde und noch niemand kannte, schien ihn Sorel bereits herbeizusehnen.



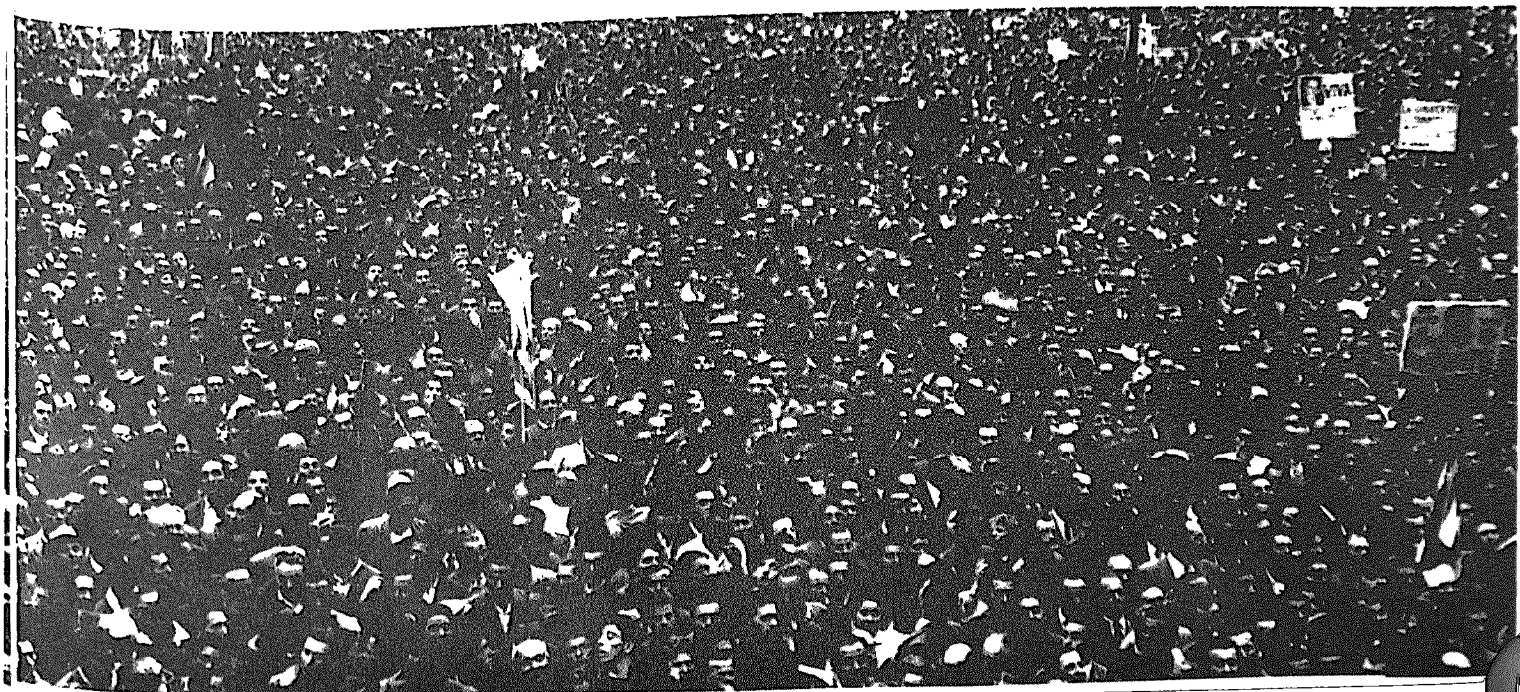
Das zweite Bindeglied zwischen Adolf Hitler und Georges Sorel bildet ein Zeitgenosse, der schon mehrfach erwähnt wurde: Gustave Le Bon. Die Historiker Werner Maser und Alfred Stein haben in ihren Arbeiten über die Frühgeschichte der NSDAP nachgewiesen, daß der maßgebliche Ideenlieferant für die Passagen über Propaganda in "Mein Kampf" mit Gustave Le Bon den Namen eines Mannes trägt, ohne welchen die "Réflexions sur la violence" niemals hätten geschrieben werden können. Im Falle Hitlers darf zwar weder von einer direkten noch von einer indirekten Beeinflußung durch Sorel gesprochen werden. Mit der Massenpsychologie Le Bons besteht jedoch ein gemeinsamer Bezugspunkt, der die Gedankennähe zwischen den beiden ungleichen Männern zusätzlich zu unterstreichen vermag.

Ähnliches gilt für die großen Führer der westlichen Demokratien. Da sich Sorel Zeit seines Lebens nur abfällig gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus geäußert hatte und deswegen seine Schriften in den Reihen der Demokraten kaum Beachtung fanden, war es auch hier Le Bon und nicht Sorel, der die Eliten der westlichen Republiken mit dem nötigen, den Umgang mit Menschenmassen betreffenden Fachwissen versorgte. Die Idee der Massenpsychologie stieß rund um den Erdball auf großes Interesse. Adressen wie Theodore Roosevelt, Raymond Poincaré, Charles de Gaulle und das japanische Außenministerium gehörten zu Le Bons aufmerksamsten Lesern[7]. Raymond Poincaré, als Präsident der Republik während des I.Weltkriegs innenpolitisch um ein "Heiliges Bündnis" ("Union Sacrée") bemüht, traf sich anfangs der 90er Jahre mit Le Bon wöchentlich zum Lunch. (Nye/S.421)

Georges Sorel und Gustave Le Bon versorgten zusammen das gesamte politische Spektrum mit einem ähnlichen Satz an Regeln, die dazu dienen sollten, Herrschaft über Massen erfolgreich umzusetzen. Sorel und Le Bon standen sich politisch nah und fern zugleich.[8] Sie vertraten dieselben Ideen, stellten sie jedoch unterschiedlichen Parteien zur Verfügung[9]. Dieser Widerspruch, entstanden im Fin de siècle, wurde richtungsweisend für die politische Kultur des 20.Jahrhunderts: Systeme, zwischen welchen Abgründe zu klaffen scheinen, erweisen sich bei näherer Betrachtung als durchaus miteinander verwandt. Es gibt wohl keine Anekdote, die diese Widersprüchlichkeit besser zu unterstreichen vermag, wie die Geschichte um Georges Sorels Grab. Als er am 4. September 1922 in Boulogne-sur-Seine gestorben war, trauerten um ihn namhafte Vertreter der äußersten Linken und der äußersten Rechten. Auf Gerüchte über die Verwahrlosung des Grabes hin hatten sich Jahre nach Sorels Tod unabhängig voneinander sowohl der Botschafter des faschistischen Italien wie auch derjenige der Sowjetunion dem Direktor der Pariser Nationalbibliothek gegenüber angeboten, im Namen ihrer Regierungen die Pflege zu übernehmen. (Mohler/S.28)

V. Abschied von der Masse

Wird berücksichtigt, das Faschismus, Leninismus und die bürgerliche Demokratie allesamt mit dem Elite-Gedanken der politischen Philosophie übereinstimmen, so ist ihr gemeinsames Interesse für Georges Sorel und Gustave Le Bon nicht weiter erstaunlich. Von politischen Entwürfen, die sich an der Herrschaftslogik orientieren, darf nichts anderes erwartet werden. Umso rätselhafter mutet es an, wenn antiautoritäre Standpunkte ein positives Verhältnis zur Massenpsychologie und zur Lehre vom sozialen Mythos aufbauen. George Lichtheim zum Beispiel, der für die aktuelle deutsche Übersetzung der "Réflexions" das Nachwort geschrieben hat, vertritt eine Sicht der Dinge, die nicht nur Sorel als Menschen verkennt, sondern auch den Charakter der Massen und insbesondere deren Funktion innerhalb eines emanzipativen Prozeßes falsch beurteilt, wenn er bedauert, Mussolinis Anhänger hätten "mit Sorel Mißbrauch (be)trieben" (S.374f.) Wer denkt, Massenpsychologie und Mythostheorie wären lediglich in die falschen Hände geraten und müßten unter herrschaftsfreien Gesichtspunkten neu bear-



beitet werden, wird früher oder später in die Fußstapfen derer treten, die erfolgreich oder wirkungslos als Massenführer in die Geschichte eingegangen sind, bzw. von ihr vergessen wurden.[10]

Massen dienen der Macht und nicht der Freiheit. Le Bon hatte recht, als er behauptete, daß Menschen, einmal Teil einer Masse geworden, aus psychologischen Gründen unfähig seien, nach Maßgabe ihres freien Willens zu handeln. Massen suggerieren eine Scheinfreiheit, indem sie ihren Mitgliedern das Gefühl vermitteln, in ihr wären alle gleich. Dieses Trugbild ist es, dem sogar die Anarchisten zuweilen aufsitzen. In der Meinung, mittels schwarzer Fahnen und einem mystifizierten Abbild des Spanischen Bürgerkriegs könnte eine freiheitliche Politik betrieben werden, zeigt der libertäre Sozialismus noch heute, daß es ihm deutlich an einer Kritik der Masse mangelt. Wie sonst könnte es möglich sein, daß die "Réflexions sur la violence" am Ende des 20.Jahrhunderts zur anarchistischen Fachliteratur gezählt werden.[11] Dabei hatte Emma Goldman der Masse bereits ein Jahrzehnt vor ihrer Flucht aus der Sowjetunion eine deutliche Anfuhr erteilt: "Massen! Das Unheil sind die Massen. Ich wünsche ihnen nicht das mindeste zuzugestehen, sondern sie zu teilen und zu zertrümmern und Individuen aus ihnen zu herauszuziehen. Ich will überhaupt keine Masse haben, sondern nur ehrbare Männer und liebliche, süsse, reife Frauen." (Goldman1911)

Anmerkungen

1 Gould: "Das ist schnell geschehen, ohne bewußtes Motiv; die Erwartung ist eine mächtige Triebfeder des Handelns." (S.65)
2 Morton datierte die Strandung der Arche Noah auf 4'179 Jahre vor seiner Zeit. (Gould S.51)
3 Legislative 1791-92; 2. Republik 1848-52
4 Sorel verteidigte die den Bolschewiken vorgeworfenen Erschiessungen politischer Gegner einerseits mit der Frage, "was denn die großen Zaren getan hätten, wenn ihnen ähnliche Empörungen gedroht hätten ..." Andererseits schob er die Schuld den in den Reihen der Revolutionäre agierenden Juden zu: "Die(se) Hypothese erscheint mir umso wahrscheinlicher, als auch bei der ungarischen Sowjetrepublik die Beteiligung der Juden keine glückliche gewesen ist." (S.351)
5 James Joll behält Sorel als einen Theoretiker des Anarcho-Syndikalismus in Erinnerung (S.164)
6 Die napoleonischen Schlachten und die italienische Einigungsbewegung hatten ihren Eindruck auf Sorel nicht verfehlt. Napoleon und Giuseppe Mazzini, Wegbereiter des nationalen Italiens, waren in den Augen Sorels vorbildliche Konstrukteure des nationalen Mythos (vgl.Sorel/S.142f.) Michael Freund, Verfasser der ersten deutschen Sorel-Biographie, schrieb 1932: "Für die große schicksalsschwere Auseinandersetzung zwischen nationaler Bewegung und Sozialismus konnte Sorel ... Wertvolles beibringen. Nicht den (transnationalen) Sozialismus und das (transnationale) Proletariat sah er; sondern die (nationalen) Sozialismen und die (nationalen, g.d.) Proletariate." (S.9)
7 Die "Psychologie des foules" wurde sehr bald in viele Sprachen übersetzt. 1973 waren es sechzehn an der Zahl. Die japanische Übersetzung wurde von Baron Motono, Botschafter in St. Petersburg und später Minister des Äußern in Japan, verfaßt. (Moede/S.XXIII)
8 Die Geistesverwandtschaft zwischen Sorel und Le Bon geht u.a. aus ihrem Briefkontakt deutlich hervor, der bei Nye analysiert wird.
9 Die vielzitierte Erwähnung Le Bons in einer Fußnote der "Réflexions" wirft ein falsches Licht auf die Beziehung Sorels zu seinem Lehrmeister. Sorel behauptet dort, die klassenkämpferische Revolution der Massen führe, im Gegensatz zur Meinung Le Bons, nicht zum Cäsarismus. (S.153) Die Vorstellung einer Masse ohne Führer ist jedoch keineswegs repräsentativ für Sorels Denken. Immer wieder betonte er das Gegenteil: "Die Massen sind sehr wenig für höhere Empfindungen fähig; sie kennen von den sozialen Interessen, Vaterland, Gemeingeist, nur das, was die vulgärsten Agitatoren geruhen, ihnen beizubringen." (zit.Freund/S.38)
10 Hans Barth begeht denselben Fehler, wenn er in seiner ansonsten sehr interessanten Monographie über Sorel anmerkt, die "Idee des sozialen Mythos" hätte "umgedeutet und mißverstanden ... Geschichte gemacht" (S.16) "Gleichwohl gehörte er, der Gegner des neuzeitlichen Intellektualismus ..., zu denen, die dem Recht und der Gerechtigkeit dienen wollten." (S.9)
11 Die "Anares-Bibliographie für lieferbare anarchistische Bücher 1991/92" empfahl neben den "Réflexions" auch die Sorel-Biographie von Michael Freund (1932). Als NS-Publizist wies Freund 1944 Sorel (zurecht) als Vorläufer des Faschismus aus.

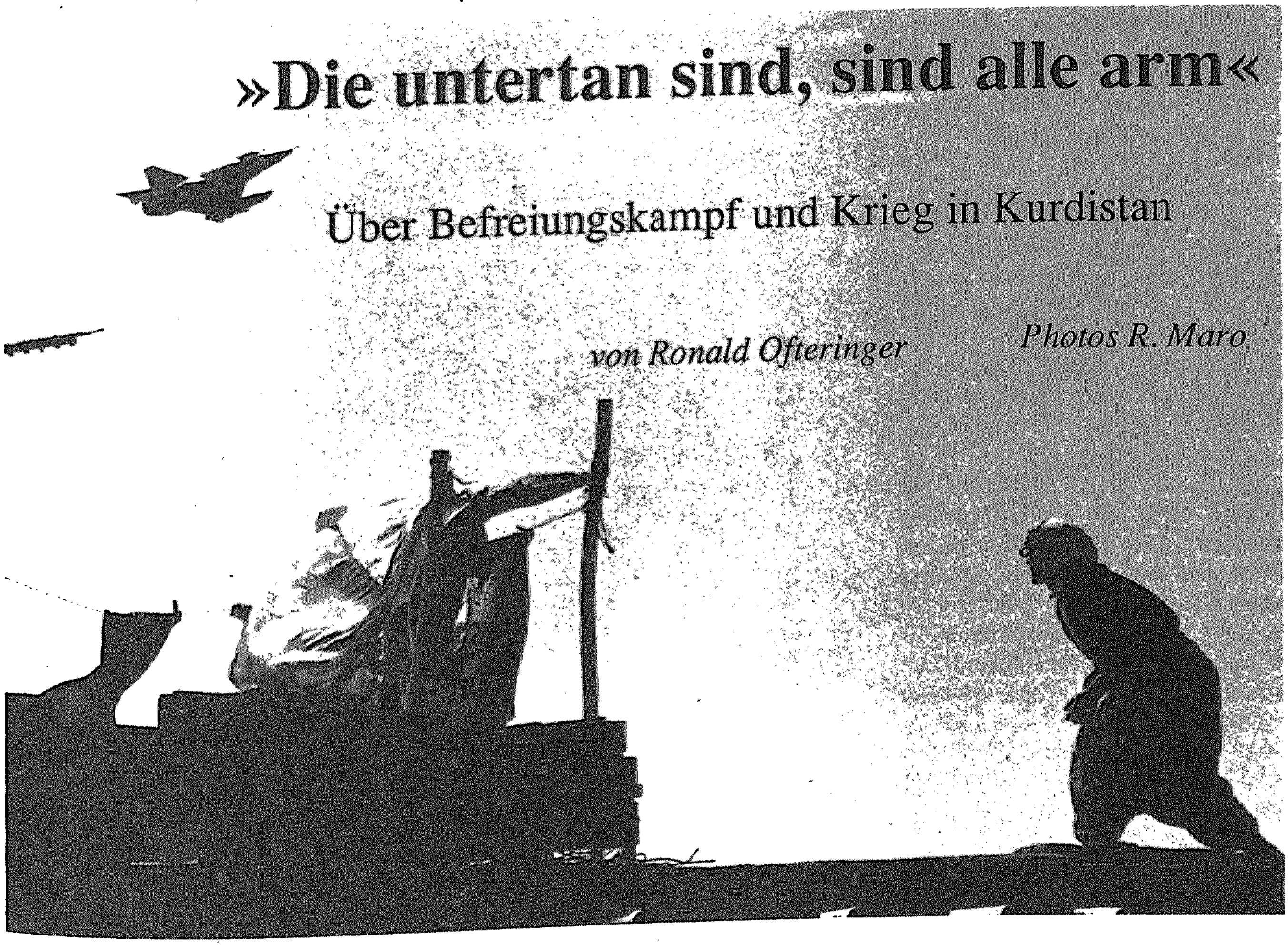
Literatur

- *Georges Sorel, Über die Gewalt, Frankfurt 1981*
- *Gustave Le Bon, Psychologie der Massen, 3. deutsche Auflage, Leipzig 1919*
- *ders., Psychologie der Massen, 5. deutsche Auflage mit einer Einführung von Walther Moede, Leipzig 1932*
- *ders., Psychology of Socialism, London 1966*
- *Robert A. Nye, Two Paths to a Psychology of Social Action: Gustave Le Bon and Georges Sorel; in: The Journal of Modern History (Chicago) Nr. 45/1973*
- *Hans Barth, Masse und Mythos - Die ideologische Krise an der Wende zum 20. Jahrhundert und die Theorie der Gewalt: Georges Sorel, Hamburg 1959*
- *Arthur Greil, Georges Sorel and the Sociology of virtue, Washington D.C. 1981*
- *Armin Mohler, Bio-bibliographischer Anhang zu: Julien Freund, Georges Sorel - Geistige Biographie, München 1977*
- *George Lichtheim: s. Sorel*
- *Walther Moede: s. Le Bon 1932*
- *Erwin Faul, Der moderne Machiavellismus, Köln u. Berlin 1961*
- *Larry Portis, Sorel zur Einführung. Mit einem Nachwort von Peter Schöttler, Hannover 1983*
- *Michael Freund, Georges Sorel - Der Revolutionäre Konservativismus, Frankfurt/M. 1932*
- *Werner Maser, Hitlers Mein Kampf, München und Esslingen 1966*
- *ders., Die Frühgeschichte der NSDAP - Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M. u. Bonn 1965*
- *Alfred Stein, Adolf Hitler und Gustave Le Bon; in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (Stuttgart) Nr. 6/1955*
- *Emma Goldman, Gelebtes Leben Band 3, Berlin 1980*
- *dies., Die Masse; in: Der Sozialist, 3 Jg., 1911 S.113f.*
- *Elias Canetti, Masse und Macht, Frankfurt 1980*
- *Serge Moscovici, Das Zeitalter der Massen - Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie, München u. Wien 1984*
- *Serge Moscovici, Ist die Idee der Masse noch aktuell? in: John Patillo-Hess (Hrsg.), Canettis Masse und Macht oder die Aufgabe des gegenwärtigen Denkens, Wien 1988*
- *James Joll, Die Anarchisten, Frankfurt/M., Berlin, Wien, 1971*
- *Stephen Jay Gould, Der falsch vermessene Mensch, Basel - Boston - Stuttgart 1983*
- *Wolfgang J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt/M. 1969*

»Die untertan sind, sind alle arm«

Über Befreiungskampf und Krieg in Kurdistan

von Ronald Ofteringer *Photos R. Maro*



Die untertan sind, sind alle arm,
die Feinde sind immer die Fürsten
Wie gut sie auch sein mögen, sie sind doch eine Plage.
Jede Zeit hat ihre Reihe,
Untergehen werden Gewalt und Zwang,
Die Unterdrückten werden sich erheben
mit aufgeklärter Gewalt.

Feqiye Teyran,
kurdischer Dichter, 16. Jhd.[0]

Tagma Korkmaz, der Kommandant der 6. Panzerbrigarde im Städtchen Tatvan läßt die Bewohner von sieben Dörfern antreten und droht mit der Bombardierung ihrer Häuser: *"Was wir in Lice und Sirnak gemacht haben, können wir jederzeit auch bei euch machen!"* Und er entläßt die Bedrohten, nicht ohne sie vorher als ungläubige Armenier zu beschimpfen.[1] General Korkmaz hatte auch Ishak Tepe, einen kurdischen Lokalpolitiker, öffentlich bedroht. Sein Sohn Ferhat, Reporter der Zeitung Özgür Gündem, wurde am 28. Juli 1993 entführt. Ein anonymer Anrufer im Namen einer "Türkischen Rachebrigade" erinnerte den Vater an obige Begegnung und forderte ein hohes Lösegeld. Deutlich erkannte der Vater Korkmaz' Stimme. Als er dies öffentlich machte, wurde der General beurlaubt. Am 8. August wurde Ferhat Tepe ermordet aufgefunden.[2] Inzwischen ist der General wieder auf seinem Posten.

Im türkischen Kurdistan wird Krieg geführt. Ein Krieg, der im vergangenen Jahr mehr als 2000 Tote gefordert hat. Krieg zwischen der kurdischen Guerilla und dem türkischen Militär, dessen Gewaltakte sich zunehmend und erklärtermaßen gegen die Zivilbevölkerung richten. Mehr als 800 Ortschaften, darunter die Städte Cukurca, Dargecit und Lice, die die Armee mit deutschem Kriegsgerät in Schutt und Asche legte. 1,7 Millionen Vertriebene zählte der Menschenrechtsverein Diyarbakir 1993. Ein schmutziger Krieg niederer Intensität: Dorfbewohner werden ermordet und als Guerilleros präsentiert, Gefangene gefoltert und getötet, Leichname getöteter Guerilleros verstümmelt. 520 Menschen wurden durch eng mit dem staatlichen Sicherheitsapparat verflochtene Todesschwadronen ermordet. Die Zeitung Özgür Gündem liefert die tägliche Bilanz - als einzige in der türkischen Medienlandschaft: In Mardin wurden innerhalb von 2 Tagen 7 Dörfer und 10 Weiler zerstört, 23 Tote in Polizeigewahrsam in drei Monaten, 6 Dorfbewohner hingerichtet, die Stadt Cukurova mit Mörsern beschossen, Dorfbewohner aus Militärhubschrauber gestürzt ...

TOPYEKÜN SAVAS - TOTALER KRIEG

"Es ist nicht möglich, Moskitos einzeln einen nach dem anderen zu erledigen. Man muß das Nest ausräuchern, aus dem sie kommen, es vollständig zerstören."

(Staatspräsident Demirel)

Im Zuge des vom Nationalen Sicherheitsrat am 25.Oktober 1993 erklärten "totalen Krieges" sollen ab Februar 1994 neu geschaffene Spezialeinheiten zum Einsatz kommen, die von britischen und deutschen Anti-Terror-Einheiten ausgebildet wurden.[3] Doch selbst das Militär weiß, das es keine militärische Lösung geben kann, steht doch die PKK-Guerilla trotz intensiver Angriffe gut da. So werden für die "Zeit danach" die Kosten für die kurdische Seite hochgeschraubt, legt die Armee es auf größtmöglichste Zerstörung zur Schaffung späterer Abhängigkeiten an und betreibt die ethnische Säuberung kur-

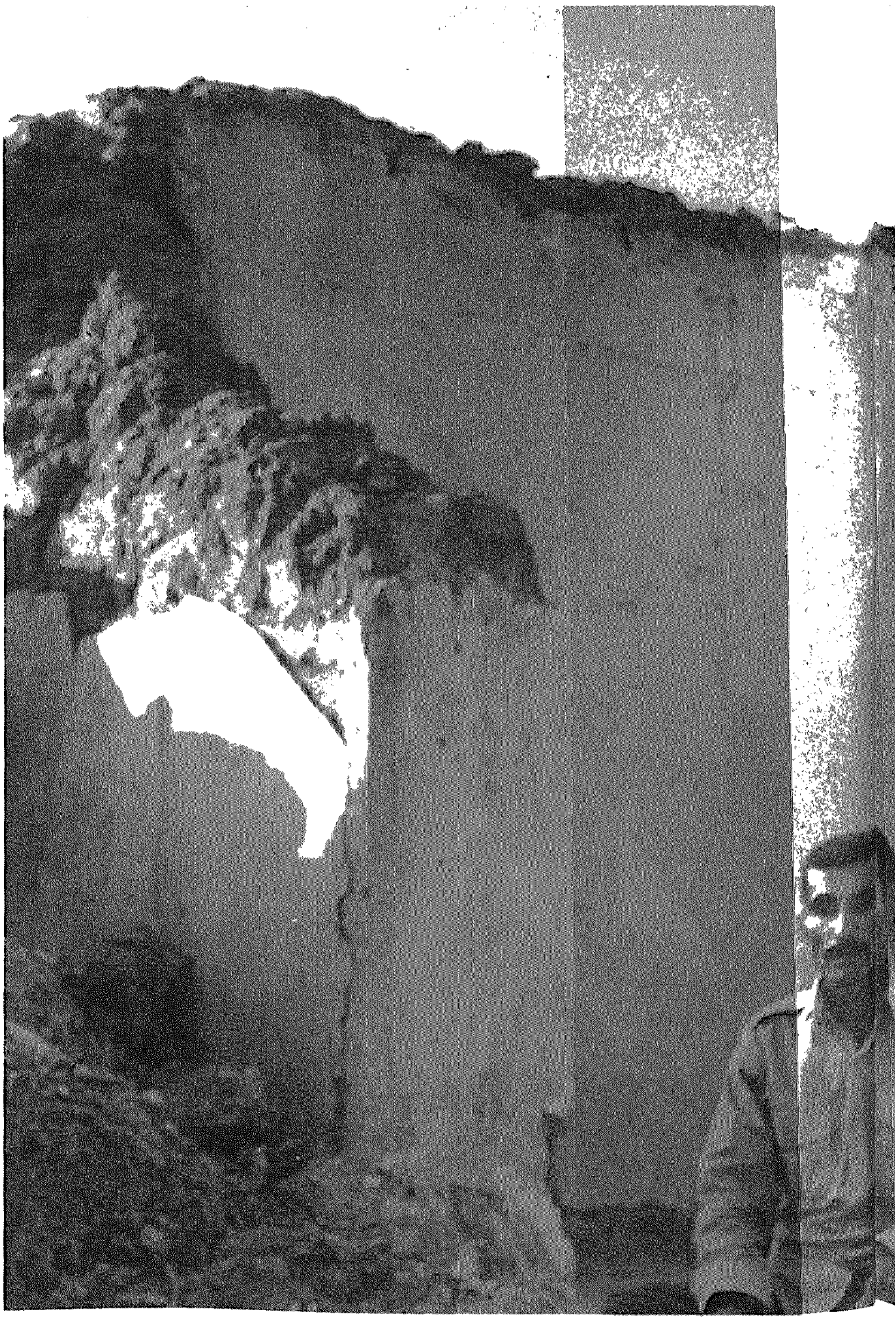
discher Gebiete nicht mehr nur in den Randgebieten, sondern im zentralen Kurdistan.

Unter diesen Bedingungen haben die für Ende März angesetzten Kommunalwahlen entscheidende Bedeutung. Sowohl von der PKK, für die eine ungehinderte Wahl ein Referendum für die kurdische Sache wäre, als auch vom türkischen Regime sind diese Wahlen zur nächsten Kraftprobe erklärt worden. Die Regierung versucht nicht nur mit Gewalt gegen die Kandidaten, einem Verbotsverfahren gegen die kurdische Partei der Demokratie (DEP) und der Aufhebung der Immunität einiger ihrer Parlamentarier in die Wahlen einzugreifen. Sie sorgt auch dafür, daß alle bürgerlichen Parteien sich auf Einheitslisten bzw. Kandidaten einigen. Vielerorts werden auf diese Weise die Kandidaten der türkisch-islamischen Refah (Wohlstands)-Partei zur staatlichen Alternative. Die prokurdische Partei der Demokratie (DEP) ist schon im Vorfeld der Wahlen Opfer massiver staatlicher Repression - im Juli wurde ihr Abgeordneter Mehmet Sincar auf offener Straße erschossen. Gegen sie läuft ein Verbotsverfahren, und die parlamentarische Immunität mehrerer DEP-Abgeordneter wurde aufgehoben. Sie hat die UN und die KSZE angerufen, den Ablauf der Wahlen zu überwachen, während die PKK für den Fall größerer Wahlbehinderungen drohte, diese ganz zu verhindern.[4]

VÖLKERMORD

Den Einsatz von Giftgas, die planmäßige Zerstörung von tausenden von Dörfern und Dutzenden von Städten im irakischen Kurdistan, wird von der UN-Menschenrechtskomission zutreffend als Genozid beschrieben.[5] Die Verfolgung der Kurden ist Hauptanklagepunkt eines Verfahrens gegen Saddam Hussain und andere Verantwortliche des irakischen Regimes, das bei der UN Vorbereitung ist - möglicherweise aber einer Normalisierung der Beziehungen zwischen diesem Regime und den westlichen Staaten zum Opfer fallen wird.

Den Vorwurf des Völkermordes bzw. der Beihilfe dazu will die Bundesanwaltschaft für die maßgeblich von Deutschland unterstützte türkische Kurdenverfolgung nicht gelten lassen. Sie lehnte Ende Dezember die Verfolgung einer Klage gegen die Bundesregierung wegen "Beihilfe zum Völkermord" von medico international, der PDS und der Grünen/Bündnis 90 im Verein mit Anwälten mit knapper Begründung ab. Indes läßt sich schwer leugnen, daß die im Fall des Irak betriebene Politik in der Türkei ihre Fortsetzung findet. Die Bundesrepublikanischen Mittäter haben sich durch die enormen Rüstungslieferungen und Waffengeschenke an die Türkei laut UN auf Platz zwei der Weltrangliste konventioneller Waffenexporteure hochkatapultiert.



EIN PROBLEM DER TÜRKISCHEN GESELLSCHAFT

Der türkische Publizist Haluk Gerger sieht in dem Konflikt in Kurdistan vor allem ein türkisches Problem. Das Ausmaß des Krieges in Kurdistan wird der Öffentlichkeit von den Medien vorenthalten. Auf der anderen Seite feuert die Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im nationalistischen Taumel diesen Krieg noch an, verbreitet Aufrufe zu Rache und Vernichtung. Als liberal geltende Kommentatoren versteigern sich in abenteuerliche Vorschläge vom Einsatz von Giftgas bis zur Bombardierung des Libanon.

Eine erschreckende Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit ist zu beobachten. Nicht nur, wenn an Kurden verübte Grausamkeiten wie das Massaker in Lice im Oktober 1993 bekannt werden, auch wenn die staatliche Gewalt im Westen der Türkei zuschlägt. Es gibt keinen Aufschrei, wenn die Spezialeinheiten des Innenministerium auf der Jagd nach vermeintlichen Angehörigen der radikalen Linken in Istanbul oder Ankara mit gezieltem Todeschuß zuschlagen - in 103 Fällen im vergangenen Jahr. Fußballfans gröhlen bei Länderspielen in Istanbul unter der Nationalfahne "Tod der PKK". Ehemalige Angehörige türkischer Spezialeinheiten können die erlebten und verübten Grausamkeiten nicht verarbeiten und morden weiter - man



spricht bereits von einem Vietnam-Syndrom. Diese Verrohung erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt in Sivas, wo am 2. Juli 1993 Zehntausende zusahen, wie eine kleine Gruppe islamistisch-nationalistischer Militanter das Hotel in Brand steckten, in dem das Pir Sultan Abdal-Kulturfest stattfand. 37 Menschen, darunter bedeutende Intellektuelle wie der Dichter Azmi Bezirci kamen in den Flammen ums Leben.

Wohin führt diese Brutalisierung? Gegen wen, wenn nicht gegen Arbeiter und städtische Arme, so fragt Haluk Gerger, wird sich die eskalierte Gewalt einer Privatarmee richten, wie sie derzeit "zur Vernichtung der Seperatisten in Kurdistan" gefordert wird, wenn dieser blutige Job vorüber ist?

EIN KOLONIALER KRIEG

Gleichgültigkeit ist auch ein Problem der bundesdeutschen Linken. Die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf ist gering. Die Kritik am Nationalismus der Unterdrückten resultiert in ein Schweigen über die Verbrechen des Unterdrückers, des herrschenden, Staat gewordenen Nationalismus. Verbrechen, an denen die bundesdeutsche Bourgeoisie sich nach Kräften beteiligt. Es mag und muß Kritik an der Praxis der PKK geben, wenn sie Unbeteiligte tötet und in der Auseinandersetzung mit anderen Linken von der Waffe gebraucht macht. Gesehen werden muß aber auch, daß die PKK keineswegs eine rein nationalistische Kraft ist, daß sie, wie dieser Artikel zu zeigen versucht, durchaus soziale Forderungen vertritt und zu einer Gegenmacht der vertriebenen Bauern und der städtischen Elendsbevölkerung geworden ist. Gerade die PKK hat in den letzten Jahren Vorschläge für eine Verwirklichung des kurdischen Selbstbestimmungsrechtes auf föderativem Wege gemacht, in einer gemeinsamen politischen Entität mit Türken, mit ausdrücklicher Garantierung der Rechte der Minderheiten. Angesichts der rassistischen Pogrome in Deutschland sollte die Linke auch nicht den türkischen Staat als legitimen Vertreter der Menschen aus der Türkei anerkennen. Der türkische Staat hat sich nie um die Belange seiner Mitbürger im Ausland eingesetzt, sondern sie nur als Devisenquelle betrachtet. Seine Förderung der Arbeitsmigration ist Menschenhandel. Gerade die Vertreter von Migrantenvereinen und Arbeiterorganisationen wurden im Verein mit dem deutschen Staat bespitzelt und verfolgt, ausgeliefert, abgeschoben und in der Türkei inhaftiert. Die Proteste des türkischen Staates gegen die Pogrome in Deutschland entpuppen sich als Kuhhandel, wenn nach erreichten Ziel - dem PKK-Verbot vom vergangenen November - der offizielle Ton schlagartig wieder freundlich wird. Die fortgesetzte Unterstützung dieses türkischen Staates, die billigende Unterstützung der Verbrechen an den Kurden ist für die deutsche Außenpolitik ein Einstieg in größere Abenteuer eine eigenständigen imperialistischen Politik im Nahen und Mittleren Osten, die durchaus auch militärischen Charakter hat.

DISKUSSIONSVERBOT UND ZENSUR

Kritische Intellektuelle wie der oben zitierte Haluk Gerger werden von Gerichten mit drakonischen Geld- und Gefängnisstrafen belegt. Für sein kemalismuskritisches Buch "Der Bankrott des Paradigmas" wurde der Wirtschaftswissenschaftler Fikret Baskaya vom Kassationsgericht jüngst zu 20 Monaten Haft verurteilt. Gegen die linke Presse, vor allem die prokurdische Tageszeitung Özgür Gündem laufen hunderte von Straf- und Verbotsverfahren nach dem Antiterrorgesetz. Acht Journalisten, darunter vier Gündem-Mitarbeiter, wurden allein im letzten Jahr ermordet. Am internationalen Tag der Menschenrechte (10.Dezember) wurden sämtliche Mitarbeiter der Gündem-Redaktion (120 Menschen) verhaftet und in Bussen zum Verhör gebracht. Zwei Journalisten einer privaten Fernsehstation, die einen Totalverweigerer interviewt hatten, wurden wegen "Angriff auf das öffentliche Ansehen der Armee" ins Gefängnis geworfen. Genauso werden Gewerkschaften, Berufsverbände und Menschenrechtsorganisationen unterdrückt, die gegen die Abwälzung der für

1993 auf 8 Mrd Dollar geschätzten Kriegskosten auf die Werktätigen kämpfen und sich für eine Beendigung des Krieges einsetzen.

Die Diskussion über eine friedliche Lösung ist faktisch verboten. Ein Kongreß zur kurdischen Frage, der im Mai unter Beteiligung von Staatspräsident und Regierungschef stattfinden sollte, wurde vom Gouverneur von Ankara verboten. Die Vorsitzenden von Menschrechtsverein, Gewerkschaften und Berufsverbänden, die sich in Diyarbakir zu einer Demokratieplattform zusammengeschlossen haben, wurde verhaftet. Selbst ein Kreis von kurdischen Abgeordneten bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien um den Konservativen Melik Firat, der mit einem Bündel demokratischer Reformen zur Anerkennung der Kurden an die Öffentlichkeit getreten war, wurde bedroht, Firats Haus in Erzurum von den Sicherheitskräften zerstört.[6] Der Staat fürchtet zu recht, daß ein kriegskritisches Potential trotz der nationalistischen Hetze Einfluß gewinnen und die "Heimatfront" zusammenbrechen lassen kann.

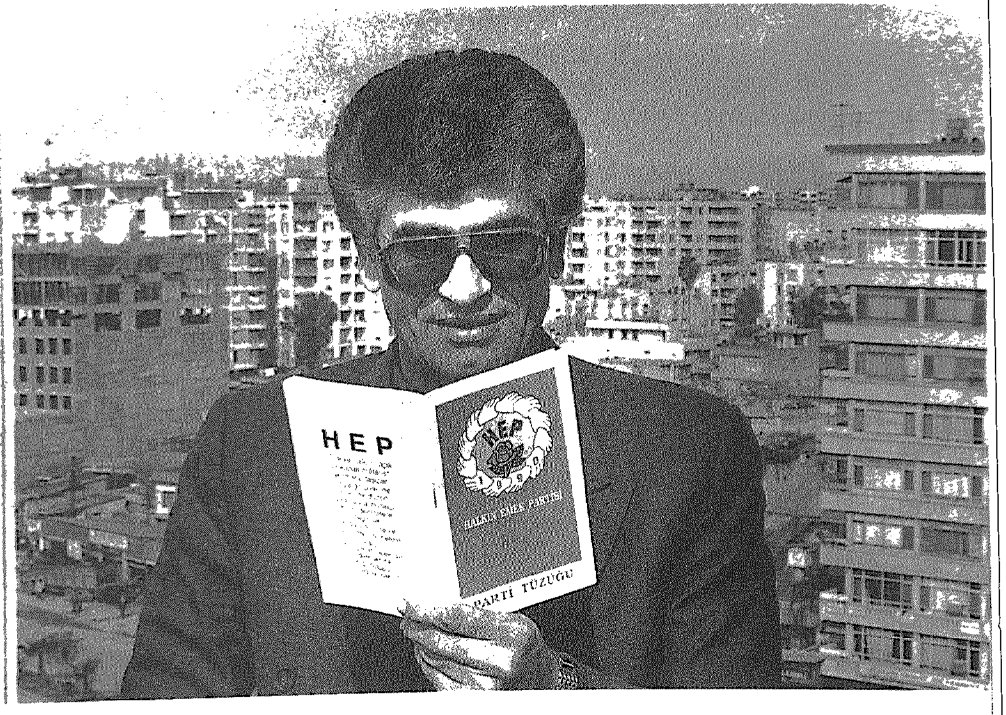
DAS REGIME

Regierung, Parlament und die bürgerlichen Parteien sind dem Nationalen Sicherheitsrat deutlich untergeordnet. mit dessen Einrichtung die Herrschaft der Militär 1982 verfassungsmäßig institutionalisiert wurde. Sein Konzept des Totalen Krieges (Generalstabschef Dogan Güres), der "Vernichtung der PKK-Kader im In- und Ausland" schließt vor der gewaltsamen Beendigung des kurdischen Aufstandes jede Art von Reformen und Zugeständnissen aus. Doch selbst unter der militärischen Führung findet eine Auseinandersetzung um die Art und Weise der Fortführung des Krieges statt. Deutlich wurde dies mit dem Tod von Oberst Cem Ersever Anfang November 1993. Ersever war Chef des von ihm aufgebauten Gendarmerienachrichtendienstes JITEM und an vorderster Front am schmutzigen Krieg in Kurdistan beteiligt: Einschleusen von Spionen in die Guerilla, Folterung und "Umdrehen" gefangener Guerilleros und ihre Rekrutierung für die staatlichen Todesschwadronen. Er hatte sich vor einem Jahr pensionieren lassen, hatte öffentlich das militärische Vorgehen in Kurdistan kritisiert und viele Einzelheiten des schmutzigen Krieges veröffentlicht. Dabei war er selber alles andere als eine Taube, denn er befürwortete einen intensivierten Einsatz von illegalen Methoden des Spezialkriegs, für die seiner Ansicht der existierende legale Rahmen von Ausnahmezustand und Sondergesetzen nicht notwendig war. Seine Einheit, so berichtete die türkische Presse, war praktisch eine Vorwegnahme der immer wieder geforderten Söldnerarmee. Sie hatte sich weitgehend verselbständigt, war in Drogen- und Waffengeschäfte verwickelt.[7] Diese Linie wurde in der militärischen Führung von anderen Offizieren vertreten, die ebenfalls den Tod fanden: der Gendarmeriekommandant Esref Bitlis kam am 22.Feburar 1993 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben. General Bahtiyar Aydin wurde nach offiziellen Angaben mit einem Präzisionsgewehr erschossen, als die türkische Armee die Stadt Lice niedermachte. Sein Tod wurde anfangs der PKK angelastet, was die späteren Ermittlungen jedoch ausschlossen. Selbst Premierministerin Tansu Ciller sprach später von einer "inneren Abrechnung" im Militär.[8] Der ehemalige Chef des türkischen Nachrichtendienstes MIT, Mahir Kaynak, interpretierte den Tod dieser Offiziere als Ausschaltung des "deutschen Flügels" im militärischen Apparat, der eine härtere Gangart bei der Bekämpfung der Guerilla forderte, prokurdischen Reformen gegenüber jedoch nicht abgeneigt war.[9] Anderen Quellen zufolge war Ersever an der Beseitigung von Esref Bitlis beteiligt und wurde deshalb ebenfalls ermordet. Die bürgerlichen Parteien opponieren nicht gegen den Kriegskurs. Der ehemalige Sozialdemokrat Ecevit überbot sogar den Faschistenführer Türkes mit militaristischen Vorschläge. Dennoch bereiten viele Parteifunktionäre hinter vorgehaltener Hand Vorschläge für das ein "Danach" vor, machen sich konkrete Gedanken über einen Waffenstillstand, Demokratisierung und Details eines möglichen föderativen Systems. Im November überraschte der Chef des Verbandes der türkischen Unternehmerverbandes TÜSIAD, Halis Komili, mit einer öffentlichen Stellungnahme zugunsten einer politischen Lösung der Kurdenfrage, worunter er rechtliche und wirtschaftliche Reformen versteht.[10] Unterstützt wurde er von anderen Kapitalistenverbänden wie der Vereinigung der Börsen und Handelskammern (TOBB) und dem Verband junger Unternehmer, aber auch vom sozialdemokratischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Karayalcin. Zurückgepfiffen wurden sie wenig später von Yalim Erez, TOBB-Vorsitzenden und einer der maßgeblichen Unterstützer der sozialdemokratisch-konservativen Koalitionsregierung, der - bei der Fortsetzung der bisherigen Gewaltpolitik - allein höhere Investitionen in den kurdischen Gebieten forderte. Auch Karayalcin schloß gegenüber US-Vizepräsident Al Gore jede politischer Lösung als "Absage an den unitären Staat" aus und versprach eine Weiterführung des Krieges.[11]

ISLAM UND STAATLICHE MACHT

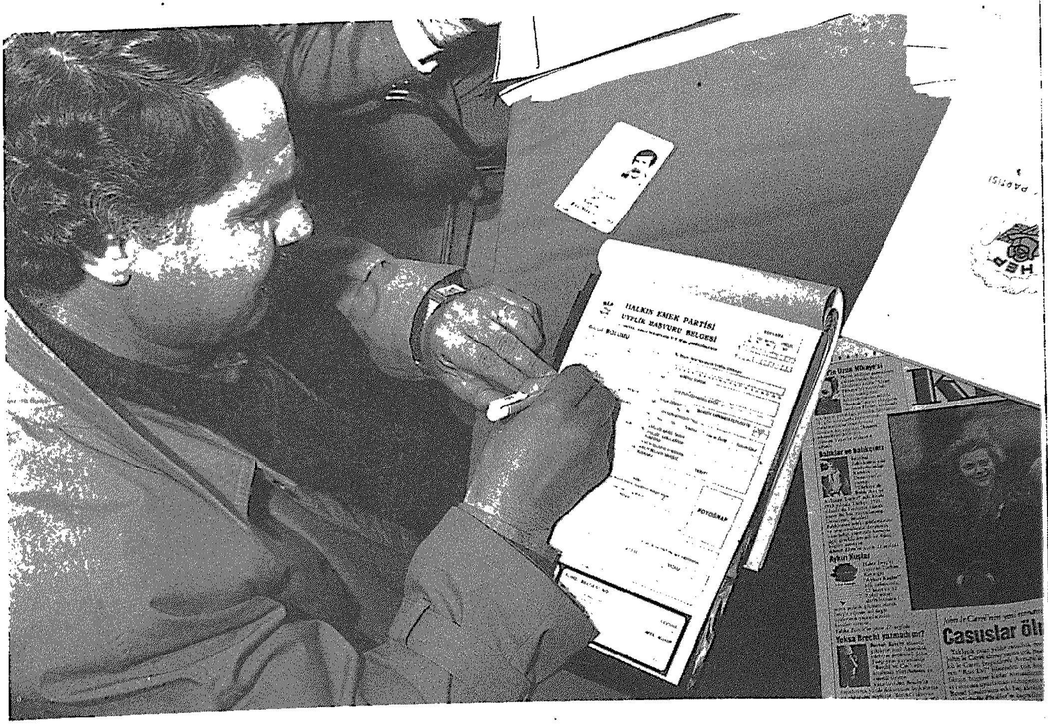
Anhänger eines nationalistisch-quietistischen Islamverständnisses machen heute in Parteien und im Staatsapparat einen beachtlichen Teil der Elite des sekulären kemalistischen Staates aus. Sie verschieben die Koordinanten des repressiven kemalisitschen Sekularismus hin zur Tolerierung einer Machtbeteiligung, die aber den sekulären Bestand des Staates nicht in Frage stellt, die Spielräume nichtislamischer und häretischer Minderheiten aber erheblich einschränkt. Nach dem Militärputsch 1980 hatten die Generäle ein obrigkeitstreues Islamverständnis als "Gegengift zum Kommunismus" zur Integration der Gesellschaft in die herrschende Ideologie integriert. In der Mutterlandspartei (ANAP) des langjährigen Regierungschefs Özal war die "Heilige Allianz" von ex-Faschisten und solchen Islamisten lange der stärkste Flügel. Unter dem Innenminister Aksu stiegen islamistische Kader als Gouverneure und lokale Polizeichefs in der staatlichen Hierarchie auf. Für den Staat blieb das wichtigste die Kontrolle: es gab mehrere Säuberungsaktionen gegen islamistische Gruppen, die sich in der Armee einzunisten versuchten. Das breite Spektrum islamischer Organisationen in der Türkei reicht heute von der extrem militanten Hizbollah, aus denen sich die staatlich gelenkten Todesschwadronen in Kurdistan rekrutieren, über die nationalistisch-islamistische Refah-Partei, die bei den anstehenden Kommunalwahlen im März vie-

lerorts in Kurdistan stellvertretend für alle Status Quo-Parteien in Kurdistan auftreten wird - mit Duldung und Unterstützung der Hizbollah. Reformislamische, staatskritische Islamisten stehen durchaus im Dialog mit der kurdischen Seite und erkennen kurdische Rechte an. Sie sind unter anderen in der Partei des großen Wandels (BDP) vertreten, die die Linie des verstorbenen Staatspräsidenten Özal vertritt. Die Özalisten, ein Bündnis von Konservativen, ex-linken Renegaten, moderaten Islamisten und Neoliberalen, ghen unter den bürgerlichen Politikern am weitesten bei der Anerkennung kurdischer Rechte. Sie setzen dabei auf die Marginalisierung der radikalen Kurdenbewegung, indem sie auf das politische Parkett gezogen wird und gleichzeitig die volle Integration der kurdischen in die türkische Ökonomie mit Großprojekten wie dem südostanatolischen Staudamm- und Bewässerungsprojekt GAP betrieben wird.



KONFESSIONALISIERUNG- UND ETHNISIERUNGSSTRATEGIEN

Am 30 Oktober kam es in der Stadt Erzurum zu einer Großdemonstration. Tausende zogen durch die Straßen mit türkischen Fahnen und reckten ihre Hände mit dem Symbol der grauen Wölfe - vorgestreckter Mittel-, Ringfinger und Daumen, hochgestellter kleiner und Zeigefinger -empor. Nur unter Einsatz eines angesehenen Geistlichen und des zufällig anwesenden stellvertretenden Vorsitzenden der MHP, Yazicioglu, konnten die Massen laut offizieller Darstellung dran gehindert werden, ein Pogrom in einem nahegelegenen kurdischen Viertel zu veranstalten. Die Wirklichkeit sieht eher so aus, daß die faschistische MHP die Zusammenrottung gemeinsam mit dem Provinzgouverneur organisiert hat. Wenige Tage später dankte der türkische Gesundheitsminister bei der Eröffnung der Kenan-Evren-Gesundheitsstation den engagierten Bürgern für ihr nationales Bekenntnis. Die Zeitschrift *Aktüel* berichtete, daß in eben diesem Erzurum die Vorsteher der Stadtviertel aufgefordert wurden, Listen kurdischer Einwohner zu erstellen. Eine alarmierende Nachricht, wenn man bedenkt, daß mit Hilfe ähnlicher Listen ein von MHP-Faschisten angestachelter Mob vor 15 Jahren in der Stadt Maras Hunderte von Angehörigen der alevitisch-kurdischen Minderheit niedermetzelte.



Diese Strategie der Entfesselung ethnischer und konfessioneller Auseinandersetzungen betreibt der türkische Staat heite wieder. Damit soll die Dynamik der kurdisch-nationalistischen Bewegung gestoppt, der kemalistische Konsens wiederhergestellt und die in staatlicher Obhut herangewachsene islamistisch-fundamentalistische Gefahr so heraufbeschworen werden, daß das bestehende Regime als Bollwerk dagegen in den Augen der NATO-Staaten an Bedeutung gewinnt - ein Faktor, den schon Saddam Hussain im iranisch-irakischen Krieg auszunutzen verstand. In Kurdistan ist der Versuch, durch Terror die yezidische und die assyrisch-christliche Minderheit gegen die kurdische Nationalbewegung zu mobilisieren, gescheitert. Das mußte sogar die *Gesellschaft für bedrohte Völker* einsehen. Der Versuch, über eine kurdische Variante des obrigkeitstreuen politischen Islam ein Bollwerk gegen den kurdischen Nationalismus zu errichten, gelang teilweise, doch verlor die Hizbullah aufgrund ihrer offensichtlichen Unterwanderung durch die Kontraguerilla an Reputation und blieb unter den kurdischen Muslimen isoliert.

Im Gegenzug begann der politische Islam die Kurdenfrage für sich zu entdecken und setzt sogar das Establishment des politischen Islam in der Türkei unter Handlungsdruck, das in einigen kurdischen Provinzen bisher ausgesprochene Machtbasen hatte. Das Massaker von Sivas ließ man geschehen, um mit der nationalistisch-islamischen Mobilisierung des sunnitisch-türkischen Mittelanatoliens (wo, wie eben in Sivas, große alevitische Minderheiten leben) ein Bollwerk gegen die kurdische Mobilisierung zu schaffen und ein neues Feld der Auseinandersetzung zur eröffnen, das zwischen Aleviten und fantisch aufgestachelten türkischen Sunniten. Und nicht zuletzt, um islamische Reformkräfte

zu diskreditieren, die weniger die Verbindung zum türkischen Staat als zu seinen kurdischen Gegnern bzw. liberalen Kapitalkreisen suchen. Im Bezug auf die Aleviten mißlang diese Strategie, denn die offensichtliche Verwicklung des Staates, die Untätigkeit von Militär und Polizei, die Schuldzuweisungen an die Opfer, antagonsierte die Aleviten und selbst ihre staatstragenden prokemalistischen Institutionen.

Diese ethnisch-konfessionelle Mobilisierung wird mit großem Aufwand und wohlvorbereitet in den kurdischen Provinzen betrieben, wo sich alevitische und sunnitische, kurdische und türkische, aber auch kurdische und arabische Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen. Konflikte sind dort vielfach sozialen Ursprungs und Jahrhunderte alt: Aleviten wurden im osmanischen Reich als Häretiker verfolgt und von mit dem Reich verbündeten sunnitisch-kurdischen Lokalpotentaten unterdrückt. Im Erzincan-Gebiet z.b. nutzten sunnitische Stammesführer, die Hamidiye-Regimenter für Sultan Abdülhamid aufstellten, ihre Macht zur Besetzung des Landes armenischer und alevitischer Nachbarn. Die letzteren verbündeten sich mit der kemalistischen Republik gegen die sunnitischen Stämme. Die Konflikte erhielten eine Neuauflage in den 70er Jahren: Während die Linken besonders bei den kurdischen Aleviten Zulauf erhielten: die Dörfer von Maras, Malatya und Sivas wahren Hochburgen der Linken, gelang den islamistischen Kräften die Mobilisierung der türkisch-turkmenisch-sunnitischen Bevölkerung. In Erzurum waren bestimmte sunnitische, aber durchaus kurdische Gebiete immer stronghold der faschistischen MHP. Diese Konstellationen, die durch den politischen Klientelismus und die Einsetzung von profaschistischen bzw. islamisch-nationalistischen Gouverneuren aufrecht erhalten wurden, werden jetzt planmäßig aufgeladen.

Auch in der Westtürkei versuchen faschistische Gruppen solche Konflikte anzuheizen. In Orten wie Fethiye ist es schon zu pogromartigen Ausschreitungen gegen die dortige kurdische Minderheit gekommen. Begräbnisse türkischer Soldaten, die in Kurdistan gefallen sind, und Rekruteneinziehungen werden in anti PKK- und antikurdische Rachekundgebungen verwandelt. Doch scheint die Saat der rassisitischen Gewalt bisher nicht aufzugehen, bleiben die Faschisten damit in der Bevölkerung isoliert.

PKK - VOM KLASSENKAMPF ZUM EGALITÄREN NATIONALISMUS

Zu Beginn ihrer politischen Geschichte stellte sich die PKK auf die Seite der Landbevölkerung im Konflikt mit Großgrundbesitzern und organisierte den sozialen Rand, das sogenannte Lumpenproletariat. Im Mittelpunkt ihrer politischen Analyse stand die Auseinandersetzung mit bürgerlich-defätistischen kurdischen Gruppen, die ihrer Ansicht nach eine Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes unmöglich machten.[12]

Nach neun Jahren bewaffnetem Kampf ist die PKK mit Abstand die wichtigste Organisation im türkischen Kurdistan. Auch wenn sie an ihren programmatischen Positionen festhält vertritt sie heute ein anderes gesellschaftliches Spektrum, zu dem auch Händler und Gewerbetreibende und vor allem die modernen Mittelklassen gehören. Vor allem aber hat sich der Charakter des Konflikts geändert. Wenn wir sie sozial einordnen wollen, dürfen wir nicht vergessen: der totale Krieg richtet sich gegen alle gesellschaftlichen Klassen Kurdistans mit Ausnahme der mit dem türkischen Staat kollaborierenden Kräfte. Diese sind indes keine Klasse. Es gibt Landbesitzer und Unternehmer auf beiden Seiten der Barrikade.

Die kurdische Gesellschaft, so stellte Friedman-Anhänger Özal immer wieder fest, ist nicht richtig in den türkischen Kapitalismus integriert. Ihr gesellschaftliches Gefüge hat trotz aller Armut und der nach wie vor ungelösten Landfrage zu viele Nischen, in denen viele Menschen in einer relativen Subsistenz existieren konnten, und deren Profite, wie Özal meinte, nicht investiert, sondern in Spielklubs und Pavillions auf den Kopf gehauen werden.

Um diese Integration zu gewährleisten, hat der Krieg in Kurdistan auch eine soziale Dimension: Dazu gehörte die Erschließung der kurdischen Rückzugsgebiete im Botan-Gebiet, in Siirt und Pervari, in denen die PKK 1984 ihren Guerillakampf begann, mit nackter militärischer Gewalt. Gezielt wurde die dörfliche Ökonomie, auf die sich die Guerilla-Bewegung stützen sollte, zerstört. Ersatz war die Kollaboration durch den Dienst in den Dorfmilizen, die Vertreibung oder die Beteiligung an der Guerilla - die in dieser Hinsicht ein bäuerlicher Widerstand war und ist. Die Vertriebenen erhoben sich in den kurdischen Serhildan (Volksaufständen), die in Silopi 1989 und Cizre 1990 begannen. Längst hat die Vertreibung ein enormes Ausmaß angenommen, sind nicht mehr nur die Bauern betroffen: ganze Städte werden zerstört wie in Sirnak und Lice. Die Golfkrise forcierte die Entwicklung: mit der Verhängung des UN-Embargos war die auf Transport, Dienstleistungen und Handel mit den Nachbarländern basierende Ökonomie des kurdischen Südostens praktisch lahmgelegt. Damit wurde auch das kurdische Kleinbürgertum, Händler und Dienstleistungssektor empfindlich getroffen - die sich radikalisierten und mit den Protestformen der palästinensischen Intifada, den Bazarstreiks, in die kurdische Bewegung einstiegen. Die Bevölkerungszahl der Städte explodierte. Diyarbakir soll von 400.000 auf über eine Million angewachsen sein. Durch die krisenbedingte Verschärfung der sozialen Widersprüche und die in die Städte getragene Gewalttätigkeit der staatlichen Repression schlossen sich die neuen Mittelschichten und die Arbeiter dem kurdischen Kampf an - und wurden ihrerseits zur Zielscheibe der staatsnahen Todesschwadronen. Neun in der Ölarbeitergewerkschaft Petrol-Is organisierte Arbeiter fielen im letzten Jahr solchen

Zu verschiedenen Themen schreiben TeilnehmerInnen und Teilnehmer von zwei Delegationsfahrten nach Nord-West Kurdistan, die vom kurdischen StudentInnenverband in der BRD und verschiedenen ASten 1992 und 1993 organisiert wurden.
Die Artikel setzen sich mit Schwerpunkten wie:
- dem türkischen Studiensystem,
- dem kurdischen Widerstand an den Universitäten,
- den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen,
- der deutschen Medienpolitik,
- der Arbeit der Zeitung ÖZGÜR GÜNDEM,
- der Menschenrechtssituation in Kurdistan,
- dem GAP-Staudammprojekt
aber auch
- der Entwicklung und den Perspektiven des Kampfes der PKK und
- den Perspektiven "Nationaler Befreiungsbewegungen" im Allgemeinen auseinander.

Bestell- und Kontaktadresse ist:
Infoladen Bankrott
Stichwort: Kurdistanbroschüre
c/o Fachschaft Politik
Scharnhorststr. 103
48151 Münster

Bei Bestellungen bitte DM 4,- in Briefmarken beilegen (für jedes weitere Exemplar DM 2,- mehr).

Biji Azadî !

Freiheit für Kurdistan !



Broschüre von Studentinnen und Studenten, die 1992 und 1993 an Delegationsreisen nach Nord-West-Kurdistan teilnahmen

Anschlägen zum Opfer!

Die soziale Umstrukturierung ist der Kern der Konzepte z.B. von Özal, der von einer politischen Lösung immer im Rahmen eines ökonomischen Programms sprach. Aber dafür mußten die alten Strukturen mit Gewalt und unwiderruflich aufgelöst werden. Die Bauern weg vom Boden, der ihnen oft nicht gehörte, der ihnen aber ermöglichte, die eigene Existenz zu sichern, das Sicherungsgefüge traditioneller Solidaritäts- und Großfamilienstrukturen zerschlagen. Durch die ungarantierte Existenz in städtischen Slums, den Zwang zur Weiterwanderung in die Westtürkei, und die dortige Assimilierung.

Für die geplanten agroindustriellen Großplantagen des GAP-Projektes mit seiner Erschließung und Bewässerung umfangreicher Flächen sollen neue Strukturen geschaffen werden, sei es durch die Ansiedlung türkischer Arbeiter in klassisch-kolonialistischer Manier, oder durch das Anwerben der verbliebenen kurdischen Bevölkerung. Das schließt die Öffnung der regionalen Zentren wie Antep, Urfa, Diyarbakir und Batman für den Weltmarkt ein, die Erschließung ihres reichen und von informellen Strukturen geprägten Dienstleistungssektors, die Entwicklung der dortigen Industrie. Vor allem soll die Rückkehr auf die Dörfer nach einem denkbaren politischen Kompromiß durch weitreichende Zerstörung des ländlichen Raumes und die Verminung ganzer Landstriche verhindert werden - wie im irakischen Kurdistan in den 80er Jahren geschehen.

Die PKK als Bauernguerilla kämpft gegen diesen Vertreibungs-und Assimilierungsprozeß, ihr schließen sich Jugendliche aus den Dörfern an. Sie greifen die Entwicklungsmaschine an. Aber auch in den Slums in den Großstädten entstehen, unter dem Druck der rassistischen Ausgrenzung Solidaritätsstrukturen, die besser funktionieren als die Großfamilien und Clans. Basisstrukturen, die um die PKK entstanden sind, sind zu einem wichtigen Mittel der Verteidigung dieser Existenz geworden. "Bauern die wandern, Bauern die kämpfen" sind heute als Kurden in den Großstädten so organisiert, wie sie es in den 70er Jahren in den Strukturen der linken türkischen Organisationen waren.

Die Strategie der PKK

Die Guerilla ist der Faustpfand der kurdischen Bewegung, auch wenn der politischen Führung klar ist, daß der Guerillakrieg gegen diesen Gegner nicht gewonnen, wohl aber zur Zermürbung führen kann. Die Strategie der PKK zielt darauf, den Gegner in den zentralen Gebieten zu schwächen, auf zentrale militärische Einrichtungen zurückzudrängen, seine Kontrolle über diese Gebiete zu reduzieren, ohne befreite Gebiete zu proklamieren, da in diesem Falle massive Vergeltung oder gar Vernichtung droht. Auf der anderen Seite versucht sie, ihr militärisches Operationsgebiet ständig auszudehnen, um nicht in einem Gebiet abgeriegelt werden zu können.

In Reaktion auf Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung hat sie wiederholt damit gedroht, ihre Aktionen auf die Westtürkei auszuweiten, was aber bisher nur in wenigen Fällen geschehen ist. Ihre zentrale Drohung richtet sich gegen den türkischen Tourismus, eine der Hauptdevisenquellen der Türkei.

Auf der politischen Ebene sucht die PKK auf der einen Seite das Bündnis mit der Linken, die allerdings keine große Rolle mehr spielt. So versucht sie mit Gespür für die Widersprüche der türkischen Politik alles, um Verhandlungspartner im bürgerlichen Lager aufzutun. Die wichtige Rolle des Vermittlers spielt dabei die DEP. on Seiten des türkischen Staates wird diese Mission jedoch abgelehnt und die DEP im Gegenteil massiv verfolgt.

Während die PKK mit den anderen kurdischen Organisationen in der Türkei über die Gründung einer gemeinsamen Front verhandelt, sucht der türkische Staat nach einer ausbaufähigen Alternative zur PKK, nach einer kurdischen Inkatha. Die Anführer der vom Staat rekrutierten Dorfmilizen wurden im vergangenen November überraschenderweise von der Regierung empfangen und kurdischsprechend im staatlichen Fernsehen präsentiert. Während diese in der kurdischen Gesellschaft weitgehend diskreditiert sind, könnten kurdische Persönlichkeiten und Gruppen, durchaus versuchen, sich als moderate Alternative zur PKK zu präsentieren, vor allem dann, wenn der türkische Staat mit ein paar Zugeständnissen, seien sie auch noch so kosmetisch, mitspielt. Vor einer solchen Initiative warnte der Sprecher des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in Europa, Kani Yilmaz, jüngst mit deutlichen Worten.[13]

Die türkische Tageszeitung Aydinlik kommentierte nach dem PKK-Verbot in der BRD, daß die deutsche Regierung im Gegenzug mehr Mitspracherecht bei der Kurdenfrage fordern und eine Umsetzung der von der türkischen Regierung seit 1991 versprochenen Reformen verlangen werde. Eine solche Situation kann sich schon bei den bevorstehenden Kommunalwahlen einstellen, in Form eines sanften Drucks auf die Türkei, die Wahlen in einigermaßen vertretbarer Form stattfinden zu lassen. Vor allem heißt das aber, das die europäischen Beobachter jede Behinderung der Wahl durch die kurdische Seite verurteilen werden, falls etwa der Fall eintritt, daß die PKK aufgrund massiver Behinderungen durch den türkischen Staat zum Boykott aufruft oder die Wahlen verhindert. Denn an mehr als einer Marginalisierung der radikalen kurdischen Bewegung haben weder der deutsche noch andere europäische Staaten ein Interesse.

Anmerkungen:

0 Zitiert nach Hemres Reso, Materialien zur kurdischen Literatur
1 Özgur Gündem, 4.11.93
2 Mitteilung von Özgür Gündem, 9.8.93
3 Frankfurter Rundschau, 16.12.93
4 Abdullah Öcalan im Interview mit Özgür Gündem, November 1993
5 UN Special Rapporteurs Report [E/CN. 4/ 1993/45] 19.February 1993
6 Özgur Gündem, 2.1.94
7 Aktüel dergisi, November 1993
8 ebd.
9 Özgür Gündem, 7.1.94
10 Özgür Gündem, 9.11.93
11 Köln Radyosu, 15.1.1993
12 Vgl. Das Programm der PKK und Martin V. Bruinessen, The Kurdistan Workers Party, MERIP Middle East report 173
13 Özgür Gündem, 31.12.1993

Termine & Infos

Die **europaweite Aktionswoche gegen Rassismus** (die UN hat den **21.3.** als Gedenktag gegen den Rassismus ausgerufen, nachdem an diesem Tag im Jahr 1960 siebzig Schwarze in Sharpeville von der südafrikanischen Polizei umgebracht worden waren) beginnt mit einer Demonstration in London am 19.3., weitere Großdemonstrationen finden in den Niederlanden (Den Haag am 26.3.) und in Belgien (Brüssel am 27.3.) statt. In der Bundesrepublik ist bislang lediglich eine Podiumsdiskussion geplant. Sie soll am **23.3.** unter dem Thema **"Krisen, Ängste, Wut – das Ende der friedfertigen Gesellschaft" in Frankfurt** stattfinden.

Anders leben – Anders arbeiten. Seminare der Verdener Umweltwerkstatt zu Selbstverwalteten Betrieben, Kommunen, ökologischer Krise etc. (gegen Unkostenbeteiligung , max. 50.-DM). Die Seminare finden in Projekten statt: z.B. vom 11.-13.3. auf der Domäne in Lutter (Harz), vom 27.-29.5. in der Läufertsmühle (Ba-Würt.) oder vom 10.-12.6. in Asel (Ostfriesland). Kontakt: *Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden*

Heiter bis Wolkig tourt ab dem 2
wieder durch die BRD: am 22.4. in
Live Music Hall in Köln, am 23.4. in
Zeche in Essen, am 25.4. im Hyde Pa
in Osnabrück, am 26.4. im Alhambra
Oldenburg, am 27.4. in der Markthal
in Hamburg, am 29.4. in der Spinnerei i
Ravensburg, am 30.4. im Cafe Exzess i
Frankfurt, am 2.5. oder 4.5. in der Röhre
in Stuttgart, am 11.5. im SO 36 in Berlin,
am 13.5. im ZAKK in Düsseldorf, am 15.5. im Backstage in München, am 16.5. im Jazzhaus in Freiburg und am 17.5. im AZ in Heidelberg. Weitere Termine & Orte kommen wohl noch hinzu. Kontakt:
Heiter bis Wolkig, Dasselstr.75-77, 50674 Köln, Tel. 0221-214091.

Das Bildungswerk für Friedensarbeit organisiert Fahrten unter dem Thema **"Antifaschistischer Widerstand in Prag"**. Termine am 22.5.-29.5. und am 12.6 bis 19.6. Kontakt:
Bildungswerk f. Friedensarbeit, Alfred-Bozi-Str.10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-175569

Vom **1.5. bis 8.5.** findet in **Strasbourg** ein internationales Seminar unter dem Motto "Über Europas Grenzen hinweg" statt. Zu den Themen gehören Eurozentrismus und Nationalismus contra Migration, Integration und Internationalismus. Veranstalter ist die:
World Organisation of Young Esperantists, Nieuwe Binnenweg 176, NL-3015 BJ Rotterdam, Tel. 0031-10-4361044

Aktionstag für eine Bundesrepublik ohne Bundeswehr! Der **15.5.** ist dazu ausersehen. Kontakt:
Bund für Soziale Verteidigung, PF 2110, 32378 Minden, Tel. 0571-29456

Das Libertäre Forum Frankfurt stellt am **28.5.** unter dem Motto: **»Libertäre Politik in Frankfurt«** seine Geschichte sowie seine Ideen und Perspektiven vor. 19.30 Uhr im Dezentral, Kontakt: s.o.

Die **Photoausstellung Thea A. Struchtemeiers "Schuß-Wechsel Türkei"** zur Türkei, Frauenwiderstand und Kurdistan, die im Februar in Bochum zu sehen war, kann für 400.-DM (für 2 Wochen) über Terre des Femmes ausgeliehen werden. Kontakt:
Terre des Femmes, Städtegruppe Bochum, Hustadtring 65, 44801 Bochum, Tel. 0234-705216

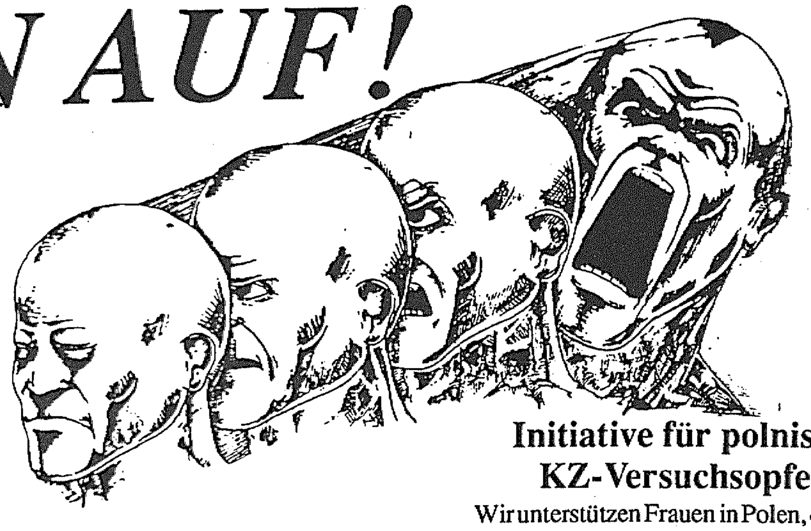
Das Libertäre Forum Frankfurt veranstaltet am **26.3.** im Dezentral einen Vortrag von Bärbel Wolfraum zum Thema **"Kinder und Fremdenhaß aus Sicht der Kinder."**. 19.30 Uhr. Kontakt:
Dezentral, Sandweg 131a, 60316 Frankfurt, Tel. 069-4909203
Im übrigen: Jeden Freitag ab 20 Uhr: Offener Abend



23.4.94: Rock against Racism-Karneval in London. Die Anti-Nazi-League organisiert auch 1994 wieder ein großes Festival. Letztes Jahr spielte es vor 100.000 ZuhörerInnen. Kontakt:
ANL. POB 2566, GB-London N4 2HG, Tel. 0044-71-9240333

AUGEN AUF!

Fascho-Angriffe auf Anarcho-Projekte



Wer sich die Anti-Antifa-Broschüre "EINBLICK" aus der rechtsradikalen Szene näher angeschaut hat, dem/der dürfte aufgefallen sein, daß neben den Antifa-Adressen, die den meisten Raum einnehmen, und einzelnen Personen, die sich aufgrund ihrer konkreten antifaschistischen Tätigkeit den "Haß" der Nazis zugezogen haben, viele Adressen aus dem Anarcho-Spektrum in den Nazi-Listen **(Index oder 19 Mailboxen des Thule-Netzes gehören ebenfalls zu den Verbreitern)** *befinden. Noch ist es – trotz der unverhohlenen Drohungen – bei den meisten Betroffenen ruhig geblieben. Daß dies nicht so bleiben muß, belegen die Überfälle auf Anarcho-Projekte in Tschechien, England und in Australien. Nachfolgende Informationen stammen aus der kanadischen Zeitung* **Kick it over (Nr.32, 1993):**

In Großbritannien wurden zwei Projekte Ziel faschistischer Angriffe. Am 27. März stürmten 5 maskierte und mit Baseballschlägern bewaffnete Männer den Buchladen von **Freedom Press**, kurz nachdem er geöffnet hatte. In einer gut vorbereiteten Aktion (die Telefonleitungen waren zuvor gekappt worden, sodaß niemand einen Alarm auslösen konnte) zerschlugen sie den Buchladen und das darüberliegende Verlagsbüro. Einige Leute wurden geschlagen und ein Besucher unter Bücherregalen begraben. Der Schaden an Büchern, Einrichtung und Computern betrug ca. 5000 engl. Pfund.

Bevor sie sich aus dem Staub machten, sprühten sie in Großbuchstaben "C-18" an die Wände. "Combat-18" nennt sich der paramilitärische Flügel der faschistischen BNP, der British National Party. Diese Gruppe übernahm in der Vergangenheit die Verantwortung für mehrere Brandanschläge und Überfälle auf anti-rassistische Demonstranten, auf Schwarze, Juden und "Linke".

In der Nacht des 3.Juni wurde der Freedom-Buchladen, den u.a. Kropotkin vor über 100 Jahren mitbegründet hat, angezündet. Der erste Stock, in dem die Druckerei von Freedom Press und Aldgate Press untergebracht waren, wurde völlig zerstört. Im Buchladen selbst entstand lediglich Rauchschaden.

In Brixton wurde das **"Centre 121"**, ein anarchistisches Stadtteilzentrum mit Buchladen, Ziel zweier versuchter Brandanschläge. Am 12.April wurde ein Mann mit einem Benzinkanister und einem Bündel zusammengerolltem Papier auf der Rückseite des Gebäudes entdeckt und von Anwohnern verjagt. Im Anschluß an eine anti-rassistische Demonstration schüttete im Mai jemand Paraffinöl in die Briefkastenschlitze des Zentrums und zündete es an. Es bewirkte jedoch nur geringfügigen Schaden. Anfang dieses Jahres wurde in das Zentrum eingebrochen. Dabei wurden Ladenunterlagen und Kontaktlisten geklaut.

Im Verlauf des Sommers legten australische Neo-Nazis Feuer beim **Black Rose Anarchist-Buchladen** in Sydney und besprühten den kommunistischen Buchladen Pathfinder mit Hakenkreuzen und Drohungen.

Der Angriff auf Black Rose geschah in den Morgenstunden des 5.August, als jemand Benzin in den Briefkasten des Buchladens füllte und dieses in Brand setzte. Das Feuer konnte gelöscht werden, hinterließ jedoch einen Schaden von ca. 10.000 austral. Pfund. Es gab kein Bekennerschreiben, es werden aber Nazis vermutet, die vor zwei Jahren aus dem Viertel vertrieben worden waren und jetzt dort wieder Fuß zu fassen versuchen.

A-Kontra ist ein tschechisches Anarcho-Magazin, das seit drei Jahren erscheint. Die Zeitung wurde in einem besetzten Haus in Prag hergestellt. Ende 1992 wurde das Haus von Polizei und Skinheads angegriffen, trotzdem konnte es gehalten werden und die Zeitschrift erschien weiter.

1993 wurde in das Haus eingebrochen und verschiedenste Arbeitsmaterialien entwendet.

Unterstützungsbeiträge für den Weiterbetrieb bzw. die Wiederanschaffung von Geräten etc. können an alle Projekte direkt erfolgen:

A-Kontra, POB 552, 170 00 Praha-7, Tschechien

Black Rose Books, 583a King Street, Newtown 2042, Sydney, Australien

121 Centre, 121 Railton Road, Brixton SE 24, Großbritannien

Freedom Press, Angel Alley, 84b Whitechapel High Street, London E1 7 QX, Großbritannien.

Initiative für polnische KZ-Versuchsopfer:

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück (vgl. SF-47) waren. An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des DRK, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet – die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißbraucht. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun, nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens, fallen diese Leistungen weg. Hinzukommt, daß die Frauen aufgrund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und – das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte – es sind oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten. Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel. **Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und Lebensmittelpakete.** Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen die diese Hilfe benötigen!

Spendenkonto: Ini f. polnische KZ Versuchsopfer (gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück), Stichwort: Frauen in Warschau, Ktonr. 43 00 87 70, Sparkasse Fürstenberg, BLZ 16 05 19 52

FUNDACION ANSELMO LORENZO (CNT)

Tagungsberichte & Infos

Ende September bis Mitte Oktober fand in **Barcelona** eine internationale Veranstaltung zum Thema "Anarchismus" statt. Organisiert wurden die Tage von der katalanischen CNT, dem CIRA-Institut in Lausanne und dem Centro Studi Libertari aus Mailand.

Das Spektrum der »**Esposicio**« war sehr vielfältig. So gab es einen Rückblick auf den Anarchismus anhand von Archivmaterial aus aller Welt, Filme, Konzerte und Lesungen. Dazu Pressekonferenzen (z.B. zur Situation in Ex-Jugoslawien), Vorträge und Podiumsdiskussionen. Bei den Vorträgen war der Saal – eine ehemalige Lokomotivhalle, die von den BewohnerInnen des Stadtteils Sants als Bürgerzentrum erkämpft worden ist – meistens überfüllt. An Themen wurden behandelt: "Der Anarchismus vor der Krise der Ideologien", "Individuum, Stadt und Gesellschaft", Die Demokratie überwinden", "Nord-Süd: die Verdammten dieser Erde"und "Feminismus & Postfeminismus".

"Prominente RednerInnen" sah die *Exposicio* mit Silvia Ribeiro (Comunidad, Uruquay), Agustín Garcia Calvos (Libertärer & Redakteur bei *El Pais*), Albert Meltzer (*Black Flag*), Rudolf de Jong (*De As*), Ljubo Milicevic (ex-Jugoslawien), Pepina Carpena (Mujeres Libres), Pepe Jiminez (IAA) oder Luce Fabre (Montevideo).

Die inhaltlichen Beiträge werden auf spanisch veröffentlicht, leider liegt uns noch nichts Formuliertes vor; sobald schriftliches Material eintrifft, wird sich die Redaktion des SF um Teilübersetzungen kümmern. Die gesamte Veranstaltung wurde verfilmt, daraus soll ein 90 min. Video zusammengeschnitten werden.

ATENEU ENCICLOPEDIC POPULAR

FAU-IAA: Im Oktober 1993 haben sich einige anarchistische und anarchosyndikalistische Gruppen aus dem Großraum Stuttgart zur **Aktion Wahlboykott '94** zusammengeschlossen. *»Unser Ziel ist, gemeinsam den aktiven Wahlboykott bei unseren Mitmenschen bekannt zu machen, und zu zeigen, was Parlamentarismus und Wahlen sind: Betrug und Bevormundung. Gegen die Stellvertreterpolitik werden wir unsere Alternativen von Selbstorganisation, Solidarität und Selbstverwaltung setzen.«*

Es werden Flugblätter zu diversen gesellschaftlichen Themen vorbereitet; darüber hinaus soll es eine Infobroschüre geben, die an historischen Beispielen verdeutlicht, daß und wie eine Gesellschaft auch ohne Herrschaft gleichberechtigt funktionieren kann. Kontakt:

FAU-IAA, c/o ZFB, Keplerstr.17, 70174 Stuttgart

ATENEU LLIBERTARI "POBLE SEC"

Der **A-Kurier,** anarchistisches Infoblatt, aus Berlin, hat eine *neue* Redaktion und ein erweitertes Redaktionskonzept. Aufgrund "alter Erfahrungen", findet sich u.a. folgende Aufforderung an die zukünftigen MitarbeiterInnen: *"Wir bitten darum, solche Berichte sachlich zu halten und persönliche Beleidigungen und Erniedrigungen sowie politische Denunziationen zu unterlassen. Diese Texte sollen keine Unwahrheiten enthalten, im Zweifelsfall sollten Tatsachenbehauptungen belegt werden."*

Eine ausführlichere Selbstdarstellung kann angefordert werden. Die Zeitung erscheint in Zukunft monatlich, 10 Ausgaben kosten 35.-DM. Kontakt: *El Locco, Kreuzbergerstr.43, 10965 Berlin.*

FUNDACIO D'ESTUDIS LLIBERTARIS I ANARCOSINDICALISTES (CNT Catalunya)

Projekt A-Bundestreffen

Vom 17.-21.11.93 trafen sich über 30 Leute nahe der polnischen Grenze bei Letschien. Schon vorneweg: dieses Treffen war anders als viele vorherige. In der Vorstellungsrunde wurde die Vielfalt des *Projekt A* sichtbar. Aus Oberfranken wurde von einer Kommunegründung berichtet, in Göttingen planen angehende BauwäglerInnen ein gemeinsames Projekt mit Café, aus der Kommune Feuerland waren Frauen wegen des Austauschs mit anderen Anarchafeministinnen gekommen, aus Berlin wurde die Weiterarbeit an einem städtischen Großprojekt gemeldet, in Bochum ist ein Projekt in der Diskussion, in Dortmund wird ein ökonomisches Projekt verwirk-

licht usw. Als "Gäste" waren VertreterInnen von der Domäne aus Lutter, einem besetzten Haus in Berlin, vom Fabrikprojekt in Oldenburg, vom A-Laden Berlin und Mitglieder von ABC anwesend.

Erstmals waren mehr Frauen/Lesben als Männer vertreten; es wurden getrennte Schlafräume eingeführt, es gab Männer- und Frauen/Lesbengruppen und ein Frauenfrühstück, auch die "Freizeit" wurde getrennt gestaltet, so daß ein ungewohntes Klima entstand. Die Stimmung war zudem von persönlichen Konflikten beeinträchtigt: Das Kreisen um die "eigene Befindlichkeit" war für die einen "fehl am Platz" ("wenn hier jede/r seinen/ihren Rucksack entleeren würde..."), für die anderen zu lange schon ausgeklammert ("das Private ist politisch"); wieder anderen war letzteres zuviel oder unwichtig.

Themen von AGs waren: "Was ist Projekt A?", "Zeitungsgruppe Aha", Männergruppe, Frauengruppe, Anarcha-feministinnen, Lutterspektakel, Antipsychiatrie (eine Frau vom Weglaufhaus in Berlin berichtete).

Das Abschlußplenum stellte den Wunsch nach einem Lutterspektakel fest, es fanden sich allerdings keine MacherInnen. Das "Aha" bekommt eine neue Struktur (Redaktion rotiert), die Ortsgruppen sammeln Beiträge, kommentiert wird nicht, reagiert werden können soll erst in der Folgenummer.

Für manche war es eher ein Selbsterfahrungstreffen, für andere war die Wichtigkeit der Frauenräume eine Erfahrung, die Kraft gab... Mein Eindruck ist, daß die individuelle "Befindlichkeit" ins Politische drängt. Das Sprachverhalten verändert sich in A-Zusammenhängen, Ansprüche an die Eigenverantwortung – was z.B. heißt, daß mensch nur für sich selbst redet und anderen Raum läßt – zeigen Resultate. Die Wahrnehmung eineR/S jeden enthierarchisiert unsere Zusammenhänge und macht die Vielfalt an Bedürfnissen, Betroffenheiten und inhaltlichen Vorstellungen deutlich.

Im *Projekt A* soll es in Zukunft um folgende Diskussionsstränge gehen: die Bedeutung von Bundestreffen (Austausch, Koordinierung oder Arbeitstreffen?), welche Rolle spielt der/die Einzelne?, was heißt kollektive Verantwortung?, in welchem Verhältnis steht das *Projekt A* zu anderen anarchistischen Gruppierungen?, wie wird mit Kritik umgegangen, wie wird sie transparent gemacht?

Zum Schluß noch eine Beobachtung am Rande: Die BewohnerInnen in der Umgebung von Letschin waren aufgeschlossen und hilfsbreit. Auf der Rückfahrt fielen uns viele gesprühte A's, Polit- und Punkparolen auf. Alle Faschoparolen waren durchgestrichen oder übermalt! Schluß also mit dem dumpfen Vorurteil gegenüber dem braunen Osten.

Hägar

CENTRE INTERNATIONAL DE RECHERCHES SUR L'ANARCHISME (Lausanne)

A-HistorikerInnen-Treffen

Am 6.11.93 fand in Wuppertal ein Treffen von 15 Menschen statt, die an verschiedenen Themen libertärer Geschichte arbeiten. Sinn dieses Treffens ist die gegenseitige Information und Unterstützung bei der Arbeit in Archiven, bei Veröffentlichungsmöglichkeiten etc. Der Kreis gibt einen Rundbrief heraus, der u.a. auch Ausschnitte aus den Arbeiten, Forschungsberichte und andere interessante Hinweise enthält. Auf dem nächsten Treffen, das vom **28.-30.10.94 in Hamburg** (Tagungshaus: Lauenburg/Elbe) stattfinden wird, wollen einige der Beteiligten Kurzreferate zu ihren Themen (z.B.: Johannes Wilkens – deutscher Anarchist in Argentinien; Karl Plättner – ein linkskommunistischer Bandit; Anarchosyndikalismus in Sömmerda, Bremen und Dortmund; deutsche Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg und im Exil; die Zeitschrift "Befreiung" etc.) vorstellen. Wer sich einbringen möchte bzw. sich anmelden will, wende sich an:

Dieter Nelles, Ottenbrucherstr.54, 42105 Wuppertal

Wer den Rundbrief (20.-DM) beziehen möchte, wende sich an:

Andreas Müller, Hörder Neumarkt 12, 44263 Dortmund oder
Klaus Weberskirch, Spichernstr.4, 45663 Recklinghausen.

Centre
International de
Recherches sur
l'Anarchisme

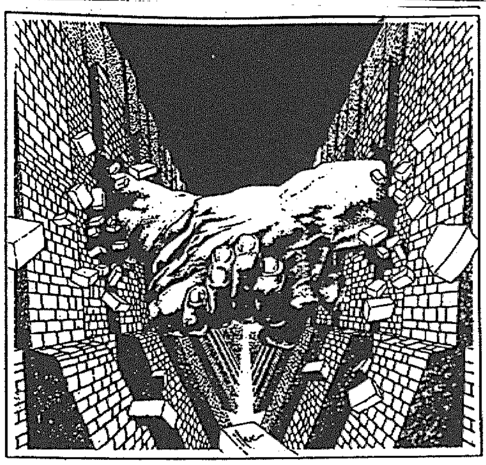
CENTRE INTERNATIONAL DE RECHERCHES SUR L'ANARCHISME (Marseille)

Treffen des anarchistischen antisexistischen Netzwerks (AAN)

Über 20 Leute aus 8 Städten trafen sich vom 3. bis 5.12. in Göttingen. Als Themen waren über einen Rundbrief Vorbereitungsmaterialien zu den Themen "TäterInnen/Opfer-Problematik" und "Sprache/Diskussionsstrukturen" vorgegeben. Beide AGs trafen sich zuerst in getrennt-geschlechtlichen Gruppen und tauschten ihre Ergebnisse anschließend aus. Wer sich beteiligen möchte, bzw. genauere Infos haben will, wende sich an:

AAN, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen.

Hägar



ABC (Anarchist Black Cross)-Bundestreffen – der Anfang einer großen Liebe

Vom 15.-18.10.93 trafen sich über 20 Leute aus 13 Städten in Köln. Durch den Nazibrandanschlag auf die Zeitung *"von unge"* waren unsere Tagungsräume mitabgefackelt worden und die Leute von der Knastwerkstatt waren recht gestreßt. *(Es werden noch dringend Spenden gesucht: wer hat, überweise an:*

Postgiro Köln, Kennwort: von unge, Ktonr. 33 52 19-502, BLZ 370 100 50.)

Am Freitagabend wurde recht heftig über den (meist nicht vorhandenen) Klassenbegriff gestritten. Am Samstag wurde konstruktiv an einer gemeinsamen Plattform für ABC diskutiert. "Repression" wird z.B. nicht auf den Staat reduziert, es werden unsere Lebenszusammenhänge miteinbezogen: es geht also nicht nur um Widerstand (in Schule, Betrieb, Uni, Knast, Psychiatrie, beim Abschiebe-Lager etc.) sondern auch um gesellschaftliche Menschenbilder (Frauenrolle, Schwarze, Kinder, "Behinderte" etc.). Für die meisten steht die Solidaritätsarbeit im Vordergrund, was aber nicht als Abgrenzung verstanden werden soll. Jede ans ABC assoziierte Gruppe hat volle Autonomie, Grundlage der Organisierung ist die Plattform, die auf einem weiteren Treffen im Juni vollends erarbeitet werden soll.

ABC steht am Anfang, es sieht sich als Bündnis verschiedenster anarchistischer Gruppen und erhofft sich die Assoziation weiterer Gruppen und eine gemeinsame Diskussion. Interessenten und SpenderInnen wenden sich um nähere Infos an:

Birgit Lohmann, Kronprinzenstr.113, 40217 Düsseldorf

Hägar

Die Unregierbaren – Autonome Liste

Wir wollen für die Europawahl 94 als die Partei: die Unregierbaren – Autonome Liste zugelassen werden. Dafür brauchen wir bundesweit 4000 Unterstützungsunterschriften bis Ende MÄRZ. Dann erst können wir mit eigenen Wahlspots in Fernsehen und Radio, mit Plakaten und legalen Lautsprecherwagen den Herrschenden mit radikalen linken Themen und Aktionen in die Suppe spucken.

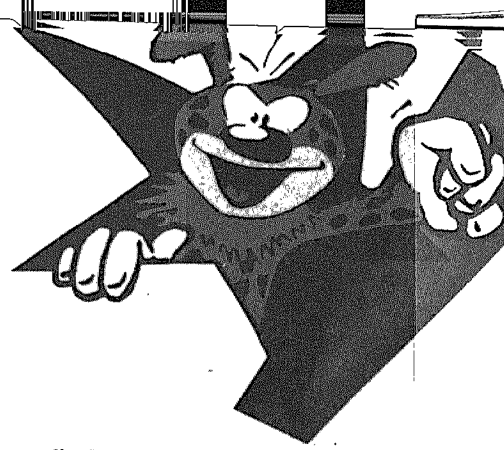
Wir sind jetzt nicht dem Parlamentarismus verfallen, sondern wir wollen die Möglichkeiten des Wahlkampfs für unsere politischen Inhalte nutzen. Was am Wahltag selber passiert, ist uns schnuppe. Wer am Wahlsonntag sich ins Wahllokal schleppt, wird sein/ihr Kreuz schon an die richtige Stelle machen. Für den Fall, daß das Wunder geschehen sollte und über 150.000 WählerInnen uns die Stimme geben (was natürlich unrealistisch ist) und Wahlkampfkosten ausgezahlt werden, fährt der Bundesvorstand der Partei nicht in Ferien, sondern wir legen auf dem nächsten bundesweiten Treffen die politischen Projekte fest, die dann die Kohle kriegen sollen.

Wir wollen autonomen und antifaschistischen Basisprojekten die Möglichkeit geben, die Infrastruktur der Herrschenden zu nutzen, wir rufen Autonome Frauengruppen, Flüchtlingsgruppen und ANTIFA-Gruppen auf, sich an der Produktion der Wahlspots zu beteiligen, eigene Plakate herzustellen und in ihrer Stadt mit Hilfe von Lautsprecherwagen und Veranstaltungen offensive Öffentlichkeitsarbeit gegen den widerwärtigen BRD-Normalzustand zu machen.

Unsere Parole ist und bleibt: **Wahlen ändern nichts.** Das soll auch ein Schwerpunkt unserer Wahlagitation sein. Unser Verständnis von Demokratie hat sehr wenig mit dem gebetsmühlenartig runter geleierten Demokratieverständnis etablierter Parteien zu tun, wir halten mehr von der Selbstorganisation der Betroffenen, von BürgerInneninitiativen, Stadtteilkomitees und direkten Aktionen. Wir treten als Liste für die Wahl auf, weil es eine Möglichkeit ist, von überraschender Seite in das Wahlspektakel der Herrschenden einzugreifen, ihnen legal auf der Nase rumzutanzen und ganz materiell in einer Zeit der vielen Naziveranstaltungen schnell antifaschistische Mobilisierungen mit Hilfe von genehmigten Lautsprecherwagen zu organisieren.

Was bedeutet eine Unterschrift?

Mit der Unterschrift unterstützt ihr lediglich unser Anliegen, zugelassen zu werden für



die Wahl. Weder müßt ihr uns wählen, noch kriegt ihr ne Waschmaschine .... Die Unterschriften werden an privater Stelle bis zur Einreichung der 4000 gelagert. (Wenn wir sie nicht erreichen, machen wir ein großes Feuer-chen) Dann werden sie zu den entsprechenden Wahlämtern gebracht, die die Wahlbescheinigung ausstellen und schließlich bis Anfang April 94 zum Bundeswahlleiter..

Wenn ihr wüßtet, (was wir wissen), wer da schon alles unterschrieben hat: Leute zwischen 18 und 76, aus ganz verschiedenen politischen Zusammenhängen, FreundInnen, verwandte, NachbarInnen und der Pastor... also politisch äußerst bunt gemischt. Gemeinsam ist allen, daß sie es gut finden würden, wenn wir linke Inhalte möglichst unzensiert verbreiten könnten.

Wer und was sind die Unregierbaren?

Entstanden ist die Idee in autonomen Zusammenhängen in Wuppertal. Laut Parteiengesetz sind die Unregierbaren eine Partei mit Vorsitzenden, Kassenwart etc. ansonsten sind wir der außerparlamentarischen Bewegung verpflichtet. Die Idee mal anders an den Wahlen teilzunehmen ist nicht von uns. Schon 1984 gab es mit der Liste UNGÜLTIG einen Versuch am Parlamentarismus teilzuhaben. Der wurde aber staatlicherseits abgebügelt. In Wuppertal gab es zur Stadtratswahl 1989 die Liste für ein Autonomes Zentrum, die mit Lautsprecherwagen Propaganda machte und deren Plaklate neben den ewig grinsenden Nasen hingen. Tenor der verschiedenen Plakate: *»Wahlen ändern nichts – organisiert euch selbst!«* Die Liste kam z.B. im Bezirk Ölberg West auf 3,8%...

Kontakt: Infoladen, Brunnenstr.41, 42105 Wuppertal, 0202-311790

Nachtrag: Als Unterschriftsblätter werden nur die Originale anerkannt (also keine Kopien einreichen). Aufgrund des Zeitlimits wäre es sinnvoll, die Unterschriften auf dem eigenen Bürgermeisteramt selbst abstempeln zu lassen und bis zum 1.4. nach Wuppertal zu senden.

GANDHI-NET

Vor kurzem wurde das Computer-Netzwerk GANDHI-NET gegründet. Der Schwerpunkt dieses Computernetzes ist es, weltweit Informationen über Menschenrechte, Antifaschismus, Antirassismus, Menschenrechtsverstöße, Humanismus, politische und umweltpolitische Probleme zu verbreiten, sowie Diskussionen über wissenschaftliche, politische und ganzheitliche Lösungen dieser Probleme zu führen. Aber auch aus Bereichen deren Themenkreis noch offen ist, soll berichtet werden.

Mit einem Modem ausgerüstet (ab 150 DM aufwärts) kann man sich von jedem Computer aus über das öffentliche Telefonnetz in eine Mailbox des Gandhi-Netzes einwählen und dort Informationen aus den verschiedenen Foren (Menschen-rechte, Antifaschismus, etc.) abrufen, aber auch Infos für Jedermann eingeben. Mit Hilfe von speziellen Pointprogrammen kann man schon mit minimaler EDV-Er-fahrung an so einem Netzwerk teilnehmen. Nähere Infos gibt es bei unten angegebener Adresse.

Am Gandhi-Net sind auch schon Schweden, Österreich und Belgien angeschlossen. Die Teilnahme von den USA und der Schweiz steht bevor.

Die politische Rechte hat sich bereits in mehreren Netzen organisiert (Thule-Net etc.) und die AntiFa Bewegung ist nach wie vor in lauter kleine Netze zersplittert, ohne besonders wirkungsvoll agieren zu können.

Für organisierte AntiFa Gruppen und ähnliche Organisationen, die sich für die Erhaltung der Menschenrechte einsetzen und gegen Faschismus und Rassismus kämpfen, werden spezielle Conferences (Echos) eingerichtet, damit - auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit - Aktionen, Demonstrationen und Ähnliches von verschiedenen AntiFa Gruppierungen untereinander koordiniert und besprochen werden können. Neuigkeiten und Notrufe können innerhalb kürzester Zeit einem grossen Kreis zugänglich gemacht werden und Aktionen aller Art (gewaltfrei ! und rechtsstaatlich) geplant und bekanntgemacht werden.

Informationen können per Fax und Mailbox (07032-35225) oder per Telefon (07032-34959) oder in der Ghandi-Mailbox direkt (06322-5069) erfragt werden. Schriftlich: RH e.V., c/o Infoladen, Kornstr.28/30, 30167 Hannover

»Utopiediskussion«



Seit zweieinhalb Jahren gibt es innerhalb der Gewaltfreien Aktion Hamburg einen Utopiegesprächskreis. In unseren Gesprächen und Diskussionspapieren versuchen wir, Alternativen zu der bestehenden Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Dabei setzen wir uns mit einem großen Spektrum von Themen auseinander: Ökonomie, Ökologie, Staat, Bildungs- und Gesundheitswesen, Kinder, Konfliktlösungen, Situation von Minderheiten, Kultur, Medien, globale Strukturen...

Viele Menschen halten die Beschäftigung mit Utopien für überflüssig und sogar versponnen, weil – was wir zugeben – eine Chance zur Verwirklichung unserer Ideen auf Jahre und Jahrzehnte nicht abzusehen sei. Es gäbe (im privaten wie im politischn Bereich) genug aktuelle drängende Probleme, als daß wir unsere Energie für solche Phantastereien verschwenden sollten.

Warum überhaupt Utopien?

Wir haben verschiedenen Gründe, uns mit diesen "Phantasterien" zu beschäftigen:

Erstens macht es uns Spaß, kreativ nachzudenken. Unser Utopiegesprächskreis lebt von der Spannung, daß wir einerseits neue Ideen mit unseren Erfahrungen in der Politik, aber mehr noch aus dem privaten und beruflichen Bereich konfrontieren und überprüfen. Respektlos befragen wir unsere utopischen Ideen, nicht selten bis zu dem Punkt, an dem wir keine Antworten mehr parat haben und eine Ratlosigkeit entsteht, die wir aushalten müssen.

Zweitens wollen wir wissen, ob und wieweit eine Alternative zu Staat und Kapitalismus möglich ist. Ob etwas möglich ist, läßt sich herausbekommen, indem man/frau es ausprobiert. Das ist in diesem Falle durch die bestehenden Machtverhältnisse weitgehend verhindert und in den Ländern des *Realen Sozialismus* haben wir diese Alternative nie gesehen. Von daher ist unser eigenes Nachdenken gefordert, indem wir Alternativen gedanklich entwerfen und sie einer kritischen Untersuchung auf ihre Widersprüche und Probleme unterziehen.

Drittens sind wir so anmaßend zu glauben, mit unserer Utopiearbeit einen, wenn auch nur kleinen Beitrag, eine Vorarbeit dafür zu leisten, unsere Gesellschaft in Richtung auf unsere Utopie zu verändern. Dem Widerstand gegen das Unrecht fehlt Kraft und Überzeugug für ein längerfristiges Engagement, wenn er keine überzeugenden Ideen und Konzepte für eine bessere Gesellschaft hat. Politik ohne Utopie bedeutet, sich einzurichten in den Verhältnissen von Staat und Kapitalismus.

Viertens sind wir mit den Utopien und Alternativen der (radikalen) Linken und zwar sowohl aus anarchistischer als auch sozialistischer Tradition unzufrieden. In diesen Utopien wird häufig eine bestimmte Lebensweise als ideal vorausgesetzt. Uns intersssiert eine Utopie, die einer Vielfalt von Lebensbedürfnissen Raum gibt, und auch die Konflikte berücksichtigt, die daraus entstehen.

Freiheit und Freiheitsgrenzen

Ausgangspunkt unseres Utopiegesprächs ist der Begriff der Freiheit. Damit meinen wir das selbstverantwortliche Individuum, das sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestaltet und dem nicht vorgeschrieben ist, was das Ziel, der Sinn und das Glück seines Lebens ist.

Nun stehen Utopie und Freiheit aber in einem Gegensatz. Wenn wir die Utopie einer besseren Gesellschaft ausmalen, dann schreiben wir den Menschen zugleich vor, wie sie zu sein haben und wie sie leben sollen. Die Konsequenz daraus ist, daß wir unsere Utopie so offen wie möglich entwerfen.

Unsere Utopie beschreibt keinen idealen Endzustand. In unserer Utopie ist vieles möglich, was wir persönlich zwar ablehnen, unseren Mitmenschen aber nicht verbieten wollen. Die Auseinandersetzungen um Ökonomie, Ökologie, Kultur, Politik, Erziehung, zwischen Frauen und Männern, zwischen arm und reich, zwischen verschiedenen Kulturen usw. sind in unserer Uopie nicht beendet.

Manche Anarchisten haben aus dem Gegensatz von Utopie und Freiheit die Konsequenz gezogen, ganz auf Utopien zu verzichten und allein die Forderung nach Freiheit zu erheben. Und manche/r LeserIn mag sich auch schon gefragt haben, was denn von unserer Utopie übrig bleibt, wenn wir so vieles offen lassen.

Nun die Forderung nach Freiheit ist der Ausgangspunkt unserer Utopie, aber Freiheit ohne ihr Gegenteil, nämlich Begrenzung, führt zu Unfreiheit. Der Satz ist bekannt: »Meine Freiheit hat seine Grenze in der Freiheit des anderen.« Das klingt einfach, ist es aber nicht. Denn es gibt keine natürlichen, für jeden sofort erkennbaren »Stop-Schilder« oder »Grenzmarkierungen«, die mich in meinem Handeln darauf aufmerksam machen, wo die Freiheit der anderen beginnt.

Diese Grenzen der Freiheit lassen sich nur bestimmen, indem Menschen sich zusammensetzen und sie so miteinander aushandeln, daß ihre Freiheiten in einem Gleichgewicht zueinander stehen. Das ist die Idee des »Gesellschaftsvertrages«: ein Vertrag, der die Grenzen der individuellen Freiheiten bestimmt und Vertahren und Strukturen zur Lösung von Konflikten festlegt. Unsere Utopie ist der Vorschlag für solch einen freiheitlichen Gesellschaftsvertrag.

Anders gesagt: wir versuchen eine »Struktur für die Freiheit« zu entwickeln. Dabei befinden sch »Freiheit« und »Gerechtigkeit« im Konflikt: Vergrößern wir den Raum der Freiheit, dann stoßen wir irgendwann an die Schmerzgrenze dessen, was wir bereit sind, am Verhalten anderer Menschen zu akzeptieren. Sichern wir umgekehrt möglichst viel in unserem Gesellschaftsentwurf nach unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit und gutem Zusammenleben. ab, dann wachsen Bürokratie und die Zahl der Vorschriften.

Dieser Konflikt läßt sich nicht grundsätzlich klären. Er tritt immer wieder an Einzelpunkten auf, die sich aus den vielfältigen Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens ergeben, und er muß an solchen konkreten Punkten immer wieder neu gelöst werden. Deswegen beschäftigen wir uns in unserer Utopie mit den unterschiedlichsten Lebensbereichen, um zu prüfen, ob unsere »Struktur der Freiheit« sich dafür als geeignet erweist, oder ob wir sie modifizieren und ergänzen müssen.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, die Ergebnisse unserer Gespräche in Form einer Broschüre zu veröffentlichen. Wer sich dafür interessiert und eventuell mitarbeiten will, wende sich an:

Utopie-AG, c/o GA, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Geisterbeschwörung:

Beobachtungen auf den Rosa-Luxemburg-Wochen in Stuttgart, anläßlich des 75. Jahrestags ihrer Ermordung

von Moritz Milch

"Die »unerschöpfliche innere Heiterkeit«, die sich Rosa Luxemburg selbst zuschrieb, gab ihr die Kraft, für die Emanzipation der Menschen, für alle Mühseligen und Beladenen zu kämpfen, wobei sie auch die leidende außermenschliche Kreatur in ihren liebenden Kampf mit einbezog."
Iring Fetscher

Die marxistische Linke sucht ein Leitbild. Der Leninismus in seinen stalinistischen, trotzkistischen und maoistischen Varianten sieht sich, von seinen jeweiligen unerschütterlichen Sekten abgesehen, in einer zunehmenden Akzeptanzkrise. Die fehlende Auseinandersetzung mit dem Niedergang des bolschewistischen Modells, schlecht kaschiert in der ebenso verbreiteten wie nichtssagenden Abgrenzung zum stalinistischen Gulag, verbindet zwar weite Teile dieser Linken, reicht jedoch keineswegs aus, um die auseinanderfallenden Fraktionen des "wissenschaftlichen" Sozialismus zu einem auch nur ansatzweise kohärenten Projekt zu vereinen.

Was käme da gelegener als ein Jahrestag, an dem sich die zerstrittene Familie ein weiteres Mal gemeinsam aufmacht, um in den Katakomben einer vergangenen Epoche eine versöhnende, unbefleckte Herkunft zu beschwören? Das knietiefe Waten in Krokodilstränen bleibt bei derartigen Anlässen natürlich ebensowenig aus, wie die neu aufflammenden Erbstreitigkeiten der Hinterbliebenen und das Gezänk um die richtige Deutung des Testaments.

Eingeladen wird die Verwandtschaft bereits mit einem stimmungsvollen Plakat nebst Programmheft: Die "Schmerzensmutter der Linken" (*Cosmopolitan*), den verklärten Blick in die Ferne sozialistischer Paradiese gerichtet, vor ihrem vergrößerten Abbild, zartrosa, sphärisch entrückt, schon nicht mehr nur von dieser Welt, sendet uns, den Suchenden, einen Wink: "...auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht...". Das finden sie auch, ihre selbsternannten EnkelInnen von der Stuttgarter Gruppe *Nie Wieder Deutschland* (Gruppe K; ehem. Kommunistischer Bund), deren Hoffnung bei dieser Veranstaltungsreihe zudem die Stärkung einer ebenso antileninistischen wie antinationalistischen marxistischen Position sein dürfte. Sie machen im Programmheft sogleich deutlich, wer alles fortan die Luxemburg als seine Mutter zu betrachten habe: *"Medienguerillas, Computer-Saboteure, Panzerknacker und die Kleinen Strolche, psychedelische BolschewikInnen, umherschweifende Haschrebellen, Armeezersetzer, ArbeitsverweigerInnen und La Pasionaria aus dem Werk Untertürkheim"*.

Ob den umherschweifenden Haschrebell(-Inn!)en die neue Verwandtschaft mit einer stalinistischen Demagogin wie der *Pasionaria* (Dolores Ibarruri, Anm. MM) und dieser wiederum die unverhoffte Tochterschaft zu Rosa Luxemburg nun paßt, ist unwichtig, denn sie haben gar keine Wahl: *"Rosa Luxemburg gehört zu denjenigen RevolutionärInnen, deren Fortleben über den Tod hinausgeht"*, klärt uns der Eröffnungsredner von *Nie Wieder Deutschland* auf. Amen. Wer würde sich da noch sträuben?

In den folgenden zwei Wochen der rückwirkenden Selbstversicherung machen zahlreiche RednerInnen und Diskutierende deutlich, für welche Projektionen ihnen die Luxemburg angemessen erscheint: *links* sein heißt demnach, gleichzeitig für Parlamentarismus, Rätedemokratie *und* Diktatur des Proletariats, für revolutionären Massenstreik *und* Gewerkschaftsreformismus, für bewaffneten Klassenkampf *und* Urnengang, für Voluntarismus, Spontaneismus *und* Determinismus, gegen Lenin *und* für die Partei zu sein, in jedem Falle undogmatisch, "demokratisch" und tolerant, auch wenn so manche Position einen analytischen Salto Mortale vollziehen muß, um ihre Legitimation von Rosa Luxemburg herleiten zu können.

Die allgemeine Sympathie für Rosa Luxemburgs undogmatische Haltung gipfelt denn auch in der bewegten Wortmeldung eines Sympathisanten des anarchistischen Gedankenguts, der den Anwesenden empfielt, ohne Scheuklappen den Beitrag "Rosa Luxemburgs und anderer Anarchisten" zum Fortschritt der sozialistischen Bewegung zu würdigen. Luxemburgs typisch marxistische, schroffe Ablehnung des "unwissenschaftlichen" Anarchismus darf da ruhig einmal übersehen werden.

Daß sie eben *keine* Anarchistin war, daß sie bei aller Anerkennung der Rätebewegung und des politischen Massenstreiks *keine* Syndikalistin und bei aller Opposition gegen Lenins jakobinische Parteikonzeption *keine* Anhängerin der Arbeiterautonomie, sondern linkssozialdemokratische Parteisozialistin war, scheint bei der Mystifikation der Luxemburg nicht weiter zu stören.

Stattdessen legte bereits die erste Rednerin, Prof. Annelies Laschitza, Herausgeberin von Rosa Luxemburgs Gesammelten Werken, den Schwerpunkt auf ein beliebtes Klischee: Luxemburgs, im Gegensatz zu Lenins zynischer Machtpolitik, betont tolerante und altruistische Haltung, ungeachtet der Fragwürdigkeit einer solchen Stellvertreter-Haltung, sei sie auch noch so wohlmeinend paternalistisch und aufopfernd. Erinnert sei hier an Bakunins Marx-Kritik, die den Marxisten weniger egoistischen Herrschaftswillen unterstellte, als daß sie vielmehr vor den terroristischen Implikationen einer autoritären Heilsbringerschaft "aufgeklärter Eierköpfe" in der gesamten marxistischen Tendenz warnte. Die Rolle des/der altruistischen Intellektuellen, verkörpert in der Figur Luxemburgs, mit der die "Linke" regelmäßig *alle Mühseligen und Beladenen* in liebender Umarmung erdrückt, erfreut sich dennoch ungetrübter Beliebtheit.

Nachdem die Betrauerte in einer Matinee der *Naturfreunde* bereits als "die Frau, die Freundin, die Kämpferin" gebührend entpolitisiert worden ist, schwingt sich bald darauf Reiner Wimmer (Autor von "Vier jüdische Philosophinnen" zu Hannah Arendt, Edith Stein und Simone Weil) auf, um aus einer immerhin im besten Sinne kritischen und militanten Marxistin eine lauwarme bürgerliche Philosophin zu machen. Die Gemeinde dankt's mit besinnlicher Haltung.

Bereits Annelies Laschitza hatte darauf hingewiesen, daß die Kommunistin keine praktizierende Jüdin war, sondern "alle Religionen gleichermaßen achtete". Inwieweit eine emanzipative Bewegung in ihre Kritik die Religion und religiöse Denkmuster mit einbeziehen müßte, konnte auf einer solchen Basis selbstver-

ständlich kein Thema sein.

Entsprechend wurden auf den meist erstaunlich gut besuchten Veranstaltungen lediglich diejenigen Positionen kontrovers diskutiert, die beispielsweise Rosa Luxemburg von Lenin unterschieden (Kritik des nationalen Selbstbestimmungsrechts, Räte und Demokratie, Imperialismustheorie, etc.), nicht jedoch Positionen, die über diejenigen Luxemburgs hinausgingen. So wurde ihr Eintreten für das Frauenwahlrecht 1902 als emanzipatives Engagement begrüßt, ohne etwa die wesentlich frühere, antiparlamentarische Argumentation der französischen Anarchistin und Feministin Louise Michel *gegen* selbiges in betracht zu ziehen. Ebensowenig wurden zeitgleiche rätekommunistische bzw. anarchistische, den Parteisozialismus ablehnende Strömungen berücksichtigt. Stattdessen verteidigte Wolfgang Haible (PDS) in der Diskussion um *Internationalismus als Antinationalismus?* mittels leninscher Argumente den nationenbezogenen Reformkurs seiner Partei gegen Jürgen Elsässers (Nie Wieder Deutschland) antinationale Haltung, der wiederum meinte, nicht ohne Luxemburg-Bezug auskommen zu können.

Erst gegen Ende der Wochen, als Manon Tuckfeld und Jens-Christian Müller (ex-ÖkoLi) und später Peter Bierl (immer-noch-ÖkoLi) und Elfriede Müller (Kritik&Krise) geladen waren, hatte die Kritik luxemburgscher Begrifflichkeiten (z.B. "Demokratie") eine Chance.

In demselben Maße, wie die Nostalgie und Besinnlichkeit der angebotenen Veranstaltungen schwand und die Frage der Aktualisierung luxemburgscher Thesen in den Vordergrund rückte, nahm auch die Zahl derjenigen ab, deren Äußeres sie als sozialliberales Bildungsbürgertum zu erkennen gab. Übrig blieben die *Unzufriedenen*, die versprengten Reste der undogmatischen Linken, deren reges Interesse an unserem anarchistischen Büchertisch auch nahelegte, daß es hier doch um mehr ging als um Nostalgie und Personenkult.

Dennoch konnte die Neubestimmung des Sozialismus auch in Stuttgart nicht vollzogen werden, zumal gegen Ende die Lederjacken wieder unfreiwillig unter sich waren, als Res Strehle, undogmatischer Autor ("Kapital und Krise") aus Zürich, den Versuch startete, Rosa Luxemburgs fundamentale Erweiterung der Marx'schen Akkumulationstheorie für die heutige Praxis (feministische Ökonomie, Subsistenzdiskussion, "3.-Welt"-Solidarität,...) begreiflich zu machen.

So blieb denn auch ganz allgemein die Frage der *Praxis* weitgehend ausgeklammert, und es scheint in der Tat möglich, mit Rosa Luxemburg jedwede noch so opportunistische Haltung zu begründen. Insofern ist das momentane Hauptproblem der marxistischen Linken offenbar auch weniger die Entwicklung einer lebendigen, kritisch-praktischen Theorie, als vielmehr die möglichst unangreifbare Legitimation des eigenen Versagens.

Und war tun die AnarchistInnen? Mit dem zunehmenden Gefühl, daß die Erfahrungen der Toten auch nur von begrenzter Haltbarkeit sein können, verlassen wir nach der Schlußveranstaltung die feuchtkalte Gruft nach draußen, wo das Leben tobt, mit dem festen Vorsatz, den FreundInnen der Anarchie derartige Gedenkfeiern, etwa zum 75sten Jahrestag der Ermordung Gustav Landauers, am 2.5.94 zu ersparen.



Demonstration „Sozialdemokratischer Kle

Zur Kritik der Rosa-Luxemburg-Nostalgie

Mit Rosa Luxemburg verbindet die Linke die Idee eines aufrechten, demokratischen Sozialismus, der den Integrationsmechanismen der sich entwickelnden parlamentarisch repräsentativen Demokratie genauso widerstand wie dem Parteikommunismus bolschewistischer Prägung.

Einerseits kritisierte Rosa Luxemburg bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt - 1903 - Lenins Organisationsmodell als "ultrazentristisch" (2). Andererseits galt ihr Kampf in der deutschen Sozialdemokratie zwei theoretischen und politischen Tendenzen, die -vereinfachend - mit den Namen Kautsky und Bernstein verbunden werden können. Während Kautsky die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihren großen revolutionären Auftritt sah:

"Unsere Aufgabe ist es nicht, die Revolution zu organisieren, sondern uns selbst für die Revolution zu organisieren; nicht die Revolution zu machen, sondern sie zu benutzen" (3), sah Bernstein die Aufgabe im täglichen Ringen um kompromißhafte Verbesserungen für das soziale und politische Leben, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern tendenziell aller Menschen.

Kautsky und Bernstein repräsentieren in gewisser Hinsicht mit ihren unterschiedlichen Strategien das Parteiprogramm und

"Madame Geschichte" und die Kämpfe



...rtner am Schöneberg'

von Manon Tuckfeld und Jens Christian Müller

die Praxis der frühen SPD. Minimalforderungen, die von der Tendenz her kapitalismusimmanent gelöst werden können, standen dem proklamierten Endziel, der Erreichung des Sozialismus, unvermittelt gegenüber. In diesem programmatischen Auseinanderklaffen sah Rosa Luxemburg die zentrale politische Schwäche der SPD.

"Der weltgeschichtliche Vormarsch des Proletariats ... ist ein Prozeß ... Diesen Willen können sich die Massen ... nur im alltäglichen Kampfe ... ausbilden. Die Vereinigung ... des alltäglichen Kampfes mit der revolutionären Umwälzung, das ist der dialektische Widerspruch der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig auf dem ganzen Entwicklungsgang zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Preisgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, vorwärtsarbeiten muß." (LGW 1/2, 442)(3)

Ihre Forderung, daß der alltägliche Kampf mit der Idee des Sozialismus glücklich zusammenfallen müsse, explizierte und konkretisierte Rosa Luxemburg an den Ereignissen der gescheiterten Russischen Revolution von 1905. Das von ihr entwickelte Konzept wurde unter dem Kürzel "Massenstreik" bekannt, bezeichnete jedoch nicht, wie der Name vielleicht nahe legt, eine einmalige und von oben verordnete, zentral gelenkte Erhebung der Menschen, sondern einen permanenten Prozeß des Kampfes.

Schon vor Abschluß ihrer konzeptionellen Überlegungen zum Massensteik im Jahre 1905 ging sie mehr und mehr davon aus, daß weder eine revolutionäre Programmatik, noch die eine Führung die Massen zum Ziel bringen könne, sondern nur von den Massen selbst initiierte und getragene,. regional und thematisch begrenzte ökonomische wie politische Kämpfe. Die kämpfenden revolutionären Subjekte allerdings sind auf eine durch den ökonomischen Prozeß hergestellte revolutionäre Situation angewiesen, da ansonsten die Spaltùng des politischen vom ökonomischen Kampf, welche ein "künstliches, wenn auch geschichtliches Produkt der parlamentarischen Periode" (LGW 2, 155) ist, nicht überwunden werde könne.

"Nur in der Gewitterluft der revolutionären Periode vermag sich nämlich jeder partielle kleine Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu einer allgemeinen Explosion auszuwachsen. In Deutschland passieren jährlich und täglich die heftigsten, brutalsten Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Unternehmern.... Kein einziger dieser Fälle ... schlägt jedoch in eine gemeinsame Klassenaktion um. Und wenn sie sich selbst zu einzelnen Massenstreiks auswachsen ..., so entzünden sie auch dann noch kein allgemeines Gewitter." (LWG 2, 129)

Diese revolutionäre Periode entsteht, wenn es in einer kapitalistischen Vergesellschaftung nur noch Kapitalisten und Arbeiter gibt; wenn alle sozialen und geographischen Räume kapitalistisch erschlossen sind und wenn die Realisierung und Kapitalisierung des Mehrwerts und damit die Kapitalakkumulation nicht mehr möglich ist. Es handelt sich bei ihrer Argumentation um eine Lektüre und Interpretation der Marxschen Thesen zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, wie sie in Kapitel 22 des 1. Bandes, insbesondere aber im 2.Band des Kapital aufgestellt wurden (4). Die Argumentation bei Luxemburg läuft auf folgendes Schema heraus: In der monopolkapitalistischen Phase dehnt sich die Herrschaft des Kapitals über den sich entwickelnden Weltmarkt ungeheuer aus. Zur Reproduktion der Produktionsbedingungen bedarf das Kapital immer neuer Regionen und Menschen. Sie negiert dabei die Möglichkeit einer intensiv (und nicht nur extensiv) erweiterten Reproduktion ebenso wie die mit Lohnsteigerungen erzielte erweiterte Nachfrage. Die einzig von ihr als relevant angesehene quantitativ erweiterte Reproduktion und die damit einhergehende Ausdehnung ist aber nun einmal objektiv begrenzt, woraus sich für Rosa Luxemburg die objektiven Schranken der Weiterentwicklung des Kapitalismus notwendig ergeben. *"Die Unmöglichkeit der Akkumulation bedeutet kapitalistisch die Unmöglichkeit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und damit die objektive geschichtliche Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus" (LGW 5, 364).* Für das Konzept des Massenstreiks heißt das, daß sich die Aktivitäten der kämpfenden Massen in einem klar umgrenzten, ökonomisch vorgegebenen Rahmen abspielen. Diese Einschätzung führt bei Luxemburg dazu, daß sie sich kaum Gedanken um die Organisierung des Proletariats macht, ja konzeptionell folgerichtig auch gar nicht machen muß. Sie geht sogar davon aus, daß die bislang nicht organisierten Teile des Proletariats in der revolutionären Periode die stärkste Kraft bilden (5).

Rosa Luxemburg schreibt: *"der Massenstreik ... ist die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution" (LGW 2, 125)*, zugespitzter noch: *"In Wirklichkeit produziert nicht der Massenstreik die Revolution, sondern die Revolution produziert den Massenstreik" (LGW 2, 130).* Was also auf den ersten Blick spontan und aktionistisch scheint - Streiks, Aufstände, Kämpfe - ist streng genommen krude ökonomistisch. Die Subjekte erreichen in ihren Kämpfen immer nur das, was "Madame Geschichte" (LGW 2, 117) den massenhaft streikenden an Möglichkeiten eröffnet. Bei genauem Hinsehen erweist sich Rosa Luxemburgs tiefer Glaube an den "edlen intellektuellen Durst und revolutionären Tatendrang der Arbeiter" (LGW 2, 101) als Nuancengeber auf einem streng determinierten Weg; als unhinterfragte humanistisch-existentialistische Phrase zur Dekoration des Hauptwiderspruchs. In der "Akkumalation des Kapitals", ihrem ökonomischen Hauptwerk, schreibt sie dazu: *"Die politische Aktion des proletarischen Klassenkampfes ...(ist) ein Reflex ökonomischer Vorgänge, (sonst hört) der Sozialismus ... auf eine historische Notwendigkeit zu sein" (LGW 5, 277).* Und noch deutlicher wird sie in ihrer "Antikritik" (LGW 5, 413 ff.), die sich mit der Kritik an ihren Thesen auseinandersetzt. Dort wird die These vom notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus zum "spezifisch Marxsche(n) Grundpfeiler des Sozialismus" erklärt: *"Nach Marx ist die Rebellion der Arbeiter, ihr Klassenkampf - und darin liegt gerade die Bürgschaft seiner siegreichen Kraft -, bloß ideologischer Reflex der objektiven geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus..." (LGW 5, 445).* Natürlich müsse dieser Prozeß nicht bis zum Ende ausgeschöpft werden, da die soziale Verschärfung, die mit ihm einherginge, dem System schon verher das Ende bereite. Aber auch diese Verschärfung und die daraus resultierenden politischen Gegensätze seien *"in letzter Linie nur Produkt der öko-nomischen Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems" (LGW 5, 446).*

Werde diese Notwendigkeit geleugnet, so *"schwindet dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit unter den Füßen"* (ebd.).

Was ist dann aber die Aufgabe der Sozialdemokratie ?

Diese wird bei Rosa Luxemburg zu dem, was Max Weber der SPD in Kritik des Ökonomismus vorgeworfen hatte: zu einem Verein zur Herbeiführung einer ohnehin stattfindenden Sonnenfinsternis. Oder genauer: zu einem Verein zur Erläuterung und Ankündigung der unaufhaltsamen Ankunft der ohnehin stattfindenden Sonnenfinsternis.

Lesen wir bei Luxemburg nach: *"Wenn aber die Leitung des Massenstreiks, im Sinne des Kommandos über ihre Entstehung ... Sache der revolutionären Periode selbst ist, so kommt dafür die Leitung bei Massenstreiks in einem ganz anderen Sinne der Sozialdemokratie und ihren führenden Organen zu" (LGW 2, 133).* Die Sozialdemokratie muß nämlich *"den breitesten proletarischen Schichten den un-vermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode" (LGW 2, 146)* klarmachen.

Streng genommen modifiziert Luxemburg nur die kautskysche Position, indem sie diese dynamisiert. Polemisch formuliert warten die Massen nicht mehr, wie bei Kautsky, diszipliniert auf die Revolution, sondern sie üben -im Sinne von Leibesübungen- Revolution. Daß dabei theoretisch nur Bernstein, also dem Kapitalismus immanente Reformen, herauskommen können, solange die Ökonomie nicht die revolutionäre Periode eingeleitet hat, ist eine etwas eigenwillige Art, die auseinandertreibenden Pole der Sozialdemokratie theoretisch wieder zu verbinden. Anders ausgedrückt sind der auf dem Ökonomismus basierende Humanismus der Luxemburg - der Glaube an das sozialistische Wesen der proletarischen Masse - und der Ökonomismus - der Glaube an den aus der Akkumulation des Kapitals abzuleitenden Zusammenbruch des Kapitalismus - zwei strategische Einsätze die auf der theoretischen Ebene ihr Ziel verfehlt haben. Sie vermochten den Alltag des Klassenkampfes nicht mit dem sozialistischen Ziel zu verbinden.

Es wäre falsch diese Kritik an der luxemburgischen Theorie mit einer Bewertung ihrer Poltik gleichzusetzen. Politisch wählte sie nicht nur oft die richtigen Gegner (6), sondern sie hätte auch mit dem Konzept des Massenstreiks richtiger gelegen, wenn sie den Kämpfen der Menschen das gleiche theoretische wie praktische Gewicht gegeben hätte. Deutlicher: die Kämpfe nehmen bei Luxemburg zwar den politisch zentralen Platz ein, bewirken aber - folgt mensch ihrer Annahme - so gut wie nichts. Diesen Sinnzusammenhang faßt sie in folgender Bemerkung brillant zusammen:

"Der wissenschaftliche Sozialismus hat uns gelehrt, die objektiven Gesetze der geschichtlichen Entwicklung zu begreifen. Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist im gleichen Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und ihre Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der Geschichte. Und wenn wir die geschichtliche Entwicklung sowenig überspringen können wie der Mensch seinen Schatten, so können wir sie doch beschleunigen oder verlangsamen." (LGW 4, 61) (7)

Luxemburg verläßt nie diesen Rahmen. Sie entwickelt ihn im Revisionismusstreit gegen Bernstein und dessen Epigonen, also bereits Ende des 19.Jahrhunderts. Richtig ausgearbeitet wird die Zusammenbruchstheorie dann in ihren ökonomietheoretischen Schriften (8). Insofern wäre es völlig falsch, allein "Die Akkumulation des Kapitals", dessen zusammenbruchstheoretische Selbstgewißheit selbst engagierte Luxemburg-Anhänger verstört, als theoretisches Zugeständnis an die Epoche

zu werten, als Einzelstück in Luxemburgs Werk. Die Grundannahmen des Ökonomismus (9) ziehen sich durch das gesamte Werk und konstituieren es gleichsam (10). Das Proletariat kann zwar den Zeitpunkt der Revolution in gewissem Maße beeinflussen (beschleunigen oder verlangsamen) aber der Untergang des Kapitalismus kommt und wenn es sein muß auch ohne jedes menschliche Zutun.

Doch wir müssen in unserer Kritik weiter gehen. Nicht nur zieht sich der Ökonomismus und die Zusammenbruchstheorie durch das gesamte Werk Rosa Luxemburgs. Dann könnte man uns einfach entgegenhalten, daß wir ja vielleicht Recht hätten - es gebe aber (und die Zitate, die uns da entgegengehalten würden, sind uns bekannt) eben auch die andere Rosa Luxemburg: Die humanistische Sozialistin, die sozialistische Demokratin. Wir behaupten aber mehr. Es gibt nicht nur einen ökonomistischen Strang in Rosa Luxemburgs Werk, vielmehr ist ihre gesamte Theorie (einschließlich des angeblichen Spontaneismus, ihre Demokratietheorie, ihr revolutionärer Existenzialismus) nur dann zu verstehen, wenn man sie als auf der Grundlage des Ökonomismus stehend und nicht unabhängig voneinander interpretiert (11).

Auf der Grundlage dieser historischen Gewißheit entfaltet Rosa Luxemburg nicht nur ihren Glauben an die Massen sondern auch ihre demokratische Liberalität. Die Frage der Organisierung nach geglückter Revolution, von Lenin und Trotzky nach der russischen Revolution gestellt und zugunsten der Diktatur des Proletariats mit schon deutlichen Tendenzen zu einer Diktatur über das Proletariat beantwortet, findet sie genauso falsch gestellt, wie die Frage der deutschen Sozialdemokratie nach Reform oder Revolution.

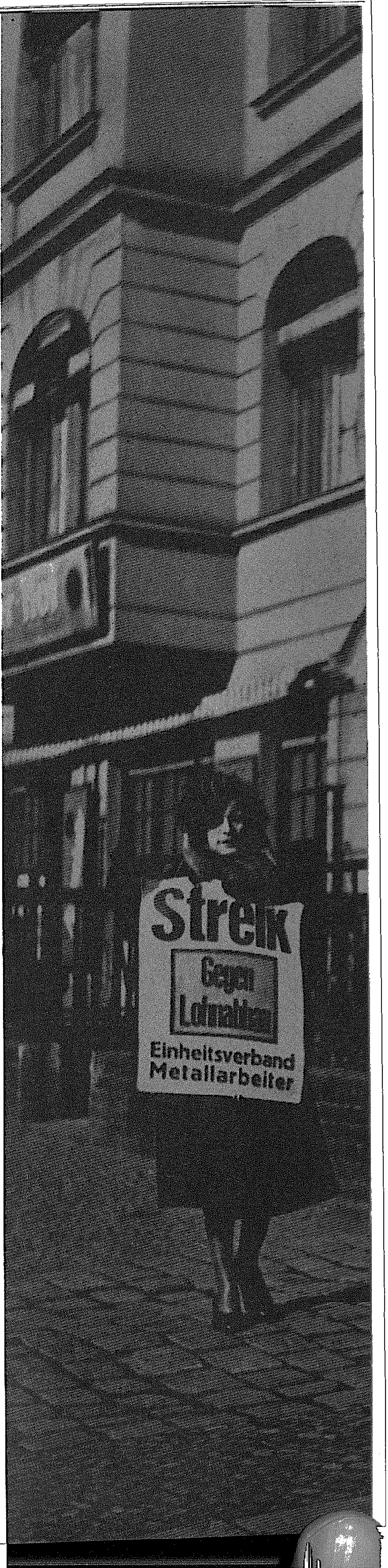
Für sie ist Sozialismus ein Experiment. Mehr als Hinweisschilder existieren nicht. Um den Sozialismus aus der Kraft Aller zu schaffen, fordert sie gegen das Organisationsmodell der Bolschewiki, daß die "wichtigsten demokratischen Garantien" (LGW 4, 358) wie das Wahlrecht, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht beibehalten bzw. eingeführt werden, da *"ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist"* (ebenda). Für sie bedeutet die *"Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts"* (LGW 4, 360) abzusperren.

Die demokratische Form garantiert bei Rosa Luxemburg, daß die besten Wege gesucht und gefunden werden können. Wem das zu einfach scheint möge bedenken: wenn der Stand der Produktivkräfte die revolutionäre Periode eingeleitet hat, und damit wie im Zeitraffer Unterschiede jedweder Art nivelliert (vgl. Massenstreiktext), die Machtfrage zugunsten des Proletariats entschieden ist, ist alles, was dem Mensch zu Menschsein fehlte beseitigt. Das klassenbewußte proletarische Subjekt ist auferstanden. Vor diesem Hintergrund wirft sie Lenin und Trotzky vor: *"Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider - oder je nachdem: zum Glück - nicht so. ... Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus."* (LGW 4, 359 f.)

Fehleinschätzung bürgerlicher Herrschaftsmechanismen

So richtig die Kritik an den Bolschewiki auch sein mag, so falsch ist es, mit Formen bürgerlicher Herrschaft derart naiv umzugehen. Diese Naivität basiert auf zwei theoretischen Überlegungen: Erstens setzt sie Formen neutral. Die Form Demokratie ist in Zeiten bürgerlicher Herrschaft im Kern durch soziale Ungleichheit und Unfreiheit bestimmt. Die Proletarier müssen während des Abbaus der Klassenherrschaft diesen Kern mit neuen sozialen Inhalten füllen. So entsteht aus der bürgerlichen Demokratie eine Sozialistische (vgl. ebenda 363). Man wende hier nicht gegen uns ein, Rosa Luxemburg sei doch eine engagierte Kritikerin des Parlamentarismus und Verfechterin der Rätedemokratie gewesen. Denn ihre Forderung nach Räten und ihre Polemik gegen das Parlament wird zentral und fast ausschließlich damit begründet, daß das Parlament in Zeiten sozialer Revolution nicht die notwendige Entschiedenheit repräsentiere und somit kein Instrument der Revolution sein könne (12). Auch die prinzipielle Kritik der Form Staat, wie sie Marx seit der Pariser Kommune formuliert hat (13) ist Rosa Luxemburg fremd. Von ihrer 1899 auf dem Parteitag in Hannover aufgestellten These, die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei nur durch die *"Ergreifung der Staatsgewalt"* (LGW 1/1, 571) zu bewerkstelligen bis hin zum Programm des Spartakusbundes, nach der die lebendige Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den *"Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen"* (LGW 4, 442) solle.

Zweitens, und das basiert auf der eben dargestellten Unterschätzung der Form– ist aber in diesem Zusammenhang wichtiger, unterschätzt Rosa Luxemburg bür-



gerliche Herrschaft und deren institutionelle und ideologische Fundierung gründlichst. *"Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse eng gezogenden Grenzen hinaus"* (LGW 4, 359)

Die Debatte um die Neutralität von Formen wollen wir hier nicht wiederholen, sondern darauf hinweisen, das sie ausführlich in der Staatsdebatte oder in Bezug auf die Teilnahme an Wahlen geführt worden ist. Die zweite Annahme der Luxemburg bedarf aber der kritischen .Würdigung. Wir fragen, ob sie mehr ist, als die Doppelung der ersten, also mehr als die irrige Annahme, daß Formen -im Kern- neutral seien. Luxemburgs Standpunkt legt nahe, daß bürgerliche Herrschaft und demokratische Formen einander äußerlich sind (14). Dies folgt aus ihrer Annahme, daß bürgerliche Herrschaft ausschließlich auf ökonomischer Macht beruht. Ist diese der herrschenden Klasse erst mal entrissen, muß nichts mehr gefürchtet werden. Die Fragen des Politischen, der Hegemonie und der Ideologie werden aus dem Kontext zumindest von bürgerlicher Herrschaft ausgeblendet. Sie spielen - und das ist die konsequente Folge ihres Ökonomismus - keine Rolle. Und insofern ist die Kritik an den bolschewistischen Formen der Herrschaft in der jungen Sowjetunion natürlich recht billig zu haben. Wenn Rosa Luxemburg davon ausgeht, daß demokratische Formen nach der Beseitigung der ökonomischen Herrschaft der bislang herrschenden Klasse, sowieso nur der Sache der Revolution dienen, dann ist es allerdings kaum verständlich, warum die Bolschewiki diese bürgerlich-demokratischen Formen beschränkten. Teilt man diese Grundannahme nicht, so wird eine Kritik an diktatorischen Formen - und diese ist, um nicht falsch verstanden zu werden, völlig berechtigt - schwieriger, da sie sich den Problemen ideologischer Herrschaft und Hegemonie stellen muß.

So falsch es auch theoretisch sein mag: die naive Demokratietheorie der Luxemburg ist, entkleidet man sie des Ökonomismus, der ideale Ankúpfungspunkt für ehemals Linke, die die bestehende Bundesrepublik, dieses kapitalistische, parlamentarisch verfaßte System für den optimalen Ausgangspukt für einen "demokratischen Sozialismus" - in dem die Formen demokratischer Herrrschaft verfeinert und einer breiteren TrägerInnenschaft zugänglich gemacht werden - halten. Nur wird im Gegensatz zur Prämisse von Rosa Luxemburg die Eigentumsfrage nicht mehr gestellt, sondern als gut und ewig unterstellt. Kein Sozialismus ohne Scheckkarte! Ob diese Demokratietheoretiker sich des Wortes Sozialismus noch bedienen, hängt mit ihrer Tradition und ihrem ausgesuchten Adressatenkreis zusammen. Wahlweise tun es auch Begriffe wie Basisdemokratie, Radikaldemokratie, u.ä.m. Die hier Beschriebenen stellen nur den einen Flügel der Zivilgesellschaftstheoretiker dar. Die Anderen behaupten schon gar nicht mehr ein Ziel zu haben, da für sie dieses System schon die angestrebte Zivilgesellschaft (diese Position ist z.B. vertreten durch Micha Brumlik) darstellt. Sie greifen auf Locke zurück, was dann auch richtiger ist als auf Gramsci und Luxemburg.

Mit ihren ökonomistischen Grundannahmen, auf denen sich ihr Aktionismus, ihr revolutionär-idealistischer Existentialismus und ihre Demokratietheorie entfalten, bleibt Rosa Luxemburg im Rahmen des Denkens ihrer Gegner. Er findet sich nicht nur bei Kautsky, sondern auch bei Bernstein. Er ist zentrales Merkmal des Marxismus der II. Internationale, auch von Rosa Luxemburgs theoretischem Hauptgegner Eduard Bernstein. Dieser verband sein revisionistisches Politikkonzept mit der Annahme einer stetigen Entwicklung zum höheren, zum besseren Staat. Der Staat werde unumkehrbar und quasi automatisch zum Staat des "ganzen Volkes". Was Rosa Luxemburg und den Revisionismus Bernsteins trennt, ist eine rein mathematische Frage (15). Für Bernstein war das unvermeidliche Ende des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus rechnerisch nicht nachweisbar, sondern lediglich höchst wünschenswert im Sinne der praktischen Vernunft Kants. Luxemburgs Antwort auf den Bernsteinschen Revisionismus war, wir hatten oben bereits darauf hingewiesen, die Behauptung, daß die politische Aktion Reflex ökonomischer Vorgänge sein müsse, da ansonsten "der Sozialismus ... auf(höre), eine historische Notwendigkeit zu sein". Dabei verkannte Rosa Luxemburg, daß Bernstein (und hier sollte mensch mal auch theoretisch Revisionismus und Reformismus trennen) nur der ersten der beiden Thesen widersprach. Auch für ihn war der Sozialismus eine historische Notwendigkeit, welche sich jedoch im Rahmen des Kapitalismus schrittweise erreichen und durch politische Aktionen gestalten ließe. Rosa Luxemburgs Kritik und Abgrenzung gegen Otto Bauer und Eduard Bernstein mußte so zentral deren Behauptung, daß der Kapitalismus nicht allein auf Grund seiner Eigengesetzlichkeiten zusammenbreche, mit der These der Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs als dem "Grundpfeiler" des Marxismus kontern[16].

Paradoxerweise waren damit alle führenden TheoretikerInnen der Sozialdemokratie innerhalb des gleichen Dilemmas. Die ökonomische Situation war noch nicht so weit fortgeschritten, daß sie die Klasseneinheit - qua revolutionärer Situation/ langsamen Hineinwachsen - herstellen konnte. Die Politik hingegen vermochte den Klassencharakter, und damit die unterstellten gleichen ökonomisch/politischen Absichten der Subjekte nicht zu garantieren.

Dieses Dilemma reproduziert sich bis heute. Zwar eher als Farce (man kennt das einschlägige Marx-Zitat), aber dennoch befindet sich die z.B. PDS, die Partei des demokratischen Sozialismus in der gleichen dualistischen Struktur. Am Ziel des Sozialismus wird wacker festgehalten, während die Praxis die soziale Marktwirtschaft hochleben läßt und Wirtschaftsförderung betreibt. Nur eins trennt die Mehrheit der PDS von der Mehrheit der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende. Die SPD wollte die Revolution, die PDS will nur noch die sozialistische Tradition. Nicht jede versteht sich, nur die unbefleckten Ahnen dürfen es sein. Rosa Luxemburg ist dafür wie geschaffen - obwohl theoretisch Bernstein viel näher stände. Der jedoch ist erstens nicht so werbewirksam und wird zweitens - fälschlicherweise - von der derzeitigen Sozialdemokratie als Ahnherr mitbeansprucht.

Das Positive: der Luxemburg-Mythos?

Aber wir wollen versöhnlicher enden. Zum einen hatten wir oben betont, daß Rosa Luxemburgs Praxis als Antimili-taristin, als Agitatorin, als Kritikerin der Anpassung der Sozialdemokratie und als Gründerin der KPD nicht mit ihrer theo-retischen Praxis verwechselt werden sollte. Letzteres haben wir kritisiert, weil eine Linke, die ihre Theorie zum Ausgangs-punkt neuer Überlegungen macht, zwei Fallen - solange sie theoretisch stringent argumentiert - nicht entgehen kann. Behält mensch den Ökonomismus bei, werden wir noch ewig auf die Revolution warten, verläßt mensch ihn, so landen wir bei den Apologeten dieses Systems. Diese Fallen lassen sich auch nicht durch das berühmte sowohl-als-auch, welches sich meist hinter der hochtrabend marxistisch klingenden Formulierung eines dialektischen Verhältnisses (hier dann zwischen Ökonomie und Sponteanität) versteckt, umgehen. Es gibt keinen irgendwie heraustrennbaren Ökonomismus der Luxemburgschen Theorie.[17]

Dennoch: eine Linke, die die Kraft und Militanz der Luxemburgschen Praxis entfaltet, wäre nur zu wünschen und ist, so absurd sich das vor dem Hintergrund unsererer eigenen Argumentation auch anhören mag, von ihr mitinitiiert worden. Sie stand denen zur Seite, die gegen Parteidisziplin agierten, Kämpfe wagten, auch wenn diese

nicht von oben verordnet waren. Frauen, die sich in der sozialistischen Männerwelt zu behaupten wagten; Menschen des Trikont und TheoretikerInnen internationaler Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechnismen. Sie war Patin wider Willen. Als Parteisoldatin die Disziplin schätzte, als offensive Verfechterin der Hauptwiderspruchsthese, die neben der Ökonomie keine anderen Konflikte zuließ .... Aber die Kämpfenden glaubten an den Mythos Luxemburg. Dieser war und ist wirkungsmächtig, auch jenseits der Luxemburgschen Theorie.

Daß sie zum Idol wurde ist nicht zuletzt auch ein Resultat ihrer Kritiker aus den Parteioligarchien und ihrer Ermordung durch die Reaktion mit Billigung der Sozialdemokratie. Die Haßtiraden aus der stalinisierten KPD (18) und die parteioffiziellen Vorworte zur Ausgabe der Gesammelten Werke auf der einen, die Hyposthasierung zur aufrechten, menschlichen Vorkämpferin (19), zur "Leidensmutter der Linken" *(vogue)* auf der anderen, zeitigt Effekte, die sich mit der Theorie (ja selbst mit der Praxis) Rosa Luxemburgs schlicht und einfach nicht erklären lassen. Dies ist aber auch ein Beleg für die These, daß Politik nicht das ist, was sich mensch am Schreibtisch ausdenkt und - Primat der Kämpfe über die Theorie - Theorien als Fragmente in den Kämpfen leben und ihre Bearbeitung erfahren und damit ein Eigenleben bekommen. In diesem Sinne kann selbst Luxemburg fruchtbar gemacht werden, durch gnadenlosen Ideenklau. Wir tun es und landen in einer ganz anderen Theoriegeschichte.

Denn auch in Rosa Luxemburgs theoretischen Überlegungen lassen sich Hinweise finden, die über die ökonomistische Lesart des Sozialismus hinausgehen. Ein Punkt war bereits angedeutet. Die Kämpfe, die in ihrer politischen Konzeption einen zentralen Platz einnehmen, müssen dergestalt auch in der Theorie radikalisiert werden, daß Kämpfe zentral wirken. Daß dabei von einer, wie Luxemburg sagt, gegenseitigen politischen und ökonomischen Befruchtung ausgegangen werden muß, zeigt dafür einen Weg, auch wenn die Äußerlichkeitsbeziehung von Ökonomie und Politik, die hinter derartigen Formulierungen steckt, in Frage gestellt werden muß.

Hernach trennen sich aber die Wege. Kein technizistisch oder ökonomistisch bestimmter Stand irgendeines Produktionszweiges oder der Produktion als solcher ist maßgeblich für eine revolutionäre Situation verantwortlich, sondern nur die Kämpfe selbst. Diese können überall ausbrechen und in einer Art Dominoeffekt aus allen Bereichen der Gesellschaft kommen, und alle ergreifen. Eine revolutionäre Situation entsteht durch die Überdeterminierung verschiedener fragmentärer, sich zuspitzender Widersprüche. Dies hat Lenin im übrigen besser analysiert als Rosa Luxemburg (20) und es hat etwas mit dieser scheinbaren Unbeflecktheit der Luxemburgschen Theorie, deren gesellschaftlicher Akzeptanz in links-liberalen Kreisen zu tun, daß dies zu sagen, in Kreisen der undogmatischen, radikalen Linken fast als Sakrileg erscheint.

Doch unsere Behauptung, Kämpfe in verschiedensten Bereichen seien Voraussetzung grundsätzlicher Umwälzung, hat weitgehende Konsequenzen. Wenn Kämpfe von überall herkommen können, können auch alle kämpfen, das heißt: es gibt kein historisch feststehendes revolutionäres Subjekt. Dies so offen zu formulieren impliziert, daß Kämpfe nicht per se von den Richtigen geführt werden und/oder zum richtigen Ziel führen. Kämpfe garantieren nicht die Richtung. Neue soziale Bewegungen können von rechts oder sonst woher kommen. Das heißt die Organisationsfrage in all ihrer Ambivalenz muß deutlich in den Mittelpunkt gerückt werden. Kämpfe entstehen nicht aufgrund irgendeines objektiven, ökonomischen Zustandes, sondern müssen initiiert werden. Dies wirft einerseits das Problem von "Führern und Geführten" auf. Eine Problematik, der sich Luxemburg aufgrund ihrer teleologischen Geschichtsauffassung nie gestellt hat und nie stellen mußte. In Anlehnung an Antonio Gramsci können wir nur kursorisch feststellen, daß das Verhältnis der beiden und die innerparteiliche Struktur einer revolutionären Organisation Gegenstand linker Überlegungen sein müssen. Wildwuchs führt nicht zu Basisdemokratie, sondern zu informellen hierarchischen Strukturen. Konzepte zum Weiterdenken sind u.a. die Gedanken zum organischen Intelektuellen und zur Partei des demokratischen Zentralismus wie sie bei Gramsci zu finden sind. Wir behaupten hier nicht fertige Antworten geben zu können, sondern nur, daß man dem Problem nicht so einfach aus dem Weg gehen kann, wie es Rosa Luxemburg getan hat.

Doch hier stehen zu bleiben wäre zu früh. Kämpfe zu initiieren und diese zu "leiten" sagt noch nichts über die Mechanismen zur Erlangung von Herrschaft. Auch das im Anschluß an Gramsci und Louis Althusser nur kusorisch: Die Hegemonie in der Gesellschaft muß erkämpft werden. Ohne die Erlangung und ständige Erneuerung dieser Hegemonie kann Herrschaft nicht existieren. Dies gilt für jede Herrschaft, auch die bürgerliche. Eine Gesellschaft muß sich beständig reproduzieren und dies passiert nicht automatisch. Der Kampf um Hegemonie wird in ideolgischen Staatsapparaten geführt.



Streikposten des Einheitsverbandes der Metallarbeiter

Dies sind auch Institutionen, die gemeinhin als privat gelten, ist "Privat" doch eine staatliche Definition.

Drittens: Man muß sich der Frage der Ideologie stellen und zwar als zentralem Moment von Herrschaft wie von Widerstand. Warum kämpfen Menschen, wenn nicht - wie der Humanismus oder der Existenzialismus auch in der Linken behauptet, aufgrund ihres Wesens oder - wie es die klassisch ökonomistische Begründung ist - aufgrund eines über die "objektive Klassenlage" vermittelten Bewußtseins? Wenn wir diese beiden theoretisch fatalen Erklärungen, deren Amalgam bei Rosa Luxemburg fröhliche Urständ feiert, ablehnen, so bleibt unseres Erachtens nur eine konkrete Auseinandersetzung mit den Bedingungen, in denen auch unter der Hegemonie des Kapitals Widerstand entstehen kann. Weil in der Ideologie der Herrschaft immer auch die Gegenideologie vorhanden,. weil Herrschaft widersprüchlich und kein monolithischer Block ist, finden Kämpfe in den Brüchen und Klippen der alten Herrschaft, nicht jenseits von ihr, statt. Dies zu behaupten birgt einige theoretische und dementsprechend praktische Probleme (21).

Was wir also leider nicht bieten können ist ein Marxismus mit Gewähr, ein Marxismus als Religionsersatz, wie er sich -nicht nur- bei Rosa Luxemburg finden läßt, sondern nur Ansätze zu einer Theorie, die versucht Widersprüche zu zeigen (und sie damit auch zu produzieren), um die realen Kämpfe, die stattfinden, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Krise des Marxismus, die Krise der Linken darf, soll sie auch produktiv genutzt werden, nicht in besinnlicher Nostalgie enden.

Anmerkungen:

1) Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den wir auf den Rosa Luxemburg-Tagen Ende Januar 1994 in Stuttgart gehalten haben.

2) Vgl. "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie", Luxemburg Gesammelte Werke, Bd. 1/2, S. 422 ff.. Rosa Luxemburg zitieren wir im Folgenden nach der sechsbändigen Ausgabe der Gesammelten Werke, die im Dietz-Verlag Ostberlin erschienen ist, und zwar: LGW, Bd., S.).

3) Symmachos (Karl Kautsky), "Verschwörung oder Revolution?" In: Der Sozialdemokrat Nr. 8, 20 Febr. 1881.

4) Vgl. dazu zusammenfassend das Stichwort "Reproduktion" von Jacques Bidet, Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6, Berlin 1987, S. 1136 ff..

5) Vgl. LGW 2, 145: "Und wenn die Verhältnisse [!] in Deutschland für eine solche Periode den Reifegrad erreicht haben, werden im Kampfe die heute unorganisierten, zurückgebliebensten Schichten naturgemäß [!] das radikalste, das ungestümste, nicht das mitgeschleppte Element bilden."

6) Diese Aussage beschriebt eine Tendenz. Sie zu differenzieren würde hier zu weit führen, doch einen Hinweis wollen wir geben: Rosa Luxemburg war engagierte Vertreterin der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Bewilligung der Kriegskredite. Sie teilte mithin im Kern die Programmatik der Sozialdemokratie, die Marx völlig zu Recht in seiner Kritik des Gothaer Programmes einer beißenden Ironie unterworfen hatte (vgl. MEW 19, S. 11 ff.). Insbesondere teilte sie auch den Staatsglauben und den Parlamentarismus, die in der Sozialdemokratie von Beginn an konstitutiv waren. Marx' Kritik war 1891 in "Die Neue Zeit" veröffentlicht worden, so daß sie Rosa Luxemburg 1898 kennen konnte. Denn dort sah sie sich - zu Recht - gegen Bernstein u.a. als engagierte Vertreterin der Mehrheitssozialdemokratie. Man lese ihre Ausführungen zum Stuttgarter Parteitag LGW 1/1, S. 231 ff. Noch interessanter sind ihre Nachbetrachtungen zum Parteitag. Mit dem in der radikalen Linken verbreiteten Mißverständnis, Rosa Luxemburg sei eine spontaneistische Linksradikale gewesen, räumt sie selbst am Besten auf: ***"Damals*** (von der Konstituierung der Partei bis 1891, d.Verf.) ***war es die zum Anarchismus neigende antiparlamentarische äußerste Linke, die es zu bekämpfen galt".*** Dieser Streit konnte *"nicht durch Debatten, er mußte durch Tatsachen endgültig erledigt werden. (...) Damit war der innere Kampf der Partei nach der einen Seite beendet"* (LGW 1/1, S. 242 f.). Und so hat Rosa Luxemburg 1898 völlig recht, wenn sie schreibt: *"In der Partei gibt es keine Opposition der Linken* (wir konnten eben gerade lesen wieso, d. Verf.), *es gibt bloß eine Opposition der Rechten. Die Partei in ihrer Gesamtheit steht, wie sie immer stand, auf unserem Standpunkt ..."* (LGW 1/1, S. 257). Eine recht brauchbare Zusammenfassung dessen, worauf sich Rosa Luxemburg hier euphorisch bezieht (Ausgrenzung der radikalen Linken aus der Sozialdemokratie, Programmatik der Mehrheitssozialdemokratie" läßt sich recht gut nachlesen bei: Horst Karasek, Belagerungszustand !, Reformisten und Radikale unter dem Sozialistengesetz 1878-1890, Westberlin 1978.

7) Ein Bonmot, daß die Rezeption Luxemburgs als Spontaneistin vielleicht etwas erhellt: Dieses Zitat findet sind in dem von Franz Neumann herausgegebenen "Handbuch Politischer Theorien und Ideologien", Reinbek 1981, das dem linkssozialdemokratisch-marxistischen Spektrum zugeordnet werden kann. Dort wird der Vorwurf des Ökonomismus aufgegriffen, und zwar dergestalt, daß das hier genannte Zitat wiedergegeben und behauptet wird, daß dieser Aspekt der Luxemburg immer zu kurz gekommen sei. Dieses Zitat wird dann so interpretiert: "Das bewußte Handeln der Menschen selbst ist für Rosa Luxemburg das bewegende Moment im historischen Prozeß" (ebd., S. 365). Doch hier war wohl der Wunsch Mutter des Gedankens und so wurde kurzerhand das Zitat um den ersten und letzten Satz gekürzt. Der Sinn verkehrt sich so ins Gegenteil.

8) "Die Akkumulation des Kapitals" (1913) und in den während des 1.Weltkriegs geschriebenen Werken "Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik" und "Einführung in die Nationalökonomie" (alle in LGW 5).

9) Man muß hier wohl noch einmal hervorheben, was Ökonomismus, insofern mensch sich im diskursiven Feld des Marxismus bewegt, heißt: "In der Tradition der marxistischen Orthodoxie stellt sich der Ökonomismus als ein Determinismus der Entwicklung der Produktivkräfte dar" (Etienne Balibar, Rasse Klasse Nation, S. 7).

10) Vittantonio Gioia, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci: Zur ökonomischen Entwicklung im Monopolkapitalismus, in: G. Benussan u.a., Die Linie Luxemburg-Gramsci (Argument-Sonderband 159), Berlin/Hamburg 1989, S. 33 ff. beschreibt, daß eine Lektüre des gesamten Werks von Rosa Luxemburg ergebe, daß das Thema der "objektiven Schranken" des Kapitalismus der Angelpunkt ist, um den sich ihr ganzes Denken dreht. Ebenso kommt Norman Geras, gewiß ein Mensch, der der Luxemburgschen Theorie wesentlich näher steht als wir, zu der These: für Rosa Luxemburg bleibt "erwiesen, daß die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation einen Punkt erreicht, an dem sie zur Unmöglichkeit wird und - mit oder ohne Rebellion der Arbeiterklasse - unvermeidlich zusammenbricht. Wie wir sehen werden, gibt es keine Belege für die Vermutung, daß Rosa diese Ansicht je aufgegeben hätte" (N. Geras, Rosa Luxemburg, Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Berlin 1979, S. 12). Allein Peter Bierl, der Mitglied im BundessprecherInnenrat der *Ökologischen Linken* ist, behauptete als Referent auf den Rosa Luxemburg-Tagen im Januar 1994 in Stuttgart, Rosa Luxemburg habe zu keiner Zeit ihres Lebens ökonomistische Positionen vertreten. In seiner im ISP-Verlag veröffentlichten Magisterarbeit "Alle Macht den Räten: Rosa Luxemburg", Köln 1993 modifiziert Bierl diese These dahingehend (vgl. S. 83 ff., 87 ff.), daß Rosa Luxemburg von Anbeginn nicht "nur" ökonomistisch argumentiert habe. Insbesondere aber habe sie einen "schrittweisen Ablösungsprozeß vom Ökonomismus der II. Internationale" vollzogen. Das ist natürlich ziemlich falsch, da - wie wir gesehen haben - die theoretischen Ausformulierungen des Luxemburgschen Ökonomismus dem Spätwerk angehören. Wirklich ärgerlich ist aber, daß Bierl den Leser mit vielen Belegen für den Luxemburgschen Klassenexistenzialismus und Humanismus versorgt, jedoch keine analytische Aussage zum Verhältnis dieser Denklinie mit ihren Ökonomismen trifft. Bierl scheint dieses Problem implizit im kategorialen Nebel eines "dialektischen" Verhältnisses beider Denklinien verschwinden lassen zu wollen. Damit ist es dann - im Hegelschen Sinne - aufgehoben.

11) Im Rahmen der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne wurde zu Recht der Nationalismus und Antisemitismus, der selbst in der radikalen deutschen Linken, die eben häufig das zweite Adjektiv dem ersten vorzog, geschichtliche Tradition hat an Beispielen dar-

gestellt und kritisiert. Rosa Luxemburg wurde dann in ihrer Kritik an Lenins Nationalitätenpolitik als eine herausragende Ausnahme geschildert. Wir denken, daß diese Bewertung einer Überprüfung bedürfte. Nicht daß die Position der Luxemburg falsch wäre (sie ist uns in ihrer Konsequenz - im Gegenteil - recht sympathisch), fraglich ist aber, ob ihr nicht nur einmal mehr ihr grundlegender Ökonomismus das Problem, vor dem Lenin stand, als pures Scheinproblem thematisierte. Ähnliches läßt sich in Bezug auf Rosa Luxemburgs Befassung mit der "Frauenfrage" oder der "Judenfrage" sagen. Auch hier sieht Luxemburg bestenfalls randständige Nebenwidersprüche. Vgl. dazu z.B. Gérard Benussan, Rosa Luxemburg und die Judenfrage, in: ders. u.a., aaO, S. 147 ff.

12) Vgl. dazu "Nationalversammlung oder Räteregierung?", LGW 4, S. 460 ff.. Dort heißt es, daß das Parlament Arena des Klassenkampfes für das Proletariat gewesen sei. *"Es war die Tribüne, von der die Massen um die Fahne des Sozialismus gesammelt, für den Kampf geschult"* werden konnten. Das Parlament habe aber in der Phase der Revolution sein *"Daseinsrecht verwirkt"*, denn *"Kapital und Arbeit haben sich nichts mehr zu sagen"*.

13) Vgl. das Vorwort von 1872 zum Kommunistischen Manifest, MEW 4, S. 574: *"Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann"* oder wiederum die Kritik des Gothaer Programms: *"Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielleicht ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben"* (MEW 19, S. 31).
Rosa Luxemburg bezieht sich nicht ohne Grund positiv auf Gotha und auf Lassalle.

14) Diese Beschreibung läuft im Kern darauf hinaus zu behaupten, daß Parlamente, Vereine, Gewerkschaften, Medien etc. vom Proletariat erkämpfte Beigaben der bürgerlichen Herrschaft sind. Diese Position verkennt die Ambivalenz, das heißt den doppelten Charakter der Institutionalisierung. Parlamente etc. sind eben für das Proletariat nicht nur Tribüne (wie Rosa Luxemburg meint, vgl. Anm. 12), sie sind zumindest auch und meist zentraler Integrationsinstanzen von Protest, Transmissionsriemen bürgerlicher Hegemonie. Aber da Rosa Luxemburg die Herrschaft des Kapitals rein ökonomisch und militärisch analysiert, entgeht ihr die Notwendigkeit hegemonialer Politikkonzeptionen auch und gerade des Kapitals.

15) Das hat Georg Fülberth in dem Kapitel "Rosa Luxemburg und die Grundrechenarten" in: Sieben Anstrengungen den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991, S. 10 ff. kurz und knapp erläutert.

16) Eine aufschlußreiche Lektüre dieser Problematik bieten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe im ersten Kapitel ihres "Hegemonie und radikale Demokratie", Wien 1991.

17) Es wäre absurd und verlogen ex-post genau zu erklären, warum Rosa Luxemburg theoretisch Unrecht hatte. Ob und inwieweit ihre theoretischen und praktischen Interventionen in ihrer Zeit richtig waren oder zumindest weit richtiger als alternative Strategien wäre eine historische Frage. Sie hat letztendlich mit ihrem Leben dafür bezahlen müssen, daß sie versuchte, den großen vaterländischen Frieden, den das Kapital und die Sozialdemokratie geschlossen hatten, aufzubrechen. Eine Kritik an ihrer theoretischen Praxis - vom sicheren Schreibtisch, in ruhiger Zeit - wäre lächerlich und war unser Ziel nicht. Letztendlich ändert dies aber nichts daran, daß die Luxemburgsche Theorie eher ein Hindernis, den ein Wegweiser bei der Entwicklung theoretischer und praktischer Perspektiven einer radikalen Linken ist.

18) Ruth Fischer (1925): Rosa Luxemburgs Theorie als "Syphilisbazillus" in der Arbeiterbewegung; Ernst Thälmann (1932): "... in all den Fragen, in denen Rosa Luxemburg eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig"

19) Exemplarisch: "Wichtig erscheint an der Theorie Rosas letztlich nicht so sehr das WAS ..., wichtig ist vor allem das WIE ... Wenn es darum geht, nach einem Vorbild Ausschau zu halten, bei dem Engagement Sympathie für die Erniedrigten und Unterdrückten bedeutet - in ihrer Person ist es verkörpert", Frederik Hetmann, Rosa L., Reinbek 1986, S. 130 ff. oder der Film von v. Trotha.

20) Vgl. dazu Louis Althusser, Widerspruch und Überdeterminierung, in: ders., Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 52 ff. mit Bezug auf die im folgenden zitierte These Lenins, Briefe aus der Ferne, Werke Bd. 23, S. 316: "Wenn die Revolution so rasch und - dem Anschein nach, bei erster, oberflächlicher Betrachtung - so radikal gesiegt hat, dann nur deshalb, weil sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige Klasseninteressen, völlig entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen vereinigten, und zwar bemerkenswert 'einmütig' vereinigten...". Die Revolution ist hier, im Gegensatz zur Luxemburgschen Theorie, eine historische Besonderheit, die sich der Zuspitzung relativ autonomer Widersprüche verdankt.

21) Einen Versuch dies ausführlicher zu diskutieren haben wir in Jens Christian Müller/ Sebastian Reinfeldt/Richard Schwarz/Manon Tuckfeld, *Der Staat in den Köpfen*. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas, Mainz 1994 unternommen. Nicht nur aus Gründen der Public Relations muß hier darauf verwiesen werden, sondern weil wir dem Vorwurf des Subjektivismus und Idealismus, der mit Sicherheit erhoben werden wird, hier nicht adäquat begegnen können.

Bremer AnarchosyndikalistInnen gegen Ende der Weimarer Republik

von Hartmut Rübner



Foto: A. Flachmann

Die Anfänge des Bremer Syndikalismus

In der Folge der Auseinandersetzungen um die Akkordarbeit in der Bremer Baubrache hatte der festangestellte Bezirksvorsitzende des 'Zentralverbands der Maurer Deutschlands' Franz Martin (1878-1956) eine lokalorganisierte Abspaltung vom gewerkschaftlichen Bauarbeiterverband eingeleitet, was um die Jahreswende 1906/07 zur Gründung des Ortsverbands der syndikalistischen 'Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften' (FVdG) führte. Eine Hinwendung zum Anarchosyndikalismus zeichnete sich in Bremen im Jahr 1911[1] durch den Zusammenschluß der örtlichen 'Anarchistischen Föderation Deutschlands' mit der syndikalistischen 'Freien Vereinigung aller Berufe für Bremen und Umgebung' ab.

Dem ersten Weltkrieg folgte die Reorganisation der FVdG und deren Beteiligung an der Bremer Räterepublik, die am 10.Januar 1919 proklamiert worden war. In der Endphase des Räteexperiments zählten die Mitglieder der 'Syndikalistischen Einheitsorganisation' zu den etwa 1000 militanten Arbeitern und Matrosen, die am 4. Februar 1919 die Räteregierung gegen die anrückenden Freikorps verteidigten. Während der einen Tag andauernden Kämpfe kamen über 70 Menschen ums Leben.[2]

Unter den 29 getöteten Arbeitern befanden sich der Obmann der syndikalistischen Metallarbeiterföderation Karl Richard Mesike und der Schlosser Willi Glock.[3]

Nach der Niederschlagung der Rätebewegung wurde Franz Martin mit einigen weiteren Vertretern des 'Arbeiter- und Soldatenrates' von den Militärs inhaftiert. In den folgenden Monaten des militärischen Belagerungszustandes kooperierte die 'Syndikalistische Einheitsorgansation' eng mit der lokalen KPD. Bis zu ihrem Ausschluß im Juli 1919 gehörten die Syndikalisten zum äußersten linken Rand der Bremer Parteiorganisation.[4]

Im Dezember 1919 organisierte die 'Syndikalistische Einheitsorganisation' nach eigenen Angaben insgesamt 350 Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, sowie den Dachdeckern verwandte Berufe.

Durch den Zusammenschluß mit dem syndikalistischen 'Seemannsbund'[5] stieg die Zahl im Januar 1920 auf 1420.[6]

Nachdem im Verlauf des Jahres 1920 die Bremer Rätekommunisten der 'Allgemeinen Arbeiter-Union' (AAU) bis auf eine Restgruppe zum zentralgewerkschaftlichen 'Deutschen Metallarbeiter-Verband' übergetreten waren, konnten die Syndikalisten, die seit ihrem 12. Kongreß im Dezember 1919 landesweit als 'Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)' (ab 1921 als FAUD Anarcho-

Syndikalisten) firmierten, anscheinend ein großen Anteil des linksradikalen Potentials der Stadt absorbieren. Im Spätsommer 1921 verzeichnetete die Polizei bereits 2037 eingetragene FAUD-Mitglieder und vermutete noch weitere 1000 Sympathisanten der Bewegung.[7]

Die soziale Basis der Syndikalisten, die sich vor dem Krieg überwiegend aus Bau- und Metallhandwerkern zusammengesetzt hatte, verlagerte sich nun in die weniger qualifizierten Hafen-, Werft-, Transport- und Metallarbeiterberufe. Aus den Polizeiakten geht hervor, daß es der FAUD(AS), trotz einem vorübergehenden Verbot vom 20. November 1923 bis zum 28. Februar 1924, bis etwa 1925 gelang die Organisation auf einem vergleichsweise niedrigeren Niveau zu stabilisiern. Demzufolge soll die FAUD(AS) 1926 noch 800 Personen umfaßt haben.[8]

An den Börsensitzungen nahmen zu diesem Zeitpunkt allerdings nur noch etwa 50-60 Mitglieder regelmäßig teil.[9]

Die Bremer FAUD(AS) von 1925-1929

Seit Mitte der zwanziger Jahre war auch die örtliche FAUD(AS) einem zunehmenden Erosionsprozeß ausgesetzt. Die Krise im Schiffbau machte sich ab 1924 besonders in der traditionell linksradikalen Hochburg der Bremer Arbeiterbewegung der Werft A.G. Weser, einschneidend bemerkbar. In Zusammenarbeit mit der politischen Polizei stellte die Werftdirektion sicher, daß sich die politisch unbequemsten Betriebsangehörigen unter den zahlreichen Entlassenen befanden. Mit dem weitgehenden Verlust ihrer sozialen Basis in den Bremer Großbetrieben trennten sich auch wichtige Integrationsfiguren vom organisierten Anarchosyndikalismus. Gegen Ende 1925 verließ der über die Grenzen der Bremer Arbeiterbewegung respektierte Geschäftsführer der FAUD (AS), Franz Martin, die FAUD (AS).[10] Nachdem Rudolf Rocker am 19. August 1925 noch einmal über das Thema "Nationalismus und Proletariat" referiert hatte, traten die AnarchosyndikalistInnen nun anscheinend fast drei Jahre nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Inzwischen hatte sich ein Generationswechsel in der Zusammensetzung der FAUD (AS)-AktivistInnen vollzogen. Aus der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend (SAJD) waren soviele Jugendliche in die Erwachsenorganisation hineingewachsen, daß die SAJD offenbar ihren Zusammenhalt verlor. Den als Jugendfunktionären schon etwas angejahrten Bernhard Koch[11], Gertrud Kaufmann[12] und Hans Friedrichsen gelang erst im Verlauf des Jahres 1927 die Konsolidierung der anarchosyndikalistischen Jugendgruppe. Über eine SAJD-Bezirkskonferenz, die am 18. August 1928 in Verden an der Aller stattfand, berichtet der Zeitzeuge Albert Flachmann[13], der die Bremer AnarchosyndkalistInnen ab 1925 begleitete:

"Ein junger Redner (Paul Albrecht aus Berlin, A.F.) 23 J., sprach hier. Er war Verfasser des Buches "Geschlechtsnot der Jugend", das ich schon gelesen hatte. Nachmittags zum Baden an die Aller. Jungen und Mädchen ohne Badehose, alle fröhlich und sauber. Keiner fragte, warum Trudel (Gertrud Kaufmann, H. R.) sich nicht auszog und ins Wasser ging."[14]

Um die Jugendlichen an den Anarchosyndikalismus heranzuführen, übernahm Hans Friedrichsen[15] seit 1924 einen regelmäßigen Jugendweiheunterricht für die SAJD.[16] Der Generationswechsel in der Mitgliederbasis wird auch von Albert Flachmann bestätigt:

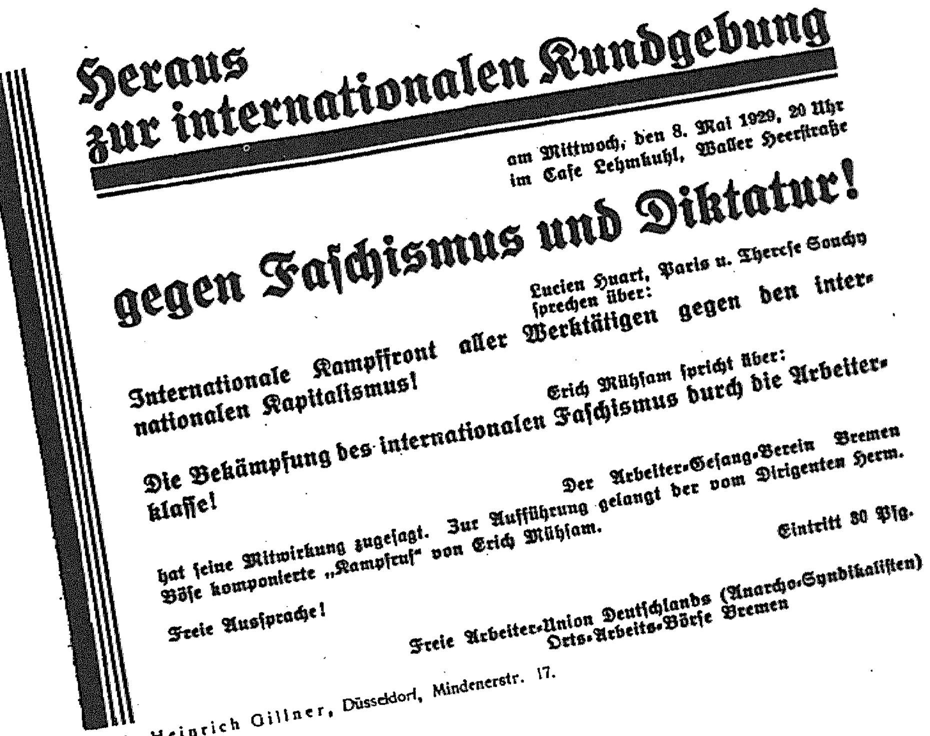
"In Bremen waren die Syndikalisten und Anarchisten in den nachrevolutionären zwanziger und dreißiger Jahren durchweg von einer jungen Generation vertreten. Bekannte ältere Genossen hatten sich mehr oder weniger zurückgezogen."[17]

Diese Einschränkung wird in den Polizeiakten bestätigt, denn hin und wieder wurden die anarchistischen Veteranen der Vorkriegszeit noch aktiv. Die Polizei verhaftete am 21. März 1929 den Bauarbeiter Johann Künitz beim verbotenen Verteilen von Flugblättern auf den Fluren des Arbeitsamtes.[18] Der Obmann der Metallarbeiterföderation Erik Andersen (Jg. 1885) zählte zu dieser Zeit, ebenso wie der Hafenarbeiter Adolf Bittner (Jg. 1882), zur mittleren Generation der Bremer FAUD (AS).

Nachdem die politische Polizei der FAUD (AS) einige Jahre weniger Interesse entgegenbracht hatte, galt den AnarchosyndikalistInnen seit 1927 wieder die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Überwachungsorgane. Am 14. Januar 1927 hatte Bernhard Koch dem US-Botschafter E. Reed Leslie eine Note übergeben, worin die Bremer 'Arbeitsbörse' gegen die drohende Todesstrafe der amerikanischen Anarchisten Sacco und Vanzetti protestierte. Nach Aussagen Leslies drohte Koch während der Übergabe mit "Terrorakten" gegen die im Hafen befindlichen Schiffe der amerikanischen Handelsmarine.[19] Da die politische Polizei ihre Kenntnisse über den Anarchismus immer noch aus dem sogenannten 'Anarchistenalbum' der Kaiserzeit bezog, gingen die Behörden von einem anarchistischen Bedrohungspotential durch die »Propaganda der Tat« aus. Die Vernehmungen Kochs und des Obmanns der PAB-Nordwest ('Provinzialarbeitsbörse Nordwestdeutschland)' Hermann Große[20] konnten diesen Verdacht zwar nicht bestätigen, die FAUD(AS) wurde jedoch in den kommenden zwei Jahren verstärkt observiert. Im Zuge dieser Ermittlungen gelang der politischen Polizei offenbar die Einschleusung eines Informanten. So wird beispielsweise detailliert über eine interne Veranstaltung vom 29. Februar 1929 in der 'Arbeitsbörse' berichtet, auf der die 43 anwesenden Personen mit Helmut Rüdiger über das Thema "Kultur und Revolution" diskutierten. Der Polizeibericht erwähnt die Klagen gegenüber Rüdiger, daß durchschnittlich nur noch 15-20 Personen an den Gruppentreffen teilnähmen.[21] Zu diesem Zeitpunkt gehörten der Hafen- und der Metallarbeiterföderation sowie der Vereinigung aller Berufe noch ca. 100 Mitglieder an. Neben der Behinderung durch die Polizeibehörden verliefen die öffentlichen Aktivitäten der FAUD(AS) auch hinsichtlich ihrer politischen Gegner nicht ohne Zwischenfälle. So wird z. B. wiederholt von Übergriffen durch die KPD berichtet. Auf der großen Bremer Antikriegsdemonstration am 5. August 1929 wurden dem Anarchosyndikalisten Josef Edlinger[22] von KPD-Ordnern Flugblätter entrissen und anschließend unbrauchbar gemacht.

Die Verbindungen zum organisierten Anarchismus

Für die zweite Hälfte der 20er Jahre fällt auf, daß die anarchosyndikalistische FAUD(AS) in Bremen weitaus weniger in Erscheinung trat als die ansonsten quantitativ unbedeutendere 'Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands' (FKAD). Die örtliche Ortsgruppe der FKAD wurde vermutlich weitgehend in Personalunion mit der FAUD(AS) geführt. Als deren maßgebliche Aktivisten organisierten Bernhard Koch und Johann



Künitz die öffentlichen Veranstaltungen der FKAD. Von der Berliner Geschäftskommission der FKAD sprach Berthold Cahn am 17. Mai 1928 auf einer kombinierten Mitgliederversammlung in der Bremer FAUD(AS)-Ortsbörse. Schon drei Monate später, am 29.Juli 1928, kam Cahn erneut nach Bremen und hielt in Blumenthal vor 200 ZuhörerInnen eine antimilitaristische Rede.[23] Als die anarchistischen Mitglieder in der FAUD(AS) den österreichischen Anarchisten und Kopf des 'Bundes herrschaftsloser Sozialisten-Anarchisten', Rudolf Großmann (Pseudonym Pierre Ramus, 1882-1942), nach Bremen einluden, handelten sie damit nicht im Einverständnis mit der Berliner Geschäftskommission der FAUD(AS), zumal der inzwischen gerichtsnotorische Großmann mit dem maßgeblichen Protagonisten der FAUD(AS), Rudolf Rocker, wegen der Londoner Exilbibiliothek des 'Deutschen kommunistischen Arbeiterbildungsvereins' in Streit lag.[24] Als Rudolf Großmann am 13. Mai 1930 auf dem Bremer 'Museum Domshof' über "Religion und Kultur" sprach, verlief die Veranstaltung noch ohne Zwischenfälle. Zwei Tage später kam es jedoch an der gleichen Stelle zu Auseinandersetzungen, da sich etwa 40-50 Mitglieder der KPD unter die 300-400 ZuhörerInnen gemischt hatten.[25]

Besonders häufig hielt sich in den späten 20er Jahren Erich Mühsam in der Hansestadt auf. Den Vertrieb der anarchistischen Monatsschrift 'Fanal', die Mühsam von 1926 bis 1931 herausgab, übernahm für den Bezirk 'Wasserkante' der Hafenarbeiter Max Hilse.[26]

Die kulturellen Aktivitäten der FAUD(AS)

Der Kaufmann Willi Brandt,[27] der sich bis zu seiner Übersiedlung im Jahr 1925 der FAUD(AS) in Duisburg angehört hatte, übernahm zu Beginn des Jahres 1931 die Geschäfte des regionalen 'Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene (Gau Weser-Ems)'. Im Jahr 1932 gehörten diesem sexualreformerischen Verband in Bremen 267 Mitglieder an, zu denen noch 42 in Bremen-Vegesack und weitere 152 im angrenzenden Delmenhorst hinzukamen.[28] Als der damals bekannte Sexualwissenschaftler Max Hodann am 19.Februar 1932 in Bremen referierte, strömten mehrere Hundert Menschen an den Veranstaltungsort.[29] Im Hafenarbeiterviertel Walle betrieb Brandt eine Beratungsstelle des 'Reichsverbands', in der preisgünstige Verhütungsmittel erworben und alles über deren Anwendung erfahren werden konnte. Für den 'Reichsverband', der von dem Nürnberger Anarchosyndikalisten Franz Gampe geleitete wurde, veröffentlichte er 1931 die Aufklärungsschrift "Wie lange noch Mutterschaft oder Zuchthaus?". Brandt publizierte, ebenso wie seine Genossen Koch, Schroers und Hilse im 'Syndikalist'. Als Obmann der örtlichen 'Gilde freiheitlicher Bücherfreunde' organisierte er u.a. im Februar 1932 eine Kulturveranstaltung mit Emma Goldman. Um die Verbreitung freiheitlich-sozialistischer Literatur zu fördern, war in der örtlichen Arbeitsbörse (die in einem Bremer Arbeiterlokal ansäßig war) außerdem eine kleine Bibliothek eingerichtet worden; über deren Bestand wird berichtet er sei "sehr umfangreich und vielseitig" gewesen:

"Natürlich waren da vor allem die Theoretiker ihrer Bewegung vertreten, Kropotkin, Tolstoi, Max Nettlau, Mackay und zahlreiche andere. Daneben aber auch viele sonstige Schriftsteller, die nur irgendwie für die soziale und kulturelle Bewegung von Bedeutung waren."[30]

In der Gildenzeitschrift "Besinnung und Aufbruch" fanden sich des öfteren Karikaturen des Delmenhorster FAUD-Mitglieds Wilhelm Schroers.[31] Schroers (Jg. 1900) hielt den engen Kontakt der kleineren Delmenhorster Ortsgruppe mit den Bremer GenossenInnen aufrecht. Besondere Aktivtäten entfaltete er in der Freidenkerbewegung, in deren Presse er gelegentlich zu finden war. Die Freidenkerorganisationen waren in Norddeutschland insgesamt nur relativ schwach vertreten. Über die lokale Zusammensetzung der Ortsgruppe der 'Gemeinschaft proletarischer Freidenker', die landesweit eng mit der FAUD (AS) kooperierte, ist nichts genaueres bekannt, da sie die politische Polizei anscheinend für verhältnismäßig unbedeutend hielt. Von den Bremer Anarchosyndikalisten engagierten sich u.a. Max Hilse[32] und Bernhard Koch in der GpF. Eine größere Anzahl von AnarchosyndikalistInnen beteiligte sich außerdem am linksradikalen 'Arbeiter-Gesang Verein Bremen', dem seit der Niederschlagung der Bremer Räterepublik keine Mitglieder der SPD mehr angehören durften, da die damals regierenden Mehrheitssozialdemokraten die Freikorps herbeigeordert hatten. Mit dem Dirigenten des Chors, Hermann Böse (1870-1943), verband Erich Mühsam eine enge Freundschaft. Böse gilt bis heute als Widerstandskämpfer der KPD (eine wichtige Straße und ein Gymnasium sind nach ihm benannt), obgleich er in den Gestapoakten bis 1933 der FAUD(AS) zugerechnet wird.[33]

Die regionale anarchosyndikalistische Presse

Von der Bremer FAUD(AS) wurden nicht zuletzt die mangelnden Publikationsmöglichkeiten für die fehlende Resonanz der öffentlichen Informationsveranstaltungen verantwortlich gemacht. Abgesehen von einigen polemisierenden Artikeln über die libertäre Bewegung sahen sich die AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen seit 1922 von der ortsansässigen Parteipresse fast ausnahmslos boykottiert. Auf der Herbstkonferenz der Provinzialarbeiterbörse Nordwest konnte die Bremer Gruppe am 16.Oktober 1927 schließlich die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für Norddeutschland durchsetzen.[34] Das Zeitungsprojekt wurde unter dem Titel 'Der Sprecher. Bulletin für die Provinzial-

Arbeiter-Börse "Nordwest" der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten)' im Verlauf des Jahres 1928 realisiert. 'Der Sprecher' erschien fortan monatlich als Mitteilungsblatt der PAB Nordwest vom 1. Jg. (1928) bis zum 3. Jg. (1930). Die Herausgabe des Blattes war mehr oder weniger an die Person Max Hilses gebunden, was schon daraus ersichtlich wird, daß der Erscheinungsort mit seinem Wohnsitz wechselte.[35] Von Mai 1929 bis Mai 1930 wurde die vierseitige Zeitung in Bremen herausgebracht. Auf der Frühjahrskonferenz der PAB-Nordwest kam es zu dem Beschluß, mit dem Wechsel der neugewählten PAB-Geschäftsleitung nach Neumünster auch die Redaktion des Mitteilungsblattes nach dort zu verlegen. Vorsitzender der Geschäftsleitung der PAB - und sehr wahrscheinlich neuer verantwortlicher Herausgeber - wurde nun der FAUD-Funktionär Wilhelm Sach (geb. 7.4.1883). Es wurde vereinbart, die Zeitung nur noch solange weitererscheinen zu lassen, bis das interne Funktionärsblatt »Debatte« regelmäßig aufgelegt werden konnte.[36] Dem Redaktionswechsel des 'Sprecher' lag sehr wahrscheinlich nicht nur der Wunsch nach einer gleichmäßigen Aufgabenverteilung zugrunde, sondern er kann vielmehr auf die inzwischen lückenlose Observierung der Bremer FAUD (AS) zurückgeführt werden. Die Polizei war inzwischen in den Besitz eines vollständigen Jahrgangs gekommen,[37] da Max Hilse unter Strafandrohung ein Belegexemplar auf der Polizeiwache abzuliefern hatte. Aufgrund der abgedruckten Informationen wurden also die Ermittlungen der Polizei nicht unwesentlich erleichtert. Die Verlagerung des Erscheinungsorts überdauerte das Blatt nur über einen kurzen Zeitraum, denn von der Herbstkonferenz der PAB, die vom 18. u. 19. Oktober 1930 in Hamburg stattfand, wird berichtet:

"Das Erscheinen des Mitteilungsblattes 'Der Sprecher' mußte aus Mangel an geeigneter Mitarbeit (es wurde nichts eingesandt über wichtige Vorkommnisse im Bezirk und nichts über Ortsgruppenveranstaltungen) und auch aus finanziellen Gründen eingestellt werden."[38]

Während seines Bestehens wurde 'Der Sprecher' in Hannover von dem gelernten Drucker Hans Fricke, (geb. 12. 11. 85) in einer Auflage von 500 Exemplaren gedruckt.[39] Max Hilse gab über dessen Inhalt zu Protokoll, es würden nur "rein organisatorische Fragen behandelt" und außerdem sei das Blatt nur "Mitgliedern zugänglich". Diese Aussage entsprach allerdings nicht ganz den Tatsachen, denn die Zeitung zielte durchaus auch auf eine propagandistische Außenwirkung ab. Im Herbst 1929 kursierte 'Der Sprecher' z. B. in einer Antikriegsausgabe von 3000 Exemplaren[40], die auch am 27. September 1929, auf einer Veranstaltung mit Erich Mühsam zum Thema "Kunst und Proletariat", Verwendung fanden.[41]

Nach dem Scheitern des PAB-Zeitungsprojekts versuchte Max Hilse mit einer Betriebszeitung die Agitation unter den Tagelöhnern des Bremer Hafenbetriebsvereins zu unterstützen. Dieses selbstproduzierte Blatt erschien monatlich als 'De Macker', bzw. ab Nr.2, als 'Use Macker. Organ der in der Freien Arbeiter Union der Arbeiterbörse Bremen organisierten Hafenarbeiter'. Als Herausgeber fungierte die Arbeitsbörse der Bremer FAUD(AS) (verantwortlich für Druck und Inhalt zeichnete wieder Max Hilse). Die erste Ausgabe erschien im Oktober 1931 und war zunächst nur einseitig hektographiert. Das Blatt hatte einen Umfang von 6 Seiten, in denen zum Teil im Idiom über Hafeninternes, wie z.B. die Auseinandersetzung mit der KPD und den Zentralgewerkschaftlern, Streiks usw. berichtet wurde. Unter anderem wird eine Diffamierungskampagne gegen Hilse durch die Kommunisten wegen angeblicher Bestechlichkeit erwähnt. Die zweite Ausgabe war bereits zweiseitig beschriftet und besaß nun 8 Seiten. Die Ausgabe Nr.3 vom 21.12.1931 zum Hafenarbeiterstreik wurde der Polizei aktenkundig, ist aber bis Anfang 1932 von Hilse nicht mehr abgeliefert worden. Angesichts der hohen Motivation der Bremer Anarchosyndikalisten, die zum Teil bis in die 60er Jahre aktiv blieben, ist zu vermuten das Use Macker bis 1933 weitererschien. In einem Verhör, das im KZ Kuhlen (bei Neumünster) mit dem Plöner FAUD-Funktionär Heinrich Röhling[42] stattfand, wird Use Macker noch 1937 protokolliert.

Gewerkschaftliche Aktivitäten bis 1933

Zumindest die Betriebsarbeit der Bremer FAUD(AS)-Hafenarbeiterföderation kann in den 30er Jahren noch als verhältnismäßig erfolgreich bezeichnet werden. Diese Aussage muß zwar angesichts einer Zahl von 42 FAUD-Hafenarbeitern[43] innerhalb einer Gesamtbelegschaft von ca. 3500 Beschäftigten relativiert werden; im Vergleich zu der kommunistischen RGO-Betriebszelle des Hafenbetriebsvereins, die am 1.12. 1931 lediglich aus 30 Mitgliedern[44] bestand, konnte sich die Hafenarbeiterföderation dagegen durchaus behaupten. Während des Hafenarbeiterstreiks im Winter 1931/32 versuchte die FAUD (AS) in eigenen Streikversammlungen die Unorganisierten zu mobilisieren. Auf den großen Veranstaltungen des gewerkschaftlichen 'Gesamtverbandes' konnten sich die anarchosyndikalistischen Redner Bernhard Koch, Robert Saevecke und Max Hilse jedoch kaum durchsetzen. Nach der der nationalsozialistischen Machtübernahme verhaftete die Gestapo Max Hilse.

Nachdem er vom 19. 4. 33 - 1. 6. 33 in "politischer Schutzhaft" eingessen hatte, verzeichnete die Gestapo keine Aktivitäten der AnarchosyndikalistInnen mehr.[45] Die Kerngruppe der ehemaligen FAUD (AS) traf sich dennoch bis in die Kriegszeit in privaten Wohnungen und an öffentlich zugänglichen Orten, ohne daß es allerdings zu nennenswerten Widerstandsaktivitäten gekommen wäre.[46] Der von der Gestapo in einen Zusammenhang mit der FAUD(AS) gebrachte evangelische Pfarrer Heinrich Schultheiß (Jg. 1886) trat nach der Machtübernahme zu den nationalsozialistischen 'Deutschen Christen' über.[47] Von dem bei ihm wohnenden Sepp Edlinger verlangte er den Eintritt in eine der NS-Organisationen. Edlinger entschied sich zunächst für die unverfängliche 'NS-Volkswohlfahrt', entzog sich jedoch einer dauernden Mitgliedschaft durch seine Rückkehr nach Österreich.[48] Das Archiv der PAB-Nordwest, bzw. die Unterlagen und die Bibliothek der Arbeitsbörse wurden nach dem 30. Januar 1933 von den Bremer Anarchosyndikalisten Hans Friederichsen und Bernhard Koch mit einem Leiterwagen zu ihren Gartenlauben verfrachtet und dort vergraben. Der umfangreiche Bücher- und Broschürenbestand von Bernhard Koch wurde dabei der Witterung ausgesetzt und bis auf einen Teil, der sich als Nachlaß im Bremer Staatsarchiv befindet, vernichtet. Ein Restbestand der ehemaligen Bibliothek der Bremer FAUD-Arbeitsbörse wurde außerdem Albert Flachmann übergeben.[49]

Zur Bedeutung der libertären Bewegung in Bremen

Gegen Ende der Weimarer Republik war aus der anarchosyndikalistischen Massenbewegung der Jahre 1920-1923 eine der mehreren politischen Splittergruppierungen der Stadt geworden. Die FAUD (AS) konnte sich jedoch im Vergleich zur rätekommunistischen 'Allgemeinen Arbeiter Union' und der 'Kommunistischen Arbeiter Partei, deren 10-12 köpfige Restgruppe sich 1925/26 auflösen mußte, organisatorisch bis 1933 konsolidieren. Im Gegensatz zur Gegenwart kann davon ausgegangen werden, daß in weiten Teilen der Bremer ArbeiterInnenschaft der Begriff "Anarchosyndikalismus" und die dazugehörige Organisation durchaus bekannt war. In der Öffentlichkeit blieben die AnarchosyndikalistInnen bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten präsent. Von großer Bedeutung erwiesen sich hierbei die öffentlichen Kultur- und Informationsveranstaltungen die von den »Prominenten« der libertären Bewegung in Bremen abgehalten wurden. Über die Vorträge Mühsams und Rockers brachte die ortsansässige Presse in der Regel positive Artikel. Den Polizeiberichten zufolge stimmten die Ausführungen Rudolf Rockers gelegentlich sogar Polizeispitzel nachdenklich. Als gewerkschaftsoppositionelle Kleinorganisation behielt die FAUD(AS) eine betriebliche Basis unter den Bremer Hafenarbeitern. Das personelle Engagement der örtlichen FAUD(AS)-Gruppe kann für die 30er Jahre auf einen etwa 15-20 köpfigen AktivistInnenkreis eingegrenzt werden, der sich zu einem überwiegenden Teil in der Nachkriegszeit wieder in der 'Föderation Freiheitlicher Sozialisten' zusammenfand.[50]

Anmerkungen

1 Vgl. U.Linse, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 260.

2 Vgl. dazu: P. Kuckuk, Weltkrieg, Novemberrevolution und Räterepublik, in: H. Müller, Bremer Arbeiterbewegung 1918 - 1945, Berlin 1983, S. 30.

3 Vgl. die Todesanzeige in: 'Der Syndikalist', 1. Jg. (1919), Nr. 11.

4 Vgl. dazu: P. Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD, Diss. Phil., Hamburg 1970, S. 230 ff.

5 Vgl. die Präsenzliste im Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, abgehalten am 27., 28., 29., und 30. Dezember 1919 in Berlin.

6 Eine Darstellung der syndikalistischen Seeleutebewegung erscheint Anfang 1994, in: **Hartmut Rübner, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Libertad-Verlag Berlin.**

7 Nach Angaben der Polizeidirektion Bremen vom 13. 1. 1920. Vgl. Staatsarchiv Bremen (im folgenden zit. StAB), 4,65-517 (Bl. 10).

8 Vgl. StAB, 4,65-517 (Bl. 45).

9 Vgl. StAB, 4,65-521 (Bl. 28).

10 Vgl. StAB, 4,65-521 (Bl. 16).

11 Der Laborant B. Koch (1901-1983) gehörte der FKAD, der FAUD sowie der GpF an. Als Mitglied der SAJD war er 1923 aufgrund antimilitaristischer Propaganda unter Reichswehrsoldaten zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach dem Krieg arbeitete er in der Bremer Stadtbibliothek und betrieb im Rahmen der FFS ab 1947 die Neugründung der 'Gilde freiheitlicher Bücherfreunde'.

12 Gertrud Kaufmann (geb. 1901) arbeitete in der Schokoladenfabrik Hachez. Für die SAJD koordinierte sie z. B. die überregionalen Zusammenkünfte.

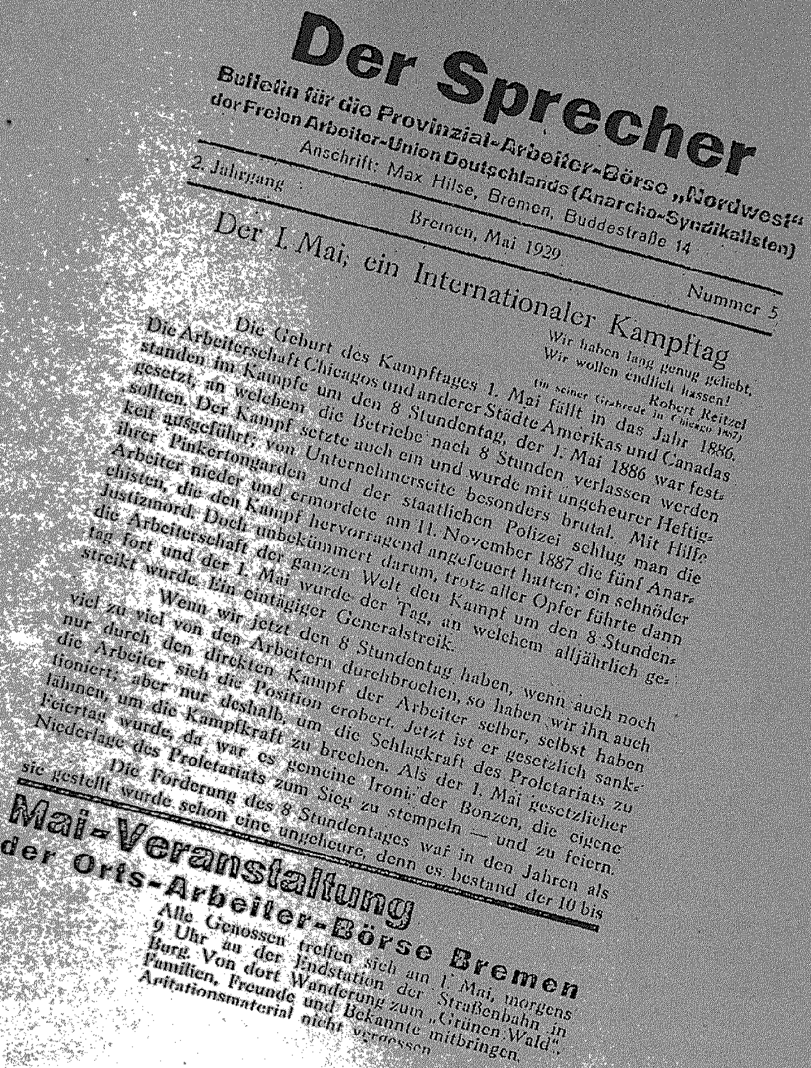
13 Der Schriftsetzer Albert Flachmann (geb. 1904) gehörte seit 1923 der KAP/AAU an. Mit deren Rest trat er 1931 zu den 'Roten Kämpfern' über. Seit 1925 stand er in freundschaftlicher Verbindung zu einigen Bremer AnarchosyndikalistInnen. Für die FAUD(AS) setzte er ab 1927 Flugblätter und andere Texte. Albert Flachmann wurde 1933 für einige Monate in das KZ-Mißler eingeliefert. Aufgrund illegaler Aktivitäten wurde er von 1937-38 erneut inhaftiert. Nach dem Krieg arbeitete er als Sozialarbeiter und schrieb, nach seiner KPD-Mitgliedschaft von 1945-47 parteilos, für anarchistische und linkssozialistische Zeitungen. Heute engagiert er sich in einem Veteranenkreis linker ArbeiterInnen für deren Zeitschrift er auch schreibt.

14 Schriftliche Mitteilung von Albert Flachmann vom 11. 11. 92.

15 Der Dreher H. Friedrichsen (1900-1967) nahm 1921 am mitteldeutschen Aufstand teil. In den zwanziger Jahren beherbergte er vorübergehend anarchistische Flüchtlinge der russischen Machnobewegung. Nach 1945 wurde er Betriebsrat bei der Firma Gerds in Bremen, danach war er beim Veterinäramt beschäftigt. Friedrichsen war mit Gertrud Kaufmann verheiratet.

16 Kopien des Lehrmaterials befindet sich im Besitz des Verfassers.

17 A. Flachmann: "Bremer Anarchisten und Syndikalisten in den nachrevolutionären zwanziger und dreißiger Jahren" (unveröffentlichtes Manuskript o.J.).



Der Sprecher

Bulletin für die Provinzial-Arbeiter-Börse „Nordwest“ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten)

Anschrift: Max Hilse, Bremen, Buddestraße 14

2. Jahrgang — Bremen, Mai 1929 — Nummer 5

Der 1. Mai, ein Internationaler Kampftag

Wir haben lang genug geliebt, Wir wollen endlich hassen! (In seiner Grabrede in Chicago 1887) Robert Reitzel

Die Geburt des Kampftages 1. Mai fällt in das Jahr 1886. Die Arbeiterschaft Chicagos und anderer Städte Amerikas und Canadas standen im Kampfe um den 8 Stundentag, der 1. Mai 1886 war festgesetzt, an welchem die Betriebe nach 8 Stunden verlassen werden sollten. Der Kampf setzte auch ein und wurde mit ungeheurer Heftigkeit ausgeführt; von Unternehmerseite besonders brutal. Mit Hilfe ihrer Pinkertongarden und der staatlichen Polizei schlug man die Arbeiter nieder und ermordete am 11. November 1887 die fünf Anarchisten, die den Kampf hervorragend angefeuert hatten; ein schnöder Justizmord. Doch unbekümmert darum, trotz aller Opfer führte dann die Arbeiterschaft der ganzen Welt den Kampf um den 8 Stundentag fort und der 1. Mai wurde der Tag, an welchem alljährlich gestreikt wurde. Ein eintägiger Generalstreik.

Wenn wir jetzt den 8 Stundentag haben, wenn auch noch viel zu viel von den Arbeitern durchbrochen, so haben wir ihn auch nur durch den direkten Kampf der Arbeiter selber, selbst haben die Arbeiter sich die Position erobert. Jetzt ist er gesetzlich sanktioniert; aber nur deshalb, um die Schlagkraft des Proletariats zu lähmen, um die Kampfkraft zu brechen. Als der 1. Mai gesetzlicher Feiertag wurde, da war es gemeine Ironie der Bonzen, die eigene Niederlage des Proletariats zum Sieg zu stempeln — und zu feiern.

Die Forderung des 8 Stundentages war in den Jahren als sie gestellt wurde schon eine ungeheure, denn es bestand der 10 bis

Mai-Veranstaltung der Orts-Arbeiter-Börse Bremen

Alle Genossen treffen sich am 1. Mai, morgens 9 Uhr an der Endstation der Straßenbahn in Burg. Von dort Wanderung zum „Grünen Wald“. Familien, Freunde und Bekannte mitbringen. Agitationsmaterial nicht vergessen

18 Vgl. StAB, 4,65-517 (Bl. 108). J. Künitz (Jg. 1879) hatte ebenso wie sein Bruder, der Nieter K. Künitz (Jg. 1877), bereits der AFD angehört.

19 Vgl. StAB 4,65-521 (Bl. 16).

20 Der Hafenarbeiter H. Große (1877-1930) starb an den Folgen eines Arbeitsunfalls.

21 Rüdiger nahm als Vertreter der Berliner Geschäftskommission an dieser Sitzung teil. Vgl. StAB, 4,65-517 (Bl. 101-104).

22 Der deutsch-österreichische Tischler Josef »Sepp« Edlinger (1904-1975) schrieb für die österreichische Zeitschrift 'Contra'. Anarchistische Monatsschrift, Wien. Vgl. Edlingers Artikel "Anarchismus von einer anderen Seite", in 'Contra', 1. Jg. (1931), Nr. 11. Nach dem Krieg brachte es Edlinger in Österreich noch zum Architekt.

23 Der Vortrag trug den Titel "Giftgasalarm oder die Totengräber Deutschlands". Vgl. StAB, 4,65-517 (Bl. 84-85). Berthold Cahn (Jg. 1871) gehörte auch der FAUD(AS) un der 'Anarchistischen Vereinigung' an. Cahn wurde 1944 in Auschwitz ermordet.

24 Außerdem zog Großmann mit H. Rüdiger und Oskar Kohl vor Gericht. Auf ihrem 18. Kongreß vom 29. Mai bis 1. Juni 1930 rief die FAUD(AS) zum Boykott der Veranstaltungen Rudolf Großmanns auf. Vgl. das Protokoll des 18. Kongresses, Berlin 1930, S. 40. Die Geschäftskommission warnte nachdrücklich vor dessen "Zersetzungsarbeit gegen die FAUD." Siehe: "Warnung", in: 'Der Syndikalist', 12. Jg. (1930), Nr. 39 (Beil.).

25 Vgl. StAB 4,65-521 (Bl. 47).

26 Vgl. 'Fanal', 2. Jg. (1927), Nr. 1 u. Nr. 2. Max Hilse (1900-1973) kann als einer der wichtigsten Funktionäre der Bremer FAUD (AS) gelten. Nach dem Krieg engagierte er sich, inzwischen Betriebsrat des Bremer Hafenbetriebsvereins, für die 'Föderation freiheitlicher Sozialisten'. In den 50er und 60er Jahren war er Gewerkschaftssekretär der ÖTV.

27 Willi Brandt (geb. 1896) gründete nach dem Krieg die 'Liga für Mutterschutz und Sexualreform' neu. In deren »Liga/Buchverlag« gab er noch bis Ende der 50er Jahre Aufklärungsschriften heraus. Da er offenbar noch 1933 der 'Sozialistischen Arbeiter Partei' beitrat, erscheint es zumindest wahrscheinlich, daß er als Namensgeber für den im gleichen SAP-Parteibezirk ansäßigen Herbert Frahm diente. Frahm wurde später als Bundeskanzler Willi Brandt bekannt.

28 Nach eigenen Angaben, in: 'Sexual-Hygiene. Offizielles Organ des Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene E.V.', 4. Jg. (1932), Nr. 4.

29 Hodann sprach in Bremen über die "Sexualpolitik in Deutschland und in der Sowjetunion". Vgl. ebd.

30 Schriftliche Mitteilung von Albert Flachmann vom 14. 11. 92.

31 Z. B. im 1. Jg. (1929), Nr. 5 und in der Mainummer im 2. Jg. (1930).

32 Vgl. M. Hilse, "Kirchen und Krieg", in: 'Der proletarische Atheist', 3. Jg. (1929), Nr. 8.

33 Vgl. Bundesarchiv Koblenz (im folgenden zit.: BAK), R58/318 (Bl. 35).

34 Vgl. 'Der Syndikalist' 9. Jg. (1927), Nr. 44.

35 Zunächst erschien 'Der Sprecher' bis zum 2. Jg. (1929), Nr. 4 in Wesermünd. Nach dem Wohnortwechsel Hilses am 7. 4. 1929 nach Bremen/Finndorf wird als Erscheinungsort Bremen angegeben.

36 Vgl. "Organisatorisches. Arbeitsbörsen", in: 'Der Syndikalist' 12. Jg. (1930), Nr. 19

37 Die gesammelten Ausgaben von Nr. 4 (April 1929) - Nr. 4 (April 1930) sind im Staatsarchiv im Krieg verschollen, da sie gesondert gelagert wurden. Bislang liegen nur zwei Ausgaben (Nr. 3 u. Nr. 5) des 2. Jg. (1929) vor.

38 Siehe: "Organisatorisches, Arbeitsbörsen", in: 'Der Syndikalist' 12. Jg. (1930), Nr. 47.

39 StAB, 4,65-522 (FAUD -Presse).

40 Vgl. 'Der Syndikalist', 11. Jg. (1929), Nr. 50.

41 Diese Veranstaltung fand am 27. 9. 29 anläßlich des 25 jährigen Jubiläums des "Arbeiter-Gesangvereins Bremen statt und wurde von 350 Personen besucht. Vgl. StAB, 4,65-521. Am 10. Mai hatten Rocker u. Mühsam bereits vor 450 Personen über "Die Bekämpfung des internationalen Faschismus durch die Arbeiterklasse" gesprochen. Vgl. StAB, 4,65-521 (Bl. 47).

42 Heinrich Röhling (geb. 1897) gehörte bis 1932 dem Reichsrat der FAUD(AS) an. Ob er aus dem KZ Kuhlen zurückkehrte ist nicht bekannt. Vgl. Das Protokoll vom 11. 10. 1933 in: StAB, 4,65-521.

43 Bei einer Gesamtzahl von 93 Mitgliedern. Angaben nach dem Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der FAUD (A.-S.), Berlin 1930, S. 93. Anfang 1931 war die Zahl der organisierten Hafenarbeiter auf 38 gesunken. Siehe: BAK, R58/321 (Bl. 23). 1932 waren es noch 26 bei einer Gesamtzahl von 54 Mitgliedern. Vgl. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 219, N. 140.

44 Vgl. Wollenberg, Heer-Kleinert, Müser, Pfliegensdörfer: Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung von 1929-33, Frankfurt/M. 1983, S. 107.

45 Vgl. StAB 4,65-563.

46 Siehe: BAK, R58/318 (Bl. 35). Der 1943 auf der A.G. Weser aufgrund Widerstandsaktivitäten verhaftete Elektroschweißer Robert Saevecke wird als "Kommunist" ausgewiesen. Saevecke war von 1920 bis 1932 nachweislich als Funktionär der FAUD-Hafenarbeiterföderation tätig. Saevecke kam 1945 in einem Lager in den Niederlanden um.

47 Schriftliche Mitteilung von A. Flachmann an den Verfasser (1. 3. 93).

48 BAK, R58/318 (Bl. 35).

49 Schriftliche Mitteilung von Albert Flachmann vom 11. 11. 92.

50 Vgl. dazu die kurze Darstellung von A. Flachmann, Linkssozialistische und anarchistische Gruppen in der Nachkriegszeit, in: H. G. Hofschen u. A. Schwerd (Hg.): Zeitzeugen berichten: Die Bremer Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren, Marburg 1989, S.133-146.

Ruhestörung oder "Wir sind alle Rädelsführer!"

Zur Geschichte der Selbstverwaltung am Beispiel des JuZe Stetten

All diejenigen, die ihre erste politische Sozialisation in einem Jugendhaus in einer ländlichen Region erfahren haben, werden bei der Lektüre des ersten Bandes der von Friederike Kamann und Eberhard Kögel verfaßten Geschichte des Stettener Jugendzentrums einige Aha-Erlebnisse haben. Nicht wenige der hier beschriebenen Konflikte mit der Kommune und der internen Probleme bei der Aufrechterhaltung des Jugendzentrumsbetriebs haben so oder in ähnlicher Form in zahlreichen Gemeinden in der Provinz stattgefunden. Was darüber hinaus auch auf den Umstand verweist, daß die Jugendzentrumsbewegung eben nicht nur eine städtische Angelegenheit war und ist. Ich habe das Buch in einem Zug durchgelesen, da es auch meine Geschichte ist, die dort verhandelt wird. Viele AktivistInnen der Protestbewegungen der 80er Jahre kamen schließlich aus dem Umfeld der Jugendzentrumsbewegung der 70er Jahre.

HerausgeberInnen und AutorInnen nennen ihr Buch *»eine moderne Heimatgeschichte«*. Und in der Tat hat diese Form der Erinnerungsarbeit nicht wenig mit den in den 80er Jahren allerorten entstandenen Ortschroniken und Heimatgeschichtsbüchern gemein, so zum Beispiel die Detailverliebtheit und die Freude am »namedropping« ehemaliger AktivistInnen. Doch gerade das hat dazu geführt, daß mit dem ersten Band nun eine Kollektivgeschichte der Stettener Jugend in den 60er und 70er Jahren vorliegt, die die Idee der Selbstverwaltung nochmals in Erinnerung ruft. Genau das macht das Werk auch für ehemalige wie gegenwärtige BesucherInnen anderer Jugendhäuser lesenswert. Es berichtet von den Kämpfen und Auseinandersetzungen aus der Anfangszeit der Jugendzentrumsbewegung, die im Umfeld der sogenannten neuen sozialen Bewegungen im Gefolge der 68er-Revolte auch die ländlichen Regionen erfaßte.

Die Geschichte der Jugendkultur war immer auch eine Auseinandersetzung um die jeweilige symbolische Repräsentation einer jeden Generation. In den 60er und 70er Jahren waren es die Haarlänge der männlichen und Rocklänge der weiblichen Jugend. Die Haare wurden zum Kristallisationspunkt des Generationenkonflikts: *»Über die Haare wurden Machtkämpfe ausgetragen, die mit dem ursprünglichen Anlaß gar nichts mehr zu tun hatten.«* In der Provinz fühlte sich mancher langhaarige Jugendliche bedroht und mied dörfliche Festzelte: *»Wenn du da reingegangen bist, hast du so zwischen den Schulterblättern gespürt, wie sich alles zusammenzieht, wenn alle Augen auf dich gerichet sind und du die Volksseele spürst, wie der Faschismus aus allen Löchern kriecht.«*

Die Geschichte des Stettener Jugendzentrums ist eine Geschichte der permanenten Konflikte: Mit den Eltern, der Kommune, der Kirchengemeinde, anderen Jugendhauskonzepten benachbarter Initiativen, – aber auch intern. Wer kennt ihn nicht, den Vorwurf des Drogenkonsums, also *»daß im Jugendclub gehascht würde«*. Viele Eltern ließen ihre Kinder nicht in den Jugendclub. Aber auch von den Eltern der Jugendzentrumsbesucher *»wurde (oft)... der Jugendclub für die Rebellion und die Entfremdung vom Elternhaus verantwortlich gemacht«* (S.80f.) Nicht selten begegnen die MacherInnen des Jugendzentrums solchen Auseinandersetzungen mit dorftypischen Verhaltensweisen. Sie führen Kindernachmittage und -feste durch. Dabei agieren sie auf der Grundlage der »moralischen Ökonomie« des Dorfes: *»Durch die Veranstaltung konnten sie der Öffentlichkeit beweisen, was sie in der Lage waren, auf die Beine zu stellen, und damit gleichzeitig für die eigene Sache werben.«* (S.243). Die JZ-Initiative regt 1972 ein erstes Straßenfest an und richtet 1973 einen »JZ-Hilfsdienst« ein, der der Stettener Bevölkerung *»für Reparaturen, Haus- und Gartenarbeiten kostenlos zur Verfügung«* steht. Um selbst an Geld für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu gelangen, führen sie 1974 wieder Rohstoffsammlungen durch (S.182f.)

Ein weiteres Merkmal der ländlichen Jugendzentrumsbewegung ist die größere Nähe und Konfrontation. Dort wo in den Großstädten der Kontakt zur unmittelbaren Nachbarschaft verloren geht, *»müssen sich die Jugendlichen auf dem Land viel direkter im alltäglichen Umgang mit ihren KritikerInnen behaupten«* (S.205).

In dem Buch werden auch jene überregionalen Einflüsse (z.B. das Georg-von-Rauch-Haus in Berlin, das Jugendpolitische Forum Frankfurt und die Kontakte mit der Zeitschrift *»Erziehung und Klassenkampf«*) deutlich, die zeigen, daß sich die Jugendzentrumsbewegung in der ländlichen Region als Bestandteil einer bundesweiten Gegenkultur verstanden hat. Diese Ausführungen stehen in einem merklichen Widerspruch zu dem mythenstiftenden Beitrag von Albert Herrenknecht (S.10-22) über eine ländliche Jugendzentrumsbewegung in den 70er Jahren, die in dieser Einheitlichkeit und mit dieser Zielrichtung (pro provinz) nie existiert hat und eine nachträgliche Erfindung von regionalen IdentitätsarbeiterInnen aus dem Umfeld der Geschichtswerkstätten in den 80ern ist.

»Die Frage "Konsum oder Politik" stellte sich damals schon« (S.86), denn in fast jedem Jugendzentrum trafen zwei verschiedene Haltungen aufeinander. Während die einen versuchten, ihren Standort politisch und theoretisch zu begründen, stellte die andere Fraktion (in Stetten hauptsächlich die "Mopedler", *»einfach mit ihrem So-Sein die Welt der Erwachsenen infrage«*. Sie *»waren an sich schon eine Herausforderung«* (S.134). Darüber hinaus beschreiben Kamann/Kögel auch die ersten Verselbständigungsversuche einer Mädchengruppe um 1974, die ein recht früher Sendbote der autonomen Frauenbewegung in der Provinz ist.

Nicht ohne Stolz verweisen die HerausgeberInnen eingangs darauf: *»Immerhin war das JZ Stetten eines der ersten selbstverwalteten Jugendzentren in der Bundesrepublik und von seiner Geschichte her typisch für den basisdemokratischen, undogmatischen Teil der Jugendzentrumsbewegung.«* Daher galt die Gründung eines Vereins bürgerlichen Rechts nur als Zugeständnis *»an die hierarchische Vorstellungswelt der kommunalen Verhandlungspartner«*. Der Betrieb funktionierte nach dem Selbstverwaltungsprinzip ohne jegliche übergeordnete Leitung (S.99). Mit der Parole *»Wir sind alle Rädelsführer«*, wehren sie sich gegen die Versuche, sie zu zwingen, Verantwortliche zu benennen.

Das Buch beschreibt auch die Differenzen über unterschiedliche Modelle von Selbstverwaltung zwischen der Stettener und der Schorndorfer Jugendzentrumsinitiative. Die Stettener wehrten sich immer gegen die Einstellung eines Sozialpädagogen: *»Wir wollen keinen Sozialarbeiter«* lautet die Parole, als versucht wurde, den Jugendlichen eine Autoritäts- und Kontrollperson aufzudrücken. Ein Sozialarbeiter stehe dem gemeinsamen Ziel, *»Autoritäten abzubauen«* entgegen: *»Wir wollen diesen Prozeß innerhalb der Gruppe selbst in Gang bringen, wo sich jeder verantwortlich fühlen muß, und jeder am Meinungs- und Entscheidungsprozeß beteiligt ist«* (S.201). Die Selbstverwaltungsidee beinhaltete für die Stettener *»die Ablehnung jeglicher Hierarchie, sowohl in der Gesellschaft, in der Fabrik, wie auch untereinander, und bezeichnete damit eine konkrete politische Utopie.«* (S.208)

Regelrechte politische Kampagnenarbeit wird zwischen 1973 und 1975 nötig. Es ist die Zeit, in der die Jugendlichen ohne Räumlichkeiten dastehen. Nunmehr müssen Formen der Öffentlichkeitsarbeit er-

lernt werden, die dem Interesse am Neubau eines Jugendzentrums Nachdruck verleihen: *»Wir brauchen keinen kommunalen Prachtbau, keine staatliche Verwahranstalt mit einem riesigen Konsumangebot, in der wir Jugendliche aber nur ein Mitbestimmungsrecht haben. Wir wollen eine Jugendzentrum in Selbstverwaltung, wo wir Jugendlichen selbst bestimmen, was wir in unserer Freizeit dort machen. Wo wir lernen, was gegenseitige Hilfe und Solidarität bedeuten.«*

Insofern ist Manfred Liebel zuzustimmen, der in seinem Vorwort den überregionalen Zusammenhang herstellt. Er verweist darauf, daß das, was in den selbstverwalteten Jugendzentren praktiziert wurde und wird, *»weit mehr als Freizeitgestaltung ist«* und die Jugendzentrumsbewegung sich *»einen selbstbestimmten Lebensbereich als Basis und Ort gesellschaftlicher Intervention«* nahm.

Das Buch kommt zur richtigen Zeit. In einem Moment, in dem die mit der überregionalen Jugendzentrumsbewegung verknüpften Hoffnungen, Wünsche, Bedürfnisse und Utopien alles andere als obenauf schwimmen, ist es wichtig, die Erinnerung an die Selbstverwaltungsidee wenigstens in Buchform für das kollektive Gedächtnis zu bewahren.

Klaus Schönberger

Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung. Eine moderne Heimatgeschichte. 25 Jahre Jugendzentrum Stetten in Selbstverwaltung 1968-1993. Teil I April 1968 bis Ende 1975. Mit einem Vorwort von Manfred Liebel und einem Beitrag von Albert Herrenknecht. Herausgegeben vom Jugendzentrum Stetten e.V.
Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau, 280S., 28.-DM
Band 2 (1975-1993) wird ca. im Juni/Juli 1994 erscheinen.
(Subskription für Band 1 & 2 für SF-LeserInnen: 40.-DM, zu überweisen an: Trotzdem-Verlag, Postgiro Stuttgart, Ktonr. 13874-706, BLZ 600 100 70).

Die Stunde zwischen Hund und Wolf

Der Roman wirft ein Licht auf die schweizer Linke (und nicht nur die. Auch wenn das AKW Grüseln nun mal in der Schweiz liegt, könnte die Geschichte und die eingefangene Stimmung auch gut in der alten BRD gespielt haben.)

Die Hauptfigur Bohnstingl ist Student, Saxophonspieler, überzeugter Haschischraucher und Hundebesitzer (wobei er "Besitz" völlig ablehnt und seinen Hund deshalb auch prinzipiell nicht an die Leine nimmt, bis der bei einer Demonstration von der Polizei erschossen wird). Er ist Forscher in Sachen Anarchismus, schreibt seine Lizentiatsarbeit darüber und engagiert sich politisch in der Erich-Mühsam-Gruppe und in der parteiübergreifenden Kulturgruppe Roter Morgen. Zuallererst ist er aber Praktiker der sexuellen Revolution und Überwinder bürgerlicher Moralvorstellungen, – solange *er* derjenige ist, der sich und andere befreit; – wenn "sie" diejenige ist, leidet er abgrundtief.

Der Vater von Gabi, Bohnstingls "Hauptbeziehung" ist als kommunistischer Interbrigadist in Spanien gewesen, ein Antiquar im Tessin und ein Außenseiter in Bohnstingls Nähe waren in der anarchistischen Kolonne Durruti. Über die Begegnung mit diesen politisch sehr unterschiedlich eingestellten "Alt-Genossen" holt sich Hans Peter Gansner die Geschichte der "anderen" Schweiz in die Gegenwart (Jura-Föderation, die Thalmanns u.v.a.). Ähnlich verfährt er auch mit der Gegenseite: Die ehrbaren Schweizer in Bohnstingls Wohnort "Biederdorf" pflegen die Kommunikation im Schäferhundeverein "FASS" und sind die Prototypen engstirniger Bürgerlichkeit mit zum Teil einschlägiger Vergangenheit. Genau wie Bohnstingls Professor, der schon 1936 Franco in Zeitungsartikeln begrüßt hatte und auch in den 80er Jahren noch keine Habermas-Zitate in Abschlußarbeiten zuläßt, geschweige denn Arbeiten über den schweizer Anarchismus als "bestanden" bewertet.

Gansner fängt das Leben seiner Generation ein, er holt sich diese *andere Wirklichkeit* der Schweiz heran, mit all ihren Selbstwidersprüchen, ihren Ansprüchen und ihren emotionalen Beschränktheiten, ihren Leitbildern (im Falle Bohnstingls immer wieder Erich Mühsam) und ihren Gefühl(ch)en....

Gansner hat "seinen Mühsam" an mehreren Stellen im Buch zu Wort kommen lassen. Einmal geht dabei – vom historischen Standpunkt aus gesehen – seine begreifliche Vorliebe mit ihm durch: die Niederschlagung des anarchistisch beeinflußten Kronstädter Aufstands 1921 durch Trotzki und die Rote Armee bezeichnete Gansner als "Kain erschlägt seinen Bruder Abel". Dafür habe Mühsam genau im selben Jahr einen ganz anderen KAIN aufleben lassen. Das stimmt ja nun leider nicht: zu diesem Zeitpunkt war Mühsams KAIN endgültig gestorben und Mühsam selbst nach der gescheiterten Münchner Räterepublik 1919 in Niederschönenfeld inhaftiert...

Ein kleiner Schönheitsfehler, mehr nicht. Gansners Roman liest sich lustig und (zumindest für alle, die es ähnlich erlebt haben) traurig zugleich. Traurig, weil es vorbei ist. Mit den Skinheads marschiert auch in Gansners Roman bereits die "neue" Form des jugendlichen Gesellschaftsprotests heran und zerstört Bohnstingls Wohnung in dessen Abwesenheit.

Gansner ist es gelungen, die Widersprüche eines Anarchos zur großen Gesellschaft im Kleinen einzufangen; doch nicht nur das, auch die Probleme mit anderen Linken, zuletzt sogar seine Vereinsamung im Anarchomilieu (als Intellektueller und älterer Genosse von den nachrückenden Aktivisten abgelehnt). Die LeserIn erwartet keine Schwarz-Weiß-Malerei sondern ein vergnüglicher Roman, vollgestopft mit kleinen Wahrheiten und – für die Krimi-FreundInnen seis verraten: ganz ohne Schuß gehts auch nicht ab.

Wolfgang Haug

Hans Peter Gansner:
Die Stunde zwischen Hund und Wolf
Ammann-Verlag, Zürich 1991
413S., SFr. 48.-
Bezug: Anares-Spezialbuchhandlung für libertäre Literatur, Rathausgasse 28, CH-3000 Bern-8



Der Tod des Märchen...

Langsam kommt die Diskussion unter einigen linksradikalen und anarchistischen Männern zu Sexismus und Patriarchat etwas in Gang. Im folgenden sollen kurz die wenigen Broschüren vorgestellt werden, die es gibt und die Materialien zur Patriarchatsdiskussion aus solchen Männerzusammenhängen bereitstellen.

Die autonomen ‚SEPPL'-Männer haben in ihrem "SEPPL-Reader" eigene und Texte anderer AutorInnen zu Lohn, Preis und Profit, zu Pornographie, Haus- und Reproduktionsarbeit und zu Sexualität und Herrschaft veröffentlicht. Dokumentiert sind ferner zwei längere Texte von Michel Foucault sowie "Ficken und gefickt werden", ein Beitrag von Brunhilde Sauer-Burghard zur Formung (genital-fixierter) männlicher Heterosexualität in der bürgerlichen Gesellschaft.

In "Männer gegen Männergewalt" ist eine antisexistische Plakataktion von Berliner Männern vom Sommer 1992 dokumentiert. Die Plakate, deren Texte enthalten sind, versuchen Frauenfeindlichkeit und Patriarchat im Lebens- und Wohnalltag sichtbar zu machen.

"Sexismus im autonomen Alltag" hat den Sexismus in der linksradikalen Szene am Beispiel des Autonomen Zentrum Heidelberg zum Thema. Dokumentiert werden die Konflikte zwischen Frauen und einigen Männern einerseits und anderen Männern andererseits, die schließlich in der Abtrennung der FrauenLesbenetage vom AZ und dem Rückzug vieler Frauen und einiger Männer aus dem AZ endeten.

Die erste Ausgabe des "Profeministischen Männerrundbriefes" vom Männerarchiv Hamburg ist im Juli erschienen. Zu lesen sind eine Materialienliste des Archivs, eine kritische Nachlese zu den *Libertären Tagen* und ein Text zu Vergewaltigung und Tätertherapie. Ferner einige Diskussionsbeiträge zum Tenkile-Text und eine inhaltliche Verortung der Herausgeber ("Warum nennen wir uns »Profeminisitsch«?")

Die umfangreiche "Männertextesammlung" des Freiburger Männercafés versammelt über 30 Beiträge zu Männergruppen, Männerprojekteszene, Männersexualität, Patriarchatsdebatte, Sexismus und sexuelle Gewalt, Männer und Militär und zu antisexistischem Verhalten von Männern. Die Beiträge aus der "bürgerlichen" und universitären Ecke finden sich in *Moritz*, dem Nachfolgeprojekt des Rundbriefes antisexistischer Männer . In der professionell gestalteten Nr.17 sind Artikel zu Männerbewegung, Männergruppenarbeit, Terminator II, Männer gegen Pornographie und zur Frage, ob Männer die Frauenbewegung unterstützen sollten oder können, zu finden.

SEPPL-Reader, 100 S., 13.-DM. Adr.::SEPPL, c/o Infoladen, Breisacherstr.12, 81667 München

Männer gegen Männergewalt; 40 S., 3.-DM. Adr.: c/o Männerarchiv im Papiertiger, Cuvrystr.25, 10997 Berlin

Sexismus im autonomen Alltag; 60S., 6,50DM, Adr.: Friedensladen, Schillerstr.28, 69115 Heidelberg

Männertextesammlung, 80S.,, 7.-DM & Porto, Adr.: Männercafe in der Fabrik, Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg

Moritz, Zeitschrift antisexistischer Männer; 32S., 5.-DM. Adr.: Moritz, Lindenstr.82, 10969 Berlin



Die AutorInnen von **"Der Pakt. Die Rechten und der Staat"** untersuchen weniger faschistische Organisationen oder deren Programmatiken. Bernd Siegler, taz-Journalist und Kenner der Naziszene beschreibt den pfleglichen Umgang von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz mit den FaschistInnen. Die "Bedrohung" durch die rechte Gewalt wird zur Legitimation für einen weiteren Ausbau des Apparats der ,Inneren Sicherheit' benutzt, der den Feind immer noch und nur links sieht. Siegler schildert außerdem die Reaktionen der FaschistInnen auf die erfolgten Parteiverbote. Oliver Tolmein analysiert die (rassistische) Parteinahme der Medien für "das Volk", unter anderem anhand der Berichterstattung der Lokalzeitungen von Mannheim und Rostock. Charlotte Wiedemann ("Die Woche") untersucht die Reaktionen des Parteiensystems auf die faschistische Gewalt und dokumentiert, wie sich mehr oder weniger große Elemente rassistischer und nationalistischer Gesinnung in den etablierten Parteien finden lassen.

Resultat aller drei sehr detaillierten Beiträge: Es gibt in Parteien und Institutionen einen verharmlosenden, verständnisvollen Umgang mit Neonazis und militanten RassistInnen, der wie ein heimlicher Pakt wirkt - will man doch meist dasselbe: ,Deutschland zuerst'. Der vierte Beitrag ("Autonome sind auch Deutsche") zeichnet die autonome Antifa-Politik der letzten Jahre nach, unterzieht sie einer Kritik und versucht inhaltliche Perspektiven einer weiteren Antifa-Politik zu skizzieren. Er stellt eine allzuoft vorhandene Übereinstimmung zwischen linksradikaler und bürgerlicher Faschismusanalyse fest, die rassistische TäterInnen damit entschuldigt, diese seien weniger bewußt Handelnde als von Armut oder Wohnungsnot zum Rassismus Getriebene.

Bernd Siegler ua.: Der Pakt; 250 ., 28.-DM, Verlag Die Werkstatt Göttingen 1993

Nationalismus

Das Buch "Zur Kritik..." enthält mehrere Beiträge zur Geschichte des Begriffs "Nation" und zur Konstruktion von Nationen, Völkern und "nationalen Identitäten". Am interessantesten ist der Beitrag von Köstler/Schönberger (vgl. SF 3/92, S.34ff.) "Mystifikation des Doitsch-Seins". Er unterzieht das antideutsche Rassismus- und Faschismus-Verständnis u.a. der Zeitschrift KONKRET einer fundierten Kritik und charakterisiert dieses als politisch falschen »Negativen Nationalismus«. Ferner gibt es Beiträge zu Jugoslawien und zu Nationalismus und Partikularismus in Italien (z.B. Lega Nord).

bernd

Autonomes Zentrum Marbach (Hg.): Zur Kritik von Nationalismus, Nation, Nationalstaat, nationaler Identität; 1993, 136 S., 14,90
Bezug: *Martin Jung-Verlag, Viktor-Renner-Str.27, 72074 Tübingen*



MAX PECHSTEIN
Yali II (Die Ona und das weiße Mädchen)
Radierung auf Japan.

btr. »ZEGG – Sezierung einer Sekte von Louis Lerouge, SF 3/93

Ob es purer Zufall ist, daß ausgerechnet ein »roter Ludwig« sich so im Schwarzen Faden ausbreiten darf? – Sei's drum – der Artikel ist jedenfalls trotz protziger Zitatesammlung dermaßen plumb und einfältig geschrieben, daß frau sich wundert, wie er in den sonst so gründlich differenzierenden und gleichwohl pointiert kritischen SF kommt. Ich halte es allerdings für unwahrscheinlich, daß der SF in diesem Stil aus dem Abwärtssog der linken Medien herauskommt.

Stutzig wird frau ja schon, wenn von einer »Sezierung« die Rede ist: Muß dem Autor ja wohl Spaß machen in Leichen herumzuwühlen – oder war gar der chirurgische Eingriff am lebenden Objekt gemeint? – doch dies nur am Rande.

Nach dem Strickmuster ZEGG = Duhm = so gut wie Otto Mühl = Herrschaftsinteressen usw. soll wohl der bewährte (?) Trennungsstrich zwischen dem »Feind« und »uns« gezogen werden und dazu werden wild Zitate aus zwei Dekaden und aus dem Zusammenhang gerissen. Ein erbärmlicher und zugleich hilfloser Stil – letztendlich der Stoff aus dem Inquisitionsprozesse gemacht sind.

Vielleicht sollte frau darüberstehen und sich gar nicht erst die Mühe machen, darauf einzugehen. Da aber bekannt ist, zu welchen Ergebnissen (»Auftrittsverbot« inkriminierter »Sektenmitglieder«, gewalttätige Übergriffe etc.) solche Machwerke führen, kann ich dazu nicht schweigen. Ich will nur zwei Beispiele anführen, die zum kritischen Überlesen des genannten Artikels anregen können.

1. Janine Müller beschreibt – meiner Meinung nach ganz treffend – den Sexualneid junger (weißer) Männer, womit der Zusammenhang zwischen sexueller Frustration und politischen Gewalttaten (gegen Ausländer) illustriert wird. Dieser Zusammenhang verliert doch nicht dadurch an Gültigkeit, daß es unbestritten auch Gewalttaten von weißen Männern an Frauen gibt. Daraus den Vorwurf einer rassistischen und sexistischen Einstellung zu konstruieren ist doch absurd! Ich finde es ehrlicher, wenn eine weiße Frau aus eigener Perspektive und Erfahrung schreibt, als die verlogene stellvertretende Interessenswahrnehmung für alle möglichen Opfer durch den Autor.

2. Dieter Duhm faßte Berichte vergewaltigter Frauen zusammen und kam für Viele zu nicht leicht verdaulichen, aber gleichwohl glaubwürdigigen Ergebnissen. Daraus wird dann schlicht »Duhm macht Opfer zu Täterinnen«, was nur zeigt, daß der Autor unfähig ist, mit Fakten umzugehen, die nicht sein klares Täter-Opfer-Klischee passen. Da wundert es frau nicht, wenn schließlich leicht verbrämt die ganze New-Age-Bewegung mit US-Imperialismus gleichgesetzt wird und es sich in diesem Sinne beim ZEGG um nichts anderes, als einen gut getarnten Geschäftsbetrieb handeln soll – warum nicht gleich um einen transnationalen Konzern?

Der SF täte gut daran, die durchaus notwendige Debatte um Sinn und Unsinn von Kommuneprojekten unter Beteiligung der Projekte zu führen. Es mag sein, daß das ZEGG tatsächlich keine realen Alternativen für künftige Gesellschaften aufzuzeigen vermag, aber ist das allein Grund genug sie im Stil von Hexenverfolgungen zu diffammieren? Schließlich bietet uns der »Rote Ludwig« ja auch keine Alternative an!

Kleopatra Labelle, Berlin